Mittwoch, 23. November 1983 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 273 - 47. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nachrüstung: Die Bundestagsdebatte über die Raketenstationierung hat nach Auffassung von Wirtschaftsminister Lambsdorff die Notwendigkeit der politischen Wende 1982 in Bonn bestätigt. Es sei „einmalig" in der Geschichte der Bundesrepublik, daß eine so große Partei wie die SPD sich in so „atemberaubendem Tempo" von einer einst von ihr vertretenen Sicherheitspolitik entfernt habe.

Knappes Votum: Mit nur einer Stimme Mehrheit hat das Parlament des NATO-Staats Norwegen gestern die Aufstellung neuer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa gebilligt. Der Chef der konservativen Minderheitsregierung, Kaare Willoch, wollte für den Fall der Ablehnung zurücktreten. (S. 4)

Schlappe für Kommunisten: Bei den italienischen Regionalwahlen konnten die in Rom regierenden Mitte-Links-Parteien ihre Position im allgemeinen festigen, während die Kommunisten starke Stimmenverluste einstecken mußten. In Südtirol kam es zu einem Rechtsruck. (S. 8)

Ausweisung?: Als Reaktion auf die propagandistischen und subversiven Aktivitäten sowjetischer Diplomaten in Zusammenhang mit der Nachrüstung in Westeuropa erwägen die NATO-Staaten die Ausweisung von Botschaftsangehörigen, die als Spione enttarnt wurden. (S. 1)

Revirement in Polen: Partei- und Regierungschef Jaruzelski hat seinen Posten als Verteidigungsminister abgegeben. Gleichzeitig übernahm er den Vorsitz des mit neuen Vollmachten ausgestatteten Verteidigungsrats, der ihm den Oberbefehl über die Armee sichert. Neuer Verteidigungsminister wurde der ehemalige Stabschef der Streitkräfte, Siwicki.

Flucht gescheitert: An den Betonsperren und unter dem Beschuß von Grenzposten ist der Versuch von zwei „DDR"-Bewohnern gescheitert, mit einem Tanklastwagen den Kontrollpunkt Marienborn bei Helmstedt zu durchbrechen.

Druck auf Kirche: Die CSSR-Behörden haben Priester-Visiten bei Kranken eingeschränkt. Künftig muß der behandelnde Arzt den Besuch eines Geistlichen erlauben.

Arafat sucht Hilfe: Abgesandte des in Tripoli eingekesselten PLO-Chefs Arafat sind gestern in Moskau eingetroffen. Offensichtlich soll die UdSSR zur Unterstützung Arafats bewegt werden.

Heute: Eröffnung der Commonwealth-Konferenz in Neu-Delhi. – Bundeskabinett erörtert Konzept von Verkehrsminister Dollinger zur Sanierung der Bundesbahn. – Bundesverfassungsgericht berät über Bürgerbeschwerden gegen Raketenstationierung.

ZITAT DES TAGES



» Es ist schon beklemmend genug, derartige Sicherheitsvorkehrungen überhaupt treffen zu müssen, weil ganz offensichtlich eine Reihe von Leuten die Spielregeln der Demokratie nicht verstanden haben oder bewußt nicht bereit sind, diese zu verstehen «

Günter Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, zum Polizeieinsatz während der Nachrüstungsdebatte des Bundestages FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Volkswagen: Mit einem Verlust von 247 Millionen DM im Konzern und sieben Millionen in der Muttergesellschaft hat VW die ersten drei Quartale abgeschlossen. Im gleichen Zeitraum 1982 betrug der Konzernverlust 146 Millionen DM, während die AG einen Überschuß von 22 Millionen verbuchte. (S. 15)

Auftrieb für Chemie: Die BASF AG überholte in den ersten neun Monaten bereits das Jahresergebnis 1982. Gruppengewinn vor Steuern 1,05 Milliarden DM gegenüber 667 Millionen im Vergleichszeitraum und 1,01 Milliarden DM im Gesamtjahr 1982. (S. 15)

SMH-Bank: Die persönlich haftenden Gesellschafter von Galen, Lampert, Münchmeyer und Stryi sind aus der Geschäftsleitung ausgeschieden. Neue geschäftsführende Gesellschafterin ist eine von Privatbanken getragene GmbH mit Peter Geschke, Dietmar Kraft und Norbert Schiffer an der Spitze.

Entwicklungs-Kredite: Drastisch gesunken ist die Kreditvergabe der Banken an arme Länder. Nach Angaben des IWF gingen die Ausleihen im ersten Halbjahr auf fünf Milliarden Dollar von 19 Milliarden im Vorjahrszeitraum zurück.

Börse: Auf ermäßigter Basis führten Rückkäufe zu Kurserholungen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 146,9 (146,3). Dollarmittelkurs 2,6985 (2,7033) Mark. Goldpreis pro Feinunze 376,50 (374,25) Dollar.

KULTUR

Schriftstellerverband: Nach heftiger Kritik an dem Vorsitzenden des Schriftstellerverbands (VS) in der IG Druck und Papier, Bernt Engelmann, ist der Verbandsvorstand gestern geschlossen zurückgetreten. (S. 2 und 12)

„Das Gespenst": Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat in einem Kino den Streifen „Das Gespenst" von Achternbusch beschlagnahmt. Er erfülle den Straftatbestand „Beschimpfung von Religionsgemeinschaften".

SPORT

Fußball: Europapokalsieger Hamburger SV machte im Geschäftsjahr 1982/83 ein Minus von 414 800 Mark. Wolfgang Klein (42) bleibt für zwei weitere Jahre Vereinspräsident.

Schach: Viktor Kortschnoi (52) gewann das erste von zwölf Spielen des Halbfinales im Kandidatenturnier gegen den 20 Jahre jüngeren Favoriten Gari Kasparow. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Raumfahrt: Beim nächsten Flug der Raumfähre Columbia wird erstmals ein Kontrollzentrum außerhalb der USA, die Station Oberpfaffenhofen, Steuerungsaufgaben übernehmen. (S. 24)

Drama in Tiflis: Der mißglückte Versuch einer Gruppe sowjetischer Jugendlicher, ein Flugzeug in die Türkei zu entführen, hat sieben Menschen das Leben gekostet. Nach einem Täuschungsmanöver der Besatzung war es zu einer Schießerei gekommen.

Wetter: Heiter bis wolkig, meist niederschlagsfrei. 2 bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Im neuen Amt hat Jaruzelski noch mehr Macht über Polen

Partei- und Regierungschef rückt an die Spitze des ‚Verteidigungsausschusses'

DW. Warschau

Der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski ist nach seinem Rücktritt vom Amt des Verteidigungsministers mit einer Machtfülle ausgestattet worden, die einen Hinweis auf die weitere Militarisierung des politischen Lebens in Polen gibt: Jaruzelski wurde vom Sejm („Parlament") zum Vorsitzenden des „Nationalen Verteidigungsausschusses" berufen. Dieses neue Amt sichert ihm die Oberaufsicht über die Armee und den Oberbefehl im Kriegsfall, auch wenn Jaruzelski eines Tages nicht mehr Ministerpräsident sein sollte.

Der „Verteidigungsausschuß" kann außerdem beim Staatsrat Kriegs- oder Ausnahmerecht beantragen; er übernimmt im Falle der Verhängung dieser Maßnahmen administrative Aufgaben. Jaruzelski hat in seiner neuen Funktion ähnlich weitreichende Befugnisse wie unter dem Mitte des Jahres aufgehobenen „Kriegsrecht". Das Verteidigungsressort, an dessen Spitze Jaruzelski seit 1968 stand, geht an den bisherigen stellvertretenden Minister General Florian Siwicki über.

Von politischen Beobachtern wurde darauf hingewiesen, daß Jaruzelski als Chef des „Verteidigungsausschusses" auch für sozialpolitische und wirtschaftliche Entscheidungen zuständig sei. Die Erweiterung der Befugnisse des Komitees wurde ausdrücklich mit der „Zuspitzung der sozialen und politischen Spannungen in Polen" motiviert.

Mit der Ernennung von Brigadegeneral Czeslaw Dega zum neuen Chef der Auslandsabteilung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) hat Außenminister Stefan Olszowski einen Aufpasser bekommen. Der Artilleriegeneral, der längere Zeit Militärattaché in London war, wird sicherlich wie sein Generalskollege Tadeusz Dziekan, Leiter der Personalabteilung des ZK, sein Ressort mit weiteren Militärs besetzen. Wichtigste Person, die jetzt neu in das ZK-Sekretariat kam, ist jedoch Henryk Bednarski. Der neue ZK-Sekretär studierte zwischen 1973 und 1983 an der Moskauer Parteihochschule, obwohl der offizielle Lebenslauf ihn für diese Zeit als Leiter der Abteilung Wissenschaft und Schulwesen beim Bezirkskomitee in Bromberg ausweist. Ein weiterer neuer ZK-Sekretär, der ehemalige Direktor der TH Breslau, Tadeusz Porebski, gilt als Ideologe der harten Linie.

SEITE 2:
Wie ein Pole leben

Professor Marian Orzechowski, einst Direktor der Breslauer Universität, hat zwar seinen ZK-Sekretär-Posten verloren, wurde aber stellvertretendes Politbüromitglied und, was noch wichtiger ist, er ist de facto als Generalsekretär der Hausmacht von General Jaruzelski, der „Patriotischen Bewegung der Nationalen Erneuerung (PRON)", Chef dieser neuen einflußreichen Nationalen Front.

Einen Teil seiner bisherigen Aufgaben in der Regierung will Jaruzelski dem bisherigen Parteichef von Kattowitz, Zbigniew Messmer, übertragen, der als stellvertretender Ministerpräsident in der Funktion eines Koordinators nach Warschau geholt wird. Die Leitung der Plankommission übernimmt der bisherige ZK-Sekretär Manfred Gorywoda.

DER KOMMENTAR

Der Schießbefehl

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Es kennzeichnet die diffizile Schwebelage der deutsch-deutschen Beziehungen, daß sich abermals ein Wunsch als Vater des Gedankens herausstellt. Als Honecker den Milliarden-Kredit einsteckte, grassierte in München und Bonn die Zuversicht, ja die Erwartung, die „DDR" werde an der Zonengrenze die mörderische Praxis des Schießbefehls beenden. Strauß hatte von seiner Familienreise an den Werbellinsee den Eindruck mitgebracht, daß der Schießbefehl den kredithungrigen Mauerbauern auf der Seele zu lasten beginne. In Bonn gab es Minister, denen jeder Tag, an dem Honeckers Grenzer nicht auf Flüchtlinge geschossen hatten, die frohe Erwartung zur Gewißheit machte. Alsbald hieß es verständnisvoll, wegen der gegebenen Gesetzeslage in der „DDR" sei es Honecker leider nicht möglich, den Schießbefehl ganz aufzuheben; er habe ihn aber mit internen Anweisungen praktisch gegenstandslos gemacht.

Seit Montag abend wissen wir, daß daran nichts Wahres sein kann. Zwar geschieht es nicht jeden Tag, daß Flüchtlinge das Ungetüm eines Tanklastwagens als Rammbock benutzen, um die Grenzbefestigungen zu durchbrechen. Als aber die „DDR"-Grenzer, etwa zehn Mann hoch, aus ihren Maschinenpistolen zu feuern begannen, bedurfte es der Schießerei nicht, um die Flucht zu verhindern; denn der Tanklaster war schon an der Betonmauer gestrandet und beschädigt liegengeblieben.

Minister Windelens bitterer Satz, die „DDR" zeige erneut, daß sie „nicht bereit ist, auf das verwerfliche Mittel der Gewalt zu verzichten, um Deutsche an der Ausübung ihres Rechts auf Freizügigkeit zu hindern", beweist nur, wie brüchig der Boden unter den Füßen derer ist, die sich in die Prozession der Honecker-Besucher einreihen, um sich von dem leutseligen Staatsratsvorsitzenden mit ungewissen Hoffnungen aufladen zu lassen. Wir wissen es nun wieder: Der Schießbefehl gilt, und es wird geschossen.

Honecker ist nicht der nette Kommunist, als der er dargestellt wird. Er ist verantwortlich dafür, daß Landsleute immer wieder zu den verzweifeltsten Mitteln greifen, um seinem Machtbereich unter Todesgefahr zu entfliehen. Wird in Bonn nicht bereits vom nächsten Milliarden-Kredit gemunkelt?

„Atemberaubende Wende der SPD"

Lambsdorff: Frühere Koalition mußte auch wegen der Sicherheitspolitik zu Ende gehen

MANFRED SCHELL, Bonn

Vor der Zustimmung der Bundestagsmehrheit zur NATO-Nachrüstung hat ein harter Schlagabtausch der Bundesminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) und Manfred Wörner (CDU) mit der SPD und deren Parteivorsitzenden Willy Brandt die Debatte im Parlament bestimmt. Lambsdorff, der sich überraschend zu Wort meldete, nannte es „einmalig" in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, daß eine große Partei wie die SPD sich in so „atemberaubendem Tempo" von ihrem früheren Ja zur gemeinsamen Sicherheitspolitik entfernt habe. Die Debatte habe bestätigt, daß es auch in der Sicherheitspolitik keine gemeinsame Basis mehr für die frühere Koalition gegeben habe. Lambsdorff: „Ich habe gewußt, daß die Koalition auch wegen der Sicherheitspolitik zu Ende gehen mußte." Mit ihrer Wende gefährde die SPD die atlantische Partnerschaft.

Brandt, der nach Lambsdorff sprach, fühlte sich offenkundig durch die Rede von Bundesverteidigungsminister Wörner (CDU) provoziert. Wörner hatte speziell dem SPD-Vorsitzenden vorgehalten, die „ganze Einseitigkeit", mit der die SPD diskutiere, sei nichts anderes als die „Tarnung der Flucht der SPD aus der Verantwortung". Die SPD müsse sich auch fragen lassen, so Wörner, ob ihr „Abschied vom NATO-Doppelbeschluß" nicht dazu beigetragen habe, daß es in Genf noch nicht zu einer Einigung gekommen sei.

Brandt versuchte, das frühere Ja der SPD zum NATO-Doppelbeschluß dadurch zu relativieren, daß er sagte: „Die SPD hat niemals einen Freibrief für die Stationierung neuer eurostrategischer Raketen auf europäischem Boden ausgestellt." Die Beschlußfassung seiner Partei sei auf Rüstungskontrolle und darauf ausgerichtet gewesen, „durch entscheidende Reduzierung der sowjetischen Raketen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in Westeuropa überflüssig zu machen". Der rüstungspolitische Teil des Doppelbeschlusses von 1979 aber sei zumindest bis jetzt „Makulatur" geblieben.

SEITE 2:
Demokratie im Feuerofen
SEITE 4:
Weitere Beiträge

Abermals brachte Brandt die Forderung von der „Sicherheitspartnerschaft" mit der Sowjetunion ins Spiel. Hierzu hatte Minister Wörner gesagt, Sicherheitspartnerschaft setze die „Anerkennung gleicher Sicherheitsinteressen voraus". Aber jetzt seien 240 SS-20-Raketen auf die Bundesrepublik Deutschland gerichtet. Wörner: „Die sowjetischen Raketen müssen weg, oder wir müssen ein Gegengewicht schaffen, das den Einsatz dieser Raketen unmöglich macht."

Der SPD-Vorsitzende vertrat die Auffassung, „Druck und Erpressung" könne nicht mit mehr Waffen, sondern mit kontrollierter Abrüstung, Entspannungspolitik und dem Willen zur Sicherheitspartnerschaft der Boden entzogen werden. Im Gegensatz dazu glaube die Bundesregierung daran, „im atomaren Poker" lasse sich durch den Beginn der Stationierung mehr herausholen. Die NATO versäume damit die „historische Chance", die Sowjetunion vertraglich auf die Verschrottung von „zahlreichen modernen Atomwaffen zu verpflichten". Wörner hatte Brandt vorgehalten, der Standpunkt der SPD käme einer Anerkennung des Monopolanspruchs der sowjetischen Mittelstreckenraketen gleich. Brandt verwandte viel Zeit darauf, die Kritik zurückzuweisen, mit ihrer Haltung gefährde die SPD das Bündnis oder sie wolle die Allianz bewußt in Frage stellen. Brandt: „Unser Nein ist ein Votum in der Allianz, nicht gegen die Allianz." Auch die Aufforderung von Graf Lambsdorff, die SPD müsse den Bürgern erklären, warum sie mit ihrem Nein den Rat aller ihrer Bundesverteidigungsminister in den Wind schlage, veranlaßte Brandt nicht, sich zu den Positionen von Helmut Schmidt, Georg Leber und Hans

● Fortsetzung Seite 4

Droht in Bolivien ein Militärputsch?

dpa, La Paz

Bolivien wurde von einem 24stündigen Generalstreik praktisch völlig gelähmt. Zu dem Ausstand hatte der bolivianische Gewerkschaftsbund (COR) aufgerufen. Zehntausende von Streikenden demonstrierten in der Innenstadt von La Paz gegen die jüngsten Wirtschaftsmaßnahmen der Linksregierung unter Präsident Hernan Siles Zuazo, die am vergangenen Donnerstag die Landeswährung um 150 Prozent abgewertet sowie die Preise für Benzin verdreifacht und für Grundnahrungsmittel um durchschnittlich 70 Prozent erhöht hatte. Nach Angaben der Regierung sollen die unpopulären Maßnahmen die Inflation bekämpfen.

Auf der COR-Kundgebung in La Paz warnten Sprecher gleichzeitig vor der Gefahr eines neuen Militärputsches gegen die Demokratie, die erst Ende 1982 nach einem 18jährigen Militärregime wiederhergestellt worden war. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Regierung die staatlichen Sicherheitsorgane wegen der zunehmenden Staatsstreich-Gerüchte in Alarmbereitschaft versetzt hat.

Die regierende „Nationalrevolutionäre Bewegung der Linken" (MNRI) von Siles Zuazo hatte bereits in der vergangenen Woche ungenannte rechtsorientierte Kreise beschuldigt, die allgemeine Unzufriedenheit aufgrund der schweren Wirtschaftskrise zur Destabilisierung des Landes ausnutzen zu wollen. Eine Serie von mindestens 20 ungeklärten Bombenattentaten hat in den vergangenen Wochen in Bolivien die innenpolitische Lage verschärft.

Mitterrand kommt zu Kohl nach Bonn

dpa, Bonn/Paris

Zu einer neuen Runde der regelmäßigen deutsch-französischen Konsultationen wird der französische Staatspräsident François Mitterrand morgen in Bonn mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammentreffen. Im Mittelpunkt ihrer zweitägigen Gespräche stehen Fragen der Sicherheit sowie die Vorbereitung des EG-Gipfels, der für den 4. bis 6. Dezember nach Athen einberufen wurde.

Beobachter erwarten, daß Mitterrand seine angekündigte Vermittlungsbereitschaft für den Fall des Scheiterns der Genfer Verhandlungen dem Kanzler näher erläutern wird. Im Gegensatz zu den deutschen Sozialdemokraten hatte Mitterrand in den vergangenen Wochen Frankreichs Unterstützung für den NATO-Doppelbeschluß betont.

Zu einer Vierer-Runde haben sich die Außen- und Verteidigungsminister beider Länder ebenfalls für Donnerstag in Bonn verabredet. Dabei soll die weitere Ausgestaltung der besonderen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris erörtert werden.

Zu den Problemen der Europäischen Gemeinschaft gehört auch weiterhin die Frage der EG-Finanzierung. Bei den Bonner Konsultationen wird neben der Forderung nach höheren französischen EG-Beiträgen auch der strittige Grenzausgleich im Agrarhandel zur Sprache kommen. Die EG-Problematik wird auch Thema einer Unterredung sein, zu der sich für Freitag der griechische Ministerpräsident Papandreou bei Kohl angesagt hat.

Flucht mit Tanklastzug gescheitert

Mehrere Schüsse von „DDR"-Posten / Windelen: Verwerfliches Mittel der Gewalt

DW. Helmstedt/Bonn

An den Betonsperren der innerdeutschen Grenze und im Kugelhagel von Grenzposten der „DDR" ist am Übergang Marienborn der Versuch von zwei „DDR"-Einwohnern gescheitert, mit einem 32-Tonnen-Tanklastzug in den Westen zu gelangen. Die Bundesregierung äußerte sich bestürzt über den Vorgang. Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, erklärte: „Die DDR zeigt damit erneut, daß sie nicht bereit ist, auf das verwerfliche Mittel der Gewalt zu verzichten, um Deutsche an der Ausübung ihres Rechts auf Freizügigkeit zu hindern."

In den vergangenen Wochen, insbesondere in Zusammenhang mit dem Milliarden-Kredit an Ost-Berlin, war von Mitgliedern der Bundesregierung über Zurückhaltung der „DDR" bei der Anwendung des Schießbefehls gesprochen worden.

So schilderten Augenzeugen die Vorgänge:

Montag abend, 21.15 Uhr, am Kontrollpunkt Marienborn auf der Autobahn Berlin-Helmstedt: Der 32-Tonnen-Tanklastzug mit der Aufschrift „Minol" benutzt auffälligerweise die Fahrspur für Personenwagen und rast auf die Grenzsperren zu. „DDR"-Posten geben mehrere Schüsse ab. Der Sattelschlepper fährt weiter und prallt gegen eine Betonmauer der Grenzabsperrung. Erst jetzt kommt er zum Stehen. Das Fahrzeug wird von etwa zehn „DDR"-Soldaten umringt, die beiden aus dem Führerhaus steigenden Insassen werden festgenommen. Anschließend wird den westdeutschen Beobachtern der Einblick durch Sichtblenden verwehrt.

Von 21.20 Uhr bis 22.00 Uhr werden die Abfertigungen am Grenzübergang Marienborn eingestellt. Der Verkehr an der Autobahn Hannover-Berlin wird in beiden Richtungen gesperrt. Erst gestern vormittag normalisiert sich der Betrieb an dem Kontrollpunkt wieder. Gegen 11.00 Uhr wird das schwerbeschädigte Fahrzeug abgeschleppt. Es beginnt die Reparatur der ausfahrbaren Betonsperrmauer und der zertrümmerten Schlagbäume in dem etwa zwei Kilometer langen Abfertigungsbereich.

Zunächst heißt es, bei dem Fluchtversuch aus Mitteldeutschland seien möglicherweise zwei Menschen getötet und zwei weitere verletzt worden. Später erklärten die Grenzschutzbehörden, nach Beobachtungen von westlicher Seite aus sei eine Person verletzt worden, offenbar aber durch den Aufprall und nicht durch Schüsse. Die andere Person sei unverletzt geblieben. Unklar bleibt, ob es sich um Männer oder Frauen gehandelt hat. Die beiden Flüchtlinge seien in das rückwärtige Gebiet des Kontrollpunktes gebracht worden, heißt es.

Reagan bestärkt Kyprianou in Suche nach Zypernlösung

USA lehnen neues Waffenembargo gegen die Türkei ab

rtr, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat an den griechisch-zyprischen Präsidenten Spyros Kyprianou appelliert, die Bemühungen um eine Friedenslösung für die geteilte Mittelmeerinsel trotz der Ausrufung eines zyprisch-türkischen Teilstaates nicht erlahmen zu lassen. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, berichtete nach einem Treffen zwischen Reagan und Kyprianou vor Journalisten, Reagan habe nicht seine in der vergangenen Woche erhobene Forderung wiederholt, daß die Ausrufung eines zyprisch-türkischen Teilstaates rückgängig gemacht werden müsse.

Amerikanische Regierungsvertreter erläuterten zusätzlich, daß die USA ihre Hoffnung auf eine Rücknahme des zyprisch-türkischen Schritts durch den Führer der Zypern-Türken, Rauf Denktasch, gleichwohl nicht aufgegeben hätten.

Pressesprecher Speakes sagte: „Bei Anerkennung der komplexen Zypern-Situation hat Reagan die zyprische Regierung gebeten, sich durch den ungeratenen einseitigen Akt nicht in dem Bemühen beirren zu lassen, jedwede Möglichkeiten für Fortschritte bei einer Friedenslösung zu nutzen." Griechenland hatte die Vereinigten Staaten zuvor ersucht, ihren Einfluß auf die Türkei zu nutzen, um die Ausrufung des von der türkischen Regierung anerkannten Teilstaates wieder rückgängig zu machen.

Amerikanische Regierungsvertreter deuteten mit dem Ausdruck des Bedauerns an, daß ein Waffenlieferembargo, wie es 1975 gegen die Türkei verhängt worden sei, in Washington als neues Druckmittel in der Zypern-Frage abgelehnt werde. Kyprianou sagte zu Journalisten, er habe bei seinen Gesprächen mit Reagan und US-Außenminister George Shultz mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die USA gegen die Ausrufung eines zyprisch-türkischen Teilstaates Front gemacht hätten.

„Konzertierte Aktion" gegen Spione?

Verärgerung in NATO-Staaten über subversive Tätigkeit sowjetischer Diplomaten

MANFRED SCHELL, Bonn

Auf der Ebene der NATO-Staaten werden zur Zeit Überlegungen angestellt, in einer „konzertierten Aktion" sowjetische Diplomaten, die als Spione enttarnt worden sind, auszuweisen. Nach Informationen der WELT plädieren die USA für ein solches Vorgehen. Die britische Regierung, so hieß es dazu, habe bereits konkret mehrere sowjetische Diplomaten im Visier.

Neben geheimdienstlichen Gesichtspunkten besteht in den NATO-Staaten erhebliche Verärgerung über die propagandistischen und subversiven Aktivitäten vieler sowjetischer Diplomaten im Zusammenhang mit der Entscheidung über die NATO-Nachrüstung. In Regierungskreisen in Bonn wurde darauf verwiesen, daß Frankreich, Dänemark, Kanada und die USA sowjetische Diplomaten wegen des Verdachts der Agententätigkeit ausgewiesen hatten. Auch die neutrale Schweiz habe so gehandelt. Das Verhalten der amerikanischen Sicherheitsbehörden gegenüber einem mutmaßlichen Spion der „DDR", der in Boston enttarnt worden ist, zeige eine härtere Gangart, zu der die USA entschlossen seien.

Innerhalb der Bundesregierung werden ebenfalls seit längerer Zeit Überlegungen angestellt, ob Angehörige der sowjetischen Botschaft des Landes verwiesen werden sollen. Dabei ist von drei bis fünf Personen die Rede. Die deutsche Spionageabwehr hat eine umfangreiche Liste über „erkannte" Agenten erstellt. Allerdings hat bisher das Auswärtige Amt von einer solchen Aktion abgeraten, und auch die Meinung der Spionageabwehr ist hierüber geteilt. Zum einen wäre ein demonstrativer Akt erwünscht, um den Sowjets zu zeigen, daß man ihre Aktivitäten genau kenne. Zum anderen hätte dies zur Folge, daß ausgewiesene Agenten durch neue ersetzt würden, die Abwehr also von neuem mit ihrer Aufklärungsarbeit beginnen müßte.

■ Fortsetzung Seite 12

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ende eines Funktionärs

Von Günter Zehm

Endlich ist es soweit. Der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Schriftstellerverbandes VS, Bernt Engelmann, um dessen Aushebelung sich zuletzt ganze Kohorten von Verbandskollegen bemüht hatten, muß das Feld räumen. Der geschlossene Rücktritt des gesamten VS-Vorstands und die Anberaumung einer vorgezogenen Gewerkschaftsdelegiertenkonferenz für März nächsten Jahres machen den Weg frei für die Nach-Engelmann-Zeit. Eine Wiederwahl des B. E. ist so gut wie ausgeschlossen.

Der zurückgetretene Bundesvorstand begründet seinen Schritt mit dem Bemühen, „eine Spaltung des Verbandes zu verhindern" und „die gewerkschaftliche Arbeit zu sichern". Beide Äußerungen sind bloße Augenwischerei. Die Schriftsteller sind längst gespalten, und zwar nicht zuletzt Bernt Engelmanns wegen. Es hat happige Sezessionen vom ursprünglich einheitlichen VS gegeben, spektakuläre Austritte und innerhalb des Rest-VS zuletzt unüberbrückbare Gräben zwischen den verfeindeten Gruppen. Notwendig ist jetzt ein vollkommener Neuanfang. Die Mehrheit der Schreibenden im Land muß erst wieder davon überzeugt werden, daß der VS eine überparteiliche, demokratische Adresse ist und keine Zweigstelle Pankows.

Ob eine solche Überzeugungsarbeit im Rahmen der Bindung an die Gewerkschaft Druck und Papier geleistet werden kann, steht durchaus in den Sternen. Diese Gewerkschaft, die auf Grund der technischen Entwicklung nur noch eine Schrumpfgewerkschaft ist, hat sich während der letzten Jahre in einem unerhörten Maße radikalisiert; ihre Stellungnahmen sind in vielen Fragen nicht mehr von denen Ost-Berlins zu unterscheiden. Gerade die Anbindung des VS an die IG Druck und Papier hat es Gestalten wie Engelmann ermöglicht, Macht zu gewinnen und den Verband in die Sackgasse zu führen.

VS-Mitglieder, die wirklich an einer Kurskorrektur interessiert sind und das Vertrauen der Öffentlichkeit in ihren Verband wiederherstellen wollen, dürfen in den Diskussionen kein Tabu mehr gelten lassen. Sämtliche Karten müssen auf den Tisch; und sie müssen neu gemischt werden, damit das Spiel endlich ehrlich werden kann.

Dem Irak zugenickt

Von Jürgen Liminski

Der sowjetische Außenminister Gromyko gehört zu den Männern im Kreml, die sich selbst nichts vormachen. Sein Wort hat Gewicht. Jetzt hat er es in eine Waagschale des irakisch-iranischen Konflikts gelegt.

Gromyko erweist niemandem umsonst seine Gunst. Der Kreml hat in der Tat gute Gründe, die Annäherung an Irak zu suchen. Es gibt deren wenigstens drei: einen bilateralen, einen regionalen, einen globalen.

Zum einen ist Bagdad im Begriff, ins westliche Lager abzugleiten. Französische Kredite und Waffen und vielfältige ägyptische Hilfe haben die prowestliche Schräglage bewirkt. Zwar liefert auch Moskau massenhaft militärisches Material, aber im Vergleich zu den französischen Systemen ist es nicht viel wert. Um den Westtrend Bagdads zu stoppen, muß Moskau entweder zu militärischen Schmuckstücken greifen oder politische Avancen machen. Gromyko hat sich zunächst für die letztere Methode entschieden.

Zum anderen kommt die Bekräftigung des irakisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags regionalpolitisch einem herben Rippenstoß gegen Syrien gleich. Damaskus ist mit Bagdad verfeindet und mit Teheran verbündet. Das Moskauer Signal an den syrischen Präsidenten Assad heißt im Klartext, wir halten unsere Vereinbarungen ein, der sowjetisch-syrische Freundschaftsvertrag gilt nur für syrisches Gebiet, nicht für Abenteuer in Libanon. Die Spannung muß kontrollierbar bleiben – für die Sowjetunion. Auch in der arabischen Welt bleibt Moskaus Schachzug nicht ohne Wirkung. Die Angst vor den fanatisierten Horden Khomeinis ist groß in den Palästen Riads und am Golf. Dort wird man die Moskauer Erklärung willkommen heißen. Das kann einem Fernziel der sowjetischen Orientpolitik nur dienlich sein: dauerhafte und diplomatische Beziehungen zu den konservativen Staaten knüpfen und unterhalten – zwecks späterer Revolutionen.

Schließlich bedeutet eine Annäherung an Irak auch eine indirekte Annäherung an die Freunde Bagdads. Kairo mißt man im Kreml neuerdings einen höheren Stellenwert bei. Vor allem aber ist Paris, die westliche Schutzmacht Iraks, angesprochen. Der nahöstliche Schachzug hat auch globale Dimensionen.

Wie ein Pole leben

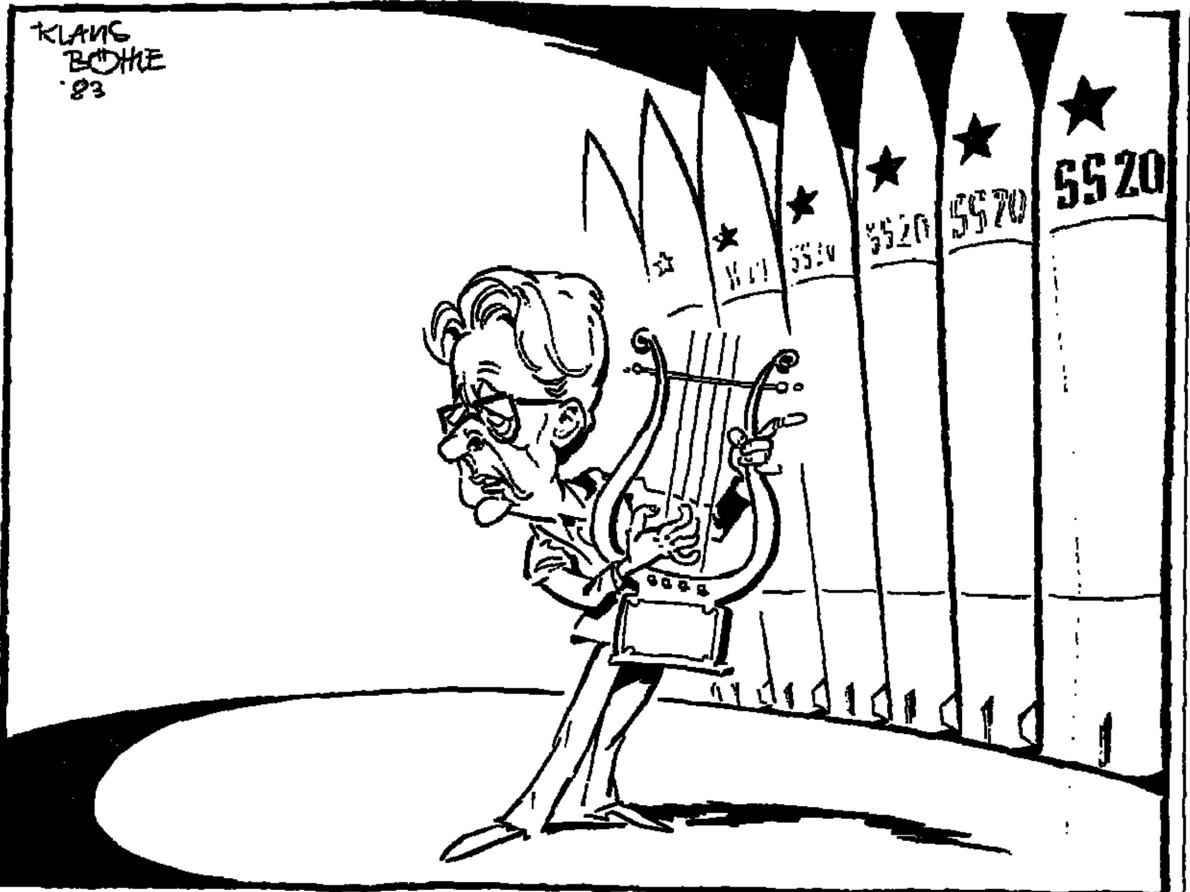
Von Enno v. Loewenstern

Für Außenstehende ist es immer wieder wundersam, was für Gremien und Ausschüsse jene Diktaturen sich geben, die doch ohnehin mehr oder weniger per ordre de moufti regieren. Wozu braucht General Jaruzelski nun noch ein „Landesverteidigungskomitee" – welcher Hannibal steht waffenklirrend ad portas? Diesmal ist nicht die NATO schuld. Der Abgeordnete Szafranski begründete die Apotheose seines (ohnehin schon) Partei- und Staatschefs mit der „Zuspitzung der sozialen und politischen Spannungen in Polen".

Es geht also um Gefahren von innen. Dazu kommt freilich, daß Jaruzelski jetzt eine dreifache Absicherung hat; das dritte Amt entspricht dem, was auch der Partei- und Staatschef Andropow sich jüngst zusätzlich verschaffte. Es wäre also für die Sowjets um einen Grad schwerer, Jaruzelski wieder auszubooten, falls sie nicht mehr mit ihm zufrieden sein sollten.

Aber die Gefahren von innen sind dringlicher. Die jüngsten Preissteigerungen haben die ohnehin brodelnde Stimmung zusätzlich angeheizt. Die Kirche hat sich mit scharfer Kritik zu Wort gemeldet. Das Parlament gibt den Kritikern sogar indirekt recht: Die Fleischversorgung sei gefährdet; man habe sich nicht auf die Marktproduktion konzentriert. Auf die Polen wird der neue Verteidigungsrat kaum wie ein Wirtschaftskabinett wirken, eher wie ein ständiger Bereitschaftsausschuß gegen innere Unruhen.

Oskar Lafontaine hat kürzlich zu den angeblichen Risiken der Nachrüstung gesagt, er sei statt dessen gegebenenfalls bereit, wie ein Pole zu leben. Das, vom sicheren Port des Schlaraffenlandes, muß die Polen tief treffen. Sie sind jedenfalls nicht mehr bereit, wie die Polen zu leben. Nicht wenige von ihnen scheinen hingegen bereit zu sein, wie die Polen zu sterben. Die Lage dort ist ernster, als manche westlichen Friedensplauderer ahnen. In Warschau weiß man, wie weit die Dinge sich entwickelt haben. Nun wird also ein Verteidigungsrat zur Verteidigung des Regimes gebildet, um die Polen zu entmutigen. Sie werden direkt vor weiterer „Zuspitzung" gewarnt, nach dem Motto: Wenn die Lebensmittelpreise steigen, sinkt der Wert des Lebens.



Orpheus vor der Unterwelt ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Demokratie im Feuerofen

Von Herbert Kremp

Eine große Debatte, eine der großen Stunden des Parlaments? In dieser Frage, die gern, aber etwas lauernd gestellt wird, schwingt seit der Gründung dieses Staates idealistisches Pathos mit. Die Deutschen sind junge Demokraten. Die Umstände, unter denen der Bundestag zusammentreten mußte, zeigen, wie gefährlich das sein kann. Wir beobachten einen Angriff auf die repräsentative Demokratie, die nach dem Kriege strenger verfaßt wurde als in Weimar. Diesen Faktor der Stabilität betrachten heute viele als ein beengendes Korsett.

Es ging um die Stationierung von Raketen, ein Thema, das wichtig genug ist, in einem Parlament behandelt zu werden. Die Bundesregierung hatte Gelegenheit, ihre Argumente und die Mehrheit, die Opposition hatte Gelegenheit, ihre Argumente und die Minderheit vorzuzeigen. Aber dabei blieb es nicht. Die sozialdemokratische Opposition, seit Bismarcks Zeiten eine leidvoll erfahrene parlamentarische Partei, sprach sich zwar für das Repräsentative der Demokratie aus, brachte aber dann, wenn das „Grundsätzliche" gesagt war, die Autorität außerparlamentarischer Kräfte ins Spiel, denen man nicht nur Aufmerksamkeit, sondern am Ende doch wohl Gehorsam schulde.

Häufig erwähnt wurde dabei der Mehrheitswille des Volkes, der gegen die Raketen-Stationierung gerichtet sei. Von diesem Mehrheitswillen ist genau bekannt, daß er in zahlreichen Fällen mit der parlamentarischen Mehrheit nicht übereinstimmt. Das gilt zum Beispiel für die Wiedereinführung der Todesstrafe – man muß den Bürgern nur die „richtige" Frage stellen. Über diesen Mehrheitswillen würden beispielsweise die Sozialdemokraten souverän hinwegsehen – denn er entspräche nicht dem Mehrheitswillen der sozialdemokratischen Partei. Insofern bleibt man dort ganz Partei.

Ebenso häufig erwähnt wurden die Kirchen, deren Wort in der Tat stets bedacht werden soll – denn das deutsche Volk ist mehrheitlich christlich, jedenfalls aus Tradition. Diesen Mehrheitswillen, wenn er einer ist, teilen die Sozialdemokraten aber erst aus vollem Herzen, seit es um die Raketen geht. Seitdem scheint sich dort eine Hinwendung zur kirchlichen Autorität zu vollziehen, die man früher in diesem Maße nicht beobachten konnte, beispielsweise in der Frage des Paragraphen 218. Als die Kirchen in dieser Lebensfrage ihre Stimme erhoben, bekannte sich die damalige Regierungspartei zur Liberalität, das heißt: gegen die „Reaktion".

Von der Wissenschaft, die in der Raketendebatte ebenfalls als Zeuge der Oppositions-Anklage aufgerufen wurde, ist schwer zu reden. Sie urteilt in schwierigen weltpolitisch-strategischen Belangen ebenso uneinheitlich wie „die Kirchen" und „die Demoskopie". Sie muß in Einzelfragen gehört werden, die aber auch in der Summe noch keine Politik ergeben. Sie zur Magd einer Partei-Meinung zu machen, degradiert sie tiefer als die Rolle der „Magd der Theologie", die ihr in der Scholastik zugedacht wurde. Heute würde sie zum Hintertür-Lieferanten rasch wechselnder Bedürfnisse, entzöge sie sich der unbegrenzten Zumutung nicht.

Die Beispiele aus der Debatte zeigen, daß die Stabilitäts-Form der parlamentarischen Demokratie, die repräsentative, von innen heraus stärker bedroht ist als von der Straße oder von mancherlei „Bewegungen", deren Gefühle von Minderheiten dirigiert werden, die wiederum von Mächten gesteuert sind. Die Opposition gab der Versuchung nach, der Friedensbewegung ihre Reverenz zu erweisen oder, wie Helmut Schmidt, plötzlich „Verständnis" für sie zu entdecken, obwohl der maßgebende Kern weder den Staat noch das Parlament – noch die Opposition zu respektieren gedenkt. Um sich darüber hinwegzutäuschen, überfeinerten die Sprecher der Opposition das grobe, uneinheitliche Bild mit dem selbstgemischten Firnis des Idealistischen, Religiösen und, hilfsweise, Demoskopischen.

Dieses Schwanken im Kategorialen der Politik kann dazu führen, daß „Bewegungen" (erneut) zum Erscheinungsbild in Deutschland werden. Öffnet sich eine maßgebliche, an der Willensbildung legitim mitwirkende Kraft wie die Sozialdemokratie einmal in diesem Maße den plebiszitären Kräften, wird sie ihre Arme bei Bedarf immer wieder ausbreiten. Die Raketen sind ja nur eines von vielen umstrittenen Themen, und die „Bewegung", die gegen sie entstanden ist, sucht um ihrer selbst willen schon heute nach neuen Gelegenheiten, die Belastbarkeit der verfaßten Demokratie zu erproben. Was wird die SPD nach dieser ersten Probe tun, wenn sie demnächst einen „Mehrheitswillen" gegen die NATO, die Bundeswehr, die Marktwirtschaft zu entdecken glaubt? Wird sie dann wieder unwiderstehlich „Idealistisches" in die Bewegung deuten?

Ihrer Wende in der Sicherheitspolitik opferte die Opposition einen Kanzler. Er heißt Schmidt, nicht Hermann Müller – wie der letzte sozialdemokratische Reichskanzler in der Weimarer Republik, den seine Partei 1930 fallenließ –, könnte aber vom Fall-Beispiel her so heißen. Auch das ist nicht gut für die repräsentative Demokratie, was ihm widerfuhr. Denn diese Form der Demokratie kennt zwar Koalitionswechsel, die Wahl eines neuen Kanzlers im Parlament, Veränderungen durch allgemeine Wahlen. Aber das Segel so zu stellen, daß der Steuermann über Bord geht, ihm dann mit eisiger Miene nachzuschauen und als letztes Wort von ihm den Ruf zu erwarten, daß er Schiff und Besatzung treu bleiben werde, ist nach Erhards Ende zweifellos das stärkste Stück in der Politik der Republik. Darüber entstand aber in der Opposition keine Bewegung.



Sturz eines Steuermannes: Helmut Schmidt FOTO: POLY-PRESS

IM GESPRÄCH Sir Shridath Ramphal

Verbindlich und redefreudig

Von Manfred Neuber

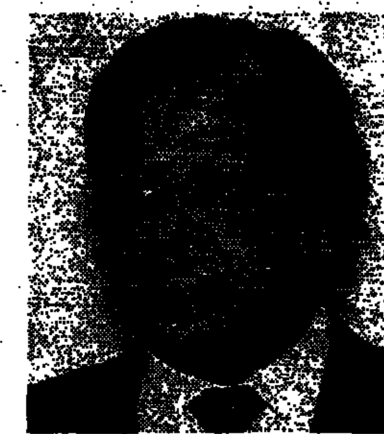
Auf der Gipfelkonferenz des Commonwealth in dieser Woche in Neu-Delhi spielt neben der britischen Königin Elizabeth II. als Oberhaupt dieser 37 Staaten in aller Welt umspannenden Gemeinschaft ein agiler, untersetzter Mann mit freundlich-gewinnendem Umgang eine Hauptrolle: Sir Shridath Ramphal (55), der Generalsekretär des Commonwealth.

Die politischen Krisen um Grenada und Zypern, beide Mitgliedstaaten und ehemalige Besitzungen Englands, platzten auf die Tagesordnung herein und stellen das Commonwealth vor eine neue Belastungsprobe. Dank der Geschicklichkeit Ramphals konnten frühere Konflikte um Rhodesien und Südafrika beigelegt werden.

„Es ist keine Frage mehr, ob das Commonwealth noch eine Zukunft hat", meint der Generalsekretär, „sondern es kommt darauf an zu erklären, wie das Commonwealth der übrigen Welt mit gutem Beispiel vorangehen kann." Ihm schwebt so etwas wie eine „kleine UNO in der großen UNO" mit mehr Erfolg vor.

Ramphal selbst verkörpert die geographische und rassische Vielfalt im Commonwealth. Er wurde 1928 als ältestes von fünf Kindern eines Lehrers in New Amsterdam geboren; seine Familie gehörte zu der indischen Volksgruppe in der südamerikanischen Kolonie Britisch-Guayana. Aus der 1970 verliehenen Ritterwürde macht er sich nichts. Seine Freunde nennen ihn einfach Sonny.

Das 1947 in London begonnene Jura-Studium schloß er mit Auszeichnung ab. In seiner Dissertation setzte er sich dafür ein, alle karibischen Gebiete unter britischer Herrschaft zu einer Nation zu vereinen. Dabei zeichnete er seinen politischen Weg bis an die Spitze des Commonwealth vor. Als Justiz- und Außenminister hielt es ihn nicht lange in Guayana. Seine Ambition, Generalsekretär der Vereinten Nationen zu werden, scheiterte das erste Mal 1981 wohl daran, daß er beiden Supermächten zu eigenwillig erscheint.



Wieder mal was zu kitten: Commonwealth-Generalsekretär Ramphal FOTO: CAMERA PRESS

Mit der Queen als nominellem Oberhaupt des Commonwealth versteht sich Ramphal sehr gut, mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher gibt es häufig Reibungen. Er ist mit einer englischen Krankenschwester verheiratet. Sonny und Lois haben zwei Söhne und zwei Töchter. In der Freizeit kocht Ramphal gern scharfe Curry-Gerichte.

Bei dem weiten Feld seines Aufgabengebietes und der Vorliebe, mindestens drei Dutzend große Reden im Jahr zu halten, ist er häufiger auf Weltreisen als im Generalsekretariat in London. Durch seine karibischen Kontakte wußte er während der Grenada-Krise mehr als das Foreign Office...

Ramphal dringt auf einen schnellen Abzug der Amerikaner von Grenada und eine wahrhaft unabhängige Übergangsregierung bis zu freien Wahlen. Wie sehr das Commonwealth über Grenada zerstritten ist, zeigte die UNO-Abstimmung: Acht seiner Staaten stimmten für die US-Intervention, zwanzig dagegen, und neun enthielten sich der Stimme.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Über den ersten Tag der Bonner Nachrüstungsdebatte heißt es in der internationalen Presse:

THE TIMES

Die SPD ist eigentlich eine Partei, die der britischen Labour Party ähnelt. Ähnlich wie früher in Großbritannien hat die wachsende Kluft zwischen den Hoffnungen und Gefühlen der Parteibasis und der Politik der Führung zu einem stetigen Frustrationsaufbau geführt. Er konnte in der Vergangenheit nur durch Helmut Schmidts scharfe Parteitagsrede überdeckt werden oder durch gesichtswahrende Kompromisse, Verschiebungen wichtiger Debatten und durch Forderungen an die Partei-Einheit und -Loyalität, um die Macht nicht zu gefährden. Nun – befreit von der Regierungsbürde – hat die Partei eine Chance zum Heilen der Wunden... Allerdings ist Willy Brandt, der Vorbeter und das Herz der Partei (aber nicht ihr Kopf), schon 70 Jahre alt, und seine Macht kam und ging. **(London)**

Le Monde

In Deutschland hat eine historische Woche begonnen... Man kann sich nach der mangelnden Beständigkeit dieser Deutschen fragen, die sich, seitdem sie im März mehrheitlich für einen Kanzler gestimmt haben, der als uneingeschränkter Anhänger der Raketen-Stationierung im Falle eines Scheiterns in Genf galt, in ihrer Mehrheit unaufhörlich in Umfragen, Demonstrationen und den Medien gegen diese Stationierung aussprechen. Bei der Wähler-Entscheidung im März spielten andere Faktoren eine Rolle: Ohne Zweifel – und vielleicht vor allem – das unklare Bewußtsein über den Umfang des Schrittes, den man damals getan hätte. Die Wähler zögerten als Deutsche, ihre tiefe Ablehnung der Stationierung auszudrücken, um keine große internationale Krise auszulösen, die ein Bündnis erschüttert hätte, dem sie mit Ausnahme der fünf Prozent Anhänger der Grünen und einer sehr geringfügigen Randgruppe der Sozialdemokraten treu bleiben... Es ist zwar bereits alles geregelt, aber weder die Regierung Kohl noch die Verbündeten der Bundesrepublik können künftig ihre Ohren gegenüber den Vorschlägen zur Zukunft des Bündnisses verschließen, die von jetzt an aus den Reihen der Opposition laut werden. Die Debatte ist eröffnet. **(Paris)**

LE FIGARO

Die Debatte hat die gesamte deutsche Gesellschaft erfaßt. Dabei geht es gewiß nicht um den Neutralismus: Diese Versuchung gilt offenbar nur für eine Randgruppe, die Deutschen sind weiterhin dem verbunden, was für sie vor allem eine militärische Allianz ist. Die Debatte geht vor allem um den Pazifismus, wenn man darunter ein Sicherheitsbedürfnis versteht, das um so größer ist, als die Gefahr immer größer erscheint und der amerikanische Schutz illusorisch wird... Man muß auch bedenken, daß Deutschland in einer Identitätskrise steckt. Durch die Opposition der Raketengegner scheint immer mehr der Wille der Deutschen hindurch, ihr Schicksal selbst in die Hände zu nehmen, nicht mehr wie früher von den Entscheidungen der USA und der NATO abhängig zu sein. Manche nennen dies Nationalismus. Wir sind der Ansicht, daß es sich dabei um einen völlig normalen Reflex einer großen Nation handelt. **(Paris)**

Was soll man wählen: 35 Stunden oder 59 Jahre?

Ein interessantes Gegenmodell für die Tarifparteien / Von Peter Gillies

Die nächste Tarifrunde verspricht interessant zu werden. Es sind zwar wie auch im Vorjahr nur wenige Lohnprozente zu verteilen, aber die Art ihrer Verwendung beflügelt die Phantasie der Tarifparteien und der Politiker – wobei sich die Gewerkschaften noch weigern, die Chancen wahrzunehmen.

Angeblich, so heißt es, sei das Frühjahr auf einen Streik wegen der 35-Stunden-Woche abonniert. Jede Meinungsumfrage weist demgegenüber aus, daß die Masse der Arbeitnehmer keineswegs heiß auf einen Arbeitskampf ist, schon gar nicht wegen dieses Themas. In diese Kluft zwischen Funktionärswille und Basisempfinden brechen die Arbeitgeber mit einem Angebot ein, das kluge Gewerkschaftler erst einmal prüfen sollten, bevor sie es als „Täuschungsmanöver" diffamieren.

„Vorruhestand" lautet das Stichwort, zu dem die Bundesregierung einen Rahmen liefert. Die Tarifparteien mögen das Bild nachliefern – oder den Rahmen leer lassen, wenn es nach der mitglieder- und wortstarken IG Metall geht. Sie beharrt auf der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, eine Lösung, die eher Arbeitsplätze vernichtet als neue schafft.

Der Vorruhestand mit 59 Jahren ist eine denkbare Alternative, jedenfalls insofern ein kleineres Übel, als es ein größeres verhindert. Unter bestimmten Voraussetzungen finanziert es der Bund mit. Den Arbeitgebern ist diese Variante der Arbeitszeitverkürzung deswegen die akzeptabelste, weil die Kostenbelastung gering ist und der Staat sich (via Bundesanstalt für Arbeit) daran beteiligt.

Aus einem Rechenbeispiel des Arbeitsministeriums ergibt sich, daß ein verheirateter Arbeitnehmer mit brutto 3061 (netto 2108) Mark monatlich mit 59 Jahren eine Tarifrente von 1506 Mark erhielte. Das wären gut 71 Prozent seines letzten Nettoverdienstes. Die ablehnende Gewerkschaftskritik auf dieses Angebot ist von Illusionen geprägt, denn weder der Staat noch die Arbeitgeber können sich höhere Lasten aufbürden.

Es wäre aber durchaus möglich, auch einen Vorruhestand mit bereits 58 Jahren zu vereinbaren, wobei man freilich nicht mit entsprechenden Leistungen des Bundes rechnen könnte (sie setzen erst bei 59 Jahren ein). Aber vor allem: Die Grenze von 65 Prozent brutto oder 71 Prozent netto ist nicht fest, sondern sie ist gestaltbar durch die Tarifpartner.

Einmal unterstellt, 1984 wären rund drei Prozent Lohnerhöhung verteilbar. Würde man sie für den Kampf um die 35-Stunden-Woche verwenden, könnte man damit allenfalls eine Wochenstunde Arbeitszeitverkürzung finanzieren. Für eine Barlohnerhöhung bliebe nichts übrig. Anders jedoch bei der Tarifrente. Dort würden Lohnanteile in der Größenordnung von nur einem Prozent ausreichen, den älteren Arbeitnehmern einen Vorruhestand mit mehr als 80 Prozent ihres Nettoeinkommens zu finanzieren.

Damit wäre vermutlich ein höchst attraktives Angebot gefunden, denn es wäre möglich, was bei der 35-Stunden-Woche unrealistisch ist: Arbeitszeitverkürzung plus Lohnerhöhung. Da hätten es die Klassenkämpfer schwer, denn die Neigung zu einem Vorruhestand beginnt nicht erst bei einem Alter von 59 Jahren, sondern prägt bereits alle Arbeitnehmer jenseits der Vierziger.

Wie die Gewerkschaften – in dieser Frage erkennbar gespalten – dies innerlich verarbeiten, hängt vom Verhandlungsgeschick beider Tarifpartner ab. Gäben sie sich jedoch weiter der Illusion hin, sie könnten bei äußerst knappen Verteilungsspielräumen alles haben (Lohnerhöhung, weniger Wochen- und weniger Lebensarbeitszeit), verlören sie mutmaßlich noch mehr Mitglieder als bisher.

Beiden Seiten ist freilich Behutsamkeit anzuraten. Weder ist die Arbeitszeitverkürzung schon deswegen kostenneutral, weil sich der Staat an ihr beteiligt, noch wird sie massenhaft neue Arbeitsplätze schaffen. Sie stellt nur einen kleinen Beitrag zu mehr Beschäftigung dar. Flankiert werden muß sie durch flexible Arbeitszeitgestaltung, für die es attraktives Anschauungsmaterial bereits gibt. Auch die Neigung zur Teilzeitarbeit ist weit größer, als die Unternehmen und die Märkte sie bisher zu befriedigen imstande waren.

In der Metallrunde, wieder einmal Speerspitze und Datensetzer der Lohnkosten, stehen sich also nicht mehr länger eine harte Forderung und ein hartes Nein gegenüber, sondern es gibt eine Alternative. Über deren Realismus dürfte die sogenannte Basis heftiger nachdenken, als den Funktionären lieb sein mag.

Der Schatten der Vermißten liegt über Argentinien

Am 10. Dezember endet in Argentinien die Macht der Militärs und damit – so hofft man – die Zeit, in der Tausende Argentinier verschleppt wurden. Wenige kamen zurück, andere wurden in Massengräbern gefunden, viele bleiben vermißt. Auch das Schicksal von 71 deutschstämmigen Argentiniern ist ungeklärt.

Von WERNER THOMAS

Der Fall Galli Wagner: Am 12. Juni 1977 dringen zehn bewaffnete Männer in Buenos Aires in eine Wohnung an der Arangurenstraße 548 ein. Die Männer verschleppen: Felisa Violeta Maria Wagner de Galli, 51, die Tochter eines gebürtigen Bayern, ihren Sohn Mario, 25, einen Marineoffizier, Schwiegertochter Patricia Teresa, 25, und Enkeltochter Marianela, 14 Monate. Nachbarn sehen, wie die drei Erwachsenen und das Baby in dunklen Fords ohne Nummernschilder verschwinden.

Der Fall Coltzau: Theodor Coltzau, 67, in Schleswig-Holstein geboren, fährt am Nachmittag des 26. April 1977 seinen Sohn Gerardo, 22, in den Vorort Caseros, wo er einen braunen Briefumschlag an einer bestimmten Adresse abliefern soll. Gerardo ist Soldat der Armee. In zehn Tagen endet seine Wehrpflicht, dann will er nach Deutschland gehen zur Handelsmarine. In Caseros warten sechs mit Maschinenpistolen bewaffnete Männer, die Gerardo entführen. Dem Vater passiert nichts.

Der Fall Lüdden: In der Nacht zum 30. November 1976 stürmen fünfzehn Waffenträger in die Wohnung von Federico Gerardo Lüdden, 34, in Citybell bei La Plata, der Provinzhauptstadt von Buenos Aires. Die Männer suchen erfolglos nach Waffen, dann foltern sie den jungen Physiker mit Elektroden vor den Augen seiner Freundin. Er schreit vor Schmerzen: „Tötet mich lieber." Er wird, halbnackt, eine Kapuze über dem Kopf, abgeführt. Die Freundin kann zurückbleiben. Sie erhält den Rat: „Verlaß so schnell als möglich das Land."

Zahl der Verschwundenen bleibt im dunkeln

Drei Fälle unter vielen. Fälle deutschstämmiger Argentinier. Sie erinnern an das dunkelste Kapitel in der Geschichte dieser Nation, das der neue Präsident Raul Alfonsin ein „Inferno" nannte. Wenn die fast achtjährige Herrschaft der Militärs am 10. Dezember mit Alfonsins Amtsübernahme endet, muß Argentinien diese Vergangenheit bewältigen.

Niemand weiß, wieviele Menschen während des schmutzigen Krieges Ende der siebziger Jahre verschwunden sind. Die konservativsten Schätzungen bewegen sich zwischen 5000 und 6000. Der General im Ruhestand Ramon Camps, von 1976 bis 1981 Polizeichef der Provinz Buenos Aires, schätzt „etwa 5000" in seinem früheren Dienstbereich. Die Vertreter der Menschenrechtsorganisationen sprechen von 15 000 bis 30 000. Registriert wurden bisher 6194 Fälle. Die Menschenrechtler glauben, daß sich viele Angehörige von verschleppten Personen aus Angst noch nicht gemeldet haben.

Argentinien zwischen 1973 und 1976. Juan Peron, ein alter Mann (75) kommt noch einmal an die Macht und übernimmt ein polarisiertes und terrorisiertes Land. Seine Bewegung ist hoffnungslos gespalten. Auf der einen Seite die Rechtsextremisten, auf der anderen Seite die Linksextremisten, ein Flügel der peronistischen Jugend und die Guerrilla-Organisation „Montoneros".

In den drei peronistischen Jahren vergeht kaum ein Tag ohne Entführungen, Bombenanschläge oder Attentate. Als Isabel Peron nach dem Tod ihres Mannes Mitte 1974 die Präsidentschaft übernimmt, nähert sich die Nation der Anarchie. Gewalt und Gegengewalt diktieren die Politik. Während dieser chaotischen Epoche planen die Militärs nicht nur eine Putschaktion. Auch die Liquidierung der Linken samt Sympathisantenkreis wird vorbereitet, wie der frühere Polizeikommissar Rodolfo Peregrino Fernandez jetzt berichtete. Er saß einst im Vorzimmer des späteren Innenministers General Albano Harguindeguy.

Dem Putsch im März 1976 folgen die pausenlosen Einsätze der „Grupos especiales", der Sonderkommandos, sechs bis sechzehn Mann, die nach Listen Leute verschleppen. Auch solche werden verschleppt, die in gefundenen Adreßbüchern stehen, denunziert worden sind oder regelmäßig das Haus einer verdächtigen Person besuchen. Die Greifkommandos holen selbst kritische Offiziere der Streitkräfte.

Es ist die Zeit der Nacht- und Nebelaktionen und der Ford Falcons, die keine Nummernschilder tragen. Noch heute zucken Passanten zusammen, wenn ein Wagen dieses Typs plötzlich neben ihnen stoppt. Es war die Zeit, in der die verzweifelte Suche nach vermißten Familienmitgliedern begann, die heute noch anhält.

Monica Laura Galli de Perinelli, heute 33, die Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante der Entführten, wartete zunächst drei Tage in der Wohnung der Mutter: „Ich dachte, daß zumindest meine Mutter zurückkommen wird." Als sie dann erschöpft nach Hause ging, berichtete der Hausmeister ihres Appartement-Gebäudes, bei ihm sei ein Baby abgeliefert worden: Marianela, die kleine Nichte. In einer Tasche lag zwischen der Kleidung der Kleinen ein Brief der Mutter: Schwägerin Monica möge sich um Marianela kümmern.

Am 22. Juli 1977, abends gegen 20 Uhr, klingelte das Telefon. Bruder Mario meldete sich. Er wollte wissen, ob seine Tochter abgegeben worden sei. Er konnte nicht sagen, wo er sich befindet und wo die Mutter ist. Seine Stimme wirkte ruhig. Auch seine Frau durfte sprechen. Sie fing jedoch gleich an zu weinen, da legten die Bewacher den Hörer auf. Seither hat Monica Galli de Perinelli nichts mehr von den Angehörigen gehört. Doch sie hat die Hoffnung nicht aufgegeben: „Ich glaube, daß die Vermißten noch leben."

Zurückgekommen zu seiner Familie ist vor zwei Monaten der ältere Coltzau-Sohn Teodoro, 32. Die junge Familie erwartet jetzt eine bessere Zukunft in einem anderen Argentinien.



Marianela Galli Wagner lebt heute bei ihrer Tante in Buenos Aires. Ihre Eltern und ihr Großvater wurden vor sechs Jahren verschleppt. FOTO: DW

Todesursache: Attentat und Widerstand

Langsam fällt Licht auf das dunkle Kapitel. Ende letzten Jahres wurden die ersten Gräber anonymer Leichen gefunden. Bisher kennt man 1400 „NN"-Gräber. „NN" steht für nicht zu identifizieren. Emilio Mignone, der Leiter der Rechtshilfeorganisation „Centro de Estudios legales y sociales" (Cels), dessen Tochter Monica zu den Verschwundenen zählt, glaubt, daß sich auf fast allen Friedhöfen solche Gräber befinden.

Viele Leichen konnten identifiziert werden. So klärte sich auch das Schicksal des deutschstämmigen vermißten Martin Ramon Landin Hachmann. Seine Leiche lag in einem der 106 „NN"-Gräber des Chacarita-Friedhofs in Buenos Aires. Landin Hachmann war seit dem 21. Januar 1977 vermißt. Als Todesdatum ist in dem Friedhofsarchiv der 8. Februar 1977 angegeben. Die genannte Todesursache: „Attentat und Widerstand gegen die Staatsgewalt." Die Bonner Botschaft im Vorort Belgrano konnte einen Namen in ihrer Kartei deutschstämmiger „desparecidos" streichen, die jetzt noch 71 Fälle umfaßt.

Die Verantwortlichen von damals fühlen sich unschuldig oder entlastet. Viele Militärs erläutern, sie hätten einen Krieg geführt und erinnern an ihre 801 toten Soldaten und Offiziere. Der General Ramon Camps räumte wohl die Möglichkeit unschuldiger Opfer ein, verglich diese Situation jedoch mit den Städtebombardements des Zweiten Weltkrieges, wo auch Zivilisten ums Leben kamen. Camps verteidigte auch die Folterungen. Jedoch: „Folterschulen hat es nicht gegeben." Dennoch verkündete die Militärregierung im September ein Amnestie-Gesetz.

Viele Richter halten das Gesetz für verfassungswidrig, weil die Militärs damals selbst die Militärjustiz ignorierten. Alfonsin will das Amnestie-Dekret annullieren lassen. Der neue Präsident meint, daß lediglich die Justiz, die nun unabhängig operieren kann, ermitteln soll. Der Christdemokrat Augusto Conte, Vater eines vermißten Sohnes, der jetzt in den Kongreß gewählt wurde, denkt anders. Er möchte bereits bei der ersten Plenarsitzung die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses vorschlagen. Alfonsin hat feste Vorstellungen darüber, wer zur Verantwortung gezogen werden soll: die Personen in den Entscheidungspositionen jener Zeit und die Leute, denen „Exzesse" nachgewiesen werden können wie Folterungen.

Viele Argentinier rechnen nun bis zum Machtwechsel in drei Wochen mit einem Exodus hoher Offiziere. In die Nachbarstaaten Uruguay und Paraguay. Angeblich packt auch der General Camps in seiner zur Festung ausgebauten Wohnung die Koffer.

Münchmeyer – das bedeutete Glanz und Solidität

Fast eine Milliarde Mark an Verlusten und einen unübersehbaren Vertrauensschaden hat der faktische Zusammenbruch der SMH-Bank ergeben. Nach Entzug der Bankenlizenz wurden gestern auch die vier gescheiterten Bankiers durch neue Geschäftsführer abgelöst. Einer von ihnen heißt Hans Hermann Münchmeyer, Sproß einer hanseatischen Familie mit Tradition – und Problemen.

Von UWE BAHNSEN

Im Gobelin-Saal des Hotels „Vier Jahreszeiten" an der Hamburger Binnenalster versammelte sich am 21. März dieses Jahres eine illustre Gesellschaft von Kaufleuten, Bankiers und Reedern, um einem der ihren, dem Privatbankier Alwin Münchmeyer, zum 75. Geburtstag zu gratulieren. Der Sohn des Jubilars, Hans-Hermann Münchmeyer (42), hielt eine Rede auf seinen Vater und zitierte darin das chinesische Sprichwort: „Wende dich der Sonne zu, dann läßt du den Schatten hinter dir."

Nur acht Monate später sind lange Schatten über diese alte Hamburger Familie gefallen, die an jenem Märztag wohl keiner der Gäste für möglich gehalten hätte, obgleich sie Eingeweihten nicht verborgen sein konnte. SMH – diese Abkürzung für das Privatbankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., steht seit drei Wochen nicht nur für die durch eine geräuschlose Solidaraktion in letzter Minute abgewendete Pleite einer der bisher feinsten Banken der Bundesrepublik, die als zweitgrößter Zusammenbruch nach der Herstatt-Pleite in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingeht.

In den feinen Zirkeln des Geldadels, zumal in Hamburg, sind Diskretion und Distinktion oberstes Gebot. Dennoch hat sich in der Gesellschaft etliches über einen bitteren Konflikt herumgesprochen, der vor allem nach dem Quasi-Zusammenbruch dieser Bank zwischen dem 75jährigen Familienpatriarchen Alwin Münchmeyer und seinem Sohn aufgebrochen sei. Dem Junior nützt es nichts, daß er das verhängnisvolle Engagement bei der Esch-Gruppe nur widerwillig mitgetragen hat und daß er sich gegen den schillernden, robust und umtriebig agierenden Grafen Galen nicht hat durchsetzen können. Er hat seine Unterschrift mit den drei übrigen Inhabern gegeben. Damit haftet er voll.

Das Verdikt von Inge Lore Bähre, der energischen Präsidentin des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen, und das Urteil des Vaters Alwin Münchmeyer sind gleichlautend: Hans-Hermann Münchmeyer hat als Bankier versagt. Ihm wie den drei anderen, bisherigen SMH-Geschäftsführern wurde gestern offiziell die Banklizenz entzogen. In der Öffentlichkeit fällt peinlich auf, daß von den vier vollhaftenden Inhabern nur bei einem nennenswertes Privatvermögen mithaftet: beim Grafen von Galen.

Alwin Münchmeyer, wie Hermann-Josef Abs oder Otto Wolff von Amerongen über Jahrzehnte hinweg einer der wenigen Sprecher der deutschen Wirtschaft von internationalem Gewicht und Format, ist tief getroffen. Es gehe ihm nicht gut, so wird aus den Direktionsetagen der großen Banken berichtet; man wisse nicht, wie er diesen Schicksalsschlag verwinden werde. Dem Bankier Münchmeyer, der stets betont hat, er stehe in einer langen Familientradition, mag es dabei noch nicht einmal primär um die knapp 37 Millionen Mark Gesellschafteranteile der Familie Münchmeyer in der SMH-Bank gehen, die nun verloren sind. Schlimmer als alles andere wiegt für ihn, der dem Ruf und dem auf Erfolg gerichteten Selbstverständnis der Familie stets viel Zeit und Sorgfalt widmete, daß der Name Münchmeyer nicht nur seinen Glanz, sondern eben auch die Solidität des gewissenhaften Kaufmanns und Bankiers verloren hat.

Die Folgen dieses Zusammenbruchs für den gesamten Clan werden deutlich, wenn man weiß, daß sich die Familie im Interesse der finanziellen Stärkung der Bank und des bis 1968 mit ihr verbundenen traditionsreichen Außenhandelshauses bemühte, alles Kapital in die beiden Unternehmen zu stecken.

Gewiß ist der Patriarch nicht frei von Selbstvorwürfen, denn er stand bislang den SMH-Beirat vor; und überdies hatte das Unheil vor Jahren ein Vorspiel: Hans-Hermann Münchmeyer wurde mit einem zivilen Rechtsstreit überzogen, in dem es um den Vorwurf mangelnder Sorgfalt des jungen Bankiers im Aufsichtsrat der zusammengebrochenen Lenz Bau AG ging. Münchmeyer junior wurde mit Millionenbeträgen in Regreß genommen. Zwar ist der Rechtsstreit inzwischen durch einen Vergleich beigelegt worden; doch für den Vater wog schon damals der Renommee-Schaden schwerer als ein etwaiger finanzieller Verlust als Folge eines Gerichtsurteils.

Alwin Münchmeyer hat, wie es in der feinen hanseatischen Gesellschaft Regel ist, nie über sein oder seiner Familie Geld sprechen mögen. Jetzt tun es andere. Der 75jährige, der das Rampenlicht der Öffentlichkeit als Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages und später des Bundesverbandes Deutscher Banken und in seiner Vaterstadt als Präsident des piekfeinen Überseeclubs durchaus mit Selbstbewußtsein genoß, war bislang eine der unbestrittenen Leitfiguren des hamburgischen Establishments: Der Prototyp des lässigen Großbürgers im erstklassigen Maßanzug, Pfeife rauchend – eine Erscheinung von zurückhaltend-englischer Eleganz.

Die Gastlichkeit seines weitläufigen Hauses am Falkenstein in Rissen ist berühmt. Die Bankiersvilla am Luusbarg galt als der westlichste Punkt im gesellschaftlichen Stadtplan des Hamburger Geldadels; hochkarätige Wirtschaftsführer und Politiker gaben sich dort häufig ein Stelldichein. Die Gesellschaft, die auf Einladung Hans-Hermann Münchmeyers den 70. Geburtstag des Vaters feierte, war nicht zu überbieten: Mit dem damaligen Staatsoberhaupt Walter Scheel, dem Bundestagspräsidenten Karl Carstens und Kanzler Helmut Schmidt war die politische Führung der Republik auch protokollarisch vollständig versammelt.

Die Münchmeyers waren seit über hundert Jahren „Merchant bankers" – Außenhandelskaufleute, die damit nach englischem Vorbild auch das Bankgeschäft verbanden. Sie sind durch viele verwandtschaftliche Beziehungen mit anderen traditionsreichen Geschlechtern der Stadt verbunden. Die Münchmeyer-Tochter Birgit Breuel ist als Wirtschaftsministerin in Niedersachsen längst unbestritten, weil erfolgreich. Ihr Vater sagte einmal über sie – und dieser lapidare Satz ist vor dem familiären Hintergrund kennzeichnend: „Sie versteht es, sich durchzusetzen." Der Kommentar der Tochter: „Das liegt in der Familie."



Familienfoto am 75. Geburtstag im März: Alwin Münchmeyer, seine Frau Margarethe, Schwiegertochter Johanna, Sohn Hans-Hermann und Tochter Stefanie. FOTO: DU VINAGE

Bis tief in die Nacht ringt der Deutsche Bundestag um seine Entscheidung über die Sicherheitspolitik

Auch das Parlament in Oslo bekräftigt den Doppelbeschluß

REINER GATERMANN, Oslo

Die norwegische Mitte-Rechts-Regierung hat wieder einmal eine Parlamentsabstimmung zur Sicherheitspolitik mit nur einer Stimme Mehrheit überlebt. Das Storting bekennt sich mit dieser minimalen Majorität zum Doppelbeschluß der NATO und dessen Zeitplan – also auch dazu, daß jetzt mit der Aufstellung der Marschflugkörper und der Pershing-2-Raketen begonnen wird.

Das Kabinett des Konservativen Kaare Willoch muß sich inzwischen an diesen Balanceakt auf dem schlaffen Hochseil gewöhnt haben, denn es ist inzwischen das dritte Mal, daß es mit nur einer Stimme Mehrheit davonkommt – immer ging es um die Sicherheitspolitik. Ein Abgeordneter wurde sogar aus den USA zurückgerufen, nachdem feststand, daß sein Ersatzmann für die Gegenseite stimmen würde. Die Sozialdemokraten, die Sozialistische Linkspartei und die Linkspartei (liberal) hatten vorgeschlagen, mit der Aufstellung der Raketen bis zum Abschluß der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion zu warten; sie wurden darin auch von fünf Mitgliedern der Regierungskoalition, die neben den Konservativen aus der Zentrumspartei und der Christlichen Volkspartei besteht, unterstützt. Kaare Willoch warf ihnen vor, in weiten Teilen der sowjetischen Linie zu folgen, was eine Schwächung der westlichen Verteidigungsbereitschaft bedeute. Die Oppositionssprecherin Gro Harlem Brundtland erklärte dagegen, die Regierung verschließe die Augen vor der Tatsache, daß der Doppelbeschluß sein Ziel verfehlt habe und nun die Rüstungsschraube erneut angezogen werde.

Bei *den Sozialdemokraten, die an* der Macht waren, als der Doppelbeschluß 1979 gefaßt wurde und die ihn damals stützten, fiel jetzt im Storting auf, daß ein bisher hartnäckiger Befürworter des Doppelbeschlusses – der frühere Parlamentspräsident Guttorm Hansen – scharfe Kritik an Washington übte. Dagegen hält der frühere sozialdemokratische Regierungschef Oddvar Nordli die Abrüstungsstrategie seiner Partei weiterhin für unrealistisch.

Trotz allem haben es heute die Sozialdemokraten leichter ihre Reihen geschlossen zu halten als die Regierungsparteien. Es ist bezeichnend, daß Kaare Willoch nun innerhalb einer Woche zweimal mit seinem Rücktritt drohen mußte, um eine Parlamentsmehrheit zu finden. Allerdings: Seine Resignation bedeutete nicht Neuwahlen, da diese nach der Verfassung nicht innerhalb einer Legislaturperiode möglich sind. Andernfalls wäre der Ministerpräsident mit der Rücktrittsdrohung wohl vorsichtiger gewesen, denn die Meinungsumfragen zeigen für seine gemäßigt konservative Sammlungspartei eine stark fallende Tendenz. Die Wahl 1982 hatte ihr 31,7 Prozent der Stimmen gebracht, inzwischen sind es nur noch 24 Prozent. Für diesen Vertrauensverlust gibt es keine eindeutigen Gründe. Auch wenn die Regierung weitgehend für die wachsende Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht wird, so scheinen ihre Kritiker dennoch nicht zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei überzuwechseln, denn deren Zuwachs ist nur mäßig.

Größter Gewinner ist dagegen die rechts der Konservativen agierende Fortschrittspartei, die sich immer stärker zum Sammelbecken der *Unzufriedenen entwickelt.*

Wörner wirft der SPD eine Flucht aus der Verantwortung vor

BERNT CONRAD, Bonn

Nach der Grundsatzrede des ersten *Tages häuften sich gestern bei der* Fortsetzung der Nachrüstungsdebatte im Bundestag Vorwürfe und Rechtfertigungen. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU), der den zweiten Tag einleitete, wies gleich zu Beginn die Behauptung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel zurück, er, Wörner, habe die Ansicht vertreten, „man könne die Sowjetunion durch ein Wettrüsten überwinden".

Der CDU-Politiker zitierte das Tonband der fraglichen Rede, aus dem hervorging, daß er sich für die Abrüstung in Ost und West eingesetzt und hinzugefügt hatte, wenn die Sowjetunion dazu nicht bereit sei, werde sie das Wettrüsten nicht lange durchhalten können. „Das ist das Gegenteil dessen, was Sie mir unterstellen", rief Wörner seinem Kontrahenten zu. Mit Nachdruck wandte sich der Minister gegen alle *sozialdemokratischen* Versuche, Unionspolitiker als „Rüstungsfanatiker" hinzustellen. „Wir sind leidenschaftliche Anhänger der *Abrüstung, allerdings auf beiden* Seiten. Wir wollen mit jedem in Frieden leben", betonte er. Unter Mißfallensbekundungen aus den Reihen der *CDU/CSU* versicherte Vogel, er akzeptiere „diese Interpretation einer mißverständlichen Äußerung".

Wörner warf seinerseits der SPD vor, mit ihrer schwankenden Haltung wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß es bei den INF-Verhandlungen in Genf bisher zu keinem Ergebnis gekommen sei. „Das formale Bekenntnis der SPD zur NATO bleibt ebenso unglaubwürdig wie nutzlos, *wenn Sie es ablehnen, die Entscheidungen* der Allianz zu vollziehen und wenn Sie ihr die Mittel zum Schutz ihrer Lebensinteressen verweigern." Sozialdemokratische *Kritik* an den USA und der Bundesregierung kommentierte Wörner mit den Worten: „Diese Einseitigkeit ist nur eine Tarnung für die Flucht aus der Verantwortung."

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Alfred Biehle (CSU), bezeichnete den Vorwurf Horns, führende Unionspolitiker seien nur für den Nachrüstungsteil, aber nicht für den Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses eingetreten, als falsch. Die Nachrüstung sei erforderlich, um Frieden und Sicherheit zu bewahren. Für das Scheitern der Genfer Verhandlungen trage jedoch allein die Sowjetunion die Schuld, die nie bereit gewesen sei, auf amerikanische Kompromißvorschläge in gebührender Form einzugehen, erklärte Biehle.

Eine bizarre Note brachte die grüne Abgeordnete Christa Nickels in die Debatte, als sie Bundeskanzler Helmut Kohl im Anschluß an eine kurze Rede eine bunte „Friedenskette" aus Hiroshima überreichte. Unter dem Beifall ihrer Fraktion und einiger SPD-Abgeordneter kritisierte sie, daß Kohl während seines *Japan-Besuches* nicht auch nach Hiroshima gefahren sei. Der Kanzler ließ die ihm präsentierte Kette während der restlichen Debatte vor *sich auf dem Pult* liegen.

Scharf rechnete der FDP-Abgeordnete Helmut Schäfer, der im vergangenen Jahr *die* „Wende" *seines* Parteichefs Hans-Dietrich Genscher kritisiert hatte, mit den Sozialdemokraten ab. Angesichts ihrer Abkehr von *der Sicherheitspolitik der Regierung* Schmidt müsse er heute sagen, „daß die Auflösung der damaligen Regierungskoalition richtig war".

Dann trat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ans Rednerpult und brachte mit einer pointierten, betont kämpferischen Rede neues *Leben* in die etwas eintönig gewordene Diskussion. Er wies darauf hin, daß die Sowjets bei der jüngsten Sitzung der gemischten Wirtschaftskommission in Moskau dringendes Interesse an einer Weiterführung der Zusammenarbeit mit Bonn bekundet und keinen Zusammenhang mit der Stationierungsentscheidung des Bundestages hergestellt hätten.

Die Bundesregierung werde ihre Politik der Kooperation mit Geduld, Augenmaß und Festigkeit fortsetzen, sagte Lambsdorff weiter. Basis einer solchen Politik aber sei die feste Einbindung in die atlantische Partnerschaft. Diese Partnerschaft sei von Teilen der SPD längst verlassen worden. Die Sozialdemokraten gefährdeten mit ihrer Politik die Verläßlichkeit und Berechenbarkeit der Bundesrepublik. „Ich habe gewußt, war*um die SPD/FDP-Koalition auch* aus sicherheitspolitischen Gründen zu Ende gehen mußte. Der heutige Tag beweist das bis aufs letzte", versicherte der Minister.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt bemühte sich als nächster Redner, die Vorwürfe gegen seine Partei zurückzuweisen und ihr „Nein" zur Nachrüstung zu rechtfertigen. Die Bundesregierung beschuldigte er, eine große Verantwortung auf sich zu laden und „zu verniedlichen, wo Realismus am Platze wäre". Brandt betonte: „Wir sind gegen die neuen, gegen immer neue Raketen. Aber wir sagen nicht nein, sondern ja zur Landesverteidigung, zur Bundeswehr. Wir sagen nicht nein, sondern ja zum westlichen Bündnis und dazu, daß es reformiert wird, wo die Notwendigkeit einer Reform geboten ist."

Während SPD-Chef Willy Brandt *gestern abermals vor dem Bundestag* das nahezu geschlossene Nein seiner Fraktion gegen die Nachrüstung begründete, bastelte sein innerparteilicher Widersacher Helmut Schmidt an einer Papierschwalbe, die ebensogut aber auch für eine Rakete gehalten werden konnte. Der erste Flugversuch des Objekts traf indessen nicht den Feind, sondern den Freund und Banknachbarn Hans-Jürgen Wischnewski.

Brandt wandte sich gegen die Behauptung, „wir hätten die Kontinuität unseres Regierungshandelns und auch die unserer eigenen früheren Beschlüsse verlassen". Tatsächlich habe die SPD niemals einen Freibrief für die Stationierung neuer eurostrategischer Raketen auf deutschem Boden ausgestellt. Vielmehr habe sie mit dem NATO-Doppelbeschluß Rüstungskontrolle und Abrüstung voranbringen wollen. Als der SPD-Chef den früheren US-Außenminister Henry Kissinger mit kritischen Worten zum NATO-Doppelbeschluß zitierte, stellte Graf Lambsdorff die Zwischenfrage, ob Kissinger nicht die Ansicht vertreten habe, man hätte statt des Doppelbeschlusses sofort nachrüsten sollen? Brandt mußte einräumen: „Ja, das bestreite ich nicht."

Einen Ordnungsruf erhielt der SPD-*Vorsitzende, als er den Gesund*heitsminister und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler einen „Verleumder vom Dienst und im Regierungsamt" nannte, da er die *SPD zu* einer „feindlichen fünften Kolonne" gestempelt habe. Unter lauten Zwischenrufen von allen Seiten bedankte sich Brandt für den Ordnungsruf, „weil er die Aufmerksamkeit auf das lenkt, was ich zu sagen wünschte".

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe verteidigte Geißler mit der Bemerkung: „Es wird Ihnen nicht gelingen, Heiner Geißler, der ein aufrechter, aber unbequemer Mann ist, kleinzukriegen. Wir stehen zu ihm."

Einen vergeblichen Versuch, die *Debatte zu unterbrechen,* unternahmen die Grünen, als einige ihrer Fraktionsmitarbeiter auf der Straße vorübergehend festgenommen worden waren. *Die übrigen Fraktionen* stimmten geschlossen für die Fortsetzung der Diskussion, an deren Ende am Abend die Abstimmung über die Nachrüstung stand.

Cruise Missiles fliegen um Neutrale herum

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Während der Bundestag seine Debatte über die Konsequenzen eines Genfer Scheiterns gestern fortsetzte, schickte die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti den Redaktionen in der Bundesrepublik einen Bericht *fernschriftlich zu, in dem es* hieß, neutrale und nichtpaktgebundene Länder in Europa seien darüber besorgt, daß die neu in Westeuropa zu stationierenden *Marschflugkörper im* Einsatzfalle ihren Luftraum verletzen könnten.

In Bonner politischen Kreisen wurde dies als ein neuer Versuch gewertet, nach den Mehrheitsbeschlüssen in den Parlamenten fast aller NATO-Staaten zugunsten des Stationierungsvollzugs nunmehr die offenkundig erfolglose sowjetische Beeinflussungskampagne mit neuen Elementen zu beleben. Man verwies darauf, daß der von Moskauer Quellen immer wieder vorgetragene Vorwurf, die Pershing-2-Raketen seien sogenannte Erstschlagswaffen, in der Bevölkerung nicht die erhoffte Resonanz gehabt habe. Ähnlich verhalte es sich mit der Propaganda-These, die NATO sei willens, die Neutralität anderer Länder zu verletzen. Nowosti hatte behauptet, „schon ein Blick auf die Landkarte zeige, daß die Flugbahnen dieser Marschflugkörper von Skandinavien bis zum Balkan durch den Luftraum von Drittländern verlaufen müssen". Theoretisch betroffen wären Schweden, Finnland, Österreich, Jugoslawien und Albanien. NATO-Experten wiesen auf die große Einsatzflexibilität der Marsch*flugkörper hin. Sie erlaube die Wahl* jedes Flugweges und damit nötigenfalls auch die Umgehung des Luftraums von neutralen Staaten.

Tass bestreitet den Verzicht auf Anrechnung

DW. Moskau

Das sowjetische Außenministerium hat bestritten, daß bei den Genfer Verhandlungen von Kreml-Seite ein Verzicht auf die Anrechnung der britischen und französischen Kernwaffen in Aussicht gestellt worden sei.

Den USA wurde vorgeworfen, einen eigenen Vorschlag so präpariert zu haben, daß dieser Eindruck entstanden sei. Der US-Chefdelegierte Paul Nitze habe seinem sowjetischen Kollegen Julij Kwizinski inoffiziell vorgeschlagen, die USA würden auf die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen verzichten, wenn die UdSSR ihr Arsenal an SS-20-Raketen auf den Atomwaffenbestand Großbritanniens und Frankreichs reduziere. Die Sowjetunion sei bereit gewesen, diese Variante in Erwägung zu ziehen, vorausgesetzt, sie werde offiziell angeboten. Dies sei aber nie geschehen, hieß es in der von der Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Erklärung des Außenministeriums.

Westliche Diplomaten reagierten überrascht auf die Vorwürfe gegen die USA. „Es gibt keinen Zweifel, das Kwizinski bei den Genfer Verhandlungen einen in offiziellen Vorschlag gemacht hat, und es mutet seltsam an, da sie (die Sowjets) nun glatt bestreiten, daß dies der Fall war", zitierte die Nachrichtenagentur Reuter einen der Diplomaten.

Andere erklärten, bei dem Hinweis auf den US-Vorschlag beziehe sich Moskau offenbar auf Anregungen, die Nitze vor mehr als einem Monat gemacht habe, die aber nie Bestandteil eines Vorschlages gewesen seien, der UdSSR dieselbe Anzahl Raketen zu lassen wie Großbritannien und Frankreich.

„Atemberaubende Wende der SPD"

● Fortsetzung von Seite 1

Apel zu äußern. Er nahm auch nicht den Fraktionsvorsitzenden Vogel in Schutz, den Lambsdorff heftig attakkiert hatte. Lambsdorff hatte gemeint, die Rolle, die Vogel gespielt habe, sei „nicht überzeugend". Vogel habe im früheren Bundeskabinett zu den entschlossensten Verfechtern des Doppelbeschlusses der NATO gezählt.

Bundesverteidigungsminister Wörner, der mit seiner Rede viel Anklang fand, wies den am Tag zuvor von Helmut Schmidt erhobenen Vorwurf zurück, die Bundesregierung habe Spielräume in ihrer Politik verloren. Das Gegenteil, so sagte Wörner, sei *richtig. Die Spielräume seien größer* geworden.

Mit großer Aufmerksamkeit bei allen Fraktionen wurde die Rede des FDP-Bundestagsabgeordneten *Helmut* Schäfer (Mainz) angehört, der zu den Gegnern des Koalitionswechsels der FDP zählte. Schäfer erklärte, die SPD habe eine „Wende weg von der früheren Politik" vollzogen. Durch ihre heutige Haltung erbringe sie selbst den Beleg, daß es „richtig war, außenpolitisch nicht mehr mit ihr zu koalieren".

Ein Teil der Grünen verließ vorübergehend das Plenum, nachdem ihr Abgeordneter Otto Schily vergeblich beantragt hatte, wegen der Festnahme von Fraktionsmitarbeitern der Grünen die Debatte zu vertagen. Schily hatte in großer Erregung gegen das Vorgehen der Polizei protestiert und verlangt, niemand dürfe auch innerhalb der Bannmeile daran gehindert werden, die Kleidungsstücke zu tragen, die er wünsche. Die Festgenommenen hatten innerhalb der Bannmeile Halstücher mit Parolen gegen die Atomrüstung getragen.

Atomkrieg aus Versehen ist ausgeschlossen

rmc. Bonn

Mit der auch von SPD-Bundestagsabgeordneten vorgetragenen Behauptung, der Atomkrieg „aus Versehen" sei möglich, hat sich Bundesverteidigungsminister Wörner in der *Parlamentsdebatte* auseinandergesetzt. Wegen der kurzen Warnzeiten, so lautet das häufig zu hörende Argument, die sich aus der kurzen Flugzeit von Raketen *ergeben, bleibe die* Auslösung von Nuklearwaffen allein computergestützten Automaten überlassen, diese aber seien technischen Fehlern ausgesetzt und nicht zuverlässig.

Der Minister berichtete, er habe *sich über die Einsatzführung* der Nuklearstreitkräfte in den USA ausführlich unterrichtet. Dort gebe es mindestens fünf Sicherheitsstufen – dazu zählten solche, *in denen immer* Menschen mit ihren Erfahrungen stehen und die Kontrolle behalten – bis hin schließlich zur Einsatzentscheidung. Außerdem kontrollierten sich die Systeme auch gegenseitig. Fast alle der bislang aufgetretenen 140 Fehler seien in den Systemen selbst entdeckt worden, der Rest durch die Menschen.

Wörner erläuterte, einen Raketenstart „auf *Verdacht*" gebe es weder in West noch in Ost. Das mache keinen Sinn, solange es überlebensfähige Atomwaffen auf U-Booten gebe. Sie ließen einen nuklearen Überraschungsangriff schließlich scheitern. Die kurze Flugzeit der Pershing 2 ändere daran nichts. Schon jetzt gebe es U-Boot-Waffen mit gleich kurzen Flugzeiten. Erstaunlich sei, so Wörner, daß die SPD das Problem erst bei der Pershing entdecke und nicht schon bei der SS 20.

„Wie verkraften wir die Niederlage?"

WERNER KAHL, Bonn

Wann immer „Rosa" während der Nachrüstungsdebatte im Bonner Äther nach „Karl" oder „M" rief, gab es unter Demonstranten in der Bundeshauptstadt Bewegung. Mobile Funkstationen versuchten, einen Teil der Demonstrationen mit zeitweisen Straßenblockaden und „Die ins", also der simulierten Darstellung von Kriegstoten, effektvoller zu steuern. Mit verschlüsselten Weisungen wurden rasche Schauplatzwechsel angepeilt: Jeweils 30 bis 40 Personen sollten analog der „Berliner Taktik" gruppenweise in Regierungsviertel und Innenstadt zahlreiche kleinere Aktionen starten, um damit die Sicherheitskräfte aufzusplittern. Die Anweisungen kamen aus zwei Kraftwagen über CB-Funk (Citizens Band), von denen einer an der Reuterstraße unweit des Bundeskanzleramtes geortet wurde.

Nachdem die Demonstrationen entlang der Bannmeile um den Bundestag Montag abend mangels Masse an Teilnehmern abgebrochen wurden, sammelten sich gestern vormittag etwa 300 Personen an der Heussallee, der Zufahrtsstraße zum Bundeshaus. Eine Straßenblockade wurde von der Polizei in kürzester Zeit aufgehoben. Nur ein Fähnlein von etwa 30 Demonstranten blieb über Mittag zurück, in das erst wieder Bewegung kam, als mehrere Mitarbeiter der Grüne-Bundestagsfraktion mit weißen Tüchern auf der Bannmeile zur Feststellung ihrer Personalien von Polizisten vorläufig festgenommen wurden. Der Rechtsexperte der Grünen, Otto Schily, sprach von „Verhaftung" und forderte Unterbrechung der Debatte. Unterdessen beratschlagten Vertreter autonomer und undogmatischer Gruppen, die vor allem aus Norddeutschland, dem Ruhrgebiet und aus dem Rhein-Main-Raum angereist waren, *in der* Straßburger Straße 26 über Aktionen am Abend nach der Abstimmung im Bundestag.

Bei Zwischenfällen am Montag und Dienstag waren nach polizeilichen Angaben 230 Personen vorübergehend festgenommen worden. Eine Mitarbeiterin der CDU-Bundestagsabgeordneten Hannelore Rönsch erlitt einen Schock. Als sie ihre Kinder im Auto zum Kindergarten bringen wollte, versperrten Demonstranten den Weg, rüttelten am Wagen und ließen die junge Mutter nicht weiterfahren. Sie mußte das Auto stehenlassen, um mit den weinenden Kindern den lachenden Demonstranten zu entkommen.

Funktionäre der „Friedensbewegung" diskutierten gestern mit Grünen und einigen SPD-Abgeordneten die Frage der katholischen Theologin Dorothee Sölle auf einer Kundgebung in Bonn: „Wie gehen wir jetzt mit der Niederlage um?"

NATO-Experten: Es wird keine Stationierungs-Pause geben

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Aus Washington kommende Nachrichten, die NATO werde nach dem Beginn der Stationierung eines ersten Kontingents von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa eine Pause von neun Monaten einlegen, bevor dann weitere Waffensysteme aufgestellt werden, sind von amerikanischer Seite offiziell dementiert worden. In europäischen NATO-Kreisen wurde ein entsprechender Bericht der „Washington Post" als „sehr spekulativ" bezeichnet und hinzugefügt, die Dar*stellung mische Überlegungen zum* weiteren Vorgehen bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen unzulässigerweise mit der technischen Herstellung der Einsatzbereitschaft der in Frage stehenden neuen NATO-Waffensysteme.

Von informierter Seite wurde erläutert, daß der Zeitplan der NATO zur Aufstellung der Systeme der westlichen „Nachrüstung" nach wie *vor* unverändert auf fünf Jahre angelegt sei. Begonnen wird mit der Stationierung von neun Pershing-2-Werfern in der Bundesrepublik. Bereits *begonnen hat die Aufstellung* von 16 Marschflugkörpern in Großbritannien. Dieselbe Zahl von Marschflugkörpern wird im Laufe der ersten drei *Monate* des neuen Jahres nach *Italien* gelangen. In einem „ersten Paket" werden damit bis April nächsten Jahres 41 nukleare Gefechtsköpfe auf NATO-Waffen in Europa mit Reichweiten zwischen 1000 und 2500 Kilometer einsatzbereit sein.

Fachleute wissen, daß die Indienststellung neuer Waffensysteme ein Prozeß ist, der sich schwer anhand konkreter Terminabläufe definieren läßt. Letztlich zählt nur, wann die Waffen einsatzbereit sind. Diese Einsatzbereitschaft ist für die ersten neun ballistischen Raketen, die in Süddeutschland stehen werden, bis zum Jahresende vorgesehen. Vergleichbares gilt für die in Großbritannien dislozierten Marschflugkörper und bis April nächsten Jahres auch für die in Sizilien aufzustellenden Marschflugkörper. Dieses dann in allen drei Ländern erreichte erste Stationierungsergebnis nennen die NATO-Fachleute „Initial Operational Capability" (IOC), was auf deutsch erste Einsatzbereitschaft bedeutet.

Das „Paket" der neun Pershing-2-Raketen auf deutschem Boden entspricht der Gliederung einer Teileinheit. Zwei bilden eine Batterie, vier ein Bataillon. Die Vorbereitungen zur Indienststellung dieser Teileinheit laufen schon seit geraumer Zeit. Sie schließen die Ausbildung des Personals an den neuen Waffen ebenso ein wie die Umrüstung der baulichen Anlagen zur Wartung und eventuellen Reparatur im Friedensbetrieb. Nach der Abstimmung im Bundestag werden in den kommenden Wochen lediglich noch die Wurfkörper einschließlich der Wurfköpfe in den Standort der Teileinheit gebracht werden. Laut dpa soll dieser Standort Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd sein.

Ähnlich läuft der Prozeß der Indienststellung bei den Einheiten, die mit Marschflugkörpern ausgerüstet sind, ab. 16 „cruise missiles" gehören, verteilt auf je vier Abschußkanister, auf je vier Werfer-Fahrzeuge. Zusammen mit den Begleitfahrzeugen bilden sie eine Werfereinheit. Ihre Aufstellung nimmt jeweils Monate in Anspruch. Dies ist die Pause, die dem Stationierungsplan entspricht.

„Verbesserung im Asylwesen prüfen“

AP, Köln

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), hat eingeräumt, daß die Betreuung von Asylsuchenden in der Bundesrepublik verbessert werden kann. Auf einer Tagung der Otto-Benecke-Stiftung zum Thema „Flüchtlinge in Europa“ erklärte er in Köln, die Verweildauer von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften sei durch die Beschleunigung des Asylverfahrens auf durchschnittlich ein halbes Jahr gesenkt worden. Obwohl dies zumutbar sei, sollten Verbesserungsmöglichkeiten „im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten“ geprüft werden. Spranger machte seine Ausführungen wenige Wochen vor dem angekündigten Besuch des UN-Flüchtlingskommissars, des Dänen Poul Hartling, in Bonn.

„Keine Abtreibung wegen einer sozialen Notlage“

Stiftung hilft werdenden Müttern mit Sachleistungen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine Stiftung des Bundes unter dem Namen „Mutter und Kind“, ausgestattet mit einem Kapital von rund 50 Millionen Mark aus Haushaltsmitteln, soll künftig dazu beitragen, daß werdende Mütter auch in sozialen Notlagen ihre Kinder zur Welt bringen und nicht abtreiben lassen. Auf Anfrage teilte der Sprecher des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Hartwig Möbes, dazu mit, daß „ein Großteil der politischen Hürden für das Vorhaben bereits überwunden“ ist und daß sich Familienminister Heiner Geißler „in Abstimmung mit den anderen Ressorts“ wegen der Stiftungssumme befindet.

Keinesfalls, so der Sprecher weiter, sollen werdende Mütter, die bei der Schwangerschaftsberatung soziale Notlagen geltend machen, etwa durch Bargeld, Prämien oder monatliche Überweisungen zu einer positiven Entscheidung für die Geburt und für das Kind veranlaßt werden. Gedacht sei „ab 1984“ vielmehr an Sachleistungen, Beschaffung ausreichenden Wohnraums, eventuell Einleitung einer Adoption. An eine Änderung der seit 1976 gültigen Fassung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuchs ist nicht gedacht.

Die Diskussion um die Rücknahme einzelner Bestimmungen dieses Paragraphen, der am 21. Juni 1976 in Kraft trat, ist seit der Regierungsübernahme der Koalition von CDU/CSU und FDP im Gange. In seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 sagte Bundeskanzler Helmut Kohl dazu: „Es ist umstritten, Schwangerschaftsabbrüche wegen einer Notlagen-Indikation mit Steuergeldern und Krankenkassenbeiträgen zu finanzieren. Das Bundesverfassungsgericht befaßt sich zur Zeit damit. Wir werden das Urteil abwarten und dann die gebotenen Konsequenzen ziehen.“

Das Verfahren vor dem Karlsruher Bundesgericht war in Gang gekommen, nachdem im September 1981 die 8. Kammer des Sozialgerichts Dortmund die Klage der Frau Ursula Zöller dorthin weitergegeben hatte. Frau Zöller, Mitarbeiterin der im Auftrag der katholischen Kirche erscheinenden Zeitschrift „Bildpost“, hatte geltend gemacht, daß sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren könne, durch ihre Beiträge zur Krankenkasse „Beihilfe zum Mord“ zu finanzieren, da Abtreibungen nach Paragraph 218 auf Krankenschein erfolgten. Ein Urteil war zunächst für 1983, dann für 1984, neuerdings erst für 1985 angekündigt worden.

Inzwischen hat das Familienministerium im Juli 1983 durch Minister Geißler in einem „Positionspapier“ ankündigen lassen, daß eine „interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Hauses in Zusammenarbeit mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Ländern, Ärzten und weiteren Experten“ zum Schutz des ungeborenen Lebens tätig sei. Die geplante Stiftung ist das erste Ergebnis dieser Zusammenarbeit.

In der katholischen Kirche hat sich seit Monaten Unmut über die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage geäußert, vor allem nachdem der bisherige CSU-Generalsekretär Wiesheu in Kirchenzeitungen der Bistümer Osnabrück, Hildesheim, Paderborn und Berlin mitgeteilt hatte, daß die gegenwärtige Regierungskoalition für eine Änderung des Paragraphen 218 StGB „keine Chance“ böte. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Alfons Müller (Remscheid), der zur Änderung des Paragraphen Äußerungen gemacht habe, „die man sozialdemokratischen Frauen zuschreiben“ könne.

Unterstützung erhielten solche Appelle teilweise aus der CDU selber. Auf dem CDU-Landesparteitag Rheinland im September wurde ein (dann abgelehnter) Antrag auf Änderung des Paragraphen 218 eingebracht, die CDU im Kreis Fulda nannte im Oktober die soziale Indikation einen „Skandal der Gesellschaft“. Befürworter einer Änderung, darunter der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und bayerische Staatsminister Hans Maier, verweisen darauf, daß bei 92 000 statistisch erfaßten Abtreibungen im Jahre 1982 rund 77 Prozent der Eingriffe aufgrund der Notlagenindikation vorgenommen würden. Dies sei, so Maier, „ein Mißbrauch der gesetzlichen Vorschriften, der nicht hingenommen“ werden könne.

Berlin zieht positive Bilanz

Vier Millionen Mark Ersparnis durch Arbeits-Verpflichtung von Sozialhilfeempfängern

F. DIEDERICHS, Berlin

Als erstes Bundesland beschloß Berlin im April dieses Jahres ein verpflichtendes Arbeitsprogramm für Sozialhilfeempfänger. Jetzt liegt eine erste Bilanz dieses Vorstoßes vor, der „auf eine konsequente und intensive Befolgung der Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes“ abzielte, so der Berliner Sozialsenator Ulf Fink (CDU) vor einem halben Jahr bei der Verabschiedung der Senatsvorlage.

Die Berliner Politiker orientierten sich bei der Ausarbeitung des Arbeitsprogrammes eng am Paragraphen 19 des Bundessozialhilfegesetzes, der die Träger der Sozialhilfe verpflichtet, für erwerbslose Sozialhilfeempfänger Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen Dienst zu schaffen. Seit April dieses Jahres bot der Senat deshalb dem als „arbeitsfähig“ charakterisierten Personenkreis von rund 4000 der insgesamt 150 000 Sozialhilfeempfänger Arbeitsmöglichkeiten an. Die Beschäftigungsgebiete liegen vor allem im Bereich der Grünanlagen, Freizeiteinrichtungen, Seniorenheime, Krankenhäuser und in der internen Verwaltung der Behörden. Entlohnt werden die nicht mehr an andere Arbeitsstellen zu vermittelnden Sozialhilfeempfänger mit einem Stundensatz von drei Mark und der Erstattung der Fahrtkosten, die Sozialhilfe wird weitergezahlt.

Den Erfolg dieser Initiative bestätigt die Statistik, die jetzt veröffentlicht wurde: 2245 Berliner, die Sozialhilfe beziehen, entschlossen sich zu zusätzlicher gemeinnütziger Arbeit. Ein weiterer, für die Landeskasse Berlins erfreulicher Effekt ergab sich durch den Umstand, daß 495 der zur gemeinnützigen Arbeit Aufgeforderten die Arbeit ablehnten. Damit verwirkten sie, so schreibt es der Paragraph 25 des Bundessozialhilfegesetzes vor, den Anspruch auf weitere Unterstützung. Die Folgen: die bezirklichen Sozialämter kürzten deshalb in 284 Fällen die Sozialhilfe beträchtlich und strichen sie in 125 Fällen ganz. 86 Personen lehnten die Arbeit ab und beanspruchten gleichzeitig keine Sozialhilfe mehr – Auswirkungen, die sich im Landeshaushalt mit einer jährlichen Ersparnis von annähernd vier Millionen Mark niederschlagen dürften, schätzen die Sozialverwaltungen.

Doch nicht nur diese Entlastung ermutigt die Berliner Politiker, am Verpflichtungsprogramm weiter festzuhalten. In Berlin, das im regionalen Vergleich mit den übrigen Bundesländern mit 79 Sozialhilfeempfängern auf 1000 Einwohner am ungünstigsten abschneidet, erhofft sich der CDU-Politiker Fink vom Arbeitsprogramm weiter, daß vor allem bei jugendlichen Erwerbslosen „psychosoziale Schädigungen“ durch fortdauernde Arbeitslosigkeit vermieden werden können.

Lob erhielt der Sozialpolitiker unlängst von den Experten des 70. Deutschen Fürsorgetages, die Anfang dieses Monats in Berlin die Zukunftsperspektiven der Sozialpolitik erörterten. Die konsequente Gesetzesanwendung werteten die Delegierten, so Fink, als „wertvolle Vorreiterrolle Berlins“ bei dem bundesweiten Bemühen, die steigenden Sozialaufwendungen zu dämpfen und gleichzeitig Sozialhilfeempfängern neue Perspektiven zu bieten. „Soll die Solidargemeinschaft der Bürger nicht zur finanziellen Einbahnstraße verkommen, schließt sie gerade auch die Verpflichtung des einzelnen zu angemessenen Gegenleistungen ein“, argumentiert Fink.

Strauß glaubt nicht an neue Eiszeit

Bundesratspräsident: Ost-West-Verhältnis wird sich nach Stationierung normalisieren

hrk. Berlin

„Von einer neuen Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen kann keine Rede sein, wenn jetzt – ohne aggressive Gesten – endlich der NATO-Doppelbeschluß durchgeführt wird“, erklärte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in Berlin. Er stattete der alten deutschen Hauptstadt als erstem Bundesland in seiner Eigenschaft als Bundesratspräsident seinen Antrittsbesuch ab. Nach vollzogener Stationierung werde sich das Ost-West-Verhältnis bald wieder normalisieren, prophezeite Strauß.

Vor dem „Verein Berliner Kaufleute“ sagte er, die Sowjetunion werde ihre „psychologische Kriegsführung“, mit der sie die Angst vor einem neuen Weltkrieg im Westen geschürt habe und nun selbst ein Opfer ihrer eigenen Psychose geworden sei, nach der gewonnenen Erkenntnis einstellen, die Nachrüstung nicht verhindert zu haben.

Strauß schloß einen neuen Weltkrieg aus, da Moskau für einen derartigen Schritt „zu risikobewußt und zu risikoscheu“ sei. Im Gegensatz dazu sei Hitler „risikobesessen und risikoblind“ gewesen. Im übrigen sei das Kriegsrisiko in Europa am geringsten, weil hier die Folgen für alle Beteiligten am gravierendsten seien. Strauß forderte den Westen auf, seine „moralische und materielle Verteidigungsbereitschaft“ zu erhalten. Eine Politik des „fliegenden Diwans“ des Neutralismus berge die Gefahr, daß in der nächsten Generation der sowjetischen Führungsschicht die Neigung wachse, durch eine „Flucht nach vorn“ das Kräfteverhältnis zugunsten der UdSSR zu verändern.

Im innenpolitischen Teil seines Referats legte Strauß ein Bekenntnis zu Berlin ab und nannte die Stadt ein „sichtbares Zeichen der Freiheit und Einheit“. Wörtlich sagte Strauß: „Wir bekennen uns zu Berlin, und wir halten zu Berlin.“ Er gab bekannt, Bayern werde die Änderungsanträge zum Berlinhilfe-Gesetz aus Bremen und Hamburg ablehnen. Sie zielen im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Präferenz-Systems darauf ab, die Abwanderung wichtiger Betriebe von der Elbe und Weser an die Spree zu verhindern. Der Gast aus München setzte sich nachdrücklich dafür ein, die Stadt „lebensfähig“ zu halten und Berlins wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken.

Um die gegenwärtigen Wirtschafts- und Konjunkturprobleme mit ihren hohen Arbeitslosenzahlen („damit werden wir noch längere Zeit leben müssen“) zu lösen, gebe es „keine Zauberformel“. Als bewährtes Erfolgsrezept habe sich jedoch die soziale Marktwirtschaft erwiesen.

Der Bundesratspräsident erkannte erste erfolgversprechende Ansätze zur verlangten Wende in den jüngsten Wirtschaftsdaten. Gefragt sei jedoch eine „geistig-moralische Wende, die darin besteht, daß wir wieder mit Hand, Herz und Verstand anschieben und nicht zu fragen, wer uns etwas gibt“.

Schweden verbot Waffenimporte aus Südafrika

AP, Stockholm

Schweden hat gestern Waffenimporte aus Südafrika verboten, nachdem Teile eines von dort verschifften und offenbar für die Sowjetunion bestimmten US-Computers in Hamburg und Helsingborg abgefangen worden sind. Außenhandelsminister Mat Hellström sagte zur Begründung, Schweden dürfe sich als neutrales Land nicht als Transitgebiet für illegalen Verkehr strategischer Güter mißbrauchen lassen.

Die Entscheidung fiel wenige Stunden, nachdem schwedische Zöllner vier Container geöffnet hatten, die von Hamburg aus in die Sowjetunion verfrachtet werden sollten. In den Kisten sollen sich 23 Tonnen Computerausrüstung befunden haben.

Nach schwedischen Presseberichten wurden die Container in einem südafrikanischen Hafen von dem schwedischen Frachter „Elgaren“ der Linie AB Transatlantic an Bord genommen. Die Fracht, ein Computer des Typs VAX 11-782, der auch zur Steuerung von Raketen eingesetzt werden kann, soll von dem US-Unternehmen Digital Equipment nach Südafrika geliefert und von dort aus über Hamburg und Helsingborg in die Sowjetunion umdirigiert worden sein. In Hamburg waren zuvor auf Grund eines amerikanischen Rechtshilfeersuchens bereits drei Container beschlagnahmt worden, die einen VAX 11-782 enthielten.

Ravens bleibt Fraktionschef

dl. Hannover

Der Vorsitzende der niedersächsischen SPD, Karl Ravens, ist als Chef der SPD-Landtagsfraktion wiedergewählt worden. Ravens erhielt 50 der 63 abgegebenen Stimmen. Bei zwei Enthaltungen votierten elf Abgeordnete mit Nein. Für Ravens ist es bereits seine vierte Wahl in dieses Amt.

Als weiterer Bewerber um den Fraktionsvorsitz war Gerhard Glogowski vorgeschlagen worden. Doch kurz vor der Abstimmung verzichtete der SPD-Abgeordnete auf eine Kandidatur gegen Ravens.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Finanzlage in NRW nimmt drastische Formen an

Von Flächenländern steht nur Saarland schlechter da

Von WILM HERLYN

Karl Josef Denzer macht sich nichts vor: „Es ist unheimlich bitter für eine Mehrheitsfraktion, in drei Jahren viereinhalb Milliarden Mark durch Kürzungen einsparen zu müssen." Denzer ist Chef der SPD im Düsseldorfer Landtag, der heute den 57,5-Milliarden-Haushalt diskutieren will. Dabei ist es für ihn besonders schmerzlich, *daß die sozialdemokratischen Blütenträume vom Zwang des Sparens längst erfroren sind.* Denn nahezu alle Leistungsgesetze, durchgesetzt von den Regierungen unter Heinz Kühn und Johannes Rau, mußten drastisch eingeschränkt werden. Was blieb von den wohlfeilen Versprechungen – gerade zu Wahlzeiten Magnet der Stimmen? Der Schulbereich ist dafür nur ein Beispiel. Eltern zahlen wieder für Kindergartenplätze und für Schulbücher, eingeschränkt werden die Zuweisungen für Schülerfahrten.



Fest steht, daß sich unter den Flächenstaaten die Finanzsituation gerade in Nordrhein-Westfalen drastisch verschlechtert hat. Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen sind auf dem Wege zu ausgeglichenen Haushalten. Im bevölkerungsreichsten Bundesland dagegen wächst die jährliche Neuverschuldung und damit die Gefahr einer Krise, die alle Anstrengungen zur Gesundung wieder zunichte machen. Ende dieses Jahres wird die Kreditmarktverschuldung bei mehr als 60 Milliarden Mark liegen – in einem Jahr liegt sie dann knapp unter der 70-Milliarden-Mark-Grenze.

Das Maß der Verschuldung wird durch Vergleiche mit anderen Bundesländern deutlich: Die Kreditfinanzierungsquote von NRW – also der Anteil des Haushaltes, der mit Krediten gedeckt werden muß – beträgt in diesem Jahr 17 Prozent. Von den Flächenländern lag nur noch der Sonderfall Saarland mit 24,3 Prozent *schlechter.*

Verwunderlich ist schon für den Beobachter, daß die SPD-geführten Landesregierungen in der Regierungsverantwortung genau das praktizieren, was die Parteispitze in Bonn der Bundesregierung aus Union und FDP vorwirft: Nämlich drastisches Sparen und Stellenabbau als Antwort auf die defizitäre Lage.

Unüberwindliche Hindernisse

Noch immer machen die Personalausgaben mit mehr als 22 Milliarden Mark den größten Ausgabenblock in der Rechnung von Finanzminister Diether Posser aus. Der von ihm gewünschten Dämpfung der Personalkosten aber stehen schier unüberwindliche Hindernisse entgegen. Denn der größte Teil der Personalkosten entfällt naturgemäß auf Beamte auf Lebenszeit oder unkündbare Angestellte. Sie sind darüber hinaus dem Zugriff des Landes durch Bundes- und Tarifrecht weitgehend entzogen. Posser und seinen Fachministern bleibt also nur noch ein radikaler Stellenabbau. So sollen im kommenden Jahr künftig 5500 Stellen eingespart werden – und das betrifft vor allem den Schulbereich von Kultusminister Hans Schwier. Bis zum Jahr 1986 aber sollen etwa 20 000 Stellen gegenüber dem Landeshaushalt 1982 eingespart sein. Insgesamt gibt es – noch – 350 000 Landesbedienstete. Nach Schätzungen von Schwiers Vorgänger, Jürgen Girgensohn, werden Ende 1984 etwa 10 000 Pädagogen arbeitslos sein – ein kaum abzubauender Lehrerberg türmt sich auf.

Auch wenn die Steigerungsrate gegenüber dem Etat 1983 mit 1,8 Prozent deutlich unter der Inflationsrate liegt, muß die Regierung Rau 8,8 Milliarden Mark an neuen Schulden aufnehmen. Das sind zwar weniger als für das laufende Jahr geplant (9,4 Milliarden Mark), doch immer noch mehr als von der Verfassung des Landes erlaubt. Denn die vom Land finanzierten Investitionen werden 1984 einen Wert von 7,6 Milliarden Mark nicht übersteigen und *höher* dürfte die Neuverschuldung laut Verfassung nicht sein. Dennoch wird die CDU-Opposition einen Gang zum Verfassungsgericht nach Münster unterlassen. Wem hülfe es schon, diese Zahlen auch noch vom Richter bestätigt zu bekommen?

Erschreckend ist aber vor allem, daß die Sonderlasten Kohle und Stahl in dieser Rechnung noch gar nicht aufgelistet sind – und auch real nicht sein können. Welche Größen da *noch auf Posser zukommen* werden, ist nicht absehbar. Darum schon verwies der Finanzminister sehr deutlich auf die Unabwägbarkeiten des Etats, auf seine Abhängigkeiten vom Bund, von der Europäischen Gemeinschaft wie von der weltweiten Wirtschaftslage an sich. „Fremdbestimmt" seien die Landesetats, klagte er beredt. Zu Recht.

„Zurück auf den Boden"

Unterstützt wurde er von seinem Ministerpräsidenten Johannes Rau, der die Gelegenheit nutzte, bei der Amtsübergabe des Vorsitzes im Bundesrat an den *bayerischen* Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zu warnen: „Das Anwachsen der Sozialhilfekosten ist leider Realität geworden. Angesichts der schwierigen Finanzlage in den Ländern ist eine weitere Verschiebung finanzieller Verantwortung vom Bund auf die Länder nicht mehr vertretbar."

Vertretbar aber scheinen die Minister in Düsseldorf die Konsolidierung des Landesetats zu halten, daß sie den Gemeinden und die Gemeindeverbänden mehr *Lasten* aufbürdet, aber weniger Zuweisungen insgesamt zahlt.

Der Finanzexperte der Union, Theodor Schwefer, malt ein düsteres Bild. Er rechnet: „Die Lage ist besorgniserregend, weil wir im kommenden Jahr 8,8 Milliarden Mark an Neuverschuldung aufnehmen müssen, 5,5 Milliarden Mark etwa an Zinsen *zahlen* müssen und *mittelfristig* zu erwarten steht, daß Nordrhein-Westfalen 100 Milliarden Mark Gesamtverschuldung hat." Schwefer denkt gar daran, den Personaletat noch härter durchzuchecken, denn 40 Prozent des Etats für diesen Posten seien einfach zu hoch. Außerdem schlägt er vor, Subventionen zu streichen, von der sogar die *Wirtschaftskammern des Landes* sagen, sie seien fast sinnlos. Für ihn ist es klar: „Wir müssen erst einmal zurück auf den Boden. Das ist hart, und viele Bürger werden davon stark betroffen sein. Aber die Konsolidierung des Haushaltes ist letztlich eine soziale Notwendigkeit."

Enttäuschung über Schily

Neue Strukturdiskussion der Grünen steht bevor

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die 28 Bundestagsabgeordneten der Grünen sehen sich durch die zweitägige Parlamentsdebatte über die Nachrüstung sowohl nach innen als auch nach außen gestärkt. Zu ihrer eigenen Verblüffung. Denn sie wußten, daß sie im Plenum mit ihren Forderungen auf verlorenem Posten standen, daß sie mit ihrem Antrag eine klare Niederlage erleiden würden. Daran konnte nach ihrer Einschätzung auch nicht ändern, daß sie sich als Sprecher der Friedensbewegung und damit der nach ihrer Meinung „überwiegenden Mehrheit" der Bevölkerung verstehen.

So hatten auch etliche Mitglieder der Grünen-Fraktion mit einem gewissen Unbehagen der Aussprache im Parlament entgegengesehen. Sie hatten die Flügelkämpfe zwischen Fundamentalisten und *Realpolitikern* im Kopf, die wiederholt nicht nur in internen Diskussionen, *sondern auch im Plenum sichtbar* geworden waren.

Schon allein vor diesem Hintergrund gab es in der Fraktion am späten Montagnachmittag ein Tief. Man war, so ein Fraktionsangehöriger, erschöpft. Hinzu kam eine gewisse Enttäuschung über die Rede von Fraktionssprecher Otto Schily. Von ihm hatte man mehr analytische Überlegungen und „weniger Zitate" erwartet. Außerdem verunsicherte die 5,6-Prozent-Partei, daß sie mit einer im Ältestenrat vereinbarten Gesamtredezeit von 2,2 Stunden zwar fast doppelt soviel wie ihr nach dem Proporz eigentlich zugestanden hätte, erhalten hatte, daß dieser Anteil aber dennoch kaum zur ausreichenden Artikulierung ihrer Meinungen reichen würde.

Doch dann erlebten die Grünen ein für sie praktisch neues Gefühl: Sie zeigten sich ohne zu schwanken solidarisch, vertraten eine Linie – natürlich mit den ihnen eigenen Einlagen im und vor dem Plenum. So schenkte Christa Nickels Bundeskanzler Helmut Kohl eine Kranichen-Kette aus Hiroshima, wurden von der „DDR"-Friedensbewegung geschickte Kinderbilder an die anderen Abgeordneten verteilt und auf ein Signal von Gaby Gottwald hin mit Plakaten im Plenarsaal dagegen protestiert, daß die Polizei gegen rechtswidrig in die Bannmeile eingedrungene angeblich gewaltfreie Blockierer Wasserwerfer einsetzen mußte. Spektakuläre bis makabre Züge hatte auch eine Aktion, mit der eine Kranzniederlegung an einem Gedenkstein im Regierungsviertel durchgesetzt wurde.

Offen ist jedoch, wie lange die beinahe euphorische Stimmung sich gegenseitig demonstrierter Solidarität und Geschlossenheit vorhält. Denn als Ergebnis der zweitägigen Debatte des Duisburger Parteitags vom Wochenende will die Fraktion jetzt in eine Strukturdiskussion eintreten. Zur Vorbereitung soll eine Arbeits*gruppe eingesetzt werden.* Ziel soll es sein, künftig mehr auf Realpolitik zu setzen und der Ökologie wieder einen höheren Stellenwert zu geben. Damit aber scheinen nach den Erfahrungen neue Kontroversen innerhalb der Fraktion und mit der Partei vorprogrammiert.

Warum ich gegen die Ideologie der Friedensbewegung bin

Die WELT veröffentlicht heute den vierten und letzten Teil eines Aufsatzes von Wolfram Lackner, in dem der Diakoniepastor des Kirchenkreises Flensburg begründet, warum er gegen die Ideologie der Friedensbewegung ist.

Von WOLFRAM LACKNER

Bei näherem Zusehen zeigt es sich, daß es den Anführern der Friedensbewegung offenbar gar nicht so sehr um das erreichbare Nahziel einer Begrenzung von Atomwaffen geht, dem sich ja die ganze offizielle Politik in Ost und West verpflichtet fühlt, sondern um *das Fernziel einer* „besseren Gesellschaft" in einer „besseren Welt". Die Atomwaffenangst und alle anderen Ängste werden zusammengekoppelt und ideologisch aufbereitet als Vehikel zu diesem Ziel. Dazu verbinden sich die linksradikalen *Ideen Rosa Luxemburgs* mit den Vorstellungen des christlichen Schwärmertums. Sie richten sich grundsätzlich gegen die politische Organisation von Staaten als Machtträger wie auch gegen die Meinungsbildung durch politische Parteien und Institutionen. An ihre Stelle soll das „Rätesystem" treten als eine Gesellschaft von Gleichen, in *der alle alles bestimmen. Hier sollen* sich die Bedürfnisse der Massen unmittelbar in Politik umsetzen.

Agitation ist das Hauptführungsmittel. So greifen die linksradikalen Kräfte innerhalb der Friedensbewegung auf den Utopischen Sozialismus vor Marx und Lenin zurück und die alternativen Christen auf die christlichen Schwärmer der Kirchengeschichte. Sie alle deuten das traditionelle *Christentum in eine* Weltveränderungsbotschaft um, die dem Sozialismus nahekommt und haben den absurden Begriff von der „Politik Jesu" erfunden, der allen, die den Marxismus und das Christentum kennen, als eine Fälschung erscheinen muß.

Die Friedensbewegung ist also gar nicht so sehr „spontan", wie es den Anschein hat. Sie ist auch nicht einfach sowjethörig. Weitgehend ist sie von einer kleinen Schicht von christlich-anarchistischen Intellektuellen *gemacht* worden und rekrutiert sich durch Nachreden. Unterstützung erhält sie durch einen erheblichen Teil der Meinungsvermittler in den Medien, deren Gesichtspunkt nicht die Richtigkeit des Berichteten, sondern die voraussichtliche Wirkung auf ein breites und uniformiertes Publikum ist. Schon sind größere Teile der deutschen Sozialdemokratie und der protestantischen Kirchen verunsichert und in den Sog der Meinungsmacher geraten. Bischöfe und Parteiführer weichen zunehmend dem auf sie ausgeübten Druck.

Die literarischen Anführer der deutschen Vergangenheitsbewältigung träumen hier ihren alten Traum von der Revolution, die in Deutschland bisher stets „ausgeblieben" war und auf diese Weise doch noch verwirklicht werden könnte. Ihre Ressentiments übertragen sie auf einen Teil der Jugend, die ihnen die geistige *Herrschaft* sichern soll, die in greifbarer Nähe liegt. Die Deutschen sollen bei den Themen der Hitlerzeit festgehalten werden und das Geschichtsbild, das Menschenbild und das Politikverständnis der Linksintellektuellen übernehmen. So kippt die Vergangenheitsbewältigung, ins Uferlose erweitert, in eine Festlegung der Zukunft um, die nicht in die *Freiheit, sondern in eine* neue Unfreiheit eingemündet ist. Hier sitzt meine Angst. Sind die vielen Aktionen und Demonstrationen schon die ersten Schritte auf dem Wege zu dieser Revolution?

Die Menschen brauchen eine ideologische Perspektive

Es bleibt die Tatsache bestehen, daß die Friedensbewegung trotz ihrer vielen Einseitigkeiten und Irrtümer zu einer Art von Volksbewegung werden konnte, die in ihren Wirkungen noch kaum abzusehen ist. Wir stoßen hier auf ein modernes sozialpsychologisches Phänomen. Offenbar brauchen die Menschen in der Massengesellschaft außer der Kenntnis von Fakten und der praktischen Lebensbewältigung noch ein Drittes. Dieses Dritte ist die ideologische Perspektive, die ihnen dazu verhilft, die unüberschaubaren *Fakten* und Handlungen in einen Orientierungs- und Hoffnungsrahmen zu stellen, der scheinbar „Sinn" verspricht.

Bei dieser ideologischen Perspektive, die über weite Zeiträume hin *denkt und über globale* Erklärungen verfügt, spielt die Richtigkeit von Argumenten eine untergeordnete Rolle. Nach der Verdrängung des christlichen Glaubens und der abendländischen Philosophie aus dem öffentlichen Leben füllen Ideologien den entstandenen Leerraum aus. Sie geraten unter den Einfluß von Meinungsbildern und Vorrednern, einer neuen Kaste nachchristlicher Propheten und literarischer Priester. Auch das Scheitern einer Ideologie führt in unserem Jahrhundert keineswegs dazu, diese insgesamt zu diskreditieren. Es treten sofort andere Variationen in Kraft, die ihre massen*strukturierende* Aufgabe wiederaufnehmen.

Der Konservativismus hat in dieser *Situation das generelle Hemmnis,* daß er sich dadurch definiert „ideologiefrei" zu sein. Er pocht gerade auf jene Fakten und jene Praxis, an denen die Menschengruppen, die ideologieanfällig sind, gar kein Interesse haben. Eine übergreifende Staatsidee aber fehlt, in welche sich Fakten und Praxis einordnen. So teilt sich die ganze Gesellschaft in die Gruppe derer auf, die das tägliche Leben bewältigen müssen, und derer, die in einem gewissen Freiraum existieren, den ihnen jene offenhalten. Sie sprechen verschiedene Sprachen und leben innerhalb der gleichen Zeit in getrennten Welten. Die neue Ideologie einerseits und der Mangel an einer tragenden Staatsidee andererseits machen den inneren und äußeren Frieden nicht sicherer. Für dieses Dilemma ist vorläufig noch kein Ausweg in Sicht.

Wer möchte schon Aussteiger an der Spitze sehen?

Obwohl der Friedensbewegung keine Bewältigung der großen politischen Aufgaben der Zukunft zuzutrauen ist – *wer möchte schon Pastoren,* Literaten und Aussteiger an der Spitze der Gesellschaft sehen –, so eignet ihr doch eine große verunsichernde Kraft, die die staatlichen Organe bei der Durchführung der Aufgabe der Friedenssicherung und des *sozialen Ausgleichs* lähmen kann. Das geschieht in einem Augenblick, in dem alle Kräfte konzentriert werden müßten. So ist die Friedensbewegung vor allem eine Gleitschiene ins Ungewisse.

(Ende)

Heikle Fragen regeln Ankaras Generäle vorab

Von EVANGELOS ANTONAROS

Ankaras Spitzengeneräle, nur noch auf Zeit an der Macht, sind in den letzten Wochen besonders fleißig gewesen. Kaum ein Tag ist vergangen, an dem der „Nationale Sicherheitsrat" kein wichtiges Gesetz verabschiedet hat. Sie wollen keine Risiken eingehen, bevor sie die Macht pro forma an die Politiker zurückgeben, sie wollen alle wichtigen Themenkomplexe gesetzlich in ihrem Sinne geregelt haben. Dem Zufall oder den Politikern wollen sie keine brisanten Fragen überlassen.

Sie haben Überstunden gemacht, weil sie nur noch wenig Zeit haben: Mit der Veröffentlichung des offiziellen Wahlergebnisses, das sie wohlgemerkt eine Woche zurückgehalten hatten, sind alle in der Verfassung vorgesehenen Fristen angelaufen, die das Ende der Militärherrschaft bedeuten: Am 24. November wird das neugewählte Parlament zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Mit der Wahl des Parlamentspräsidiums in den Tagen danach, so schreibt es die Verfassung vor, werden die Funktionen des „Nationalen Sicherheitsrats" automatisch erlöschen, zuständiges gesetzgebendes Organ wird ab sofort das Parlament sein.

Dies ist denn auch der erste praktische Schritt in Richtung Rückgabe der Macht an die Politiker. Aber die bisherigen Mitglieder des Militärregimes werden keineswegs aus der politischen Szene verschwinden. Sie werden ihre Uniform ablegen und den Präsidentschaftsrat bilden, ebenfalls unter Evrens Vorsitz. Dieses Gremium, dem die jetzigen Junta-Mitglieder auf Lebenszeit angehören werden, hat zwar laut Verfassung nur beratende Aufgaben. Aber politische Beobachter in Ankara rechnen fest damit, daß es in vielen politischen Bereichen mehr als unverbindliche Ratschläge formulieren wird.

In der Mehrheit befinden sich die Generäle auch in dem von der Verfassung ebenfalls vorgesehenen „Nationalen Sicherheitsrat" in seiner neuen Form. Auch hier präsidiert der Staatschef, also in diesem Fall Evren, vertreten durch den jeweiligen Regierungschef. Auch dieses Organ hat in der Theorie nur beratende Funktionen. Aber selbst aus dem Verfassungstext geht eindeutig hervor, daß die Empfehlungen dieses Gremiums, vor allem in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen, beachtet werden sollten. Erst die Praxis wird nach Ansicht von Experten zeigen, wie sich die Beziehungen zwischen dem Sicherheitsrat und dem Kabinett entwickeln werden.

DIE ● ANALYSE

Turgut Özal ist ein vorsichtiger Mann. Er weiß, daß Gesten im Umgang mit den Generälen zählen. Er mag die absolute Sitzmehrheit im Parlament erlangt haben. Aber ohne das Wohlwollen der Top-Offiziere kann er nicht ungestört regieren. Er ist sich im klaren darüber, daß eine Konfrontation mit den Generälen nur zu seinen Lasten ausfallen würde, weil die Offiziere nicht nur die Waffen und den gesamten Staatsmechanismus kontrollieren. Sie genießen auch hohes Ansehen beim Volk, auch nach 38 Monaten Militärherrschaft.

Nach außen hin treten die Generäle an der Spitze zwar als ein monolithischer Block auf. Aber jeder westliche Diplomat in Ankara weiß, daß innerhalb der Generalität unterschiedliche Strömungen existieren. Um den bei den Türken sehr beliebten Staatschef Evren scharen sich die maßvollen Generäle, die eine schrittweise Rückkehr zur normalen Demokratie befürworten. Sie sind wohl in der Mehrheit und haben bisher weitgehend dazu beigetragen, daß das Regime in der jetzigen Form liberalisiert worden ist.

Eine zweite Gruppe besteht hauptsächlich aus Gesinnungsgenossen des Befehlshabers der Landstreitkräfte, General Necdet Urug, der demnächst Oberkommandierender der Streitkräfte werden soll. Mit ihm paktiert gelegentlich der jetzige Generalstabschef Nurettin Ersin. Auch viele jüngere Generäle sollen mit Urug sympathisieren. Irgendwo in der Mitte steht General Haydar Saltik, der zwar kein Mitglied der Junta gewesen ist, aber als Architekt der Machtergreifung, direkten Zugang zu allen Spitzenoffizieren hat. Saltik soll demnächst Heereschef werden.

Wäre es nach den Falken gegangen, so hätte der Demokratisierungsprozeß viel langsamer, wenn überhaupt, stattfinden sollen. Diplomaten in Athen berichteten, daß Urug 48 Stunden vor der Wahl Evren dazu gedrängt haben soll, eine Fernsehrede zugunsten der „Nationalistischen Demokratie-Partei" und gegen Özal zu halten. Ebenfalls will in Ankara seit Anfang vergangener Woche das Gerücht nicht verstummen, daß der türkisch-zyprische Volksgruppenführer Rauf Denktasch die Ausrufung der „Türkischen Republik von Nordzypern" mit der Rückendeckung einiger Falken unter den Generälen vollzogen haben soll.

Özal weiß, daß er einen gefahrenvollen Seiltanz vor sich hat. Rechtzeitig genug hat er offenbar eingesehen, daß seine wichtigste Stütze Evren heißt. Daher scheint er seit seinem Wahlsieg seine Verstimmung über den Staatspräsidenten überwunden zu haben. Nun ist er bemüht, normale Arbeitsbedingungen zwischen seiner künftigen Regierung und dem Präsidentenamt zu schaffen. Mindestens einmal die Woche will er ein Gespräch mit Evren führen. Nur zwei Tage nach seinem Wahlsieg hatte Özal gesagt, wie er sich die Zusammenarbeit mit Evren vorstellt: „Unter der Führung unseres geliebten Präsidenten wollen wir uns um die Lösung aller Probleme bemühen."

Wien – Unverdächtige Brücke zum Westen

Wie Österreich die Partnerschaft mit Ungarn pflegt

CARL G. STRÖHM, **Budapest**

Zwischen Österreich und Ungarn seien die Beziehungen heute besser und herzlicher als zur Zeit der k. u. k.-Monarchie, als beide Länder noch das gleiche Staatsoberhaupt, die gleiche Armee und ein gemeinsames Finanzministerium hatten. Diese Bemerkung eines Budapester Beobachters anläßlich des soeben abgeschlossenen österreichischen Kanzler-Besuchs in der ungarischen Hauptstadt mag ein wenig übertrieben sein. Sie mag auch die ideologische und militärpolitische Grenze zwischen beiden Ländern außer acht lassen, die heute – im Gegensatz zu Franz Josefs Zeiten – besteht.

Und doch ist da ein wahrer Kern. Der ungarische Parteichef Janos Kadar erregte allgemeines Aufsehen, als er gegenüber Bundeskanzler Sinowatz bemerkte, zwischen Ungarn und Österreich gebe es den „sogenannten Eisernen Vorhang" nicht mehr, der früher einmal existiert habe. Sinowatz antwortete mit der Feststellung, es sei für die Menschen, die an dieser Grenze leben müßten, ein großer Gewinn, daß diese Grenzlinie nicht mehr so „hart" sei, so wie in früheren Zeiten. Vor der Presse sagte der österreichische Regierungschef, es gebe gerade im Burgenland – jenem österreichischen Bundesland, das an Ungarn grenzt – und in den benachbarten westungarischen Gebieten inzwischen so viele gemeinsame Kontakte, Veranstaltungen, Feiern, Kulturabende und Sportbegegnungen von hüben nach drüben und umgekehrt, daß die österreichische Regierung gar nicht mehr wisse, was da im einzelnen stattfinde.

Korrektes Verhalten

Dabei hört man von österreichischer Seite, daß die Ungarn sich bei all diesen Kontakten korrekt verhalten, daß sie keine – im übrigen sicher nicht erfolgversprechenden – kommunistischen Propagandaoffensiven starten. Im übrigen, bei aller Beschränkung, denen die Ungarn in bezug auf Westreisen ausgesetzt sind, handelt es sich nicht nur um eine „Einbahnstraße". Daß nicht nur Budapest an jedem Wochenende ein beliebtes österreichisches Ausflugsziel ist, daß darüber hinaus West-Ungarn von Raab (Gyoer) über Ödenburg (Sopron) bis Steinamanger (Szombathely) von österreichischen Kurzausflüglern in großer Zahl besucht wird, ist bekannt. Allein im vergangen Jahr sind 500 000 Ungarn in westliche Länder gereist – davon 200 000 nach Österreich. Rechnet man das auf die Einwohnerzahl um, hätten aus der „DDR" im vergangenen Jahr fast eine Million Menschen ein Visum in den Westen erhalten müssen.

Österreich ist für das kommunistische Ungarn so etwas wie ein Experimentierfeld und eine unverdächtige (weil nicht zur NATO gehörende) Brücke für Westbeziehungen. Deshalb werden österreichische politische Besuche, wie jüngst das Erscheinen des neuen österreichischen Regierungschefs, mit einer Publizität bedacht, die weit über das übliche Maß hinausgeht. Im Zusammenhang mit dem Sinowatz-Besuch erklärte die Budapester Parteizeitung „Nepszabadsag": „Vertrauen spielt dann eine besonders große Rolle, wenn zwei Länder mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung jene Bereiche suchen und finden, in denen sie im Zeichen des gegenseitigen Vorteils erfolgreich zusammenarbeiten können."

Partner gefunden

Die ungarische Führung hat in den Österreichern diesen Partner gesucht und gefunden. Mit ihm kann man nicht nur Handel treiben, sondern über ihn auch eine behutsame Öffnung nach Westen praktizieren. Das betrifft nicht nur die großangelegten Hotelbauten mit österreichischem Know-how und Krediten, etwa am Budapester Donau-Ufer, nicht nur die Empfangshalle des Flughafens und ähnliche Projekte. Darüber hinaus hält die ungarische Führung auch gegenüber Wien eine Öffnung für möglich, die bei anderen Staaten des Warschauer Pakts undenkbar wäre.

So wurde aus Anlaß des Sinowatz-Besuchs eine Fernsehdiskussion zum Thema „Ungarn heute" unter Beteiligung prominenter ungarischer und österreichischer Publizisten und Historiker ausgestrahlt – und zwar direkt aus Budapest für das österreichische Fernsehen, daß von etwa 40 Prozent der ungarischen Bevölkerung empfangen werden kann. Das ungarische Fernsehen hatte zugesagt, eine synchronisierte Fassung dieser Diskussion in sein Programm zu übernehmen. Diskussionsleiter aber war ein ehemaliger Ungar, der seinerzeit politisch vom KP-Regime verfolgt und 1957 als politischer Flüchtling nach Österreich gekommen war und heute Leiter des ORF-Osteuropa Büros ist: Paul Lendvai. „Es ist ungefähr so, als würde man einen politischen Flüchtling aus der DDR bitten, eine Diskussion im Ostberliner Fernsehen zu leiten", meint ein Budapester Beobachter.

Diskutiert wurde dann auch über Themen, die sonst im Kommunismus als tabu gelten: Etwa über die hohe ungarische Selbstmordrate, über die Unterdrückung der ungarischen Minderheiten in anderen kommunistischen Ländern, über die Schreckensherrschaft des Stalinismus in Ungarn („so etwas darf nie wieder passieren", sagte ein ungarischer Teilnehmer). Und es wurde auch das Jahr 1956 erwähnt.

Nur ein Thema wurde ausgespart: die Sowjetunion und die in Ungarn immer noch präsente sowjetische Besatzungsarmee. Denn das wäre ein Thema, zu dem man einen Ausspruch des österreichischen Kulturkritikers Karl Kraus abwandeln und sagen könnte, dazu falle einem nichts ein.

In Ecuador ist die Welt fast wieder in Ordnung

Erfolgreiche Sparpolitik / Guerrillas an der Grenze

MANFRED NEUBER, **Bonn**

Wenige Monate vor den Wahlen in Ecuador kommt der christlich-sozialen Regierung unter Präsident Osvaldo Hurtado (44) der wirtschaftliche Aufschwung in der südamerikanischen Republik zugute. Quito betreibt eine erfolgreiche Sparpolitik und erhöht die Erdöl-Förderung.

Der Nachfolger Hurtados, am 29. Januar 1984 von den 2,4 Millionen Wahlpflichtigen des Anden-Staates bestimmt, wird erst am 10. August sein Amt antreten. Zugleich mit dem Präsidenten werden Bürgermeister und Gouverneure, Gemeindevertreter und Provinz-Abgeordnete gewählt.

Wie die meisten Länder Lateinamerikas ist auch Ecuador hoch verschuldet: mit sechs Milliarden Dollar bei 8,5 Millionen Einwohnern. Quito konnte aber ernste Zahlungsschwierigkeiten vermeiden. Allerdings ist man noch „nicht ganz über den Berg", wie Hurtado eingestand.

Der Präsident ist ein ehemaliger Wirtschaftsprofessor, der in das höchste Staatsamt aufrückte, als Präsident Jaime Roldós vor zwei Jahren bei einem Flugzeug-Absturz ums Leben kam. Er vollendet nur die laufende Amtszeit, weil die Verfassung eine Wiederwahl verbietet.

In den 163 Jahren seit der Unabhängigkeit Ecuadors hat das Land 86 Regime gehabt. Nur 20 Regierungen gingen aus Wahlen hervor, und selbst dabei waren etliche Resultate manipuliert. Die letzte Militärherrschaft reichte von 1972 bis 1979, als Roldós gewählt wurde.

Der schnelle Bevölkerungszuwachs, hohe Arbeitslosigkeit und Inflation sowie der große Mangel an Wohnungen stellen die Regierung, die wegen der Rohöl-Schwemme auf dem Weltmarkt nicht aus dem vollen schöpfen kann, vor harte Probleme. Der Sucre, die Landeswährung, fiel 1982 von 30 auf 80 zum US-Dollar.

Ecuadors Öl-Rausch begann Ende der sechziger Jahre mit neuen Funden östlich der Anden im Amazonas-Becken. Gegenwärtig werden täglich 245 000 Barrel gefördert; im nächsten Jahr ist eine Steigerung um 20 000 Barrel geplant. Ende 1984 soll ein neuerschlossenes Gebiet im Nordosten weitere 9000 Barrel liefern.

Das erste Erdöl in Ecuador wurde bereits vor 60 Jahren gefördert. Für den mächtigen Nachbarn Peru war dieser wichtige Rohstoff eine große Versuchung: Ende der dreißiger Jahre wurde die Hälfte des Staatsgebietes Ecuadors annektiert. Noch vor zwei Jahren kam es wegen Grenzstreitigkeiten zu sporadischen Kampfhandlungen.

Nach Ansicht politischer Beobachter in Quito muß die kleine Republik auf der Hut sein, nicht von den in Kolumbien und Peru operierenden Guerrilla-Gruppen in einen Buschkrieg gezogen zu werden. Ecuadors Sicherheitskräfte haben die Kontrollen an den Grenzen und an der Küste verstärkt.

Für die Präsidentschaft bewerben sich acht Kandidaten, von denen höchstens drei ernsthafte Chancen haben. Das sind León Febres Cordero (52) von den regierenden Christlich-Sozialen, der mit dem Slogan „Meine Partei heißt Ecuador" für die soziale Marktwirtschaft eintritt, der 47 Jahre alte Rechtsanwalt Rodrigo Borja, dessen Demokratische Linkspartei einen „demokratischen Sozialismus" verficht, und der Arzt Francisco Huerta (43), früher ein linker Liberaler und dann Gründer der Demokratischen Partei links von der Mitte.

Febres Cordero trat innerhalb der christlich-sozialen Partei als rechter Rivale des toten Präsidenten Roldós und dessen Nachfolger Hurtado auf. Mit populistischen Parolen zieht er gegen die Korruption und die Bürokratie zu Felde. Nach einer Gallup-Umfrage liegt er mit 31 Prozent der Stimmen knapp vor Borja, der 28 Prozent erhielt. Ecuador hat ein Wahlsystem nach französischem Vorbild. Verfehlt der Favorit im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, könnte Borja in der zweiten Runde noch zum Siege kommen.

Initiative für Sacharow bisher erfolglos

AP, **Frankfurt**

Meldungen, nach denen eine Ausreiseerlaubnis für den sowjetischen Regimekritiker Andrej Sacharow in den Bereich des Möglichen gerückt sein könnte, sind von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) in Frankfurt angezweifelt worden. Als Koordinator der Initiative „Rettet Sacharow" teilte die Gesellschaft gestern mit, daß eine aus fünf Mitgliedern bestehende Delegation der Initiative am Montag die sowjetische Botschaft in Paris „zum wiederholten Male" aufgesucht habe. Der Leiter der Protokollabteilung der Botschaft, Alexander Melnik, habe ausgeführt, daß es das Recht eines jeden sowjetischen Bürgers sei, die UdSSR zu verlassen. Auf die Frage, ob das auch für Sacharow gelte, habe Melnik von einem „Sonderfall" gesprochen und hinzugefügt, die Frage sei nicht ohne weiteres zu beantworten.

Nach Ansicht der französischen Sektion der IGfM erschienen bei genauer Prüfung der Tatsachen die in Pressemeldungen verbreitete Hoffnung, eine baldige Freilassung Sacharows stehe bevor, ungerechtfertigt, heißt es in der Erklärung weiter. Die IGfM kündigte gleichzeitig eine Fortführung der Initiative „Rettet Sacharow" mit Mahnaktionen in Berlin und München an.

Der Friedensnobelpreisträger Sacharow ist von dem sowjetischen Regime nach Gorki in die innere Verbannung geschickt worden.

Keine Sonderregeln für Ersatzschulen

AP, **Berlin**

Staatlich anerkannte Ersatzschulen müssen sich auch an die für öffentliche Schulen geltenden Aufnahmebestimmungen halten. Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin verstößt diese gesetzliche Verpflichtung nicht gegen die im Grundgesetz geschützte Privatschulfreiheit.

Der Träger einer Ersatzschule hatte beantragt, Schüler, die ein öffentliches Gymnasium nach zweimaligem „Sitzenbleiben" in der gleichen Klasse verlassen mußten, als Gastschüler aufnehmen zu dürfen. Die staatliche Schulaufsichtsbehörde hatte der Ersatzschule (staatlich anerkanntes Gymnasium) dies jedoch untersagt, weil dadurch die geltenden Aufnahmebestimmungen umgangen würden.

Das Bundesverwaltungsgericht führte nun in seiner Begründung aus, die Zulassung solcher Gastschulverhältnisse stelle die den staatlich anerkannten Ersatzschulen verliehene Befugnis, Zeugnisse zu erteilen und Prüfungen abzuhalten, in Frage. Wegen der Mißbrauchsgefahr sei deshalb eine ständige Überwachung erforderlich. Dies solle aber gerade durch die staatliche Anerkennung vermieden werden. (Az.: BVerwG 7 C 114/81)

„Zu teure Hochhäuser, lieber abreißen"

dpa, **Düsseldorf**

Hochhäuser, deren Wohnungen für Sozialmieter zu teuer werden und auch auf dem freien Markt nicht zu vermieten sind, sollten nach einem Vorschlag des nordrhein-westfälischen Ministers für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel (SPD), notfalls abgerissen werden.

Auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf beklagte der Minister, die in den 70er Jahren gebauten Sozialwohnungen seien teilweise nach einem falschen Finanzierungssystem gefördert worden, weil den Bewohnern nunmehr durch den Abbau von Subventionen zu große Mietpreissprünge drohten. Zöpel räumte ein, gerade im vergangenen Jahrzehnt sei oft so unattraktiv gebaut worden, daß niemand in den unpersönlichen Hochhaus-Burgen wohnen wolle.

13 Tote bei Angriff der Mujahedin

rtr/AP, **Islamabad**

Beim Abschuß eines Hubschraubers durch moslemische Widerstandskämpfer in Afghanistan am 15. November sind nach Angaben westlicher Diplomaten zwölf oder 13 der etwa 25 Passagiere ums Leben gekommen. Unter den Todesopfern befand sich auch der Kommandeur der 8. afghanischen Division, Generalmajor Mohammed Abdul Asim. Ob unter den sowjetischen und afghanischen Passagieren auch Militärs der UdSSR waren, blieb bislang offen.

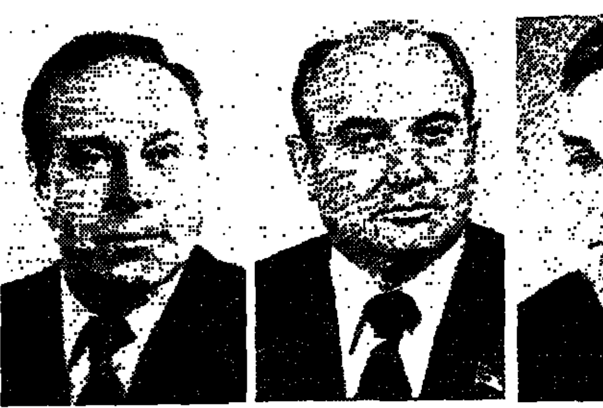
Die Diplomaten berichteten unter Berufung auf Gewährsleute in Afghanistan, der Transporthubschrauber sowjetischer Bauart, der von vier Kampfhubschraubern begleitet worden war, sei kurz nach seinem Start in der Hauptstadt Kabul beschossen worden. Die Leichen und das Wrack des abgestürzten Hubschraubers seien dann wenige Stunden nach dem Zwischenfall nach Kabul gebracht worden.

Die Diplomaten halten den Vorfall für die bislang spektakulärste Aktion in einer Reihe zunehmender Angriffe der Widerstandskämpfer gegen die von der Sowjetunion unterstützte Regierung des Präsidenten Babrak Karmal.

Aufsteiger in Moskaus Politbüro

Von FRIED H. NEUMANN

Konservativen Neigungen entspricht die Vorsicht, mit der Andropow bisher an Veränderungen in der Parteispitze herangegangen ist. Selbst nachdem im Mai der Senior des Politbüros, der 84jährige Arwid Pelsche, gestorben war, blieb die Zusammensetzung des obersten Führungsgremiums unverändert. Zu Beginn seiner Amtszeit hatte der Generalsekretär den Parteichef der islamisch geprägten Kaukasusrepublik Aserbaidschan, Gejdar Alijew, zum *Vollmitglied des Politbüros aufsteigen* lassen. Im Juni holte er einen weiteren „Provinzfürsten", den Leningrader Gebietsparteichef Grigorij Romanow, in das Moskauer Machtzentrum. Mitglied des Politbüros schon seit 1976, wurde er jetzt zusätzlich zum ZK-Sekretär berufen.



Sie sind die Jüngsten: Geidar Aliew (60), Michail Gorbatschow (52), Grigorij Romanow (60) (v. l. n. r.) FOTOS: CAMERA PRESS

Beide gehören mit 60 Jahren zur Gruppe der Jüngsten. Sie wird durch den 52jährigen Michail Gorbatschow *komplettiert. Ohne sie liegt das* Durchschnittsalter des Entscheidungsgremiums bei über 71 Jahren.

Im Rat der alten Herren ist Gorbatschow trotz fehlenden Haupthaares geradezu eine jugendliche Erscheinung. Ungewöhnlich auch seine Karriere: Nachdem er in Stadt und Gebiet von Stawropol schrittweise bis zum Parteichef vorangekommen war, wurde er 1978, erst 47 Jahre alt, plötzlich in die Moskauer Zentrale katapultiert. Dort übernahm er als ZK-Sekretär die Zuständigkeit für die Landwirtschaft. Er behielt sie bis heute, obwohl er viermal hintereinander schlechte bis katastrophale Ernten wie Boxhiebe einzustecken hatte. Nach kurzer Kandidatur gelangte er schon *1980 ins Politbüro.*

Im Westen umgesehen

War sein kometenhafter Aufstieg zunächst wohl der massiven Förderung durch Michail Suslow zuzuschreiben, der selbst einmal Parteisekeretär in dem landwirtschaftlich wichtigen südrussischen Gebiet von Stawropol war, so zeigte sich im letzten Frühjahr, daß Gorbatschow auch unter dem Zepter Andropows nicht ins Abseits gerät: Von Andrej Kirilenko, der vor einem Jahr aus der Führung ausschied, übernahm er im ZK-Sekretariat zusätzlich die Aufsicht über die Wirtschaft.

Fehlte ihm nicht jede Erfahrung im militärischen oder zivilen Sicherheitsbereich, könnte sich der klug und beherrscht agierende Benjamin des Politbüros einige Hoffnungen auf die Kronprinzenrolle machen. Zweifellos käme er mindestens für das Amt des Regierungschefs in Frage. Als Leiter einer Parlamentarierdelegation, die im Sommer Kanada bereiste, wirkte er souverän und in freier Rede überzeugend. Er ist der einzige *Volljurist in der sowjetischen Führung.* Auch in mehreren Ländern Westeuropas hat er sich umgesehen. Daß er am 22. April, dem Geburtstag Lenins, die Festansprache halten durfte, war ein deutliches Zeichen der Wertschätzung.

Noch in den letzten Breschnew-*Jahren hat sich Gorbatschow* wiederholt für energische Reformen, für „alles Neue und Fortschrittliche" in der Agrarpolitik ausgesprochen; gegen erhebliche Widerstände favorisierte er eine ländliche Arbeitsorganisation, die auf Normen verzichtete und das Ernte-Ergebnis zum Maßstab des Ar*beitslohnes macht. Dieses System* ist inzwischen wieder zu Ehren gekommen.

Alijew und Romanow, die erst unter Andropows Regentschaft nach Moskau kamen, sind beide nicht durch ein vergleichbar reformfreudiges Profil aufgefallen. Die ehemaligen regionalen Parteichefs entsprechen umso mehr der Vorliebe des Generalsekretärs für Sauberkeit und Ordnung, auch im ideologisch-geistigen Bereich, und für effizienten Führungsqualitäten.

Gejdar Alijew hat von Jugend an in den Diensten der Staatssicherheit gestanden, bis er diese Karriere mit dem Vorsitz im aserbaidschanischen KGB krönen konnte. Danach avancierte er 1969 zum ersten Parteisekretär der Kaukasusrepublik und hatte in dieser Spitzenfunktion *13 Jahre* lang Gelegenheit, seine reichen Polizei-Erfahrungen in politische Führungskunst umzusetzen. Aserbaidschan, ein orientalisches Schwarzmarkt- und Korruptionsparadies, verwandelte sich in ein Musterland sozialistischer Moral und Arbeitsfreude. *Alijew rühmte später seine Unbedenklichkeit* in der Wahl der Erziehungsmittel in einem Interview mit der „*Literaturnaja Gaseta*". Für den damaligen KGB-Chef Andropow muß das ein reizvolles und lehrreiches Experiment gewesen sein.

Alijew immer dabei

Armeegeneral Alijew ist in Moskau, wie zahlreiche knappe Zeitungsnotizen belegen, als erster stellvertretender Ministerpräsident seinen Traditionen treu geblieben. Wann immer es um die „Verbesserung" der Arbeit von Miliz und KGB sowie der Staatsanwaltschaften ging, war Alijew bisher mit von der Partie. Smart und elegant auftretend, ist er der Allzweck-Innenpolitiker der Parteiführung geworden, der sich mit unverkennbarer organisatorischer Befähigung und hoher Intelligenz voll für das Andropowsche Reinheitsgebot engagiert. Auch er erhielt einmal Gelegenheit, mit einer wichtigen Rede öffentliche Aufmerksamkeit zu finden: Vor dem Obersten Sowjet brachte er im Juni das vielgerühmte „Mitbestimmungsgesetz" für Betriebsbelegschaften ein.

Trotz seiner Qualitäten wäre es ei*ne Überraschung* und nur als Scheinkonzession an den wachsenden mittelasiatischen Bevölkerungsanteil zu verstehen, sollte Alijew, der vollständig Gejdar Ali Reza Ogly heißt, einmal an die Spitze der sowjetischen Regierung treten. Als Kommunist oh*ne Bindung an den Islam* und völlig russifizierter Kaukasier wäre er zwar kein ideologisches Risiko, blieb aber eine Zumutung für das dominierende Volk der Sowjetunion, das schon Ukrainer *kaum ertragen* will.

Grigorij Romanow, der gleichfalls 60jährige zweite Moskau-Zuwachs unter Andropows Regie, ist Russe wie Gorbatschow. Auch er erhielt Gelegenheit, sich mit einer Rede dem Sowjetvolk zu präsentieren. Rhetorisch nicht gerade glanzvoll aber sachlich und aussagekräftig, trat er erstmals am 5. November mit einer Ansprache zur Revolutionsfeier als „Parteigeneralist" auf. Inhaltlich und im Stil hielt er sich vollständig an den Duktus des erkrankten Generalsekretärs, es war eine „Stellvertreter-Rede".

Welchen Fachbereich der Parteipolitik Romanow als neu bestallter ZK-Sekretär betreut, ist noch immer *nicht bekanntgeworden.* Nach den Erfahrungen und Verdiensten, die er sich in gleichfalls 13 Jahren als Gebietsparteichef von Leningrad erworben hat, könnte es sich um die industrielle Entwicklung handeln. Der Schiffbau-Ingenieur und Konstrukteur Romanow hat in über 25jähriger *bodenständiger Parteikarriere* viel Sinn für technologische Modernität bewiesen. Das wirkte sich auf die Struktur des Leningrader Industriegürtels ebenso aus wie auf die vergleichsweise undoktrinären Leitungsmethoden. Umso strenger hielt Romanow an den überkommenen Glaubenssätzen der *kommunistischen* Ideologie fest.

Diese eigenartige Kombination von fortschrittlichem Pragmatismus und fester Lenintreue entspricht genau dem Denken Andropows. Breschnew, der den Leningrader Spitzenmann schon 1976 ins Politbüro holte, *fand ihn später wohl zu ehrgeizig und* ließ ihn auf der langen Bank sitzen. Seinem Nachfolger scheinen die Fähigkeiten des kleinwüchsigen Genossen mit den Namen der Zarendynastie unentbehrlich zu sein: Er braucht ihn auch als Parteigehilfen. Romanow weiß, wie man Widerstände an *der Basis überwindet, ohne gleich* mit dem Zaunpfahl des KGB zu winken.

Craxi besteht seinen ersten Test

Regionalwahlen in Italien: Starke Verluste der Kommunisten / Triumph für Magnago

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Starke Verluste der Kommunisten bestimmen das Ergebnis der italienischen Wahlen, die am vergangenen Sonntag, teilweise auch noch am Montag, auf regionaler Ebene in Trentino/Südtirol sowie auf kommunaler Ebene in Neapel, Reggio Calabria und 12 weiteren über das ganze Land verstreuten Gemeinden abgehalten wurden. Die Wahlen betrafen insgesamt 1,8 Millionen Wahlberechtigte, also rund fünf Prozent der Wahlbevölkerung des Landes.

Den Verlusten der KP stehen fast überall Gewinne des „laizistischen" Lagers gegenüber, das heißt der Sozialisten, der Republikaner, der Sozialdemokraten und der Liberalen, die zusammen mit der Democrazia Cristiana die römische Koalitionsregierung bilden. Die DC erlitt zwar Einbußen gegenüber den letzten Regional- bzw. Kommunalwahlen, *konnte* aber vor allem in Neapel und im Trentino die tiefen Einbrüche weitgehend wieder bereinigen, die sie bei den allgemeinen Parlamentsneuwahlen dieses Frühsommers hatte hinnehmen müssen. Politische Beobachter sprechen von einem im großen und ganzen positiven Test für die Regierung Craxi.

Als das politisch wichtigste Resultat gilt das Ergebnis der Gemeindeneuwahlen in Neapel. Hier hofften die Kommunisten auf die Neubestätigung der Volksfrontkoalition unter dem ehemaligen KP-Bürgermeister Valenzi. Im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen von *1980* verloren sie jedoch über 40 000 Stimmen und vier Sitze im Gemeindeparlament. Ihr Stimmenanteil ging von 31,7 auf 27 Prozent zurück. Bei den Parlamentsneuwahlen im Juni dieses Jahres hatte er noch 31,5 Prozent betragen. Die Christdemokraten verloren demgegenüber nur einen Sitz – ebenso wie die Neofaschisten. Die Gewinner der Wahl waren die Sozialisten (plus drei Sitze, plus 2,8 Prozentpunkte) und die Republikaner (plus zwei Sitze, plus 1,9 Prozentpunkte).

Die Wahlen in Neapel waren vorzeitig anberaumt worden, weil die Stadt nach dem Sturz der Linksregierung unter Valenzi unregierbar geworden war. *An dieser Situation hat der* Wahlgang trotz der nicht unbeträchtlichen Kräfteverlagerung nichts geändert. Weder für eine Linkskoalition noch für ein Bündnis der linken Mitte *nach dem Muster der* Regierung Craxi gibt es im neuen Stadtparlament eine neue Mehrheit. Die linke Mitte konnte zwar insgesamt vier Mandate hinzugewinnen, verfügt aber nur über 39 von 80 Sitzen.

In der Region Trentino/Südtirol stellt die Südtiroler Volkspartei (SVP) im neuen Regionalparlament, das sich aus den Landtagen von Südtirol und des Trentino zusammensetzt, nach dieser Wahl zum ersten Mal die stärkste Fraktion. Sie hat die Christdemokraten, deren Sitzzahl von 22 auf 19 zurückging, überflügelt. In Südtirol selbst wurden 22 SVP-Kandidaten gewählt, im Trentino auf einer Gemeinschaftsliste mit italienischen Autonomisten weitere drei (alles Italiener).

Die Wahl zum Bozener Landtag wurde zu einem bisher beispiellosen persönlichen Triumph für den seit 1960 amtierenden Landeshauptmann und SVP-Obmann Silvius Magnago. Der fast 70jährige, der nach Abschluß der jetzt beginnenden fünfjährigen Legislaturperiode aus der aktiven Politik ausscheiden will, erhielt mehr Vorzugsstimmen als je zuvor: über 75 000. Er führt damit die Liste der gewählten Kandidaten seiner Partei mit großem Abstand an. An zweiter Stelle folgt mit 42 000 Vorzugsstimmen der Repräsentant des linken SVP-Flügels und Arbeitnehmervertreter Hubert Frasnelli. Der linke Flügel konnte im übrigen alle seine vier aufgestellten Kandidaten durchbringen und damit seinen Einfluß in der Partei deutlich stärken.

Die SVP verlor zwar 1,8 Prozentpunkte Stimmenanteil im Vergleich *zu den letzten* Südtiroler Landtagswahlen von 1978, konnte aber ein Mandat hinzugewinnen und ihre 59,5-Prozent-Position von den allgemeinen Parlamentsneuwahlen im Juni behaupten. Der separatistische Heimatbund erhielt nur ein Mandat. Für ihn zieht Eva Klotz, die Tochter des im österreichischen Exil verstorbenen Terroristen Georg Klotz, in den Bozener Landtag und ins Regionalparlament von Trentino/Südtirol ein. Die linke interethnische Alternativliste, die junge Ultrakommunisten, Radikale und Grüne vereint und im Wahlkampf von dem Bergsteiger Reinhold Messner unterstützt wurde, erhielt zwei Mandate, die Partei der Unabhängigen – neben dem Heimatbund die zweite rechtsgerichtete Protestbewegung gegen die SVP – *einen Sitz.*

Als belastend für die künftigen Verhandlungen zwischen Bozen und Rom über die volle Durchführung der Südtirol-Autonomie wird allgemein die starke Zunahme der italienischen Neofaschistenstimmen bei den Landtagswahlen gesehen. Das neofaschistische MSI, das die Autonomie Südtirols grundsätzlich ablehnt, verdoppelte seinen Stimmenanteil und nahm den *Christdemokraten* einen ihrer vier Landtagssitze ab. Es wurde offensichtlich zum Sammelbecken vieler unzufriedener Italiener, denen durch die Autonomie alte, aus der faschistischen Zeit stammende Vorrechte genommen wurden und die sich in der Provinz Bozen zunehmend *als ethnische Minderheit* im eigenen Staat fühlen.

In Kreisen der deutschen Volksgruppe wird weithin befürchtet, daß die bisher prinzipiell autonomiefreundlichen Christdemokraten und die römische Regierung unter dem Eindruck dieses italienischen Wahlprotestes den Südtiroler Wünschen und Forderungen in Zukunft unnachgiebiger als bisher begegnen werden.

Der Anhang für die ETA schwindet

Baskische Politiker wegen Majestätsbeleidigung vor Gericht / „Dahinter steckt das KGB"

ROLF GÖRTZ, Madrid

Wegen Majestätsbeleidigung – offi*ziell lautet die Anklage auf „Beleidigung des Staatschefs"* – stehen 17 baskische Politiker in Madrid vor dem Obersten Gerichtshof. Weil sie am 4. Februar 1981 König Juan Carlos bei dessen Besuch im baskischen Parlament mit dem ETA-Lied „Ich bin ein baskischer Soldat" minutenlang *niederschrien, sollen sie jetzt* jeder acht Jahre und einen Tag im Gefängnis verbringen. Der Staatsanwalt, der diesen Antrag stellte, schlug dem Gericht allerdings auch eine politisch empfundene Alternativlösung vor: je drei Monate wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses plus umgerechnet *520 Mark Geldbuße.*

Den Prozeß eröffnete zum ersten Mal in Spanien eine Video-Vorführung der Ereignisse, die das spanische Fernsehen damals live ausstrahlte. Im Bildzentrum König Juan Carlos, der mit seiner Frau Königin Sofia gekommen war, um zu retten, was sein erster *Ministerpräsident* Adolfo Suárez schon fast verspielt hatte und was die jetzige Regierung unter Felipe González nur unter größten Schwierigkeiten zu reparieren versucht: die Einheit Spaniens, die damals in die Brüche zu gehen drohte. Umjubelt von weiten Teilen der baskischen Bevölkerung, *höflich* empfangen – wenn auch politisch nur geduldet – von der im baskischen Landesparlament führenden Nationalistenpartei und ausgebuht von Herri Batasuna, dem politischen Arm der Terrororganisation ETA, die damals schon 250 Morde auf ihr Konto gebucht hatte – wohl gemerkt nach der Franco-Ära.

Einer der Angeklagten jetzt in Madrid: „Wir stimmen mit konkreten Zielen einiger bewaffneter Organisa*tionen überein, wenn auch nicht mit* ihren Methoden, diese Ziele zu erreichen. Auf einen Nenner gebracht lautet das Ziel heute ebenso wie damals: Volksrepublik Baskenland.

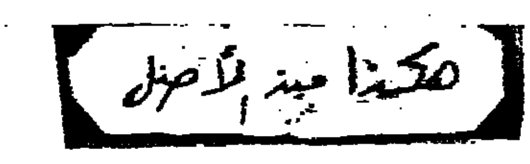
König Juan Carlos zeigte mit seiner Reise ins unruhige Baskenland Mut. Er wußte auch genau, daß es im bas*kischen Parlament in Guernica* zu Tumulten kommen wird und ließ deshalb eine Antwort darauf präparieren, die er nach dem Zwischenfall auch prompt verlas: eine Lanze für die Demokratie, die nur dann funktionieren könne, wenn Toleranz und Respekt vor der anderen Meinung *herrschen. Die Video-Wiedergabe* der tumultarischen Szene ließ denn auch einen heiter gelassenen Monarchen erkennen, der mit der Hand hinter dem Ohr eine fast jungenhafte Geste machte: Lauter, ich versteh' euch nicht! Der Gesang brach jedoch unter den wütenden Faustschlägen anderer Abgeordneter von den bürgerlichen Nationalistenparteien bis zu den Sozialisten ab. Die Protestsänger wurden von der baskischen Saalpolizei unter dem Beifall der anderen Abgeordneten und der Zuschauer hinausgeworfen. Erst nach minutenlangen frenetischen Ovationen für den *König* kam Juan Carlos, der Sieger der Szene, zu Wort: „Die Freiheit des baskischen Volkes war nie ein Hindernis für die Einheit Spaniens."

Die politisch wirksamsten Vorkämpfer dieser Einheit sind zur Zeit die Sozialisten, sowohl in der Regierung in Madrid als auch in der Opposition *im Baskenland.* Aber schon damals sagte der baskische Sozialist Mujica Herzog: „Wir haben gesehen, wie das baskische Volk die Krone unterstützt und wie Herri Batasuna *sich als ein wütender Verteidiger* des ETA-Terrors entpuppte."

Dem Zwischenfall in Guernica folgte wenige Tage später der Rücktritt des Ministerpräsidenten in Madrid und am 23. Februar der Putschversuch einiger Militärs, die König Juan Carlos als oberster Heerführer *neutralisieren konnte.* Das Baskenproblem, Ausgangspunkt der Unzufriedenheit im Militär und anderswo, blieb jedoch ungelöst; der Separatismus der linksextremen Herri Batasuna und der bürgerlichen Nationalistenpartei äußert sich stärker denn je, wie Ausuferungen einer Pazifistendemonstration am Wochenende in Bilbao zeigen: Ausgezogen als NATO-Gegner –, und als solche genehmigt – ließen Linksextremisten plötzlich mit erhobenen Fäusten die ETA hochleben, wohl der eigentliche Zweck der Friedensübung. Und eingedenk ihrer zahlreichen Toten schlugen die Polizisten wütend auf Demonstranten und Journalisten.

Das alles – Prozeß und Protest – im Vorfeld baskischer Landtagswahlen, die zwar erst in einigen Monaten stattfinden, die aber schon jetzt außenpolitische Dimensionen annehmen: Der baskische Sozialist Benegas, seit Jahren trotz Todesdrohungen unerschrockener Verteidiger der nationalen Einheit Spaniens und jetzt aussichtsreichster Kandidat für den Posten des Landesministerpräsidenten im Baskenland, sagte, was er denkt: Die ETA und ihr revolutionärer Separatismus müsse vor einem internationalen Hintergrund gesehen werden. Benegas wörtlich: „Dahinter steckt das KGB." (SAD)


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Von Renten und von Bezügen

„Renten: 1,3 Prozent mehr"/„Und die Alten?"; WELT vom 27. Oktober

Sehr geehrte Herren,

es vergeht kein Tag, an dem nicht etwas über „Renten" zu lesen ist. In vielen Fällen wenig erfreuliches Zahlenwerk, vom „Entweder-Oder" wird gesprochen, die Betroffenen (Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner) werden zutiefst verunsichert. Nicht wenige von ihnen werden aus Sorge deswegen schon so manche schlaflose Nacht verbracht haben. Da klingt es dann fast wie Hohn, wenn der Lehrerfunktionär Griep aus Hamburg anläßlich einer Demonstration öffentlich Bediensteter sagt: „Ich gebe zu, daß ich nachts ruhig schlafen kann" (WELT 23. 9. 83).

Er kann! Seine Dienstaltersstufensprünge sind rechtlich abgesichert, ein Arbeitsplatzrisiko gibt es für ihn und seinesgleichen nicht, und seine üppige Altersversorgung ist ungefährdet.

Eine besondere Eigenart von Protesten öffentlich Bediensteter ist es, daß immer nur von der aktuellen Besoldungsfrage gesprochen wird. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes wird bestenfalls einmal aus Verlegenheit erwähnt. Die Altersversorgung ist tabu. – Die Rede von den schlechterverdienenden Staatsdienern hat doch seit mindestens 15 Jahren keine Gültigkeit mehr; dafür haben doch die Herren Klunker, Krause etc. gesorgt.

Ich bin dennoch der Meinung, daß mancher Dienst für die Öffentlichkeit besser honoriert werden sollte und denke dabei z. B. an Feuerwehr, Polzei und Krankendienste, an die Soldaten und den Lokomotivführer. Aber überall dort, wo es um die Verwaltung im weitesten Sinne geht, da mag man bitte etwas auf dem Teppich bleiben.

Aus meiner Sicht sollte vom Staatsdiener auch kein besonderes „Opfer" verlangt werden. Die Inflationsrate, mag sie inzwischen auch kleiner geworden sein, spürt der Postfacharbeiter ebenso wie der Industriefacharbeiter, folglich muß hier etwas getan werden.

Einige Gruppierungen innerhalb unserer Staatsdiener kommen allerdings in letzter Zeit mit recht interessanten Forderungen, wie z. B. das Streikrecht. Vielleicht sollte das ganze Thema „Staatsdiener" einmal grundsätzlich angepackt werden. Dann aber auch die Altersversorgung.

Was hält unsere neue Regierung davon, einmal das Thema der Alterssicherung aller unselbständig Tätigen unter der Prämisse der Gleichbehandlung zu betrachten?

Dazu ein Vorschlag: Gleiche Einkommen bei vergleichbaren Tätigkeiten und Verantwortungen, gleiche Abzüge für die sozialen Sicherungen, gleiche Arbeitgeberanteile (Privat- wie Staatsbetrieb) und letztlich eine Altersversorgung auf gleichem Niveau. Alles, was ein Arbeitnehmer dann für eine Verbesserung seiner Rente für notwendig hält, muß er durch zusätzliche Beiträge aus seinem Netto-Arbeitsentgelt vorsorgend absichern, wie es jeder Arbeitnehmer aus der privaten Wirtschaft tun muß, wenn er es will. Dieses wäre ein Schritt zur Eigenverantwortlichkeit für weitere Berufsgruppen, Eigenverantwortlichkeit, wie sie von der jetzigen Regierung insbesondere im sozialen Bereich ständig gefordert wird.

Mit freundlichen Grüßen
S. Bosse,
Hamburg 90

*

„Fällt die Rentenerhöhung noch knapper aus"; WELT vom 15. November

Beim Lesen des obigen Artikels wurde ich peinlich an eine Äußerung anläßlich des Deutschen Beamtenvertretertages erinnert.

Ich glaube in der vergangenen Woche in der WELT gelesen zu haben, daß die Beamten sich weigern, wegen einiger finanzieller Einbußen zum Gegenstand haushaltspolitischer Experimente degradiert zu werden.

Sollte man an dieser Stelle nicht deutlich sagen, daß mit der in dem o. g. Artikel angekündigten erneuten Änderung in der Rentenrechnung eine ganze Rentnergeneration zum Gegenstand haushaltspolitischer Experimente degradiert wird?

B. W. H. Schuwe,
Hamburg 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Warten auf Wende

„Ein Bayer vor den Toren Bonns"; WELT vom 15. November

Sehr geehrter Herr Schell,

Ihrem ausgezeichnet recherchierten Artikel habe ich keine Kritik anzufügen.

Gestatten Sie mir bitte aber zu Ihrer Zeile „In Teilen der Union ist die Stimmung nicht gut" eine kleine Ergänzung: Sicherlich ist die Stimmung auch deshalb nicht so gut, weil die von der Union versprochene steuerliche Gerechtigkeit für Lohn- und Einkommmenssteuerpflichtige um Jahre hinausgezögert wird. Leistung soll sich wieder lohnen – gilt das nicht für die unselbständig Tätigen?

Auch die Erwartungen, daß Staat und Justiz wieder mehr „Flagge zeigen" statt zurückzuweichen, wurden bislang enttäuscht.

Mit freundlichen Grüßen
Horst Kehr,
Laupheim

Anderes Blatt

„Alltag in Polen, die Kunst des Überlebens in der Malaise"; WELT vom 8. November

Sehr geehrte Herren,

im Artikel ist Herrn Schmidtendorf leider ein nicht unwesentlicher Fehler unterlaufen. Wenn er von einer polnischen Zeitung spricht, „die als einzige Landespublikation zensierte Stellen als solche ausweist", kann er wohl kaum das Blatt „Slowo Powszechne" gemeint haben. Dieses wird von der regimefreundlichen katholischen PAX-Gruppe herausgegeben, die jetzt auch in der Bundesrepublik verstärkt Werbung betreibt.

Schmidtendorfs Angaben treffen vielmehr auf die katholische gesellschaftlich-kulturelle Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny" zu. Diese beliebte Krakauer Zeitschrift hatte ferner in verschlüsselter Form die Nobelpreisverleihung an den Solidarnosc-Vorsitzenden Lech Walesa gutgeheißen, was auch die WELT kürzlich erwähnte.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Gnauck,
Mainz 32

Für jeden etwas

„Als Zeuge für alles zu gebrauchen"; WELT vom 11. November

Wie wunderbar, daß die Kirche 1983 ein Thema hat, das an Aspekten überquillt! „Luther hier" und „Luther dort", „Luther und die Frauen" und „Luther und der Friede", „Luther – Fürstenknecht" und „Luther-Revolutionär", „Luther – erzkonservativ" und „Luther – Vertreter der frühbürgerlichen Revolution" usw. usw.

Was kann man nicht aus diesem Luther alles herausholen! Und wie wunderbar: Nun hat man den Buhmann der deutschen Geschichte, und alle Kalamitäten der Folgezeit (militantes Kaiserreich, Rassenwahn, NS-Staat) kann man ihm anlasten!

Wie lieb überhaupt, daß man ihn wiederentdeckt hat! Schallt es uns nicht noch in den Ohren, wie man vor Jahren Thomas Münzer hoch erhoben hat und Luther nur noch einen Dreck galt!

Nun ist es also wieder soweit, daß Luther Würdigung widerfährt. Aber man würde ja nicht „kritischen Geistes" sein, wenn man nicht zugleich Luthers Mängel gebührend hervorheben würde! Wie sinnig und hilfreich!

Und hat man nicht vor Jahr und Tag als „Dernier cri" der Theologie verkündet, daß „Sünde vor Gott" dem modernen Menschen nicht mehr faßbar sei, daß darum alles auf die Sünde gegenüber dem Nächsten zu reduzieren sei! Und hat man der Realität des lebendigen Gottes nicht allenfalls so etwas wie die Bedeutung einer „Chiffre" zuerkannt! Und da auf einmal wieder Martinus Luther, der so ganz anders ist, und der alle Künsteleien modernistischer Theologie auskehrt und wegwischt!

Aber wird das Lutherjahr 1983 wirklich durchschlagen? Da müßte Luther der Kirche schon als der große Zeuge des Evangeliums, als der Reformator zum biblischen Heilsglauben hin wiedergewonnen werden! Dann aber müßte das Lutherjahr schon den Charakter einer Bußbewegung an sich tragen!

Mit freundlichem Gruß
Rud. Kleinert,
Pfarrer i. R.,
Helmstadt

Wort des Tages

„Je mehr ein Mensch sich freut auf zeitlich Ehr und Gut,
Je weniger hat er zu den ew'gen Dingen Mut.
Je mehr hingegen er wart' auf die ew'gen Dinge,
Je mehr und mehr wird ihm das Zeitliche gelingen."

Angelius Silesius, dt. Dichter (1624–1677)

Problem für Moskau

„Im Osten Neues"; WELT vom 16. November

Gott sei Dank! Endlich einmal hat sich die deutsche Presse – wenn auch teilweise und ungenügend – daran erinnert, daß die Sowjetunion nicht nur aus Russen besteht und daß die Muslime ein „Problem in dem Kontinental-Reich Sowjetunion" bedeuten. Ob die westliche Welt von diesem Trumpf profitieren wird, ist eine andere Frage.

Aber wer – und welcher Politiker – in der westlichen Welt weiß, daß in der Sowjetunion bzw. in Mittelasien und im Kaukasus 50 – 60 Millionen Muslime leben, die zu 96 Prozent der Turk-Tatarischen Volksgruppe angehören und türkisch sprechen. Wer weiß schon, daß Turkestan, Aserbaidschan, Nord-Kaukasus und Krim jahrhunderte lang unabhängige Staaten waren, daß dort erst die ersten modernen Republiken in der islamischen Welt gegründet wurden und daß sie lange Jahre für ihre Unabhängigkeit erst gegen das zaristische und später gegen das bolschewistische Rußland gekämpft hatten?

Gehörten diese Völker der christlichen Religion an, wären sie der Unterstützung der westlichen Welt sicher. Von der islamischen Welt, die in ihren beispiellosen Egoismen und Intrigen nicht zu Renaissance – wie es übertriebener Weise von westlichen Medien behauptet wird – sondern eher zu „Régénérescence" verurteilt ist, haben die Muslime in der Sowjetunion nichts zu erwarten.

Es wäre kein Wunder, wenn diese unterdrückten islamischen Völker eines Tages die Unterstützung von Israel bekämen.

Ferhat Eminoglu,
Wachtberg

Personalien

ERNENNUNGEN

Bolivien hat einen neuen Botschafter in Bonn. Es ist **Vicente Mendoza Nava**, der inzwischen das Agrément erhielt. Auch Malaysia wird durch einen neuen Botschafter vertreten. Bundespräsident **Karl Carstens** erteilte **Albert Sextus Talalla** das Agrément als neuer Botschafter. Schließlich entsendet der afrikanische Staat Sierra Leone einen Botschafter nach Europa. Missionschef für Bonn ist demnächst **Sahr Matturi**, der jedoch im Gegensatz zu seinem Bonner Vorgänger Dr. **Gustav Deveneaux** seinen Dienstsitz in Brüssel haben wird. Sierra Leone hat seine Botschaft in Bonn am 29. Juli dieses Jahres vorübergehend geschlossen, weil, so hieß es in diplomatischen Kreisen, dem Staat zur Zeit das notwendige Geld zur Unterhaltung ihres Dienstsitzes in Bonn fehlt. Das Dienstgebäude in der Rheinallee Nr. 20 in Bad Godesberg hat Sierra Leone jedoch für bessere Zeiten beibehalten.

*

Als neuer Generalkonsul von Pakistan wird heute **Hermann Schnabel** in Hamburg in sein Amt eingeführt. Der Vorstandsvorsitzende und Großaktionär der Karl O. Helm AG eröffnet sein Generalkonsulat in der Nordkanalstraße 30 in der Hansestadt. Der Konsularbezirk umfaßt den Stadtstaat Hamburg und das Land Schleswig-Holstein. Hamburgs Erster Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** und der pakistanische Botschafter **S. A. D. Bukhari** führen Hermann Schnabel feierlich in sein Amt ein.

*

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien hat Professor **Rudolf Morsey** aus Speyer erneut zu ihrem Präsidenten gewählt. Morsey hat das Präsidentenamt seit 1969 inne.

EHRUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** hat Weihbischof **Heinrich Pachowiak**, den Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz für die Bundesgrenzschutzseelsorge, mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Der Weihbischof nahm den Orden gestern im Hause des Katholischen Büros in Bonn entgegen. In einer Laudatio erklärte Staatssekretär **Franz Kroppenstedt** vom Bundesinnenministerium, der Weihbischof, der die Seelsorge im Bundesgrenzschutz entscheidend mitprägte, habe das Ansehen des Bundesgrenzschutzes im öffentlichen Bewußtsein wesentlich mitgefördert. Weihbischof Heinrich Pachowiak, Hamburger, feierte vor einigen Monaten sein 25jähriges Bischofsjubiläum. Bayerns Finanzminister **Max Streibl** erhielt gestern das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

*

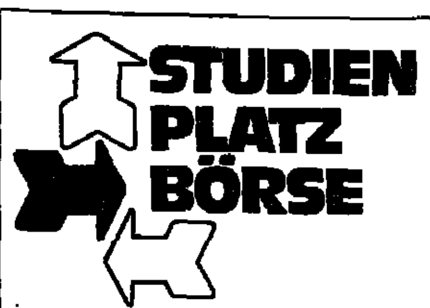
Privatdozent Dr. **Otto-Erich Brodde**, Leiter des Biochemischen Forschungslaboratoriums der Abteilung für Nieren- und Hochdruckkranke an der Medizinischen Universitätsklinik Essen, erhielt den Wissenschaftspreis der Deutschen Hochdruck-Liga. Der mit 10 000 DM dotierte Preis wurde bei der diesjährigen Tagung der Wissenschaftlichen Sektion der Deutschen Liga zur Bekämpfung des hohen Blutdrukkes e. V. in Hamburg vergeben.

*

Dr. **Heiner Geißler**, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und CDU-Generalsekretär, ist in München mit dem Bergverlagspreis ausgezeichnet worden. Der Preis geht alle drei Jahre an Persönlichkeiten, die sich um die Bergsteiger-Bergung verdient machten. In der Familie des Ministers klettern aber auch die übrigen Familienangehörigen tüchtig mit: die Söhne **Nikolai** (15), **Michael** (18) und **Dominik** (19) und ebenso Ehefrau **Susanne**. Dr. **Fritz März**, Vorsitzender des Deutschen Alpenvereins, zeichnete außerdem den Publizisten **Fritz Schmitt**, Autor des Buches vom Wilden Kaiser, aus und den internationalen Ausrüstungsexperten **Ludwig Gramminger**.

GEBURTSTAG

Der Diakoniewissenschaftler **Paul Philippi** in Heidelberg feierte am 21. November seinen 60. Geburtstag. Philippi war 1969 Professor für Praktische Theologie und zwei Jahre später Leiter des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Theologischen Fakultät in Heidelberg geworden. Zum Geburtstag erscheint im Stuttgarter Verlagswerk der Diakonie eine Festschrift mit dem Titel „Grenzüberschreitende Diakonie". Professor Philippi, der aus Siebenbürgen stammt, gehört dem Diakonischen Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland an. Seit 1979 ist er als Gastdozent am Theologischen Institut der Evangelischen Kirche in Hermannstadt in Rumänien tätig.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1984

Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Erlangen
2	Aachen	Freiburg
3	Aachen	Göttingen
4	Aachen	Münster
5	Aachen	Regensburg
6	Aachen	Tübingen
7	Aachen	Würzburg
8	Bochum	FU Berlin
9	Bochum	Erlangen
10	Bochum	Freiburg
11	Bochum	Hannover
12	Bochum	Hamburg
13	Bochum	Lübeck
14	Bochum	Uni Kiel
15	Bochum	Marburg
16	Bochum	Münster
17	Bochum	TU München
18	Bochum	Uni München
19	Bochum	Regensburg
20	Bochum	Tübingen
21	Bochum	Ulm
22	Bochum	Würzburg
23	FU Berlin	Freiburg
24	Düsseldorf	Bonn
25	Düsseldorf	Marburg
26	Düsseldorf	Münster
27	Düsseldorf	Tübingen
28	Essen	Bonn
29	Essen	FU Berlin
30	Essen	Erlangen
31	Essen	Freiburg
32	Essen	Gießen
33	Essen	Hamburg
34	Essen	Lübeck
35	Essen	Uni Kiel
36	Essen	Münster
37	Essen	Uni München
38	Essen	Regensburg
39	Essen	Tübigen
40	Essen	Ulm
41	Essen	Würzburg
42	Gießen	Göttingen
43	Gießen	Hannover
44	Gießen	Hamburg
45	Gießen	Uni Kiel
46	Gießen	Münster
47	Gießen	Tübingen
48	Gießen	Ulm
49	Göttingen	Bonn
50	Göttingen	Düsseldorf
51	Hannover	Göttingen
52	Lübeck	Freiburg
53	Lübeck	Göttingen
54	Lübeck	Hamburg
55	Lübeck	TU München
56	Lübeck	Uni München
57	Uni Kiel	Freiburg
58	Marburg	Uni München
59	Marburg	Würzburg
60	Regensburg	Erlangen
61	Regensburg	TU München
62	Regensburg	Uni München
63	Regensburg	Würzburg
64	Saarbrücken	Bonn
65	Saarbrücken	Freiburg
66	Saarbrücken	Uni München
67	Ulm	Hamburg
68	Würzburg	Uni München
40	Freiburg	Würzburg
41	Gießen	Heidelberg
42	Gießen	TU München
43	Gießen	Uni München
44	Hannover	Freiburg
45	Hannover	Münster
46	Hannover	TU München
47	Hannover	Uni München
48	Hannover	Mainz
49	Hannover	Tübingen
50	Heidelberg	Freiburg
51	Heidelberg	Würzburg
52	Hamburg	Düsseldorf
53	Hamburg	Hannover
54	Hamburg	Lübeck
55	Hamburg	Würzburg
56	Köln	Düsseldorf
57	Köln	Göttingen
58	Köln	Hamburg
59	Köln	Uni Kiel
60	Mannheim	Würzburg
61	Marburg	Göttingen
62	Marburg	Hamburg
63	Marburg	Lübeck
64	Marburg	Uni Kiel
65	Marburg	Münster
66	Marburg	Tübingen
67	Marburg	Würzburg
68	Münster	Freiburg
69	Münster	Heidelberg
70	Münster	Hamburg
71	Münster	Uni München
72	Mainz	Erlangen
73	Mainz	Freiburg
74	Würzburg	Freiburg
75	Würzburg	Lübeck
76	Würzburg	TU München
77	Würzburg	Uni München

Humanmedizin
4. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Freiburg
2	Aachen	Hamburg
3	Aachen	Lübeck
4	Aachen	Uni Kiel
5	Aachen	Tübingen
6	Aachen	Ulm
7	Aachen	Würzburg
8	Bonn	Heidelberg
9	Bonn	Hamburg
10	Bonn	Lübeck
11	Bonn	Mannheim
12	Bonn	TU München
13	Bonn	Uni München
14	Bonn	Würzburg
15	FU Berlin	Düsseldorf
16	FU Berlin	Erlangen
17	FU Berlin	Freiburg
18	FU Berlin	Göttingen
19	FU Berlin	Hannover
20	FU Berlin	Heidelberg
21	FU Berlin	Hamburg
22	FU Berlin	Lübeck
23	FU Berlin	Marburg
24	FU Berlin	Münster
25	FU Berlin	Uni München
26	FU Berlin	Tübingen
27	FU Berlin	Würzburg
28	Düsseldorf	Aachen
29	Düsseldorf	Bonn
30	Düsseldorf	Bochum
31	Düsseldorf	Essen
32	Düsseldorf	Lübeck
33	Essen	Aachen
34	Frankfurt	Gießen
35	Frankfurt	Hamburg
36	Frankfurt	Lübeck
37	Frankfurt	Uni Kiel
38	Frankfurt	Marburg
39	Frankfurt	Mainz

Humanmedizin
1. klinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Erlangen
2	Aachen	Hannover
3	Aachen	Heidelberg
4	Aachen	Hamburg
5	Aachen	Tübingen
6	Aachen	Ulm
7	Bonn	Erlangen
8	Bonn	Hamburg
9	FU Berlin	Aachen
10	FU Berlin	Bonn
11	FU Berlin	Freiburg
12	FU Berlin	Heidelberg
13	FU Berlin	Köln
14	FU Berlin	Marburg
15	FU Berlin	Münster
16	FU Berlin	Uni München
17	FU Berlin	Tübingen
18	FU Berlin	Würzburg
19	Düsseldorf	Freiburg
20	Düsseldorf	Würzburg
21	Essen	Aachen
22	Essen	FU Berlin
23	Essen	Erlangen
24	Essen	Frankfurt
25	Essen	Freiburg
26	Essen	Hannover
27	Essen	Heidelberg
28	Essen	Hamburg
29	Essen	Uni Kiel
30	Essen	Uni München
31	Essen	Tübingen
32	Essen	Ulm
33	Essen	Würzburg
34	Frankfurt	Freiburg
35	Frankfurt	Heidelberg
36	Frankfurt	Uni München
37	Frankfurt	Tübingen
38	Heidelberg	TU München
39	Hamburg	Freiburg
40	Hamburg	Heidelberg
41	Hamburg	Mannheim
42	Hamburg	Mainz
43	Hamburg	Tübingen
44	Köln	Freiburg
45	Köln	Hannover
46	Köln	Heidelberg
47	Köln	Hamburg
48	Köln	Uni München
49	Köln	Tübingen
50	Uni Kiel	Freiburg
51	Uni Kiel	Uni München
52	Uni Kiel	Ulm
53	Uni Kiel	Würzburg
54	Münster	Erlangen
55	Münster	Freiburg
56	Münster	Hannover
57	Münster	Uni München
58	Mainz	Freiburg
59	Mainz	Tübingen
60	Mainz	Ulm
61	Tübingen	Uni München

Psychologie
1. Semester

Nr.	von	nach
1	Bamberg	Uni München
2	Bielefeld	Düsseldorf
3	Bielefeld	Köln
4	Bochum	Bonn
5	Bochum	Köln
6	FU Berlin	Köln
7	Gießen	FU Berlin
8	Gießen	Erlangen
9	Gießen	Göttingen
10	Gießen	Heidelberg
11	Gießen	Uni München
12	Uni Kiel	TU Berlin
13	Uni Kiel	FU Berlin
14	Landau	Bremen
15	Landau	Hamburg
16	Mannheim	Heidelberg
17	Mannheim	Hamburg
18	Marburg	Frankfurt
19	Mainz	Heidelberg
20	Mainz	Hamburg
21	Mainz	Uni Kiel
22	Saarbrücken	FU Berlin
23	Saarbrücken	FU Berlin

Psychologie
2. Semester

Nr.	von	nach
1	Braunschweig	Marburg
2	Heidelberg	Bochum
3	Heidelberg	Düsseldorf
4	Heidelberg	Münster
5	Hamburg	Heidelberg
6	Mainz	Bonn
7	Mainz	Düsseldorf
8	Mainz	Wuppertal
9	Trier	Bonn
10	Trier	Köln

Psychologie
3. Semester

Nr.	von	nach
1	Frankfurt	Bonn
2	Frankfurt	Köln
3	Freiburg	FU Berlin
4	Freiburg	Münster
5	Freiburg	Osnabrück
6	Göttingen	Bremen
7	Heidelberg	Bochum
9	Mannheim	Frankfurt
9	Mannheim	Marburg
10	Mannheim	Tübingen
11	Marburg	Hamburg
12	Trier	Bonn
13	Trier	Bochum
14	Trier	Frankfurt
15	Trier	Köln

Psychologie
5. Semester

Nr.	von	nach
1	FU Berlin	Münster
2	FU Berlin	Osnabrück

Rechtswissenschaften
1. Semester

Nr.	von	nach
1	Bielefeld	Göttingen
2	FU Berlin	Bochum
3	FU Berlin	Göttingen
4	FU Berlin	Hannover
5	FU Berlin	Hamburg
6	FU Berlin	Münster
7	FU Berlin	Osnabrück
8	Bayreuth	Bonn
9	Bayreuth	Bochum
10	Bayreuth	Köln
11	Bayreuth	Münster
12	Erlangen	Bochum
13	Erlangen	Hannover
14	Erlangen	Bremen
15	Erlangen	Hamburg
16	Erlangen	Uni Kiel
17	Erlangen	Osnabrück
18	Frankfurt	Bonn
19	Frankfurt	Bochum
20	Frankfurt	Göttingen
21	Frankfurt	Hamburg
22	Frankfurt	Köln
23	Frankfurt	Münster
24	Freiburg	Bonn
25	Freiburg	Bochum
26	Freiburg	Göttingen
27	Freiburg	Köln
28	Freiburg	Münster
29	Gießen	Bochum
30	Gießen	Frankfurt
31	Gießen	Freiburg
32	Gießen	Hannover
33	Gießen	Hamburg
34	Gießen	Uni Kiel
35	Gießen	Mainz
36	Göttingen	Hannover
37	Uni Kiel	Hamburg
38	Mannheim	Hannover
39	Mannheim	Hamburg
40	Mannheim	Tübingen
41	Marburg	Göttingen
42	Marburg	Köln
43	Passau	Bonn
44	Passau	Bochum
45	Passau	Münster
46	Saarbrücken	Bochum
47	Saarbrücken	Hamburg
48	Trier	Bonn
49	Trier	Köln
50	Würzburg	Bonn
51	Würzburg	Bochum
52	Würzburg	Hamburg
53	Würzburg	Köln

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1983/84

NACHRICHTEN

Mikkola holt auf

Bath (dpa) – Weltmeister Hannu Mikkola (Finnland) holt mit seinem Audi Quattro bei der RAC-Rallye in England auf. Er verbesserte sich vom 23. auf den zweiten Platz und liegt jetzt 7:29 Minuten hinter seinem Team-Kollegen Stig Blomqvist (Schweden).

Sieg für Koopmans

Paris (sid) – Der Holländer Rudi Koopmans (25) hat zum zehnten Mal seinen Titel als Europameister der Berufsboxer im Halbschwergewicht verteidigt. In Paris besiegte er den Franzosen Rufino Angelo nach Punkten.

Dortmund leiht Spieler aus

Dortmund (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund hat seinen Reservespieler Franz-Josef Schmedding bis zum Saisonende an den abstiegsbedrohten Zweitligaklub BV Lüttringhausen ausgeliehen. Der 19 Jahre alte Stürmer soll am 4. Dezember in Darmstadt erstmals spielen.

Beckenbauer-Stiftung

München (dpa) – 50 000 Mark werden Franz Beckenbauer für die Beckenbauer-Stiftung zugunsten Behinderter heute vor dem UEFA-Pokalspiel München gegen Tottenham überreicht. Das Geld ist der Erlös einer Fußball-Gala, die das Fußball-Fachblatt „Kicker" am 12. Oktober in Hannover durchführte.

Pfaff im Achtelfinale

Sydney (dpa) – Die Frankfurterin Eva Pfaff erreichte beim Internationalen Tennis-Turnier in Sydney (Australien) das Achtelfinale. Sie gewann in der zweiten Runde mit 6:3, 7:5 über die Japanerin Etsuko Inoue. In der gleichen Runde scheiterte Steffi Graf (Heidelberg) mit 4:6, 1:6 an Gigi Fernandez (USA).

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Toulouse, erste Runde: Becka (Deutschland) – Casa (Frankreich) 7:6, 6:2, Schapers (Holland) – Elter (Deutschland) 6:2, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 812 485,60 Mark, 2: 203 121,40, 3: 6547,20, 4: 110,30, 5: 86,60. – Toto, Elferwette: 1: 55 611,50, 2: 2710,80, 3: 205,00. – 6 aus 45: 1: unbesetzt (Jackpot 1 550 193,95), 2: 48 196,00, 3: 4614,50, 4: 86,70, 5: 6,10. – Rennquintett: Rennen A: 1: 54,70, 2: 18,80. – Kombinationsgewinn: unbesetzt (Jackpot 63 129,80 Mark).

(Ohne Gewähr)

ENGLAND / Ausschuß untersucht Geschäfte einer deutschen Sportartikelfirma

„Gierige Paten des Sports" und die Werbung mit dem Reiterpaar Prinzessin Anne/Mark Phillips

CLAUS GEISSMAR, London

„Wir legen über jeden Funktionär, der in irgendein Nationales Olympisches Komitee gewählt wird, eine Personalakte an." Diesen Satz sagte Horst Dassler (47), Chef der weltbekannten Sportartikelfirma adidas, vor einem englischen Untersuchungsausschuß. Seine Firma habe nichts zu verbergen, deshalb war Dassler auch persönlich in London aufgetreten. Die Quittung für diese Ehrlichkeit war jedoch bitter.

Die englische Untersuchungskommission hat unter der Leitung des früheren Labour-Sportministers Denis Howell einen 112 Seiten langen Abschlußbericht vorgelegt. Dieses Schreiben enthält die dringende Aufforderung an die internationalen Verbände, das Verhältnis von adidas zum Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und zum Welt-Fußball-Verband (FIFA) müsse sofort untersucht werden. Was zum Beispiel, so will die Howell-Kommission wissen, hat adidas am 7. Dezember bei der Auslosung zur nächsten Fußball-Weltmeisterschaft zu suchen?

Zwei Jahre lang hat Denis Howell mit seiner Kommission gearbeitet. Früher war er ein in England bekannter Fußball-Schiedsrichter. Aber seine jetzigen schrillen Pfiffe gelten nicht nur adidas. Fast noch schärfer geht Howell mit dem Amerikaner Mark McCormack (52) und seiner „International Management Group" (IMG) ins Gericht. McCormack ist der Mann, der 1982 im Auftrag des Vatikans die England-Reise von Papst Johannes Paul II. nach allen Regeln der modernen Marketing-Kunst kommerzialisierte.

Im Sport hat sich der Amerikaner die höheren Weihen (und Millioneneinnahmen) längst selbst gesichert. Seitdem McCormack vor sieben Jahren den Schweden Björn Borg zu seinem Klienten machte, ist der Anwalt aus Cleveland (USA) der unbestrittene „Tennis-Papst" der gesamten internationalen Tennis-Szene geworden. Seit 1980 vermarktet McCormack auch das Wimbledon-Turnier – und seitdem steigern sich die Einkünfte des All England Clubs unaufhaltsam. Eins von 42 Gästezelten, die der Klub während der zwei Turnierwochen auf seinem Gelände aufstellt, kostet 240 000 Mark Miete. McCormack vermittelt die Verträge ebenso wie die weltweiten Übertragungsrechte. Mit Golf und Tennis hatte der Amerikaner begonnen. Inzwischen erweiterte er sein weltweites Imperium auf alle publikums- und fernsehwirksamen Sportarten.

Kein Zweifel: Durch die Aktivitäten von Männern wie Mark McCormack oder Horst Dassler sind für den Sport Finanzquellen erschlossen worden, von denen die Sportfunktionäre der alten Schule nichts ahnten. Der Anwalt aus Cleveland, der seine Firma IMG ähnlich offen arbeiten läßt wie Dassler adidas, achtet nur auf ein streng gehütetes Geheimnis: Der Prozentsatz, mit dem IMG an allen Verträgen beteiligt ist, wird nie bekanntgegeben. Die Londoner Zeitung „Daily Mail" nimmt diesen Umstand zum Anlaß, Männer wie McCormack und Dassler jetzt als „gierige Paten des Sports" zu bezeichnen.

Die Howell-Kommission hat vor allem eine Gefahr erkannt: McCormack ist inzwischen auf allen Ebenen tätig. Er schließt Einzelverträge mit den Sport-Stars, kauft die Übertragungsrechte vom Fernsehen, nimmt Sponsoren unter Vertrag und zieht Sportveranstaltungen heute schon teilweise selbst auf. Jedem beteiligten Vertragspartner wird gleich das komplette „Paket" angeboten. Die Howell-Kommission vermutet deshalb starke Verfilzungen. Sie verlangt jetzt, daß McCormack und seine IMG vom „Office of fair trading", dem Aufsichtsamt der britischen Wirtschaft, untersucht wird. Notfalls soll sogar die Monopol-Kommission als kartellrechtliche Behörde eingreifen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Sportvermarktung hat enorme Dimensionen erreicht. In England geben Sponsoren jetzt jährlich 340 Millionen Mark aus, um sich auf diesem Umweg Werbung zu kaufen.

In diesem Zusammenspiel glaubt Ex-Schiedsrichter Howell nun mehrere Abseitsfallen erkannt zu haben. Howell, dessen Bericht nun der Londoner Regierung vorliegt, wird jedoch noch lange pfeifen müssen. Denn McCormack sitzt nicht nur auf Geld, er sitzt auch längst mitten im englischen Establishment. Zu seinen Mandanten gehört die Queen-Tochter Prinzessin Anne mit ihrem Ehemann Mark Phillips.

Das reitsportbegeisterte Ehepaar kann sich auf seinem Landschloß Gatcombe Park einen Swimmingpool für Pferde leisten, weil McCormack einen Werbevertrag zwischen dem Autokonzern British Leyland und Mark Phillips vermittelt hat. Der Untersuchungsbericht der Howell-Kommission wird daher nicht nur von Margaret Thatchers Sportminister Neil MacFarlane gelesen. Er kommt vielleicht sogar zur Sprache, wenn sich Frau Thatcher und die Queen, wie jeden Dienstag, im Buckingham-Palast zum Teetrinken treffen.

München: Lattek ist ratlos

sid, München

Udo Lattek, Trainer des FC Bayern München, ist ziemlich ratlos. Vor dem heutigen UEFA-Pokal-Hinspiel gegen Tottenham Hotspur im Münchner Olympiastadion (20 Uhr) weiß Lattek noch nicht, mit welcher Mannschaft er die Grundlage für den Einzug in das Viertelfinale schaffen soll.

Mannschaftsführer Karl-Heinz Rummenigge wird wahrscheinlich spielen können, aber Vorstopper Wolfgang Grobe fehlt nach ausgeheiltem Bänderriß noch die Spielpraxis, und Mannschaftskollege Klaus Augenthaler plagt sich immer noch mit einer Hüftprellung herum, die seinen Einsatz gefährdet. Udo Lattek: „Da auch Maurer und Martin verletzt sind, bin ich immer noch auf der Suche nach einem Vorstopper, wenn Augenthaler ausfällt." Trotz der Verletzungssorgen fordert der Trainer: „Wir müssen gewinnen, möglichst zu null."

Gegen die Engländer geht es auch um den Stellenwert des deutschen Fußballs auf internationaler Ebene. Im Europacup sind alle Bundesligaklubs ausgeschieden, die Europameisterschafts-Qualifikation der Nationalelf wurde nur mit großen Mühen geschafft. Dennoch sagt Udo Lattek: „Es belastet mich nicht, daß wir die letzten Mohikaner sind. Wir wollen und müssen eine Runde weiterkommen. Das ist das einzige, was zählt."

Erst wenn das Abwehr-Problem gelöst ist, will Lattek entscheiden, ob neben den Rummenigge-Brüdern Karl-Heinz und Michael auch Dieter Hoeneß als dritter Angreifer spielt.

Jetzt redet Hansi wieder

Mit Selbstkritik hatte der Stuttgarter Fußball-Profi Hansi Müller, der jetzt bei Inter Mailand spielt, schon immer seine Probleme. Wie es aussieht, wird sich daran auch so schnell nichts ändern.

Von Bundestrainer Jupp Derwall sei er sehr enttäuscht, weil er ihn

STAND PUNKT

nach 42 Länderspielen so einfach „abserviert" habe. „Das hat keiner verdient, egal wie er heißt." Selbstverständlich hätte Hansi Müller „nie geglaubt", daß das deutsche Nationalteam gegen Albanien große Probleme bekäme. Da Derwall jetzt aber die Handwerker im deutschen Team aussortieren will, um mehr auf Techniker zu setzen, spekuliert Müller schon wieder auf eine Rückkehr ins Nationalteam.

Hat er eigentlich schon vergessen, daß er es war, der den Bundestrainer bewußt hinters Licht führte? Wider besseren Wissens hatte er vorgegeben, körperlich in bester Verfassung zu sein. Hat er auch schon vergessen, daß er es war, der durch seine schwachen Vorstellungen, die er nie einsehen wollte, seine Kollegen und Jupp Derwall in diese miese Situation mit hineingebracht hat?

Den roten Teppich, den Müller so gerne ausgerollt haben möchte, läßt Derwall gottlob noch eingerollt. Er hat wirklich wichtigere Probleme.

ud.

SCHACH / Kandidatenturnier in London

Viktor Kortschnoi zwang Favoriten zur Aufgabe

DW. London

Die britische Computer-Firma, die die Halbfinalspiele des Schach-Kandidatenturniers sponsert (Acorn), hat von ihren Rechenmaschinen die Chancen von Gari Kasparow und Viktor Kortschnoi bestimmen lassen: 89 Prozentpunkte, kam dabei heraus, sprechen für den 20 Jahre alten Sowjetrussen, nur 11 Prozent für den 32 Jahre älteren Großmeister, der jetzt in der Schweiz lebt. In einem WELT-Interview (siehe Montagsausgabe) hatte Kortschnoi noch gesagt: „Auch wenn ich der einzige bin, der es glaubt: Unsere Chancen sind ausgeglichen."

Kortschnoi scheint recht zu haben. Mit den schwarzen Figuren überspielte er Kasparow, den zweiten der Weltrangliste hinter dem amtierenden Weltmeister Anatoli Karpow. Nach Kortschnois 52. Zug gab Kasparow auf.

Ludek Pachman, selbst Großmeister, kommentiert für die WELT den ersten Sieg Kortschnois. Die Notation:

Die Notation (Weiß: Kasparow – Damenindisch).

1. d4 Sf6, 2. c4 e6, 3. Sf3 b6, 4. Sc3 Lb7, 5. a3 ...

Kasparow gilt als großer Spezialist dieser Variante. Vielleicht war es jedoch gerade deshalb taktisch nicht sehr klug, sie zu wählen. Kortschnoi mußte ja gründlich vorbereitet sein!

5. ... d5, 6. cxd5 Sxd5, 7. e3 g6!

Und das ist gleich die erste Überraschung: Man pflegt hier ausschließlich mit Le7 fortzusetzen. Nach dem neuen Zug von Kortschnoi entsteht eine Position, die an die „Grünfeld-Verteidigung" erinnert. Damit erhält das ganze Spiel einen neuen strategischen Charakter.

8. Lb5+ c6, 9. Ld3 Lg7, 10. e4 Sxc3, 11. bxc3 c5!, 12. Lg5!? ...

Mit diesem und vor allem dem nächsten Zug wird Kasparow – wie es seinem Spiel entspricht – aggressiv. Dafür ist die Stellung jedoch ungeeignet. Mit 12. Lb5+ Lc6, 13. Lxc6+ Sxc6, 14. Le3 konnte er eine etwa ausgeglichene Stellung erreichen.

12. ... Dd6, 13. e5!? Dd7, 14. dxc5!? ... Sonst stünde Kasparow nur eine mühsame Verteidigung des Punktes d4 bevor – mit Le3, Le2, Dd2 usw. Auch das entspricht nicht dem Temperament von Kasparow.

14. ... 0–0!

Und das ist die zweite Überraschung: Den Bauern bekommt Schwarz bald mit Vorteil zurück. 14. ... bxc5 würde nach 15. 0–0 0–0, 16. Te1 nebst Le4 nur zum Ausgleich führen.

15. cxb6 axb6, 16. 0–0 Dc7, 17. Lb5!? ...

Kortschnoi droht in erster Linie mit Lxf3 nebst Sc6. Dies will Kasparow verhindern. Der Bauer e5 ließ sich auch sonst nicht verteidigen.

17. ... Lxe5!, 18. Lh6 ...

Natürlich nicht 18. Sxe5 Dxe5, 19. Lh6 Dxb5, 20. Lxf8 Kxf8 und gewinnt.

18. ... Lg7, 19. Lxg7 Kxg7, 20. Dd4+ Kg8, 21. Sg5 h6, 22. Se4 Lxe4, 23. Dxe4 Sa6, 24. De3!? ...

Remis-Chancen ergab meines Erachtens nur ein Spiel mit Schwerfiguren. Also: 24. Lxa6 Txa6, 25. Tfb1. Weiß hätte dann Sorgen, seine Bauern am Damenflügel zu verwerten, und könnte seine bewegliche Bauernmehrheit am Königsflügel einsetzen. Trotzdem wäre so ein Sieg Kortschnois technisch schwierig gewesen.

24. ... Dc5!, 25. Dxc5!? ...

Jetzt würde der Abtausch 25. Lxa6 nach Dxe3, 26. fxe3 Txa6 noch einen weiteren schwachen weißen Bauern (e3) herbeiführen.

25. ... Sxc5, 26. Tfb1 Tfd8, 27. Lf1 Td6, 28. Tb4 ...

Sonst würde Se4 nebst Tc8 den c-Bauern zurückerobern.

28. ... Kf8, 29. a4 Ta 5, 30. ..., 31. Kg2 f5, 32. Lb5 Td2, 33. Td4 ...

Wiederum war Se4 eine starke Drohung. Jetzt verliert Weiß allerdings einen Bauern am Damenflügel:

33. ... Txd4!, 34. cxd4 Sxa4!, 35. Txa4 ...

Hoffnungslos wäre 35. Lxa4 b5. Kasparow versucht noch einen Gegenangriff am Königsflügel.

35. ... Txb5, 36. Ta7+ Kd6!

Ein ausgezeichneter Zug. Nach Kf6, 37. Tb7 wäre der Sieg viel schwieriger.

37. Th7 h5, 38. Tg7 Td5, 39. Txg6 b5, 40. Kf3 ...

Mit dem Turm läßt sich der Freibauer nicht abfangen: 40. ... Tg8, 41. Kc7!

46. ... b4, 41. Ke3 b3, 42. Kd2 Txd4+, 43. Kc3 b2, 44. Kxb2 Td2+, 45. Kc3 Txf2, 46. h4 f4, 47. Tg5 Tf3+, 48. Kd4 Txg3, 49. Txh5 Te3!, 50. Th6 Ke7, 51. h5 e5+, 52. Kd5 f3 – aufgegeben.

Retten Riad und Amman Arafat vor dem Fiasko?

Kämpfe um Tripoli und Beirut / PLO-Emissär in Moskau

DW. Beirut/Algier

Die verfeindeten palästinensischen Gruppen in der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli haben sich gestern nach einer kurzen Feuerpause wieder schwere Kämpfe geliefert. Nach Angaben von Radio Beirut ist ein Hochhaus *unmittelbar neben dem Hauptquartier* von PLO-Chef Arafat nach einem Volltreffer eingestürzt. Die von syrischen Soldaten unterstützten palästinensischen Rebellen seien „nur noch ein paar Häuserblocks" vom Sitz des PLO-Chefs entfernt.

Ein Sprecher Arafats teilte mit, daß bei den Kämpfen in den vergangenen zwei Tagen 500 Palästinenser, unter ihnen viele Flüchtlinge, ums Leben gekommen sind. Etwa die Hälfte der 600 000 Bewohner der Hafenstadt habe Tripoli verlassen. Ganze Stadtviertel wurden zerstört.

Der Drusenführer Walid Dschumblatt hat Arafat und die gegen den PLO-Chef rebellierenden Kräfte gestern aufgefordert, die hart umkämpfte Stadt Tripoli unverzüglich zu verlassen. Bei einem Besuch in Algier bezeichnete Dschumblatt dies als notwendig, „um Tripoli vor der Zerstörung zu bewahren". Die sich bekämpfenden Palästinenser sollten ihre Probleme „innerhalb der PLO-Instanzen regeln".

Wie Radio Beirut *meldete*, ist der drusische Generalstabschef der libanesischen Armee, Nadim el-Chadim, desertiert und hat sich den von Dschumblatt geführten drusischen Milizen angeschlossen. Der General begründete seinen Schritt damit, daß die regulären Streitkräfte „keine libanesische Armee, *sondern eine private Truppe*" des christlichen libanesischen Präsidenten Amin Gemayel seien.

„Bösartige Handlanger"

Beirut war nach einigen Wochen relativer Ruhe gestern wieder Schauplatz von Kämpfen zwischen der regulären Armee und schiitischen Milizen im Südwesten der Stadt. Nach Angaben von Radio Beirut wurden im moslemischen Westsektor in der Nacht fünf Geschäfte durch Sprengstoffanschläge zerstört.

Über der libanesischen Hauptstadt wurden amerikanische und französische Kampfflugzeuge beobachtet. *Radio Beirut meldete am Mittag*, syrische Maschinen seien in der östlichen Bekaa-Ebene aufgestiegen, als israelische Kampfflugzeuge in den libanesischen Luftraum *eindrangen*.

Saudi-Arabien hat sich im Konflikt innerhalb der PLO demonstrativ auf die Seite Arafats gestellt und dessen von Oberst Abu Mussa geführte Gegner *verurteilt*. Der saudische Kronprinz Abdullah, der auch erster stellvertretender Ministerpräsident und Kommandeur der Nationalgarde ist, nannte die Meuterer gegenüber der kuwaitischen Nachrichtenagentur „Verräter und bösartige Handlanger". Der Prinz äußerte: „Unsere arabischen und islamischen Völker haben nicht so großherzige Opfer gebracht, damit jetzt ein Oberst oder Brigadegeneral gegen die unser Vertrauen genießende Führung der PLO einen Militärputsch inszeniert."

Saud in Damaskus

Der saudische Außenminister Prinz Saud reiste gestern nach Damaskus, *wo er sich dem Vernehmen* nach für Arafat einsetzen will. Saudi-Arabien bemüht sich um die Vermittlung eines *Waffenstillstands* zwischen den verfeindeten PLO-Fraktionen.

In seiner militärischen Bedrängnis setzt der PLO-Chef offenbar besonders auf den jordanischen König Hussein, um wenigstens politisch zu überleben. Arafat und Hussein waren *auf dem Weg zu einer gemeinsamen* Nahost-Politik, als der PLO-Chef unter dem Druck Syriens und dessen Verbündeter im April die Verhandlungen platzen ließ. Im Mai brach dann in der PLO die Revolte gegen ihn aus, als deren Drahtzieher Arafat vor allem Syrien und Libyen nennt.

Arafat sagte kürzlich, er hoffe, mit dem König einen Kompromiß in der Palästinenser-Frage erzielen zu können. Ohne militärische Macht bliebe ihm kaum eine andere Wahl, als sich politischen Rückhalt unter der palästinensischen Bevölkerungsmehrheit Jordaniens und unter den Palästinensern in den israelisch besetzten Gebieten Westjordanien und Gaza zu verschaffen.

Der „Außenminister" der PLO, Farouk Kaddoumi, traf gestern im Auftrag Arafats in Moskau ein. Sein Besuch dient offenbar als Gegengewicht zu den Moskauer Gesprächen des syrischen Außenministers Khaddam.

Türken-Sprecher: Mehrzahl will nicht zurück

AP, Berlin

Der Vorsitzende der *Türkischen* Gemeinde Berlin, Zafer Ilgrab, hat die Auffassung vertreten, der größte Teil der in Deutschland lebenden Türken „denkt nicht daran, in die *Heimat zurückzukehren*". *Auf einer* Pressekonferenz zum einjährigen Bestehen seiner Organisation forderte Ilgrab von den Politikern keine „schönen Worte", sondern eine „tatkräftige Integrationspolitik". Dazu gehört seiner Ansicht nach auch die Möglichkeit, für seine seit langem in Deutschland lebenden *Landsleute* die deutsche Staatsbürgerschaft und das kommunale Wahlrecht zu erlangen.

Die vertretene Meinung, die Türken könnten bei ihrer Rückkehr ohne weiteres Unternehmen gründen und ein sorgenfreies Leben führen, wies *er als falsch zurück. Die meisten* der in Deutschland lebenden Türken seien als Bauern und Hilfsarbeiter eingewandert, und so *kehrten* sie auch zurück.

Ausweisung von Ost-Spionen?

■ Fortsetzung von Seite 1

Der Anteil von Agenten unter dem Personal der sowjetischen Botschaft in Bonn wird von der deutschen Spionageabwehr als überdurchschnittlich hoch eingestuft. Daran gemessen sei die Zahl der Spione, die unter dem Deckmantel des Diplomaten an der *Ständigen Vertretung der* „DDR" arbeiteten, gering. Dies ändert freilich nichts daran, daß die „DDR" mit ihrem umfangreichen Spionageapparat der Hauptgegner der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Felde ist. Aber die „DDR"-Agenten werden unmittelbar gesteuert, also nicht über getarnte Personen an diplomatischen Einrichtungen oder staatlichen Wirtschaftsunternehmen.

Die Sowjetunion unternimmt nach vorliegenden Erkenntnissen *große* Anstrengungen, um vor allem im wissenschaftlich-technischen Bereich an „sensible" Informationen des Westens heranzukommen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Moskau spart dadurch Millionenbeträge. Außerdem versucht es auf diesem Wege, Rückstände im technologischen Bereich auszugleichen.

„Fünf Weise" sind optimistisch

Reales Wachstum von 2,5 bis 3 Prozent erwartet / Günstige Beurteilung der Weltkonjunktur

HEINZ HECK, Bonn

Mit einem realen Wirtschaftswachstum *von 2,5 bis 3,0* Prozent *in* der Bundesrepublik Deutschland rechnen die „fünf Weisen" für 1984, wie Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) in der gestrigen Bundestagsdebatte berichtete. Das Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage wird morgen in Bonn vorgestellt.

Die Weisen beurteilen damit die Konjunkturentwicklung noch optimistischer als die fünf wirtschaftswissenschaftlichen *Forschungsinstitute* in ihrem Herbstgutachten Ende Oktober. Von diesen hatte nur das Kieler Institut für Weltwirtschaft eine solche Wachstumsprognose gegeben (wie übrigens auch die Bundesbank). Die Bundesregierung selbst hat bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für 1984 ein reales Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent zugrundegelegt. Lambsdorff erklärte gestern ferner, *die* günstigere *Konjunktur*entwicklung werde sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Im Gutachten würden auch die Voraussetzungen für eine weltweite Festigung der Konjunktur günstig beurteilt.

Bei der gestern in Hannover abgeschlossenen Steuerschätzung gab es gegenüber den Juni-Ergebnissen nur geringfügige Abweichungen: Für 1983 werden die Gesamteinnahmen auf 395,2 gegenüber 394,9 Milliarden Mark geschätzt, während für 1984 mit 420,6 ein um 1,4 Milliarden Mark niedrigeres Ergebnis als noch im Juni erwartet wird. *Diese Minuskorrektur* entfällt zu gleichen Teilen auf Bund und Länder. Den Schätzungen wurde ein nominales Wirtschaftswachstum von 4,2 Prozent 1983 und 5,3 Prozent für 1984 zugrundegelegt. Die für den Bund maßgeblichen Steuerschätzungen werden in den *abschließenden parlamentarischen* Beratungen des Haushaltsentwurfs 1984 berücksichtigt.

Nach der Schätzung steigen die Einnahmen von Bund und Ländern *mit* jeweils 6,6 Prozent im kommenden Jahr gegenüber 1983 am stärksten. Danach kann der Bund mit *203,8 Milliarden* Mark rechnen; nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder in Höhe von 1,7 Milliarden bleiben rund 202,1 Milliarden Mark. Die Steuereinnahmen der Länder steigen auf 145,6 Milliarden und die der Gemeinden um 5,7 Prozent auf 56,8 Milliarden.

Erstmals seit 1981 dürfte der Bund 1984 die in der Verfassung (Artikel 115) vorgeschriebene Neuverschuldungsgrenze, *die durch die Investitionen* des Bundes bestimmt wird, wieder unterschreiten. Das erklärte der für den Einzelplan Bundesschulden zuständige Berichterstatter der Unionsfraktion, Dietrich Austermann. Er bezeichnete gestern einen Bundesbankgewinn 1983 von neun bis zehn *Milliarden* Mark „*als realistisch*", während die Bundesregierung bei der Etaterstellung 1984 nur 6,5 Milliarden Mark als Einnahmen aus Frankfurt einkalkuliert hatte. Austermann rechnet jetzt mit einer Neuverschuldung 1984 von nur noch 35,0 Milliarden Mark. Auch für 1983 sei *damit zu rechnen*, daß die tatsächliche Neuverschuldung um 3,5 Milliarden hinter dem bewilligten Kreditrahmen zurückbleibe.

Von sorglosem Umgang mit Steuergeld

DW/AP, Frankfurt

Auf Fehlplanungen, Mängel in der Organisation und auf sorglosen Umgang mit öffentlichen Geldern weist der Bundesrechnungshof in seinem Kontrollbericht für den Bundeshaushalt 1981 hin. Fast durchweg werden in den überprüften Ministerien und Bundesbehörden nach Auffassung der Frankfurter Behörde aufgrund schwerfälliger Personalplanung zu viele Mitarbeiter beschäftigt.

Allein bei der Bundespost, die ihr Personal im Gegensatz zur übrigen Bundesverwaltung noch aufstockte, *könnten* nach Auffassung des Rechnungshofes rund 2800 Personalposten im Bereich Berufsausbildung und damit jedes Jahr 80 Millionen Mark eingespart werden. Auch bei der Bahn arbeiteten, trotz erheblicher Reduzierung des Personals in den vergangenen Jahren, noch zu viele Mitarbeiter. Im Verwaltungsdienst wurden nach Festellung des Rechnungshofs im März dieses Jahres sogar 154 Personen mehr beschäftigt als im Juni 1981.

Beim Auswärtigen Amt ergab die Überprüfung von fünf Vertretungen im europäischen Ausland einen Personalüberhang von durchschnittlich 20 Prozent. Dem Bundesjustizministerium wurden unnötige Ausgaben bei den Vorbereitungen zur Einführung der Wehrstrafgerichtsbarkeit bescheinigt. Aufgeblähten Personalbestand *stellte der Rechnungshof in* vielen Bereichen des Verteidigungsministeriums fest.

Dem Innenministerium wird zu großzügiger Umgang mit Mitteln für die Anschaffung von Schreibmaschinen, Diktiergeräten und Fernsehgeräten vorgeworfen: 677 Schreibma*schinen zählten die Prüfer bei einem* Bedarf von höchstens 350 Maschinen. 509 Diktiergeräte hält der Rechnungshof ebenso wie die 65 Fernsehgeräte für erheblich zu viel.

Herbe Kritik wird im Prüferbericht auch an einer Vielzahl von Einzelausgaben geübt: So ließ das Bundesamt *für Zivilschutz für das Technische* Hilfswerk Geräte im Wert von zwei Millionen Mark beschaffen, die sich wegen Mängel im Einsatz als „kaum brauchbar" und künftig unnötig erwiesen. Nicht verständlich war es den Beamten, warum die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte 1980 eine Reisegruppe für elf Tage nach Japan entsandte. Die Dienstreise von fünf Angestellten, die mehrtägige Zwischenaufenthalte in Bangkok und Hongkong einschloß und insgesamt 57 000 Mark kostete, wurde *mit der Notwendigkeit begründet*, man müsse sich in Japan über die Leistungsfähigkeit von dort hergestellten und hierzulande vertriebenen Datenverarbeitungsanlagen unterrichten.

Die Rechnungsprüfer meinten, daß diese Informationen auch in der Bundesrepublik Deutschland hätten eingeholt werden können. Zudem seien von den elf Tagen nur rund 25 Stunden für Unterrichtung genutzt worden.

Sparsamkeit am falschen Ende gibt es allerdings auch: Dort, wo Anträge *auf Leistungen aus der Staatskasse* geprüft werden, fehle es vielfach an Personal. So sei das Rechnungsprüfungsamt der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (RfA) mit 36 Mitarbeitern völlig unzureichend ausgestattet.

Engelmann und VS-Vorstand treten zurück

DW. Stuttgart

Der erst im Frühjahr gewählte siebenköpfige Bundesvorstand des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier ist gestern in Stuttgart geschlossen zurückgetreten. Begründung: Es solle eine Spaltung des Schriftstellerverbandes verhindert werden.

Unmittelbar vor der Rücktrittserklärung hatte der stellvertretende VS-Vorsitzende Jürgen Lodemann in einem offenen Brief an den VS-Chef Bernt Engelmann den Verzicht auf sein *Amt* erklärt. *Vorangegangen* war die Forderung von 50 zumeist namhaften Schriftstellern, unter ihnen Günter Grass, Peter Schneider und Hans-Christoph Buch, nach dem Rücktritt Engelmanns.

Der VS-Chef war zuletzt in die Schußlinie geraten, als er den diesjährigen Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, Manès Sperber, aufgefordert hatte, diese *Auszeichnung zurückzugeben*. Sperber hatte sich anläßlich der Preisverleihung für ein stärkeres militärisches Gewicht Westeuropas zwischen den beiden Großmächten eingesetzt und war auf deutliche Distanz zur „Friedensbewegung" gegangen.

Grass hatte Engelmann nach seiner Attacke gegen Sperber *zum Rücktritt* aufgefordert. Eine direkte Aussprache zwischen Grass und Engelmann ist in Stuttgart allerdings nicht vorgesehen, da Grass das Treffen boykottiert. Auch der Schriftsteller Reiner Kunze äußerte in einem Telegramm scharfe Kritik an Engelmann. Es werde, *so schrieb er bitter*, „wohl keinem von uns etwas anderes übrigbleiben, als eines Tages vor Personen wie Herrn Engelmann dahinzusterben".

Im VS schwelt bereits seit Monaten eine interne Auseinandersetzung über Engelmanns Rolle bei Kontakten mit dem „DDR"-Schriftstellerverband *sowie* über ein *unter* anderem von Grass heftig kritisiertes Telegramm an die polnische Führung nach der Auflösung des dortigen Schriftstellerverbandes. Die eingeladenen 25 Unterzeichner eines Protestschreibens gegen diese Äußerung blieben dem Stuttgarter Treffen fern.

Neben den Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen sollen in Stuttgart unter anderen auch Probleme einer neuen Mediengewerkschaft sowie andere Fragen der Sozialversicherung erörtert werden.

Seite 2: Ende eines Funktionärs

Wieder auf dem Grat

hg – Gratwanderungen scheinen zu den Lieblingsbeschäftigungen der Berliner Wettbewerbshüter zu gehören – nur so läßt sich die bereits im Mai vom Bundeskartellamt in Aussicht gestellte Untersagung des Vertriebskonzepts von Aral begründen, die offenbar in naher Zukunft aktuell zu werden scheint. Darauf jedenfalls deutet die bewegte Klage hin, die der Vorstandsvorsitzende der BASF, die ihrerseits Mutter der Aral-Gesellschafterin Wintershall ist, jetzt über diese Aktion der Behörde geführt hat.

Im Bundeskartellamt wird der Gesellschaftervertrag zwischen den Aral-Aktionären Veba (56 Prozent), Mobil Oil (28) und Wintershall (16) als Kartell gewertet – entgegen einer vor 16 Jahren vom Amt gewährten „Unbedenklichkeitsbescheinigung", jedoch in Übereinstimmung mit neuerer Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Laut Gesellschaftervertrag muß die Aral ihr Benzin bei den drei Aktionären kaufen – zu einheitlichen Preisen und in Mengen, die der jeweiligen Bezugsquote entsprechen. Hier will die Behörde nun für Wettbewerb sorgen.

Dazu müßte sie den Vertrag für unwirksam erklären. Dann hätte man zwar das Kartell gesprengt, handelte sich damit aber vielleicht etwas Schlimmeres ein: Bei der Veba, die im Aral-Aufsichtsrat nicht mehr Stimmen hat als die kleinen Aktionäre, könnte dies als Gelegenheit zur Ausbootung der beiden Partner verstanden werden. Mobil Oil und Wintershall würden ausgezahlt, und Veba wäre Marktführer bei Kraftstoffen.

So wäre es der Behörde im Namen des Wettbewerbs gelungen, dem Großunternehmen die Aral gewissermaßen zu Füßen zu legen. Aber noch dürfen sich die Wettbewerbshüter aussuchen, auf welcher Seite des Grates sie abzustürzen wünschen.

Düstere Zeiten

fu (London) – Beträgt der Anteil der Schwarzarbeit am Bruttosozialprodukt Großbritanniens 2,5 Prozent oder gar 15 Prozent? So weit gehen nämlich die Schätzungen über diese Form der Steuerflucht auseinander. Glaubt man den britischen Finanzbehörden, dann sind es zwischen sechs und acht Prozent, womit dem Fiskus alljährlich rund 20 Milliarden Mark durch die Lappen gingen. Der Ruf an die Regierung, bei der Bekämpfung dieses Übels behilflich zu sein, hat jetzt gefruchtet. Die Sondertruppe, die bisher aus 70 Steuerinspektoren bestand, wird auf 920 Mann verstärkt. Überall im Land werden sie die Anzeigenteile der Zeitungen studieren, Postwurfsendungen verfolgen und Hinweisen nachgehen, wer denn preisgünstige Reparaturarbeiten an Haus oder Auto durchzuführen bereit ist. Den „moonlighters", wie die Schwarzarbeiter in Großbritannien genannt werden, stehen düstere Zeiten bevor.

BUNDESBAHN / Kritik schon vor der Kabinettsentscheidung

Regierung verzichtet auf eindeutige verkehrspolitische Aussagen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die „Leitlinien zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn (DB)", die heute vom Bundeskabinett eingesegnet werden sollen, sind bereits im Vorfeld auf heftige Kritik gestoßen. Nicht nur die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) spricht von Perspektivlosigkeit. Selbst im Verkehrsministerium werden die Anregungen, die der Bahn-Vorstand in einem Brief mit der Bitte um Berücksichtigung nach Bonn geschickt hat, mit Verständnis angenommen, weil verkehrspolitische Überlegungen in der Kabinettsvorlage zu kurz kommen.

Die Konzeption, die heute zusammen mit den Antworten auf eine Große Anfrage der Regierungsparteien zur Bahnpolitik verabschiedet werden soll, steht in ihrer Endfassung eindeutig unter dem Stichwort „Finanzlage des Bundes". Damit wurde, was der Bahn-Vorstandssprecher Reiner Gohlke moniert, die zunächst vom Verkehrsministerium und der Bahn gemeinsam getragene Linie verlassen.

Für sie sind zwei Grundelemente maßgebend: Zum einen soll die Bahn weiter modernisiert werden. Bis 1990 sollen die Arbeitsproduktivität um rund 40 Prozent gesteigert, die Gesamtkosten um rund 25, die Personalkosten um rund 30 Prozent gesenkt werden. Zum anderen will die Bahn in dieser Zeit mehr als 40 Milliarden Mark investieren, um die Schiene an die übrige Verkehrs-Infrastruktur anzupassen.

Flankiert werden sollte daher die interne Markt- und Produktivitäts-Strategie des Vorstandes durch die Finanzierung des Streckenausbaus außerhalb der plafondierten Bundesleistungen. Überdies sollte die hohe Verschuldung der Bahn angegangen werden, vorgesehen war zumindest ein Einstieg. Dazu hatte der Bankier Hermann-Josef Abs zwei Memoranden vorgelegt.

All dieses findet sich in der Kabinetts-Vorlage nicht wieder. Dort heißt es nur noch, der Bund werde die Bahn nachhaltig unterstützen. Und: „Am Prinzip einer Plafondierung der Bundesleistungen an die DB wird festgehalten. Über die Höhe des Plafonds wird bei der Aufstellung des Haushalts 1985 und der Fortschreibung des Finanzplans entschieden."

Der Bahn-Vorstand weist nun darauf hin, daß trotz des weiteren Personalabbaus um rund 80 000 und des Streckennetzes um knapp ein Viertel das in der Kabinettsvorlage anvisierte Ziel, nämlich die „Deckungslücke" (Summe aus Bundesleistungen und Nettokreditaufnahme) zu reduzieren, vorerst nicht erreicht werden könne. Werden die Bundesleistungen auf die 13,3 Milliarden Mark begrenzt, die bisher in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen sind, dann steigt die Deckungslücke bis 1990. Zwischen 1987 und 1990 muß sich dann die Bahn mit jährlich rund drei Milliarden Mark verschulden.

In der Kabinettsvorlage heißt es, die Anpassung der Bahn an den Strukturwandel und die Ausschöpfung aller Rationalisierungsreserven sei in erster Linie Aufgabe des Unternehmens. Die Bestimmung der notwendigen Einzelmaßnahmen und die Festlegung der Prioritäten lägen grundsätzlich in der Kompetenz der Unternehmensorgane. Dazu merkt der Bahn-Vorstand an, hierzu sei nicht nur die politische Unterstützung des Verkehrsministers, sondern der gesamten Bundesregierung notwendig.

Auch von den Verkehrsexperten einiger Verbände wird das Fehlen von eindeutigen Aussagen zur politischen Flankierung kritisiert, zumal da auf das Problem „Verwaltungsrat" überhaupt nicht eingegangen wird. Der Verwaltungsrat kann jedoch selbst wichtige Entscheidungen des Vorstandes blockieren, ohne daß der Minister dieses verhindern könnte.

Von der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) wird der vorgesehene Rückzug der Bahn unter Beschuß genommen. Denn die DB soll sich vor allem dort engagieren, wo ihre Stärken sind. Dieses sind der schnelle Personen- und Güterverkehr zwischen Ballungsgebieten sowie der S-Bahn-Verkehr in den Städten. Die Gewerkschaft fordert statt dessen einen Ausbau des Personenverkehrs auch in der Fläche, obwohl hier die Bahn besonders defizitär fährt.

VEREINIGTE STAATEN

Conference Board: 1984 keine reale Lohnerhöhung

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Obwohl das Bruttosozialprodukt im kommenden Jahr preisbereinigt um vier bis fünf Prozent wachsen wird, bleibt die Arbeitslosigkeit in den USA ein akutes Problem. Das führt zusammen mit einem erhöhten Konkurrenzdruck, der aus dem Abbau der staatlichen Regulationen und den verbilligten Einfuhren resultiert, praktisch zu einem realen Lohnstillstand. Diese Auffassung vertritt der Arbeitsmarktausschuß des Conference Board in New York, dem 4000 amerikanische Unternehmen angehören.

Für die Vereinigten Staaten sagt der Ausschuß eine nominale Zunahme der durchschnittlichen Stundenlöhne um fünf Prozent voraus, während die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, ebenfalls fünf Prozent betragen wird. Die Arbeitslosenquote verringert sich 1984 nur von zur Zeit 8,8 auf 8,5 Prozent. Im Hinblick auf die Beschäftigung ist die Wirtschaft nicht so optimistisch wie die Reagan-Administration.

Folgt man dem Forschungsinstitut, dann lassen sich höhere Lohnforderungen der Gewerkschaften auch deshalb nicht durchsetzen, weil „wichtige Industriezweige wie Stahl, Luftfahrtgesellschaften, Energie, kommerzielle Bauten, Speditionen und landwirtschaftliche Geräte auch 1984 nicht aktiv an der wirtschaftlichen Erholung teilnehmen". Da in den USA die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder weiter sinke – ihr Anteil macht noch nicht einmal mehr 15 Prozent aller Beschäftigten aus –, nehme überdies die Bedeutung der nichtorganisierten Unternehmen zu. Sie verhalten sich marktkonformer.

Der Ausschuß ist auch davon überzeugt, daß sich die in Amerika rapide ausbreitende Teilzeitarbeit als Lohnbremse erweist. Das gelte ebenso für die noch immer unzureichende Kapazitätsauslastung, die im Industriedurchschnitt im Oktober 78,6 Prozent erreichte. Auf keinen Fall würden die Unternehmen die in der Rezession durchgesetzten Kostensenkungen wieder aufgeben, heißt es. Der harte Dollar, der die Importkonkurrenz vergrößere, zwinge sie zur strikten Wirtschaftlichkeit.

Was die amerikanischen Gewerkschaften nach Ansicht des Conference Board hauptsächlich in Schach hält, „ist die weiterhin sehr reale Bedrohung, die von der Unsicherheit am Arbeitsmarkt ausgeht". Immerhin seien mehr als neun Millionen Amerikaner noch ohne Job. Statt Personal einzustellen, würden viele Firmen auf Überstunden ausweichen. Nach Angaben des Ausschusses hat die US-Autoindustrie während der dreijährigen Absatzkrise 300 000 Beschäftigte entlassen. Neu angeheuert wurde bisher nur ein Drittel. Ähnlich düster sieht es in den Bereichen landwirtschaftliche und BauMaschinen aus, in denen sich die Zahl der Beschäftigten seit 1979 um 40 Prozent verringert hat. In der Luftfahrtindustrie beträgt das Minus 20 Prozent, ohne daß eine nennenswerte Erholung in Sicht ist.

Versicherer specken ab

Von HARALD POSNY

In der deutschen Versicherungswirtschaft rumort es. Man muß sich schon sehr weit zurückerinnern, um eine Zeit auszumachen, in der so viele Neuordnungen in Bedingungswerken der einzelnen Versicherungssparten diskutiert, beschlossen und genehmigt wurden wie in den letzten Monaten. Daß einige Vorhaben vor den Augen des gestrengen Aufsichtsamtes in Berlin keine Gnade fanden, ist angesichts der engen Zusammenarbeit mit den Versicherern im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens verwunderlich. In anderen Bereichen ist dagegen erstaunlich, wie schnell manche Änderungen zum Nachteil des Versicherungsnehmers „abgehakt" wurden.

Tatsächlich gehen die meisten Änderungen zu Lasten der Versicherten. Und wo es wie in der Lebensversicherung zu einer quantitativen wie qualitativen Besserstellung der Kunden mit Einführung der Direktgutschrift und der Erhöhung der Überschußanteile ab 1984 kommt, sorgte weder überschäumende Innovationsfreude noch der Wettbewerb untereinander, sondern der hohe Kapitalmarktzins für Veränderung. In den zurückliegenden Jahren stiegen die Vermögenserträge und damit die Überschüsse, während die Wertpapierabschreibungen auf einen Tiefstand sanken. Mit Blick auf den Kapitalmarkt hat allenfalls der Gesetzgeber hier auf Änderung gedrängt und ein derzeit virulentes – gleichwohl unberechtigtes – Unbehagen gegenüber den Lebensversicherungen genutzt.

Abspecken ist „in". Das gilt für die Auto-Teilkaskoversicherung, die künftig mit Selbstbehalt etwas billiger, ohne Selbstbehalt um fast ein Drittel teurer wird. Das gilt auch für die Hausratversicherung, die das bisherige Fünfer-Paket (Feuer-, Einbruchdiebstahl, Leitungswasser, Sturm und Glas) um das Glasbruchrisiko abmagert und dabei gleich einige frühere Inklusiv-Deckungen mit unter den Tisch fallen läßt. Dazu wird eine Prämiengleitklausel eingeführt. Auch die gewerblichen Risiken Industrie-Feuer- und -Betriebsunterbrechungsversicherung sowie die Transportversicherung sehen sich in nächster Zeit teilweise drastischen Selbstbeteiligungen, Leistungskürzungen, sogar kräftigen Prämienerhöhungen gegenüber.

Viel zuwenig wird bei den Diskussionen um die Produktneugestaltung in der Assekuranz hervorgehoben, daß verschiedene Leistungen im Lauf der Jahre bei hochschadenträchtigen Sparten in eine Preiskategorie hineingeraten sind, die ein Abmagern des Risikoschutzes auf den tatsächlichen Bedarf anstelle eines preiswerten, aber nicht wirklich benötigten Schutzes für den Kunden erzwingen. Die Versicherer haben angesichts eines schleppenderen Absatzes schnell geschaltet. Risikoschutz im Baukastenprinzip ist bedarfsgerechter, preiswerter und für den Außendienst leichter abzusetzen. Ganz selten gestehen die Versicherer eigene Fehler bei der Produktgestaltung und der Vielzahl angeblich vom Markt geforderter Risikoeinschlüsse ein. Jetzt zurückgeschraubter Versicherungsschutz schreckt manchen Versicherten unsanft aus behaglichem Sicherheits- und Komfortdenken auf.

Marktsättigung, Wettbewerb und Fehlverhalten der Versicherer sind natürlich nur Teilaspekte dieser Neuorientierung über Bedingungswerke. Die bei den Schadenversicherern von Jahr zu Jahr beängstigender werdenden Verluste im reinen Versicherungsgeschäft haben ihre Ursachen viel tiefer. Das gesamte Schädenbild stimmt mit Bedingungswerk und Preisen für den Risikoschutz nicht mehr überein.

Haben die Versicherer lange Zeit geglaubt, manche Schadensentwicklungen seien vorübergehender Natur, ist dieser Optimismus in den letzten Jahren verflogen. Die versicherungstechnischen Verluste werden zwar noch durch die guten Kapitalerträge überdeckt, aber die Energie, einen selbsttragenden technischen Gewinn anzustreben, erschlafft. Das ist gefährlich. Einmal können ja in dichter Folge hohe technische Verluste mit Niedrigzinszeiten zusammenfallen, zum anderen zehren technische Verluste auch in guten Zeiten an der Substanz.

Für ein Umdenken ist die Zeit hoher Zinsen und hoher Kapitalerträge psychologisch nicht günstig. Solange – woher auch immer – noch Gewinne ausgewiesen werden, lassen sich Leistungskürzungen, höhere Selbstbeteiligung und Prämienerhöhungen schwer erklären. Aber schon in den nächsten Jahren, wenn bei steigender Schadenslast die Vermögenserträge weniger munter sprudeln, können viele Versicherer zum Abschied von Prämienwachstum ohne Rücksicht auf die Risiken ebenso gezwungen sein, wie sich ihre Kunden auf den Versicherungsgedanken als Hilfe für Notfälle und nicht für jeden Bagatellschaden zurückbesinnen müssen. Die mit neuen Bedingungswerken wachsende Transparenz von Angebot und Preis wird das ebenso erleichtern wie verstärkter Einsatz von Selbstbeteiligung an erlittenen Schäden. Auch hier ist mittelfristig noch einiges zu erwarten.

AUF EIN WORT

„Ein Unternehmen ohne Öffentlichkeitsarbeit ist wie ein Mann, der einem Mädchen im Dunkeln zuwinkt. Er weiß zwar, was er will, aber das Mädchen sieht ihn nicht."

Dr. Wolfgang Müller-Michaelis, Direktor der Deutschen BP AG, Hamburg
FOTO: ROLLAR

Mehr Benzin und Diesel verkauft

AP, **Eschborn**

In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind in der Bundesrepublik 77,7 Millionen Tonnen Mineralölprodukte und damit 2,1 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres verkauft worden. Wie das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW) in Eschborn mitteilte, verbuchte schweres Heizöl erneut den größten Absatzverlust. Der Verkauf sank zwischen Januar und September um 20,4 Prozent auf 8,4 Millionen Tonnen ab. Die Nachfrage nach leichtem Heizöl ging gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um drei Prozent auf 24,5 Millionen Tonnen zurück. Dagegen stieg nach Auskunft des BAW der Inlandsabsatz von Dieselkraftstoff um 2,3 Prozent auf 10,3 Millionen Tonnen an. Auch die Nachfrage nach Motorenbenzin nahm leicht (um 1,2 Prozent auf 17,2 Millionen Tonnen) zu.

FERNWÄRME

Bonn: Möglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Möglichkeiten der Fernwärme sind in der Bundesrepublik noch nicht ausgeschöpft. Wie Wirtschafts-Staatssekretär von Würzen auf Fragen des CDU-Abgeordneten Gerstein erklärte, habe die Fernwärmewirtschaft für die nächsten Jahre „erhebliche" Investitionen zum weiteren Ausbau vorgesehen. „Im Interesse der Substitution von Mineralöl, der Energieeinsparung, vor allem durch den Einsatz der Kraft-Wärme-Koppelung und einer Verminderung der Umweltbelastungen besonders in Ballungsräumen, ist eine weitere Ausbreitung der Fernwärme zu begrüßen", fügte von Würzen hinzu.

In der Bundesrepublik werden derzeit rund zwei Millionen Wohnungen mit Fernwärme versorgt. Der Anschlußwert an die Fernwärme liege im westeuropäischen Vergleich an der Spitze.

Das Marktpotential der Fernwärme hänge wesentlich davon ab, „wie sie sich auf Dauer im Wettbewerb mit den anderen Versorgungssystemen bewähren kann". Eine Erschwernis sieht von Würzen in den Anforderungen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung. Allerdings habe der deutliche Preisanstieg bei den Konkurrenzenergien Öl und Gas in den letzten Jahren die Wettbewerbsposition der Fernwärme verbessert.

Das laufende Kohleheizkraftwerks- und Fernwärmeausbauprogramm sei gegenwärtig rund zur Hälfte durch Zuschußbewilligungen für konkrete Projekte ausgeschöpft. Die einzelnen Bundesländer hätten unterschiedliche Förderschwerpunkte gesetzt. Insgesamt liegen in Bonn derzeit 23 Projekte zur Förderung vor, die die Errichtung oder Erweiterung von Kohleheizkraftwerken oder die Umstellung von bisher öl- oder gasgefeuerten Heizkraftwerken auf Kohle betreffen. Die geförderte Erzeugungskapazität beträgt bisher rund 2500 Megawatt (thermisch).

SCHUTZVEREINIGUNG

Die Aktie wird als Anlage wieder interessanter

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Sollte der Kapitalbedarf der Wirtschaft wieder steigen, wird die eher stagnierende Geldvermögensbildung der Privaten nicht ausreichen, die Anforderungen von Staat und Wirtschaft zu decken. Die Folge: „ein deutlich steigendes Zinsniveau mit allen negativen Wirkungen auf die Konjunktur". Diese Befürchtungen äußerte der Präsident der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, Gerhard Kienbaum, vor der Mitgliederversammlung der mit 3500 Mitgliedern größten Aktionärsorganisation. Es sei entscheidend, daß sich der Staat noch stärker aus den Finanzmärkten zurückziehe, was nur über drastisches Sparen bei den öffentlichen Ausgaben möglich sei.

Kienbaum warnte davor, das gute Börsenjahr 1983 allein als Nachweis für die vollzogene Wende anzusehen. Noch sei die Unsicherheit bei vielen Unternehmern groß.

Für die Schutzvereinigung überwiegen jedoch die positiven Anzeichen. Während Staatstitel eher an Attraktivität verlieren, dürfte die Aktie nach den Worten Kienbaums als Anlagemedium wieder interessanter werden als in den letzten 15 Jahren. Für die Aktie sei es gut, wenn sich die Konjunktur nur verhalten belebe. „Angesichts der dauerhaften Arbeitslosigkeit und der inzwischen von den wichtigsten Industrieländern betriebenen Geldmengensteuerung besteht die gute Chance, daß wir einige Jahre relativer Stabilität vor uns haben", sagte Kienbaum.

Die Schutzvereinigung begrüßt ausdrücklich die weitere Teilprivatisierung der Veba, die zunehmenden Aktienemissionen sowie die Pläne der Bundesregierung, einen zweiten Börsenmarkt (Parallelmarkt) zu schaffen, um neuen Unternehmen den Schritt an die Börse zu erleichtern. Gerade die letzten Monate hätten gezeigt, daß neue Emissionen sich glänzend verkaufen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Golf und Kadett wieder Marktführer

Flensburg (dpa/VWD) – VW, Opel, BMW und Renault sind die Autohersteller, die im Oktober dieses Jahres auffallend mehr Pkw auf deutsche Straßen brachten als im gleichen Monat 1982. Wie aus einer Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg hervorgeht, waren bei den Einzelmodellen unangefochten weiter der VW Golf mit 18 200 Erstzulassungen (Oktober 1982: 13 300) und der Opel Kadett mit knapp 15 000 Neuanmeldungen (17 000) die Spitzenreiter. Leichte Zulassungseinbußen mußten im Oktober auf dem deutschen Markt Ford und Daimler-Benz sowie die meisten der japanischen Hersteller hinnehmen, obwohl insgesamt gesehen mit 190 586 fast acht Prozent mehr Pkw erstmals zugelassen wurden als im entsprechenden Vorjahresmonat. Gut zehn Prozent der Fahrzeuge sind mit Dieselmotoren ausgerüstet. Im Oktober 1982 betrug deren Anteil knapp über elf Prozent.

Veba-Optionsanleihen

Frankfurt (rtr) – Die Veba AG begibt nach Angaben der Dresdner Bank Optionsanleihen in D-Mark und Dollar. Wie die Dresdner Bank als Konsortialführerin mitteilte, werden die Emissionen unter dem Namen der 100prozentigen Veba-Tochter Veba International Finance B. V., Amsterdam, unter unbedingter und unwiderruflicher Garantie der Muttergesellschaft begeben. Die D-Mark-Anleihe hat ein Volumen von 300 Millionen und ist mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Kupon von vier Prozent versehen. Die Dollaranleihe lautet auf 70 Millionen Dollar bei einem Zinssatz von acht Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren. Der Optionspreis für jede Aktie im Nennwert von 50 Mark wurde auf 166 Mark festgelegt. In Düsseldorf notierte Veba am Montag nach Angaben der Dresdner Bank zur Kasse mit 161,80 Mark. Die Optionsscheine beider Anleihen seien austauschbar. Werden alle Optionen ausgenutzt, so würde dies der Veba neues Kapital in Höhe von 193 Millionen Mark bringen.

Preisanstieg verlangsamt

Wiesbaden (rtr) – Der Anstieg der deutschen Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte hat sich im Oktober verringert. Wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte, lag der monatliche Anstieg des entsprechenden Index bei 0,1 Prozent, was die Jahresrate auf 1,2 Prozent bringt. Im September hatte die Jahreserhöhung 1,5 Prozent, im August 1,3 Prozent betragen.

Jahresgutachten

Bonn (dpa/VWD) – Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung will morgen Bundeskanzler Helmut Kohl sein Jahresgutachten 1983/84 übergeben. Mit dem Gutachten nehmen die „fünf Weisen", die nach dem Gesetz die Bundesregierung zu beraten haben, zur voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung Stellung.

Zinssenkung vorausgesagt

Washington (AP) – Der Chef der amerikanischen Zentralbank, Paul Volcker, rechnet mit einem Sinken der Zinsen in den Vereinigten Staaten, wenn die Inflationsraten niedrig bleiben. In Washington erklärte er, ausgehend von der gegenwärtigen Inflationsrate von unter fünf Prozent könnte der amerikanische Leitzins (Prime Rate) unter zehn Prozent sinken. Die Prime Rate liegt gegenwärtig bei elf Prozent.

Manager des Jahres

Bonn (DW.) – Ausgerechnet die krisengeschüttelte Stahl-Branche stellt den Manager des Jahres 1983. In dem zum zehnten Mal vom Münchner Industriemagazin ausgeschriebenen Wettbewerb setzte eine Jury führender Wirtschaftsjournalisten Dr. Detlev Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Hoesch Werke AG, auf Platz eins. Rohwedder wurde ausgezeichnet, weil er Hoesch praktisch vor dem Konkurs bewahrte. Mit einer beispiellosen Sanierung und durch die rigorose Entflechtung des deutsch-holländischen Estel-Konzerns habe Rohwedder das Dortmunder Stahlunternehmen wieder wettbewerbsfähig gemacht, begründeten die Juroren ihre Entscheidung.

Wochenausweis

	15.11.	7.11.	15.10.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	68,1	71,0	70,8
Kredite an Banken	72,6	71,6	70,8
Wertpapiere	7,7	7,8	7,8
Bargeldumlauf	100,5	100,9	100,7
Einl. v. Banken	49,5	47,2	44,7
Einl. v. öffentl. Haushalten	3,6	3,6	4,6

AIRBUS / Kontroverse in London

Concorde-Erfahrung schreckt

HELMUT RÄTHER, **London**

In der heftiger werdenden britischen Kontroverse über den Airbus A-320, der 1988 als 150sitziges Kurz- und Mittelstreckenflugzeug auf den Markt kommen soll, hat Premierministerin Margaret Thatcher das Kind beim Namen genannt: „Ich will keine neue Concorde haben", wies sie im Unterhaus die Parlamentarier zurück, die eine rasche positive Entscheidung forderten. Die Milliardenverluste bei der Entwicklung und beim Bau des Überschallflugzeugs liegen als schwerer Schatten über der Airbus-Entscheidung.

Für die Regierung geht es darum, Darlehen und Zuschüsse in Höhe von mehr als 500 Millionen Pfund (zwei Milliarden Mark) zu gewähren. British Aerospace, einer der Partner im Airbus-Konsortium, fordert 400 Millionen Pfund (1,6 Milliarden Mark) an „rückzahlbarer" Starthilfe für den A-320. Indirekt verbunden mit dem Airbus ist das Projekt, in internationaler Zusammenarbeit ein neues Flugzeug-Triebwerk zu entwickeln, das für die neue Maschine geeignet wäre. Rolls-Royce hat um 113 Millionen Pfund (450 Millionen Mark) Regierungshilfe gebeten, um mit der Entwicklung beginnen zu können.

Nicht nur die Industrie drängt die Regierung. Die Gewerkschaften haben mit einer Kampagne begonnen, um Frau Thatcher zu einer Zustimmung zu bewegen. Ken Gill, einer der zuständigen Sprecher, wirft der konservativen Regierung vor, das Land mit einem „Teufelskreis" aus dem internationalen Flugzeuggeschäft zu drängen: Frau Thatcher wolle den neuen Airbus nicht finanzieren, weil es zu wenig Aufträge gebe, die Staatslinie British Airways jedoch habe keine Airbus-Aufträge vergeben und statt dessen amerikanische Boeing-Maschinen geleast, um vor der angekündigten Privatisierung rasche Profite zu machen. Ohne den kleinen Airbus werde die britische Flugzeugindustrie bald nur noch Teile für die amerikanischen Maschinen liefern dürfen, sagte Gill.

Die Kritiker, denen vor allem die konservative Presse ihre Spalten öffnet, sehen das ganz anders. Mit nur ganz wenigen Zivilflugzeugen ist seit dem Zweiten Weltkrieg wirklich Geld verdient worden, sagen sie. Sogar erfolgreiche Maschinen wie die Boeing 747, die DC-10 und der Airbus A-300 sind weit davon entfernt, ihre Entwicklungskosten hereinzuholen.

Angesichts eines absehbaren Weltmarktes in der A-320-Klasse von rund 600 Maschinen zwischen 1989 und 1995 könnte der kleine Airbus nach den Berechnungen dieser Skeptiker nur dann ein Geschäft werden, wenn er keine Konkurrenz findet. McDonnell Douglas will zwar nach einer kürzlich gefällten Entscheidung seine wichtigsten Neuentwicklungen wegen der ungünstigen Marktlage nicht mehr weiterverfolgen, bleibt aber mit der MD-80 mit 145 Sitzen weiter im Geschäft.

Boeing hat angekündigt, daß man den Markt auf keinen Fall den Europäern überlassen werde. Das heißt nicht, daß ein völlig neues Flugzeug entwickelt werden muß – der Marktführer verdaut immer noch die Entwicklungskosten für die 757, die 767 und die 737-300. Eine neue 737-Variante, die Serie 400, könnte aber mit neuen Triebwerken und Flügeln durchaus zum schlagkräftigen Konkurrenten für den kleinen Airbus werden. Frau Thatcher und ihre zuständigen Minister müssen bis zum Jahresende ihre Entscheidung treffen. (dpa)

DRITTE WELT

Banken gaben weniger Kredite

AP, **Washington**

Die armen Länder der Welt haben 1983 noch weniger Bankkredite erhalten als 1982 und konnten damit kaum Investitionen tätigen, sondern mußten das Geld zum großen Teil für den Schuldendienst verwenden. Dies geht aus einem vom Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgelegten Bericht hervor, in dem die „vermehrte Selektivität" der Banken bei der Kreditvergabe als Ursache für den Rückgang genannt wird. Besonders Lateinamerika ist dem Bericht zufolge von der neuen Zurückhaltung der Kreditinstitute betroffen.

1981 wurden den Schwellen- und Entwicklungsländern, die kein Öl exportieren, noch 51 Milliarden Dollar geliehen. 1982 sank dieser Beitrag auf beinahe die Hälfte, 26 Milliarden Dollar. Davon entfielen 19 Milliarden Dollar auf die erste Hälfte 1982.

In der ersten Hälfte 1983 wurden dagegen nur noch fünf Milliarden an Krediten vergeben. Davon entfielen vier Milliarden Dollar auf die westliche Hemisphäre, wo im gleichen Zeitraum des Vorjahres noch zwölf Milliarden Dollar ausgeliehen wurden. Westeuropäische Banken erhielten im ersten Halbjahr 1983 Nettorückzahlungen von sechs Milliarden Dollar, während sie im gleichen Zeitraum 1982 noch vier Milliarden ausgeliehen haben.

Daß überhaupt noch Kredite vergeben wurden, ist zum größten Teil dem IWF zuzuschreiben, der sogenannte Kreditpakete geschnürt hat, vor allem für die am höchsten verschuldeten Länder Mexiko und Brasilien. Der IWF stellt in diesem Rahmen nur noch eigene Gelder zur Verfügung, wenn Banken noch größere Summen in den Gesamtkredit einbringen.

ITALIEN / Kritik der EG und des IWF

Staatsausgaben noch zu hoch

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die italienische Wirtschafts- und Haushaltspolitik steht im Kreuzfeuer zunehmender Kritik von seiten des Internationalen Währungsfonds und der EG-Kommission. In seinen Abschlußbetrachtungen zur wirtschaftlichen Lage Italiens warnt der Europa-Verantwortliche des IWF, Alan Whittome, die italienische Regierung vor der Illusion, mit den bisher geschnürten Fiskalpaketen bereits das Notwendige zur Stabilisierung des Haushalts 1984 getan zu haben und fordert sie auf, schnellstmöglich eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen zur Ausgabenkürzung zu ergreifen.

Als im höchsten Grade destabilisierend sieht der Internationale Währungsfonds die Tatsache an, daß der Anteil des Staatsdefizits am Bruttoinlandsprodukt ein Mehrfaches von dem in anderen westlichen Industrieländern darstellt. Der Internationale Währungsfonds befürchtet zunehmende Schwierigkeiten für die Finanzierung des Haushalts und der privaten Wirtschaft.

Den Verantwortlichen der italienischen Wirtschafts- und Haushaltspolitik werfen die IWF-Experten vor, die Rezession der letzten zwei Jahre anders als die Regierungen der übrigen westlichen Industriestaaten nicht dazu benutzt zu haben, um strukturelle Veränderungen in der Haushalts- und Einkommenspolitik herbeizuführen. Während es den anderen Ländern gelungen sei, durch zum Teil harte und sozialpolitisch schmerzhafte Eingriffe die Inflationsrate drastisch zu senken, habe sich der Inflationsabstand Italiens gegenüber dem westlichen Ausland sogar noch weiter vergrößert. Als besonders bedrohlich empfindet der IWF in diesem Zusammenhang die Gefahr, daß die Inflation in Italien wieder beschleunigt wird, sobald auch die italienische Wirtschaft den internationalen Konjunkturaufschwung zu spüren bekommt.

Schelte für die italienische Regierung enthalten auch die Vorwürfe, die EG-Kommissar Frans Andriessen in Rom Anfang dieser Woche an die Verantwortlichen der italienischen Industriepolitik gerichtet hat. Im Visier der Kommission sind hierbei nicht nur die italienischen Regierungsvorhaben, gewisse Industriestandorte zu „Krisenbecken" zu erklären und dort die Umstrukturierung mit Staatsmitteln zu finanzieren, sondern auch die bereits erlassenen Fördergesetze: In sämtlichen Fällen wirft die Kommission der italienischen Regierung vor, die Fördermittel nicht nur zur Finanzierung des Strukturumbaues und der hierzu erforderlichen Investitionen einzusetzen, sondern auch zur Verlusttilgung. Die Kommission will daher den Finanzierungsvorhaben nur nach eingehender Kontrolle und nur dann stattgeben, wenn es sich um Projekte in den süditalienischen Entwicklungsgebieten handelt.

Hartnäckigen EG-Widerstand hat die italienische Regierung zu gewärtigen, falls sie darauf bestehen sollte, das in Vorbereitung befindliche Fördergesetz zugunsten der „Krisenbekken" auch auf norditalienische Standorte auszudehnen. Auf der Liste stehen außer Standorten in Süditalien bisher Genua und Triest (Stahl und Werften). Vor allem von sozialistischer Seite gehen aber Pressionen aus, um auch Turin (Auto) einzubeziehen: Diese Versuche haben in Brüssel keine Chancen auch nur in Erwägung gezogen zu werden.

PERSONALWESEN / Neue Aufgabenstellung

„Kreativität mehr fördern"

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

„Eine aktive und gestalterische Personalarbeit leistet den besten Beitrag für die Fabrik von morgen, wenn sie heute dafür Sorge trägt, daß die Mitarbeiter und ihre Vertretungen bereit und in der Lage sind, den Weg dorthin nicht nur mitzugehen, sondern ihn mit eigenen Vorschlägen zu gestalten." Martin Posth, Audi NSU-Vorstandsmitglied und dort zuständig für das Personalwesen, hält es für unabdingbar, daß im Zeichen technologischer Veränderungen neben technischen und ökonomischen auch personale Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Auf das betriebliche Personalwesen komme eine erweiterte Aufgabenstellung zu. Es müsse sich auf den technologischen Fortschritt in angemessen zeitlichem Vorlauf einstellen und vorbereiten, um die Veränderungsprozesse beeinflussen und mitgestalten zu können. Auf einer Arbeitstagung des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation zum Thema „Wettbewerbsfähige Arbeitssysteme" formulierte Posth die These, daß Technologie-Management mit Personal-Management zu verbinden sei, wobei nicht nur auf begrenzte Einzelanwendungen in den verschiedenen Bereichen, sondern auch auf die Vernetzung und übergreifende Auswirkungen zu achten sei. Nach diesen Prämissen werde bei Audi NSU bereits seit Jahren mit gutem Erfolg gearbeitet.

Posth zeigt sich davon überzeugt, daß die technologische Entwicklung zur Fabrik von morgen „uns nicht überrennen wird, sondern steuerbar bleibt". Sie werde nicht revolutionär verlaufen, sondern in Entwicklungsstufen, die personalpolitisch beeinflußbar seien.

Um die mit den neuen Aufgaben für das Personalwesen verbundenen Zielsetzungen zu erreichen, sei es – so Posth – notwendig, „wachsende Kreativität gegen abstumpfende Routine zu setzen, größere Flexibilität anstelle eingefahrener Gleise anzustreben, systematische Qualifizierungen zu ermöglichen und nicht nur Leistungsmängel zu bedauern sowie mehr Beteiligung der Mitarbeiter statt rein zentraler Planungsvorgabe zu erreichen".

GROSSBRITANNIEN / Belebung verstärkt sich

Streikbereitschaft nimmt zu

WILHELM FURLER, **London**

Die fortschreitende wirtschaftliche Belebung in Großbritannien, die jetzt auch von Schatzkanzler Nigel Lawson mit der Vorlage seines Herbst-Finanzpakets bestätigt wurde, verleitet offenbar zu überhöhten Lohnforderungen. Jedenfalls gilt dies inzwischen für einige wesentliche Bereiche der britischen Wirtschaft, so die Automobilindustrie und den Kohle-Bergbau.

Nachdem bereits seit einigen Wochen der Nobelautomobil-Hhersteller Rolls-Royce bestreikt wird – dies bringt dem Unternehmen einen wöchentlichen Einnahmen-Ausfall von etwa zwölf Millionen Mark –, ist jetzt auch der größte Automobilhersteller in Großbritannien direkt von einem unbefristeten Ausstand der Mitarbeiter bedroht: Die Vertrauensleute der 44 500 Automobilarbeiter von Ford Großbritannien haben das letzte Angebot der Unternehmensleitung einer Anhebung der Bezüge um 7,5 Prozent als unannehmbar zurückgewiesen. Sie forderten das Doppelte sowie zusätzlich eine Woche onderurlaub, weil damit mehr Arbeitsplätze geschaffen würden.

Inzwischen ist diese Forderung erheblich reduziert worden – man spricht von acht bis neun Prozent. Doch gemessen an der von der Regierung Thatcher ausgegebenen, allerdings in keiner Weise bindenden Richtlinie von maximal drei Prozent, wäre dies immer noch zuviel. Im übrigen hat sowohl die Regierung als auch die britische Wirtschaft immer wieder betont, daß Großbritannien in seiner Wettbewerbsfähigkeit unverändert hinter den wichtigen Konkurrenzländern wie Deutschland herhinkt und daß nur Mäßigung bei Lohnforderungen diesen Abstand – wenn überhaupt – verkleinern könnte.

Doch deuten inzwischen vielerlei Anzeichen darauf hin, daß die Tarifanhebungen nur schwer in bescheidenem Rahmen gehalten werden können. So haben gerade jetzt die LKW-Fahrer der privaten britischen Straßentransporteure Anhebungen ihrer Bezüge um sechs bis sieben Prozent durchgesetzt und damit als erste Tarifgruppe in den Verhandlungen dieses Winters eine Marke gesetzt.

Stahlstreit: Keine Lösung in Sicht

rtr, **Brüssel**

Die Aussichten für eine Lösung des Stahlstreits zwischen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und den USA sind nach Auffassung des Handelsbeauftragten der US-Regierung, Bill Brock, gegenwärtig eher trübe. Dennoch warnte Brock die EG vor Vergeltungsmaßnahmen, die er als „extrem gefährlich" bezeichnete. Er wäre nicht überrascht, wenn es in dem seit sechs Monaten währenden Streit zu einem Gesprächsabbruch käme. Bei dem Konflikt geht es um einen Ausgleich für die Gemeinschaft nach den US-Importbeschränkungen für einige Stahlsorten.

Die nächste Sitzung zwischen EG- und US-Vertretern in Genf ist für morgen vorgesehen. Die US-Seite hat sich im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) zwar grundsätzlich zu einem Ausgleich für die Beschränkungen bereit erklärt, doch besteht nach Angaben von Diplomaten noch eine große Spanne zwischen den Forderungen der EG und dem Angebot der USA. In der EG werden seit geraumer Zeit Alternativen erörtert, falls die US-Regierung nicht noch Entgegenkommen zeigt.

ROHSTOFFE / Steigender Bleiverbrauch erwartet

Preisniveau sehr niedrig

dpa/VWD, **Goslar**

Am internationalen Bleimarkt wird 1984 wieder mit einer Nachfragebelebung gerechnet, nachdem die Jahre 1980–1983 durch einen ständigen Verbrauchsrückgang gekennzeichnet waren. Wie Rudolf Müller, Direktor der Preussag AG Metall, in einem dpa/VWD-Gespräch betonte, werde 1984 dennoch für die Sekundarbleihütten in der Bundesrepublik besonders schwer, da wegen des niedrigen Preisniveaus für Blei-Akkumulatorenschrott die Sammelleidenschaft nicht stark ausgeprägt sei. Somit könne es zu Schwierigkeiten bei der Versorgung der Hütten kommen.

Fast 90 Prozent der ausgedienten Batterien werden von den Hütten wiederaufbereitet, deren Neuproduktion mit knapp 50 Prozent den größten Verwendungsbereich von Blei in der Bundesrepublik ausmacht. In der Bundesrepublik ist der Chemiebereich neben der Akkumulatorenindustrie der zweitgrößte Bleiverarbeiter. Insgesamt gehen in diesen Sektor 26 Prozent. Für Blei im Benzin werden in der westlichen Welt etwa 230 000 Tonnen verbraucht. Die inländischen Hersteller von Bleihalbzeug sind mit rund 15 Prozent am Bleiverbrauch beteiligt. Die Kabelindustrie verarbeitet sechs Prozent, wobei im wesentlichen nur noch Überseekabel mit Blei vermantelt sind.

Im Bleiverbrauch gibt es laut Müller seit Mitte 1983 einen Tendenzumschwung, da von den Batterieherstellern aufgrund der günstigeren Automobilkonjunktur wieder mehr nachgefragt wird. Insider schätzen, daß der Verbrauch in der westlichen Welt 1984 aber lediglich um 2,6 Prozent auf 3,9 Millionen Tonnen zunehmen wird, nachdem der Verbrauch 1983 rund 3,8 Millionen Tonnen ausmachen dürfte. In der Bundesrepublik werde der Verbrauch mit rund 330 000 Tonnen 1984 in etwa das Niveau von 1982 – nach 320 000 Tonnen 1983 – erreichen. Müller geht davon aus, daß der leichte Anstieg einen Preisanstieg von rund zehn Prozent zur Folge haben kann. Die Hüttenkapazitäten in der Bundesrepublik reichen nach Darstellung von Müller aus, um den inländischen Bedarf an Blei zu decken.

NAMEN

Dr. Heinz Claus, geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Claus, wird am 24. November 80 Jahre.

Dr. Lothar Wilhelmy (43) ist zum Alleinvorstand der Hübner Elektromaschinen AG, Berlin, bestellt worden. Er ist Nachfolger von **Günter Neubauer**, der sich seit dem 1. September 1983 im Ruhestand befindet.

Peter Höller, Sprecher des Vorstandes der Cornelius Stüssgen AG, wurde zum Präsidenten des Institut für Selbstbedienung und Warenwirtschaft (ISB), Köln, gewählt.

PARISER CLUB / Verhandlungen über neue Hilfe für Brasilien – Diskret und effizient

Sogar der Tagungsort bleibt geheim

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Eine neue „Überlebenshilfe" für Brasilien wird gegenwärtig im Pariser Club von den Regierungsvertretern der westlichen Gläubigerländer ausgehandelt. Die durch Finanzminister Ernane Galveas vertretene brasilianische Regierung beantragt einen Zahlungsaufschub von neun Jahren (davon fünf Freijahre) für 90 Prozent der 2,2 Milliarden Dollar Verbindlichkeiten, die bis Ende 1984 aus staatlichen bzw. staatlich garantierten Krediten fällig werden, sowie von fünf Jahren für die restlichen zehn Prozent.

Ob eine Einigung auf dieser Basis zustande kommt, läßt sich noch nicht abschätzen. Bisher hatte der Pariser Club Stundungen für höchstens acht Jahre bei drei Freijahren gewährt. Andererseits sind die parallel geführten Verhandlungen mit den privaten Banken über neue Kredite von 6,5 Milliarden Dollar und über die Freigabe des IWF-Kredits von 1,25 Milliarden Dollar aussichtsreich angelaufen. Beim Sekretariat des Pariser Clubs selbst hüllt man sich wie üblich in Schweigen. Dort war noch nicht einmal der Tagungsort zu erfahren.

Diese informelle, permanente Gläubigerversammlung überläßt es den Schuldnerländern, den Schleier des Geheimnisses zu lüften. Ihre Arbeitsmethode – unter Ausschluß der Öffentlichkeit – machte sie nach eigenen Angaben von äußerem Druck frei. Deshalb würden die Verhandlungen auch niemals scheitern. Früher oder später, meist innerhalb von 36 Stunden, käme man zu einer Einigung, meist allerdings unter mehr oder weniger bedeutenden Zugeständnissen des betreffenden Schuldnerlandes.

„Unser wichtigstes Prinzip ist der Konsensus", erklärte ein hoher französischer Beamter in einem Gespräch mit der WELT. Alle Beteiligten müßten in sämtlichen Punkten voll übereinstimmen. Ohne dem würde niemals abgestimmt. Nur die Frage der Zinsen sei in nachfolgenden bilateralen Verhandlungen zu regeln. Gründlich vorbereitet werden die Verhandlungen vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Ist ein Schuldnerland nicht IWF-Mitglied, dann setzt der Pariser Club eine eigene Expertenkommission ein, wie dies kürzlich bei den Polen-Verhandlungen der Fall gewesen war.

Im Pariser Club geht es für das Schuldnerland meist um die Frage, aus dem Zahlungsverzug herauszukommen. Die wirtschaftlichen Auflagen – im Falle Brasiliens u. a. rigorose Inflationsbekämpfung – setzt zuvor der IWF fest. Andererseits unterstützt im Club der Vertreter der Unctad die Interessen der Schuldnerländer. Man sei also bei aller Diskretion sehr offen, heißt es.

Der Pariser Club wurde 1956 ins Leben gerufen, um den finanziellen Zusammenbruch Argentiniens zu verhindern. Seitdem hat er Schuldabkommen über 22 Milliarden Dollar zustande gebracht, davon für zehn Milliarden Dollar in den letzten drei Jahren. Allein im bisherigen Verlauf dieses Jahres wurden 17 Abkommen unterzeichnet, gegenüber nur ein bis zwei jährlich vor 1980. Es handelt sich dabei ausschließlich um die Stundung der innerhalb von zwölf bis 18 Monaten fällig gewordenen Verbindlichkeiten aus staatlich bzw. staatlich garantierten Krediten.

Warum der Club gerade in Paris ansässig ist und von einem Franzosen geleitet wird – meist vom Direktor des französischen Schatzamtes – hat historische Gründe. Zwischen den beiden Weltkriegen hatte Frankreich als damals führende Gläubigernation der Welt ähnliche Verhandlungen geführt. Vom Charakter her ist diese „pragmatische Nichtinstitution" ausgesprochen angelsächsisch. Daran hat sich auch nach dem Machtwechsel in Frankreich nichts geändert.

VW / Rote Zahlen nun auch in der AG – Kaum Hoffnung auf Dividende für 1983

Konzernverlust erneut angestiegen

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg

Die Aktionäre der Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, die bereits 1982 auf eine Ausschüttung verzichten mußten, können aller Voraussicht nach auch für 1983 ihre Hoffnungen auf eine Dividende begraben. Wie aus dem Zwischenbericht hervorgeht, hat sich die Verlustsituation des Konzerns im dritten Quartal 1983 weiter verschärft. Wurde nach dem ersten Halbjahr im Konzern noch ein Fehlbetrag von 147 Mill. DM ausgewiesen, so erhöhte sich das Minus mittlerweile auf 247 Mill. DM. Auch die AG, die im ersten Halbjahr einen Überschuß von 11 Mill. DM erwirtschaftet hatte, ist mit 7 Mill. DM in die roten Zahlen gerutscht.

Der VW-Vorstand begründet die erneute Verschlechterung vor allem mit der anhaltend ungünstigen Entwicklung der lateinamerikanischen Tochtergesellschaften. Die ungelösten Probleme in Brasilien und Mexiko hätten zu „erheblichen wirtschaftlichen Rückschlägen" geführt. Günstiger dagegen sei die Situation in den USA. Zwar sei der Rückgang des Verkaufs der dort produzierten „Rabbits" nicht ganz durch die Lieferung anderer Modelle ausgeglichen worden. VW of America, so ein Sprecher, schreibe aber schwarze Zahlen. Auch das andere Sorgenkind, der Nürnberger Büromaschinen-Hersteller Triumph-Adler, sei auf einem guten Weg, wenngleich für 1983 noch ein Fehlbetrag erwartet wird. Der Verlust in der AG sei neben den Belastungen aus dem Beteiligungsbereich auch auf die Modellumstellung beim Golf zurückzuführen.

Obwohl der Fahrzeugabsatz an die Händlerorganisation aufgrund des spürbaren Abbaus der Lagerbestände beim Handel auf 1,59 (Januar/September 1982: 1,62) Mill. Autos zurückging, erhöhte sich der Konzernumsatz im Berichtszeitraum auf 29 (28,1) Mrd. DM. Deutlich höheren Verkäufen im Inland (572 000 nach 536 000 Fahrzeuge) standen leichte Einbußen auf den europäischen Volumenmärkten gegenüber. Insgesamt verringerte sich der Absatz im Ausland um gut 70 000 auf 1,02 Mill. Fahrzeuge. Entsprechend dieser Entwicklung ergab sich im Inland eine Umsatzsteigerung um 1,8 Mrd. DM auf knapp 11 Mrd. DM, während der Auslandsumsatz um 834 Mill. DM auf gut 18 Mrd. DM sank. Der Auslandsanteil an den Umsatzerlösen verringerte sich auf 62,2 (67,3) Prozent.

Die Produktion des Konzerns lag im Berichtszeitraum um 4,2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Insgesamt wurden rund 1,6 Mill. Fahrzeuge gefertigt. Im Inland habe sich die geringere Produktion zu Beginn des Jahres noch ausgewirkt. Im Ausland seien die Kapazitäten an die veränderten Absatzbedingungen in einigen Ländern angepaßt worden.

Mit 3,52 (3,65) Mrd. DM lagen die Investitionen des Konzerns auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Ihnen standen Abschreibungen von 2,5 (2,2) Mrd. DM gegenüber. Die Mitarbeiterzahl verringerte sich weltweit um 7000 auf 232 000. Im Inland waren Ende September 157 000 (158 000) Mitarbeiter beschäftigt.

BASF / Bis Ende September schon mehr verdient als im ganzen Vorjahr

Nun kommen auch Impulse aus Europa

JOACHIM WEBER, Ludwigshafen

So ganz zufrieden ist Hans Albers, neuer Vorstandsvorsitzender der BASF AG, Ludwigshafen, noch nicht: „Das Ergebnis muß noch besser werden, um im Verhältnis zum weiter gestiegenen Umsatz und auch zum Kapitaleinsatz wirklich befriedigend genannt zu werden", kommentiert er die Entwicklung der ersten neun Monate 1983.

Dabei brauchen sich auch die Ludwigshafener mit der Gewinnentwicklung dieses Jahres nicht zu verstekken. Von den 228 Mill. DM, die die weltweite Gruppe im ersten Quartal vor Steuern verdient hatte, über die 321 Mill. DM im zweiten bis zu den 441 Mill. DM des dritten Quartals zeichnet sich eine deutliche Erholung ab. Auch gegenüber dem Vorjahr: Bis Ende September hatte die Gruppe mit 1050 (667) Mill. DM (plus 57 Prozent) insgesamt bereits mehr verdient als die 1011 Mill. DM des ganzen Jahres 1982.

Zur Verbesserung beigetragen haben die Entlastungen bei den Rohstoff- (sprich: Öl-) Kosten, die höhere Auslastung der (in Problembereichen reduzierten) Kapazitäten und nicht zuletzt die zähe Arbeit an der Kostenstruktur. Vorratsabbau, niedrigerer Personalstand und generelle Straffungsmaßnahmen zeigen deutliche Wirkung.

Obwohl vor allem der Düngemittelbereich sein Ergebnis „drastisch verschlechtert" hat, die Raffinerien und auch einzelne Standard-Kunststoffe nach wie vor rote Zahlen einfahren, soll sich der Negativ-Beitrag aller Verlustbereiche zusammen – 1982 noch bei 534 Mill. DM – in diesem Jahr halbieren. Allein bei den Wintershall-Raffinerien wird mit einem Verlust von 200 (300) Mill. DM eine Verbesserung um 100 Mill. DM angepeilt.

Insgesamt freilich sorgen nicht nur der Kosten- und Verlustabbau für bessere Erträge, sondern auch neue Marktimpulse. Mit 25,8 (24,3) Mrd. DM setzte die weltweite Gruppe im ersten Dreivierteljahr gut 6 Prozent mehr um als in der gleichen Vorjahreszeit. Die AG allein kam mit 12,3 (11,2) Mrd. DM sogar auf ein Plus von fast 10 Prozent.

Auch bei den Umsätzen zeigte sich eine deutliche Beschleunigung im Jahresverlauf. Der erste Schub kam vom Überseegeschäft, vor allem aus den USA, aus Japan und Südostasien. Im zweiten Quartal belebte sich dann auch der Inlandsmarkt, und die europäischen Nachbarn zogen schließlich nach der Sommerpause nach.

Für die letzten Monate des Jahres rechnet Albers nicht mehr mit Überraschungen, nachdem Oktober und November „gehalten haben, was der September versprach". Mit einer Prognose fürs nächste Jahr hält sich der BASF-Chef noch zurück: „Gegenwärtig lassen Auftragseingang und -bestand noch kein Ende der erfreulichen Geschäftsentwicklung erkennen". Und die wichtigsten Volkswirtschaften dürften „über genügend Schwungmasse verfügen, um zumindest einen günstigen Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr 1984 erwarten zu lassen".

WELLA

Hohes Umsatzplus im Inland

INGE ADHAM, Frankfurt

Mit einem weiteren Kursanstieg auf 414 DM je 50-DM-Aktie reagierte die Börse auf die aus dem ersten Aktionärsbrief der Wella AG, Darmstadt, abzulesende positive Entwicklung in den ersten neun Monaten dieses Jahres. Anfang September war das Haarkosmetik-Unternehmen mit 24,2 Prozent seines 112-Mill.-DM-Grundkapitals an die Börse gegangen. (Ausgabekurs: 340 DM).

Der starke Anstieg des Wella-AG-Umsatzes im Inland hielt an, schreibt der Vorstand in seinem Bericht. Für die ersten neun Monate machte das Plus 16,5 Prozent auf 249,5 (214) Mill. DM aus. Bei um knapp 4 Prozent gesunkenem Export – er spielt bei der weltweit mit eigenen Töchtern operierenden AG nur eine untergeordnete

Weitere Wirtschaftsnachrichten auf den Seiten 18 und 19

Rolle – wuchs der gesamte AG-Umsatz um gut 12 Prozent auf gut 306 (273) Mill. DM. Für das ganze Jahr sei „mindestens" mit einem Plus von 10 Prozent zu rechnen.

Entscheidender ist jedoch die Gewinnentwicklung bei der AG, die mit einem Zuwachs von 11 Prozent auf 19,2 (17,3) Mill. DM (vor Steuern) mit der Umsatzentwicklung Schritt gehalten hat. Deutlich schwächer, um 5 Prozent auf gut 1 (0,98) Mrd. DM wuchs der Umsatz der Wella-Gruppe. Dies sei in erster Linie auf drastische Abwertungen in lateinamerikanischen Ländern zurückzuführen, erläutert der Vorstand; die umrechnungstechnischen Umsatzverluste konnten durch „teilweise zweistellige Steigerungsraten in wichtigen europäischen, nordamerikanischen und asiatischen Gesellschaften nur zum Teil kompensiert werden". Für das ganze Jahr rechnet die Gruppe mit 5,6 Prozent Steigerung auf 1,4 Mrd. DM Umsatz. Bei der Gewinnentwicklung in den ersten neun Monaten hat die Gruppe jedoch mit einem Plus von 11,6 Prozent auf 83, (74,4) Mill. DM (vor Steuern) mit der AG Schritt gehalten.

Kali-Chemie: Mit Ertrag zufrieden

dos. Hannover

Eine günstige Entwicklung verzeichnet die zur belgischen Solvay-Gruppe gehörende Kali-Chemie AG, Hannover, im bisherigen Verlauf des Jahres 1983. Nach Angaben des Vorstands gestaltete sich die Ertragslage innerhalb der einzelnen Sparten zwar unterschiedlich; insgesamt aber wird die Entwicklung als „zufriedenstellend" bezeichnet. Aussagen zur Dividende werden nicht gemacht. Für 1982 hatte Kali-Chemie 15 (20) Prozent ausgeschüttet, allerdings auf ein aus Gesellschaftsmitteln auf 125 (85) Mill. DM erhöhtes Kapital.

Der Gruppenumsatz wird nach den ersten neun Monaten 1983 mit 1,04 (1) Mrd. DM ausgewiesen; das entspricht einem Plus von 3 Prozent. Bereinigt um das inzwischen ausgelaufene Düngemittelgeschäft ergibt sich ein Zuwachs von 7 Prozent. Der AG-Umsatz nahm bereinigt sogar um 12 Prozent auf 391 (348) Mill. DM zu. Wesentliche Impulse kamen vor allem aus dem Ausland. Die Auslastung der Produktionsanlagen hat sich weiter verbessert. Zwar seien in einigen Bereichen Preiserhöhungen durchgesetzt worden; das Preisniveau entspreche aber noch nicht den Erfordernissen.

TEXTILINDUSTRIE / Produktion stagniert

Belebung bei den Aufträgen

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Silberstreif am Textilkonjunkturhimmel nach zwei Jahren des Rückgangs verstärkt sich. Das geht aus dem von Gesamttextil vorgelegten Überblick über die ersten neun Monate 1983 hervor. Zwar stagnierte auch im September wie im bisherigen Jahresverlauf die Produktion der Branche. Aber bei den Bestellungen zeigt sich deutlich die inzwischen eingetretene Belebung, die der deutschen Textilindustrie im dritten Quartal dieses Jahres um 7 Prozent höhere Aufträge brachte als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Dabei stiegen die Bestellungen aus dem Inland und dem Ausland mit der gleichen Rate.

Für den gesamten Neun-Monats-Zeitraum hinken die Ausländer bei ihren Bestellungen an die deutsche Textilindustrie jedoch noch um 1 Prozent nach, während aus dem Inland um 4 Prozent höhere Aufträge kamen. Real bedeutet dies bei um 1,6 Prozent gestiegenen Erzeugerpreisen ein Plus von gut 3 Prozent.

Deutlich belebt hat sich im September auch das Geschäft des Textileinzelhandels. Sein Umsatz stieg nach (einem Rückgang um 6 Prozent im September 1982) gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent an; für die ersten neun Monate ergibt das ein Plus von 3 Prozent. Auch die Außenhandelszahlen der Branche zeigen die Belebung: Im September allein war die Ausfuhr um 5 Prozent, die Einfuhr um 8 Prozent höher als vor einem Jahr. In den ersten drei Quartalen zusammengenommen wurden Textilien und Bekleidung für 14,7 Mrd. DM (plus 2 Prozent) ausgeführt und für 20,7 Mrd. DM (plus 3 Prozent) eingeführt.

Im September allein stiegen die Ausfuhren der deutschen Textilindustrie zwar um 4,7 Prozent, gleichzeitig zogen jedoch die Importe um 7,8 Prozent an, ein Indiz dafür, daß die Nachfragebelebung nach Textilien vor allem den (meist billigen) Importen zugute kommt. Für das ganze Jahr rechnet die deutsche Textilindustrie mit einer Exportquote von rund 43 Prozent. Damit hat sie ihre Exportquote seit 1970 mehr als verdoppelt, obwohl nach wie vor in zahlreichen Industrie- und Schwellenländern Handelsschranken bestehen.

Hanomag steht vor Anschlußkonkurs

dos. Hannover

Die Bemühungen um eine Rettung der im Vergleich befindlichen Hanomag GmbH in Hannover sind so gut wie gescheitert. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, sind die Banken nicht bereit, die für eine Betriebsfortführung notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, nachdem jüngste Zahlen des Vergleichsverwalters von einem Kreditbedarf von 90 Mill. DM bis Februar 1984 ausgehen. Alles spreche dafür, daß der Vergleich des zur Mainzer IBH-Gruppe gehörenden Unternehmens abgelehnt und das Anschlußkonkursverfahren eröffnet wird. Von seiten der Banken wird geltend gemacht, daß keinerlei Sicherheiten vorhanden sind. Fraglich sei zudem, ob die vorhandenen Aufträge wegen der diffusen Situation im IBH-Konzern zumindest teilweise nicht storniert werden. Die Landesregierung erklärte nach einem Gespräch mit Vertretern der Stadt Hannover, dem Vergleichsverwalter und den Banken erneut ihre Bereitschaft, zusammen mit der Stadt 15 Mill. DM zu verbürgen, wenn die Banken mitziehen. Zugleich soll mit interessierten Unternehmen über die Übernahme von Hanomag verhandelt werden.

SMH-Bank / Alte Leitung geht offiziell

Zukunft noch ungewiß

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Neben der neuen 180-Millionen-Garantie des Einlagensicherungsfonds, der, wie bereits berichtet, eine volle Wertberichtigung der SMH-Bank-Engagements im IBH/Wibau-Komplex ermöglichen soll, sind jetzt bei dem mit rund 830 Mill. DM von Banken und vom Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes gestützten Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co auch gesellschaftsrechtliche Änderungen formell beschlossen worden. Die bisherigen persönlich haftenden Gesellschafter Ferdinand Graf von Galen, Hans Lampert, Hans-Hermann Münchmeyer und Wolfgang Stryj sind nunmehr offiziell aus der Geschäftsleitung ausgeschieden.

Als neue persönlich haftende Gesellschafterin ist eine von den privaten Banken, praktisch vom Bankenverband getragene Gesellschaft mit den Geschäftsführern Peter Geschke (Dresdner Bank), Dietmar Kraft (Prüfungsverband des Bankenverbandes) und Norbert H. Schiffer (Deutsche Bank) in die SMH-Bank eingetreten. Geschke und Kraft waren praktisch schon seit Beginn der Rettungsaktion Geschäftsleiter der SMH-Bank, zu denen auch noch Karlheinz Pfeffer gehörte, der nach Beendigung der „Bestandsaufnahme" in die Deutsche Bank zurückkehrt und von Schiffer ersetzt wird.

Eine Veränderung gibt es auch im Beirat der Bank. Dort übernimmt Hans Stracke (M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co), der Vorsitzende des Ausschusses für die Einlagensicherung im Bankenverband, als Vertreter aller Bereiche der Kreditwirtschaft den Vorsitz von Reinhard C. Schroeder (Hauck & Sohn), der das Amt aus gesundheitlichen Gründen abgibt.

Das künftige Schicksal der SMH-Bank ist weiterhin offen. Manche Fragezeichen werden hinter den Erfolg von Bemühungen gesetzt, einen Interessenten für die Bank zu finden, solange die Risiken nicht hundertprozentig zu erkennen sind, deren Prüfung noch andauert. Inzwischen bröckelt einiges von dem noch gesunden Geschäft ab, so daß Eile geboten erscheint, wenn eine stille Abwicklung vermieden werden soll.

Seite 3: Glanz und Solidität

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Köln: Video-Depot-Impex Ges. mbH; **Neuss:** Eheleute a) Matthias Klotz b) Erika Klotz.
Vergleich eröffnet: Bad Berleburg: WIDI Kunststoff GmbH.
Vergleich beantragt: Neuss: Segler Kabel GmbH – Kabel Konstruktion u. Vertrieb v. Spezialkabel, Korschenbroich 3-Glehn..

†

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren geliebten Bruder, Schwager, Onkel und Großonkel

Cai von Ahlefeldt

* 16. Juni 1912 † 4. November 1983

nach langer Krankheit, fern seines geliebten Angolas, zu sich in die Ewigkeit zu rufen.

Im Namen der Brüder
und Verwandten
Klaus von Ahlefeldt

Die Trauerfeier hat am 11. November 1983 im engsten Familienkreis stattgefunden.
Seine Urne wird am 22. Dezember 1983 auf dem Familienfriedhof Gut Booknis beigesetzt.

Bruktererweg 26, 2000 Hamburg 61 — 2331 Booknis/Holstein

Des Menschen Herz erdenkt sich seinen Weg, aber der Herr allein lenkt unsere Schritte.

Mein geliebter Mann, unser gütiger Vater hat uns für immer verlassen.

Hans Detlefsen

Kapitänleutnant zur See a. D.

10. 3. 1915 — 20. 11. 1983

In Liebe und Dankbarkeit
Ingeborg Detlefsen geb. Langneß verw. Steffens
Maja Volkmar geb. Detlefsen
Thomas Volkmar
Birgit Wedemeyer geb. Detlefsen
Georg Wedemeyer
Thomas und Anne Steffens geb. Hartkop
Claus und Margarita Hartge geb. Steffens
Barthold und Ursula Pflüger geb. Steffens
und seine geliebten 11 Enkelkinder

Breitscheidstraße 34, 3100 Celle

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 25. November 1983, um 10.30 Uhr in der Kapelle des Stadtfriedhofes Celle, Lüneburger Heerstraße.
Die Beisetzung findet im engsten Kreis im Erbbegräbnis in Kiel, Südfriedhof, statt.
Anstelle von zugedachten Kränzen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende zugunsten der Deutschen Krebshilfe, Kontonummer 258 111, Deutsche Bank AG, Bonn.

Dr. med.

Franz Wilhelm Kaess

ehem. Leit. Arzt der Klinik Golzheim
Oberstabsarzt d. Res.

Inhaber des Eisernen Kreuzes I. Kl. von 1914
und des Bundesverdienstkreuzes I. Kl.

* 2. Januar 1887 † 20. November 1983

Mein über alles geliebter Mann hat mich heute nach 62jähriger glücklicher Ehe unerwartet für immer verlassen.

Nelly Kaess geb. Lupp
Dr. med. Herbert Kaess
und Frau Elisabeth geb. Tillessen
Hans Kaess
und Frau Ruth geb. Hauenschild
Harald Kaess
und Frau Stefanie geb. Hazivar
Christoph Frhr. von Eynatten
und Frau Gabriele geb. Kaess
Stephanie Kaess
Michael Fleming
und Frau Friederike geb. Kaess
Andreas Kaess
Hubertus Kaess
und Daniel als Urenkel

4000 Düsseldorf, Orsoyer Straße 84

Die Beerdigung findet Donnerstag, 24. November 1983, um 13.10 Uhr von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

STELLENANGEBOTE

Junges dynamisches Industrieunternehmen in Norddeutschland sucht

Assistenten des Geschäftsführers

Voraussetzungen:
- Abgeschlossenes Ing.-Studium
- Fachrichtung Maschinenbau/Verfahrens- oder Elektrotechnik
- Mindestens 3jährige Verkaufserfahrung
- Selbständiges Arbeiten
- Analytisches Denkvermögen
- Kontakt- und Durchsetzungsvermögen
- Kaufmännische Grundideen
- Englische Sprachkenntnisse

Aufgaben:
- Kundenbetreuung
- Bearbeitung des Angebotswesens
- Auftragsabwicklung
- Reisetätigkeit im In- und Ausland

Wir bieten leistungs- und anforderungsgerechte Bedingungen.

Ausführliche Bewerbungen sind zu senden unter P 2424 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

SB-Marktleiter gesucht
National. Tel.-Sammel-Nr. 040/417835.

Wir suchen einen
freien Handelsvertreter
mit ausgezeichneten Kontakten in den Branchen: Hotel/Gaststätten, Lebensmittel, Getränke.
Interessenten richten ihre Bewerbung bitte unter S 2404 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Niederlassungsleiter
f. Sanitärbetrieb. Nord- u. Süddeutschland ges. Tel. 0 40 / 41 88 77.

Finanzmanager
für ein 200-Millionen-Objekt gesucht.
Zuschriften unter H 2375 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Montageleiter
f. Steuertechnik i. Hamburg ges.
Telefon 0 40 / 41 78 36.

Wichtig für Industrie und mittlere Produktionsbetriebe,
die im Raum Stuttgart Niederlassungen eröffnen wollen.
Wir bieten ebenerdige
Lagerflächen
die zum Lagern fast aller Güter geeignet sind.
Wir übernehmen Ein- und Auslagern sowie Versand und Verteilung mittels eigenem Fuhrpark und Personal, falls gewünscht. Auch für Betriebe, die bestehende Niederlassungen verlagern wollen, bieten wir kostengünstige Lagerflächen und Weiterführung mit unserem Personal. Wir verfügen über Flurfördergeräte und Portalkräne. Auch kurzfristige Lagermöglichkeiten in fast jeder Größenordnung sind gegeben.
Anfragen: Telefon 07 11 / 72 30 03.

Wir kaufen fast jeden Warenposten aus dem Food- u. Non-food-Bereich. Angebote erbeten unter Tel. 06 81 / 5 78 11 – FS 4 421 283.

[illegible] m. Erfahr. i. Masch.-Bau, E-Techn., Schiffbau, Wehrtechn., m. engl. u. franz. Sprachk. z. Geschäftsverbindung f. freiberufl. Tätigkeit, Raum Hamburg. Ang. u. PS 46 908 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Volljurist
Spezialist im Wirtschaftsrecht, übernimmt Beratertätigkeit und Spezialaufträge.
Angebote erbeten unter H 2419 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nutzen Sie unsere Kontakte. Benutzen Sie unser Büro!
Ihr Fachexperte für Saudi-Arabien. Weltweite Verbindungsbüros in: Rijad, Bangkok, Beirut, Brüssel, Paris, Genf, Antwerpen, Washington.
Gesa-Industrieberatung
Nette-Park 4, 5452 Weissenturm, Tel. 0 26 37 / 40 94, Tx. 8 67 846

WER MACHT MIT?
Wegen Erweiterung und Gründung einer Gesellschaft eines gut eingeführten Vertriebes (für später ist eigene Herstellung vorgesehen) wird ein tätiger Partner gesucht. Erf. 200 000 bis 250 000 DM. Bewerb. unter A 2434 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

100 Pozent mehr . . .!
Erfolg durch Verkauf von Abonnements an kleine und mittlere Betriebe sowie Freiberufler. Ideal für selbständige Verkaufsprofis, die Ihr Angebot durch ein Loseblattwerk und Fachbücher ideal ergänzen können. Auch für Anzeigenverkäufer geeignet, die nach dem 2. Bein suchen. Rufen Sie mich bitte an: 02 28 / 35 82 04 (tgl. zwischen 9.00 und 12.00 Uhr) Herr Sängen.

FINANZANZEIGE



Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Bekanntmachung
über die prospektfreie Zulassung
zum Handel und zur amtlichen Notierung
an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg von

1. **DM 30 000 000,–**
   7 % Kommunalschuldverschreibungen — **Em. 365**
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 543
   1500 Stück à DM 100,– Nr. 1–1500
   4350 Stück à DM 1 000,– Nr. 1501–5850
   2550 Stück à DM 10 000,– Nr. 5851–8400
   Zinstermine: 1. April ganzjährig, erstmals am 1. April 1984,
   Tilgung: 1. April 1988 zum Nennwert;

2. **DM 50 000 000,–**
   6¾ % Hypothekenpfandbriefe — **Em. 368**
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 128
   verbrieft in mehreren Globalurkunden;
   der kleinste handelbare Wert beträgt 100,–.
   Zinstermine: 5. April ganzjährig, erstmals am 5. April 1984,
   Tilgung: 5. April 1988 zum Nennwert;

3. **DM 20 000 000,–**
   7¼ % Kommunalschuldverschreibungen — **Em. 369**
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 546
   verbrieft in mehreren Globalurkunden;
   der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–.
   Zinstermine: 1. April ganzjährig, erstmals am 1. April 1984,
   Tilgung: 1. April 1991 zum Nennwert;

4. **DM 40 000 000,–**
   7¾ % Kommunalschuldverschreibungen — **Em. 370**
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 547
   verbrieft in mehreren Globalurkunden;
   der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–.
   Zinstermine: 1. April ganzjährig, erstmals am 1. April 1984,
   Tilgung: 1. April 1993 zum Nennwert

5. **DM 50 000 000,–**
   8% Hypothekenpfandbriefe — **Em. 372**
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 129
   2500 Stück à DM 100,– Nr. 1– 2500
   7250 Stück à DM 1 000,– Nr. 2501– 9750
   4250 Stück à DM 10 000,– Nr. 9751–14000
   Zinstermine: 1. Juli ganzjährig, erstmals am 1. Juli 1984,
   Tilgung: 1. Juli1988 zum Nennwert;

6. **DM 30 000 000,–**
   7¼ % Kommunalschuldverschreibungen — **Em. 373**
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 549
   verbrieft in mehreren Globalurkunden;
   der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–.
   Zinstermine: 1. Juni ganzjährig, erstmals am 1. Juni 1984,
   Tilgung: 1. Juni 1988 zum Nennwert;

7. **DM 30 000 000,–**
   8% Kommunalschuldschuldverschreibungen — **Em. 374**
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 550
   verbrieft in mehreren Globalurkunden;
   der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–;
   Zinstermine: 1. Juni ganzjährig, erstmals am 1. Juni 1984,
   Tilgung: 1. Juni 1988 zum Nennwert;

8. **DM 20 000 000,–**
   8% Hypothekenpfandbriefe — **Em. 376**
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 130
   verbrieft in mehreren Globalurkunden;
   der kleinste handelbare Wert beträgt 100,–.
   Zinstermine: 1. Januar/1. Juli, erstmals am 1. Januar 1984,
   Tilgung: 1. Juli 1993 zum Nennwert;

9. **DM 30 000 000,–**
   7½ % Kommunalschuldverschreibungen — **Em. 377**
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 552
   verbrieft in mehreren Globalurkunden;
   der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–.
   Zinstermine: 1. August ganzjährig, erstmals am 1. August 1984,
   Tilgung: 1. August 1988 zum Nennwert;

10. **DM 50 000 000,–**
    7¾ Kommunalschuldverschreibungen — **Em. 378**
    Wertpapier-Kenn-Nr. 270 553
    2500 Stück à DM 100,– Nr. 1– 2500
    7250 Stück à DM 1 000,– Nr. 2501– 9750
    4250 Stück à DM 10 000,– Nr. 9751–14000
    Zinstermine: 1. Oktober ganzjährig, erstmals 1. Oktober 1984,
    Tilgung: 1. Oktober 1988 zum Nennwert;

11. **DM 50 000 000,–**
    8% Kommunalschuldverschreibungen — **Em. 379**
    Wertpapier-Kenn-Nr. 270 554
    verbrieft in mehreren Globalurkunden;
    der kleinste handelbare Wert beträgt 100,–.
    Zinstermine: 1. Sept. ganzjährig, erstmals am 1. Sept. 1984,
    Tilgung: 1. September 1988 zum Nennwert;

Alle Emissionen *dieser Bekanntmachung sind sowohl für die Bank als auch für die Gläubiger während der gesamten Laufzeit unkündbar.*

Für die Ausgabe der Emissionen wurden durch den Bundesminister der Finanzen, Bonn, unter dem Geschäftszeichen – VII A 2 – W 2531 – Genehmigungsbescheide erteilt.

Die Zulassungsstelle der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg hat mit Schreiben vom 3. November 1983 genehmigt, daß es für die Zulassung der vorstehend näher bezeichneten Emissionen zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg der Einreichung eines Prospektes nicht bedarf.

Damit sind die aufgeführten Emissionen gem. § 40 Abs. 1 des Börsengesetzes zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zugelassen.

Die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen lauten auf den Inhaber. Sämtliche Emissionen sind zur Girosammelverwahrung zugelassen. Die Emissionen 368, 369, 370, 373, 374, 376, 377 und 379 sind in mehreren Globalurkunden verbrieft und bei der Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, hinterlegt. Rechte aus diesen Globalurkunden sind nur im Wege des Effektengiroverkehrs *übertragbar. Die Bezahlung der fälligen Zinsen und Kapitalbeträge* wird durch die Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, vorgenommen.

Die Einlösung der Zinsscheine sowie der fälligen Stücke der Emissionen 365, *372 und 378 erfolgt kostenfrei an der Gesellschaftskasse in* Hamburg oder bei den sonst bekanntzumachenden Stellen.

Als **Sicherheit** für die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen dienen die in das Deckungsregister eingetragenen *Hypotheken und Kommunaldarlehen, einschließlich der diesen entsprechend* den Bestimmungen des Hypothekenbankgesetzes gleichgestellten Ersatzdeckungswerte. Darüber hinaus haftet die Bank mit ihrem gesamten Vermögen.

Alle unsere Emissionen betreffenden **Bekanntmachungen** werden satzungsgemäß im Bundesanzeiger und *außerdem in einem Pflichtblatt der* Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg veröffentlicht.

Die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen sind **mündelsicher**, können von Versicherungen für den **Deckungsstock** verwendet werden und *sind nach ihrer Börseneinführung lombardfähig.*

Hamburg, im November 1983 — Hypothekenbank in Hamburg



Hypothekenbank
in Hamburg

Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

UdSSR – COMECON
Industrieberatung für Osthandel übernimmt Dienstleistungen, technische Übersetzungen, **Vertretungen, Vertriebsberatung.** Maschinenbau, Apparatebau, Verfahrenstechnik, Nahrungsmittelindustrie.
Kontakt erbeten unter Postf. 21 06 47, 6700 Ludwigshafen/Rh.

Wohnmobil-Vertretung
Machen Sie sich selbständig. Nutzen Sie den Boom im Handel mit Motorhomes. Wir vergeben in jedem Bundesland nur je eine Vertretung. Garantierter Gebietsschutz. Nur wir (und Sie) verkaufen den in Deutschland absoluten Leistungs- und Preishit im Wohnmobilbereich (Alleinvertretung). Unser Fahrzeug wurde mit phantastischem Echo bereits auf der Caravan in Essen und in Fachzeitschriften vorgestellt. Für Gebietsübernahme inkl. eines fabrikneuen o. g. Reisemobils benötigen Sie ein Eigenkapital von DM 33 000,–.
Da Ihnen das komplette Fahrzeug mit dem dazugehörigen Verkaufs-Know-how zur Verfügung gestellt wird, eignet sich diese äußerst lukrative Tätigkeit (hohe Gewinne) auch für Neuanfänger und Branchenfremde. Partizipieren Sie am ständig steigenden Freizeitwert. Bewerbungen bitte mit seriösem Kapitalnachweis unter W 2408 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Als seltenen Glücksgriff und Erfolgsfall, als Berater und Regulator des Umfeldes für
Persönlichkeit, kleines traditionsbewußtes Unternehmen o. ä. im In- oder Ausland
möchte sich erweisen
43jähr. Dipl.-Ing., verbindlich, unabhängig, überzeugend, 15 J. selbständig, mit fest fundiertem, breiten Können und Umsetzungsvermögen in einer ganzen Reihe von Berufs- und Lebensbereichen.
Mit Leistung möchte ich Substanz vermehren und Sympathie und Vertrauen gewinnen.
Ang. erb. u. Y 1420 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Suchen Vertreter
selbständig oder im Angestelltenverhältnis, für eine patentierte **kokurrenzlose, gut verkäufliche Maschine für Karosserien-Instandsetzung.** Gute Verdienstmöglichkeit. Kundenpotential 40 000 Kfz-Betriebe.
Tel. 02 01 / 53 00 06 (Herr Thieme)

Leistungsfähige
Diamantfirma in Antwerpen
sucht Verbindung mit Grossisten und Händlern, welche auf eigene Rechnung mit Brillanten arbeiten. Auch kann Schmuck zu sehr günstigen Preisen geliefert werden. Strengste Diskretion wird zugesichert.
Alpilex Diamonds PVBA, De Keyserlei 58–60, B. 35, 2018 Antwerpen, Belgien, Tel. 0 03 23 / 2 33 91 60, Tlx. 72 941

Zwei leistungsorientierte Kaufleute, 42/43 J., zielstrebig, m. langjährigen Erfahrungen und gründlichen Kenntnissen im Verkauf, m. Verständis für technische Zusammenhänge, **suchen Handelsvertretung/en** für PLZ 3 u. 4, die dauerhaft gute Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Verbindungen zu Industrie u. Handel sind vorhanden. Büro, Telefon, Lagerraum sind gegeben.
Zuschrift. unter R 24 03 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 43 Essen.

Haben Sie neue Ideen
oder ein technisch gutes Programm, welches Sie als Geschäftsführer oder Teilhaber in einer Maschinenfabrik, mit modernen und vielseitigen Einrichtungen, verwirklichen und zum Erfolg führen wollen?
Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf
unter C 2194 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suchen Sie selbständige, freiberufliche Mitarbeiter?
Wir erstellen in Kürze einen Katalog für Tätigkeitsangebote. Senden Sie uns Informationen über Ihre Firma, Produkt, Verdienst usw. Wir veröffentlichen Ihre Angaben kostenlos. Verteilung in der ganzen BRD.
Agentur J. R., Postfach 19 04, 4450 Lingen 1

Dipl.-Ing., Vertriebsprofi mit bundesweiter Organisation, sucht Herstellerbetrieb zur Übernahme auf Rentenbasis. Zuschr. unt. Y 2278 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kurieraufgaben
u. Spezialaufträge weltweit übernimmt Tel. 0 23 81 / 5 03 12

Versandgeschäft
EDV-Anlage, zentrale Lage, sucht Produkte zum Vertrieb, event. Generalvertretung.
Angebote erb. unt. S 2184 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lagerraum, trocken
geeign. f. Textilien, Bauelemente o. a., frei. Distribution mögl., gut eingespieltes Team, Büro m. Tel., FS, Lieferwagen usw., Expreßgutstation. Evtl. Übern. v. Akquisition.
Ang. erb. u. A 2192 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln
bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918.
Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

Vertretung – Auslieferungslager in der Schweiz
Suchen Sie einen Handelspartner, der hilft, Ihre Präsenz in der Schweiz zu verbessern?
Nutzen Sie unsere Organisation und unsere gute Lage.
Kolb & Co, Postfach, CH-8037 Zürich

Welcher Unternehmer
benötigt Persönlichkeit fortgeschrittenen Lebensalters mit großer Lebens- und Berufserfahrung, leistungs- und anpassungsfähig, gesund? Grundausbildung: Bank, Absatz, Marketing, rechtserfahren, in Spitzenpositionen und eigenem Unternehmen. Inserent steht für verantwortungsvolles Mandat vertretungs- *oder überbrückungsweise zur Verfügung im Raum München, Oberbayern.* Bankreferenz, eig. kompl. Büro, Kfz stehen zur Verfügung. Zuschr. werden erb. und streng vertraulich behandelt unt. Z 2191 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ich suche für eine
Mandantin
Fachklinik mit hervorragendem Ruf in medizinischer und persönlicher Betreuung in guter Lage in Südwestdeutschland – einen Repräsentanten in den Arabischen Golfstaaten zur Kontaktnahme für Spezialbehandlungen im Klinikbereich meiner Mandantin in der Bundesrepublik.
Angebote erbeten an Rechtsanwalt Dr. B. Waldmann, Kaiser-Joseph-Straße 248, 7800 Freiburg.

Kurieraufgaben in Europa
Eigenes Flugzeug vorhanden. Übernimmt für Sie diskret und zuverlässig.
Zuschr. erb. u. T 2493 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Suchen Spedition
die bei uns abladen zwecks Weiterleitung für den Bereich Südeifel, Moselraum, Belgien und Luxemburg. Spedition Hans Franz, Speditionslager Neuenburg-Eifel, Am Bahnhof, 5528 Neuenburg, Tel. 0 65 64 / 44 65.

Vertrieb
für die einzige mit Weltpatenten und vielen internationalen Auszeichnungen vers. Zahnbürste in versch. Bezirken der BRD u. Berlin gesucht. Hohe Verdienstmöglichkeiten.
Anfragen bitte an Macodent-Alleinvertrieb, Postfach 120, 2807 Achim-Baden

Spanien – Immobilien
Immobilienbüros, Agenturen und Einzelpersonen für den Vertrieb von Immobilien in Spanien gesucht. Attraktives Angebot und interess. Provisionen.
Ang. u. B 2391 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Büroadresse in Dortmund
(südl. Innenstadt, Nähe B 1)
Vermietung v. einem od. mehreren Büroräumen m. kompl. Büroservice. Telefondienst, Schreibkräfte, eine ges. Büroorganisation, auch Buchhaltung (EDV) steht z. Verfügung. Auch als Kontaktbüro u. Zweigstelle geeignet.
Informationen unter L 2399 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Millionen verdienen
durch gezieltes Engagement.
Millionen erzielen mit pfiffigen Ideen + Trainingsprogramme der Topmanager + Bewährte Möglichkeiten mehr Geld zu machen + Spezialreports für den lukrativen Unternehmensaufbau und die erfolgreiche Unternehmensführung. Gratis-Info anfordern bei B.U.G.-GmbH, Hiltenweg 2, U 03, 6931 Weilheim

Selbständige Wasserinstallateure
als Vertragshändler, mit Übernahme einer Kundendienststelle, auf dem Gebiet der Wasseraufbereitung ges.
Bewerbungen bitte unt. C 2436 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

IBM SERVICE-PLAKETTEN 1984
bedeuten 1 Jahr VOLLSERVICE durch IBM-Techniker
01–10 Plaketten à DM 255,–
11–20 Plaketten à DM 245,–
21–50 Plaketten à DM 240,–
+ 14 % Mehrwertsteuer
SERVICE-VERMITTLUNG SEBASTIAN
Sperberweg 19
7500 Karlsruhe 51
Tel. 0721 – 88 16 36

Wollen Sie selbständig werden?
Gut eingeführter Alleinvertrieb hat noch einige Verkaufsgebiete in Süddeutschland und Berlin-West sofort zu vergeben. Die Auslieferung und Teilwerbung wird von uns aus durchgeführt. Wegen Übernahme sind 20 000 DM erford. Bewerbung unt. C 2392 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.
Handelswaren-Vertrieb Schubach GmbH
Daimlerstr. 7, 3160 Lehrte
Tel. 0 51 32 40 43
FS 9 23 450

Offshore Markt, norwegischer Teil:
Prüfen Sie diesen Markt für Ihr Unternehmen.
Wir bieten:
- Prüfung der Voraussetzungen
- Erledigung aller Formalitäten
- *Kontaktvermittlung*
- Interessenvertretung in Norwegen

Zuschriften unter V 1857 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Renten nachgebend

Am Rentenmarkt stabilisierte sich die Lage bei den Pfandbriefen und Kommunalobligationen. Dagegen gaben öffentliche Anleihen noch weiter nach, obwohl der Dollar-Kurs etwas niedriger lag. Von den Banken werden Auslandsverkäufe gemeldet, die damit begründet werden, daß sinkende Zinsen in der Bundesrepublik kaum mehr zu erwarten sind und daß die D-Mark vor allem aus politischen Gründen nicht mehr als Aufwertungswährung gelten kann. Bei den DM-Auslandsanleihen, bei denen die Neuemissionen überwiegend im Inland placiert werden müssen, gaben die Notierungen bis zu einem Viertelpunkt nach.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

(Kurstabellen 22. 11. / 21. 11. – [illegible])

GROSSBRITANNIEN / Geregelter Freiverkehr

Die Börse der Kleinen

WILHELM FURLER, London

Vor wenigen Tagen ereignete sich in der Londoner City ein bemerkenswerter Vorgang. Die Casino-Gesellschaft von Londons Knightsbridge, Aspinall Holdings, ging an die Börse, und bot rund 15 Prozent ihres Kapitals zur Zeichnung an. Das Angebot wurde 55fach überzeichnet, der Kurs *stieg um 42 Prozent über den Angebotspreis* von 115 Pence je Aktie auf 163 Pence.

Natürlich kann sich all dies nicht an der seriösen Londoner Stock Exchange *abgespielt haben. Vielmehr* ging die Casino-Gesellschaft, die in London einen feinen Namen hat, an *die Londoner Börse für den geregelten* Freiverkehr, in London kurz USM (Unlisted Securities Market) genannt. Anfang dieses Monats hat die USM dreijähriges Bestehen begangen.

Bis zur Gründung der USM wurden Aktien, die nicht für den regulä*ren Börsenhandel zugelassen und no*tiert waren, im ungeregelten Freiverkehr „over the counter" gehandelt. Der geregelte Freiverkehr an der USM, das hat die bisherige Erfahrung gezeigt, hat sich bestens bewährt.

Nahezu die Hälfte der dort gehandelten Werte stammen aus den Bereichen *Öl und Elektronik, ein weiterer* Brocken aus der Unterhaltungsbranche. Der Hauptgrund für die Einführung der USM durch die Londoner Wertpapierbörse war der wachsende Bedarf kleiner und neugegründeter Unternehmen, in einer geregelten Börsen-Umwelt an Kapital aus der Londoner City zu *gelangen, um die* eigene Unternehmensentwicklung voran zu treiben.

Entsprechend wurden die strengen Regeln, die für den regulären Börsenhandel gelten, für die USM erheblich gelockert. So benötigen neue Mitglieder lediglich einen dreijährigen Ge*schäftsnachweis, während es an der* Hauptbörse fünf Jahre sind. Desweiteren brauchen die Unternehmer, die an die USM gehen, nicht mehr als zehn Prozent des Kapitals zur Zeichnung anzubieten. Die Bestimmung für Papiere im geregelten Börsenhandel dagegen lautet, daß zumindest ein *Viertel des Aktienkapitals in fremde* Hände gehen muß.

Vor drei Jahren startete die USM mit elf Unternehmen, heute sind es bereits 220. Diese rapide Entwicklung haben auch die Initiatoren von der Stock Exchange nicht erwartet. Allein in den ersten neun Monaten *dieses Jahres sind 63 Unternehmen* neu hinzugekommen. Der Börsenwert liegt inzwischen bei insgesamt 2,1 Milliarden Pfund, umgerechnet knapp 8,4 Milliarden Mark. Und ob*wohl die Erhältlichkeit dieser Aktien* relativ beschränkt ist, da sie von den Unternehmern stark kontrolliert werden, hat der Umsatz bisher in diesem Jahr immerhin eine Million Pfund erreicht.

In zwei weiteren Eigenschaften unterscheidet sich die USM wesentlich von der regulären Londoner Börse: Sie stellte einen hochspekulativen Markt dar, und ein nicht unerheblicher Teil der Aktien versinkt nach der Einführung in völliger Bedeutungslosigkeit – jedenfalls was den Handel anbelangt. Dies liegt vor allem daran, daß kaum Informationen *und Börsentips über die USM veröf*fentlicht werden. Entsprechend spekulativ und durchaus riskant läuft das Geschäft ab, im übrigen auch deshalb, weil sich unter neuen USM-Aktien durchaus solche im Prinzip „kaputter" Unternehmen befinden können.

Entsprechend hat die Stock Exchange darauf bestanden, daß jede USM-Aktie den rotgedruckten Hinweis in Großbuchtstaben trägt, wonach dieses Wertpapier nicht zum regulären Börsenhandel zugelassen ist, und daß das Unternehmen nicht den scharfen Bestimmungen unterliegt, wie sie an der Stock Exchange gelten. Doch trotz des stark spekulativen Elements an der USM, wo die Aktien nach Ansicht einzelner Börsenexperten um etwa 30 Prozent überbewertet sind, finden immer mehr institutionelle Anleger Interesse.

Eines macht vielen Beteiligten jedoch große Sorge: Was passiert mit den durch Spekulation und „Rasches-Geld-Machen" hochbewerteten USM-Papieren in einem so dünnen Markt, wenn es plötzlich zu einer Baisse-Phase kommt? Die nächste Baisse werde zum entscheidenden Test für den geregelten Preisverkehr, meinte ein Broker. Doch vorerst jedenfalls ist davon an der USM nichts zu spüren.

RISIKOKAPITAL / Institut für Mittelstandsforschung legt Gutachten vor

Der Staat sollte sich zurückhalten

HANNA GIESKES, Bonn

„Mehr Markt ist möglich" – zu dieser Schlußfolgerung kommt das Institut für Mittelstandsforschung, *Bonn, in seinem jüngsten Gutachten* zur Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Risikokapital. Der Staat sollte sich nach Ansicht des Forscherteams unter Leitung von Pro*fessor Horst Albach* bei der Finanzierung risikoreicher Investitionen zurückhalten. Dies setze freilich voraus, „daß er die Früchte aus der Übernahme von Risiko bei Investitionsentscheidungen *steuerlich* entlastet".

Die Mittelstands-Experten halten es für „ordnungspolitisch wichtig", den Staat nicht immer weiter in eine Rolle der Risiko-Partnerschaft hineinzudrängen, „denn die Risiken einer allzu weitgehenden Sozialisierung von Risiken für die Gesamtgesellschaft sind inzwischen deutlich sichtbar geworden". Die Sozialisierung von Risiken habe zudem nicht *mehr, sondern weniger Risikobereit*schaft zur Folge: „Es wird für den Staat immer teurer, die privaten Anleger zur Risikoübernahme zu bewegen."

Investitionen in neue Produkte, neue Verfahren und zusätzliche Arbeitskräfte seien indes heute notwen*diger denn je. Nur so werde es gelin*gen, die Strukturkrise der Wirtschaft zu überwinden und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Voraussetzung dafür sei eine Verbesserung der Ertragslage in den Unternehmen, die sich zur Zeit bereits abzeichne. Um die gewünschten Investitionen zu finanzie*ren, reiche dies jedoch ebensowenig* wie eine „durchaus wünschenswerte" steuerliche Entlastung der Gewinne – „den Unternehmen muß Risikokapital von außen zugeführt werden".

Die Verfasser des Gutachtens halten dies auch aus gesellschaftspolitischen Gründen für notwendig, „denn in Zeiten steigender Unternehmensgewinne lebt die Verteilungsdiskus*sion auf*". Die Forderungen nach Umverteilung kämen um so nachdrücklicher, je weniger es gelinge, durch zusätzliche Investitionen schnelle und deutliche Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit zu erzielen. Dafür seien Investitionen in einem Umfang erforderlich, die mit dem in den Unternehmen selbst gebildeten Kapital nicht finanziert werden könnten, „*jedenfalls nicht schnell genug*".

Das Institut für Mittelstandsforschung setzt sich für den Abbau der zahlreichen Hemmnisse ein, die es derzeit den Unternehmen erschweren, risikotragendes Kapital von außen zu beschaffen. Darüber hinaus seien jedoch zusätzliche Anreize nötig, um dieses *Risikokapital zu mobi*lisieren.

Den Wirtschaftspolitikern empfeh*len die Forscher* deshalb, alle Hindernisse beiseite zu räumen, die der privaten Aufbringung von Risikokapital entgegenstehen. Der inzwischen eingeleitete Prozeß des Abbaus steuerlicher Vorschriften, die die Beschaffung von Eigenkapital gegenüber der Beschaffung von Fremdkapital dis*kriminieren, sei fortzusetzen.*

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist nach der Meinung der Gutachter eine besonders wichtige Voraussetzung für die Bildung von Risikokapital: „Die Lösung dieser Aufgabe sollte weder aufgeschoben noch verzögert werden." Dabei sei zu be*denken, daß dieses Ziel weniger ge*fährdet werde durch Maßnahmen, die zur Entlastung zukünftiger Gewinne aus risikoreichen Investitionen beitragen als durch Maßnahmen, die die Finanzierung der Investition steuerlich erleichtern. Darüber hinaus ziehen die Forscher Lösungen, die der Finanzierung risikoreicher Investitionen dienen, einer Verbesserung der Kapitalstruktur vor.

Das Gutachten enthält eine Reihe detaillierter Empfehlungen, „um die Dämme einzureißen, die den Fluß privaten Kapitals hin zu risikoreichen Investitionen behindern". So plädiert Albach für die Schaffung eines zweiten Börsenmarktes mit niedrigeren Marktzutrittskosten, „denn der Kapitalmarkt in der Bundesrepublik Deutschland hat sich für die Ri*sikokapitalversorgung als wenig effi*zient erwiesen". Albach greift hier die Vorschläge der Börsensachverständigenkommission auf.

Im Gutachten wird außerdem empfohlen, daß sich Versicherungsgesellschaften verstärkt an der Bereitstellung von Risikokapital beteiligen. Ei*ne weitere Verbreitung der Genuß*scheine eröffne nach Ansicht der Mittelstandsforscher ebenfalls vielfältige Möglichkeiten zur Beschaffung von Risikokapital.

Die Politik der Abschreibungserleichterungen über das betriebswirtschaftlich notwendige Maß hinaus sei einzustellen, heißt es weiter. Hier entstehe ein „Zwang zur Selbstfinanzierung", weil Teile der Umsatzerlöse, die eigentlich Gewinne seien, *als Auf*wand an das Unternehmen gebunden würden, und weil dadurch der erwirtschaftete Gewinn nach außen hin zu niedrig erscheine, was die Attraktivität des Unternehmens für externe Kapitalgeber mindere.

Ferner plädieren die Wissenschaft*ler für den Ausbau der Existenzgrün*dungsprogramme von Bund und Ländern. Außerdem schlagen sie eine Verbindung vermögenspolitischer Maßnahmen mit der Risikokapitalbeschaffung und einen Sparerfreibetrag für Sparen in Risikokapital vor.

BAUWIRTSCHAFT / Langfristig erfreuliche Aspekte

Noch keine Marktsättigung

HEINZ HILDEBRANDT, Bielefeld

Die Bauwirtschaft hat zweifellos eine hohe gesamtwirtschaftliche Bedeutung, nicht nur als einer der größten Wirtschaftszweige in unserem Lande, sondern vor allem wegen der erheblichen Impulse, die von ihr für zahlreiche andere Branchen ausgehen. Für die Konjunkturbelebung hat sie eine ausgesprochene Lokomotivfunktion. Wie weit sie dieser bereits wieder nachkommt, läßt sich entsprechend dem Standpunkt des Interpreten allerdings nur subjektiv beurteilen.

Der für das Bauwesen zuständige Bundesminister Oscar Schneider sieht die gegenwärtige Lage selbstverständlich optimistisch, und er kann durchaus Zahlen vorlegen, die diese Betrachtungsweise rechtfertigen. So wurden beispielsweise zwischen Januar und August 1983 fast 25 *Prozent mehr Wohnungen neu zum* Bau genehmigt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, und die realen Auftragseingänge überschritten im gleichen Zeitraum das Vorjahresniveau um 27 Prozent.

Beschäftigungspolitisch blieb das nicht ohne Auswirkung. Die zwar im*mer noch relativ hohe Zahl von rund* 106 000 arbeitslosen Bauarbeitern war im September die niedrigste seit Ende 1981. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Auftragseingänge von heute bereits morgen zur besseren Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft führen, zusätzliche Arbeitskräfte *jedoch noch nicht* unbedingt erfordern. Trotzdem sollten sich die spürbaren Nachfrageimpulse im Wohnungsbau von 1983 positiv auf Produktion und Beschäftigung 1984 auswirken.

Langfristig sind weitere, durchaus erfreuliche Aspekte zu erkennen. Das *gilt auch für die Baupreise.* Diese lagen beispielsweise im August mit plus 2,6 Prozent unterhalb der allgemeinen Teuerungsrate. Setzt sich diese Entwicklung fort, kann sie bei gleichermaßen rückläufiger Sparbereitschaft Impulse für zusätzliche private Bauinvestitionen geben. Immerhin verfügen die rund 15 Millionen bundesdeutschen Bausparer *mit ih*ren 16 Mill. Bausparbriefen über ein Ansparvolumen von nahezu 530 Mrd. DM, eine beachtliche Summe, die einiges bewegen könnte.

Eine gewisse Belebung, allerdings von einem sehr geringen Niveau, ist auch im gewerblichen Bau zu verspüren, und sogar der öffentliche Bau verzeichnet einen leichten Zugang, der jedoch nur vom Tiefbau getragen wird. Im Hochbau ist die Auftragsvergabe nach wie vor rückläufig. Dies jedoch ausschließlich auf die leeren Kassen der öffentlichen Hand zurückzuführen, wäre eine große *Vereinfachung. Die größeren* Bauvorhaben, seien es nun Krankenhäuser oder Schulen, Verwaltungsgebäude oder Sportanlagen, sind abgewikkelt.

Große Chancen haben jetzt die mittelständischen Bauunternehmen, die sich vorwiegend auf den Wohnungsbau konzentrieren. Hier kann von einer Sättigung noch lange keine Rede sein. Der Markt besteht nicht nur aus *potentiellen Neubauten, sondern* nach wie vor aus der Altbausanierung. Rund 7 Mill. Wohnungen können dafür noch herangezogen werden, und das nicht etwa nur solche, die um 1920 gebaut wurden, sondern auch noch manche von 1960.

Daß der Staat hierbei nicht aus seinen *Verpflichtungen* entlassen ist, liegt auf der Hand. Mit steuerlichen Maßnahmen kann er genauso helfen wie mit dem Abbau vieler gesetzlicher Vorschriften und Verordnungen. Anfänge sind hier bereits gemacht, mehr noch bleibt zu tun.

MARKENARTIKEL / In die Defensive geraten

„Preis allein kein Maßstab"

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Die Diskussion um Marken und Preise, *die sich auf der Anuga im* Vormonat wie ein roter Faden durch die ganze Veranstaltung zog, ist noch längst nicht beendet. Immer mehr zeigt sich, daß der Markenartikel mit seinem hohen Anspruch unter Druck geraten ist und daß er sich trotz vieler gegenteiliger Beteuerungen in der *Defensive befindet. Daß nun auch die* Edeka als letze der großen Handelsorganisationen etwas verschämt ein eigenes „Alternativ"-Programm offeriert, hat offensichtlich auch die letzten Verfechter der Nur-Markenartikel-Politik zumindest nachdenklich gemacht.

Bei Guido Sandler, Vorsitzender des Markenverbandes, bei Markenartikel-Hersteller Dr. Oetker in führender Position, ist das durchaus der Fall: „Der Markenartikel ist nach wie vor eine gute Institution, aber er hat sich zu spät in die Preisdiskussion eingeschaltet und nicht immer und *nicht ausreichend seinen hohen Qua*litätsstandard und seine Service-Leistungen in den Blickpunkt gerückt." Zu den Service-Leistungen des Markenartikels rechnet Sandler nicht zuletzt auch die erheblichen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen sowie die Erzielung von Kaufanreizen durch die Werbung, aus denen der Handel seinen Nutzen zieht. Auf keinen Fall dürfte der Preis der alleinige Maßstab für die Beurteilung eines Artikels sein.

Die sogenannten weißen Artikel haben sich laut Sandler inzwischen in eine Pattstellung hineinmanövriert, da keine Handelsgruppe damit eine Alleinstellung und somit einen Wettbewerbsvorteil erzielen konnte. Heute stehen Weiße gegen Weiße; die Folge ist, daß sie entweder zu niedrig *kalkuliert werden oder sich zwangs*läufig in Richtung zur Handelsmarke entwickeln. Handel und Hersteller sollten daher einen Schritt aufeinander zu tun und ihre Position überprüfen. Einen Preisunterschied von fünf bis zehn Prozent zwischen Handelsmarke und Markenartikel hält Sand*ler für durchaus akzeptabel, Preisdif*ferenzen von 30 bis 40 Prozent wie gegenwärtig jedoch nicht für tragbar.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Herman F. Achminow: Am Großen Krieg „vorbeischleichen". Europrisma-Verlag, Bonn. 304 Seiten, 29,80 Mark.

Immer wieder wird in der Sowjetunion die Forderung nach einer durchgreifenden Reform des Wirtschaftssystems erhoben. Von maßgebenden Vertretern der *Wirtschaftswissenschaften und auch* von Vertretern der Planungsbehörden werden konkrete Vorschläge für ihre Durchführung gemacht. Aber stets stocken diese Vorhaben schon im ersten Anlauf. Achminow zeigt in den ersten Kapiteln seines – sich zur Hauptsache mit soziologi*schen und politischen Fragen* beschäftigenden – Buches, wie die Entwicklung zur Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die sowjetische Wirtschaft drängt. Damit würde aber unumgänglicherweise auch ein politischer Freiheitsraum entstehen, den die Parteifunktionäre nicht *hinzunehmen* bereit sind, denn er würde ihre Machtstellung einschränken und gefährden.

Bernhard Hartmann: Der ausscheidende Gesellschafter in der Wirtschaftspraxis, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln 1983, 355 S., 97 Mark.

Die Neuauflage erweitert den Untersuchungsgegenstand auf das Ausscheiden eines Gesellschafters. Der Schwerpunkt der Darstellung bleibt aber bei dem Ausschluß und der Abfindung eines Gesellschafters. Der Praktiker erhält mit dem Werk die Möglichkeit, sich umfassend und schnell über den gesamten Problembereich zu informieren. Die *Arbeit berücksichtigt neben* den handelsrechtlichen Grundlagen ebenfalls die steuerrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Bezüge und stellt die erforderlichen Querverbindungen her.

Ernst Horber: Grundbuchordnung, C. H. Beck . Verlag, München 1983, 1141 S., (Ln.), 98 Mark.

Das Grundbuch und damit auch die Grundbuchordnung sind wesentlich dazu bestimmt, Klarheit über den dinglichen Rechtszustand an Grundstücken herzustellen. Klarheit in der Erläuterung und Auslegung der Grundbuchordnung verschafft der Kurzkommentar von Horber, der mit der nun vorgelegten 16. Auflage Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum auf den Stand von März 1983 *bringt.*

Helwich/Kreutzkam: Fristentabelle, Stollfuß Verlag, Ausgabe 1982/83, 64 S., 26,80 Mark.

Grundsätzlich beträgt die Verjährungsfrist 30 Jahre, doch für viele Ansprüche ist sie wesentlich kürzer. Vielfach entscheidet das rechtzeitige Einlegen von Rechtsmitteln oder Rechtsbehelfen über Erfolg oder Mißerfolg bei der Führung von Prozessen. Und es gibt nichts Ärgerlicheres und Schlimmeres, als durch ein formales Argument von der Durchsetzung berechtigter Ansprüche abgeschnitten zu sein. Regelmäßig verhindert auch das Wissen um Kündigungs- und Verjährungsfristen große Vermögensnachteile.

BGH: Kein Vetorecht für Geschäftsführer

dpa/VWD, Karlsruhe

Die Bestellung und Anstellung der Geschäftsführer in einer mitbestimmten GmbH ist allein Aufgabe des aus Vertretern der Arbeitgeber- und *Arbeitnehmerseite zusammen*gesetzten Aufsichtsrates. Nach einem kürzlich vom Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe veröffentlichten Grundsatzurteil ist nach Sinn und Zweck des Mitbestimmungsgesetzes auch in einer mitbestimmten GmbH wegen des engen Sachzusammen*hangs zwischen* Bestellung und Anstellung, die einheitliche Zuständigkeit des Aufsichtsrates gegeben.

Der Aufsichtsrat kann laut Urteil des II. Zivilsenats des BGH nur dann eine sachgerechte Auswahl treffen, wenn er auch die Anstellungsbedin*gungen in seine Überlegungen* einbeziehen kann. Ein Vetorecht für den Vorsitzenden der Geschäftsführung sei mit dem Mitbestimmungsgesetz ebenfalls nicht zu vereinbaren, so*weit es die Rechtsstellung des* Arbeitsdirektors beeinträchtige, hieß es in der Entscheidungsbegründung. Der Arbeitsdirektor sei vielmehr nach dem Mitbestimmungsgesetz gleichberechtigtes Mitglied der Geschäftsführung für den Bereich der Personal- und Sozialfragen.

Zwar sei auch er Mehrheitsentscheidungen unterworfen, doch dürfe sein gesetzliches Recht auf einen eigenständigen Geschäftsbereich nicht dadurch ausgehöhlt werden, daß er einem Vetorecht eines anderen Mitglieds der Geschäftsführung ausgesetzt werde. (Aktenzeichen: II ZR 33/83 vom 14. November 1983)

WESTAFRIKAFAHRT / Harte Konkurrenz um schrumpfendes Ladungsaufkommen

Piraten sind nur eines der Probleme

D. F. HERTEL, Hamburg

Westafrikafahrt wurde einst bei Seeleuten gleichgesetzt mit Tropen, Abenteuer, Exotik, Palmen und Strand. Wer Westafrikafahrt sagte, meinte Fernweh, aber auch Gelegenheit, Reichtümer zu erwerben; meinte Ausbruch aus der Enge des alten Kontinents Europa.

Westafrikafahrt heute: *Das ist Kon*kurrenzkampf bis zum letzten Pfennig. Das ist extreme Anforderung an kaufmännische mehr als an nautische Fähigkeiten. Knapp sechs Millionen Frachttonnen waren es im vorigen Jahr, die zwischen dem Nordkontinent, der Hamburg-Antwerpen-Range, und der Westküste Afrikas – von Dakar in Senegal bis Pointe Noire in Kongo-Brazzaville – transportiert wurden. Knapp die Hälfte davon konnten sich die 23 in der Continent West Africa Conference (COWAC) zusammengeschlossenen Linienreedereien sichern. Für den etwas größeren Rest sorgten „Outsider", die sich weder an Ratenvereinbarungen noch *an Ladungsaufteilungen hielten.*

Auch die Konferenzreedereien unterboten gelegentlich das vereinbarte Ratenniveau. Sie gaben Rabatte, und die Folge war ein allgemeines Catch-as-catch-can, weil zu viele Reeder und zu viele Schiffe am schrumpfenden Ladungsaufkommen teilhaben wollen. In diesem Jahr ist das Gerangel noch heftiger geworden. Weil es den afrikanischen Staaten an Devisen mangelt, schrumpft das Ladungsaufkommen. Jede Reederei bemüht sich, *ihren Anteil zu halten – oder auf* Kosten der Konkurrenz zu vergrößern.

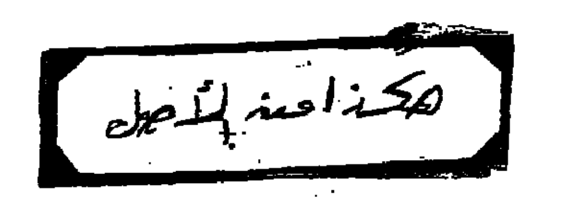
Einen Lichtblick gibt es jedoch: Die noch 1982 große Piratenplage speziell auf den Reeden vor den nigerianischen Häfen ist im Schwinden. Schiffe aus westlichen Ländern waren dieser Gefahr nahezu schutzlos ausgeliefert. Wenn es nicht gelang, enternde Räuber mit dem scharfen *Strahl der Feuerlöschschläuche zu* vertreiben, gingen sie zielstrebig ihrem Handwerk nach. Aufgebrochene Container, entwendete Schiffskassen, aus den Halterungen gerissene Funkgeräte waren ihre Beute. Nur an die Schiffe unter der Flagge der Sowjetunion wagen sich die Piraten nicht heran, denn hier wird scharf geschossen.

Doch die Piraten waren nicht das einzige Problem. Geblieben sind die bürokratischen Hemmnisse, geblie*ben ist die westafrikanische Mentali*tät. 21 Stempel für eine einzige Kiste mit Importgut sind keine Seltenheit. Und daß ein Container mitsamt seiner wertvollen Ladung irgendwo im Busch *spurlos verschwindet*, zählt auch nicht zu den Ausnahmen. Von der Vorliebe der Landesbewohner, einen Leercontainer zum Eigenheim oder zum Schweinekoben umzufunktionieren, einmal ganz zu schweigen.

Eine der 23 Konferenzreedereien für Westafrika ist die Woermann-Linie, die zur Reederei Deutsche Afrika-Linien gehört. Sie hat im vorigen Jahr rund 1,1 Millionen Tonnen in diesem Fahrtgebiet befördert. Zwei Drittel davon südgehend, auf der *Rückfahrt waren die Schiffe in der* Regel halb leer. Drei moderne Containerschiffe (davon eins unter der Flagge der *niederländischen Partnerin* Nedlloyd) und sechs konventionelle Stückgutfrachter waren und sind im Einsatz.

Knapp 600 000 Tonnen sicherte sich der West Africa Joint Service, in dem vier Reedereien zusammengeschlossen sind: die britischen Palm Line und Elder Dempster Lines, die dänische Hoegh Lines und die nige*rianische Staatsreederei Nigerian Na*tional Shipping Line. Dieses Konsortium setzt im Gegensatz zum Woermann-Konzept (Container und konventionelle Ladung) auf ihr „Bolster-Konzept". Danach wird die Ladung nicht in Container (die diebstahlsgefährdet sind und hohe Rücktrans*portkosten erfordern*) verladen, sondern auf stählerne Paletten mit Containermaß. Das erleichtert den Umschlag – erfordert aber auch eine seemäßige Verpackung der Transport*güter, wie sie im Container nicht* nötig ist.

Ein *drittes Konzept im Westafrika*verkehr bietet die konferenzunabhängige Reederei Baco-Liner, die zur Bremer Rhein-, Maas- und Seeschifffahrtskontor GmbH gehört. Die beiden Schiffe dieser Reederei befördern nicht nur Container, sondern auch „Barges" (antriebslose Binnen- und Hafenschiffe), die in Westafrika ihre Güter auf den Flüssen weit in das Landesinnere befördern können. Zu den bevorzugten Rückfrachten der beiden Schiffe, deren Rundreise jeweils sechs Wochen dauert, gehört Kakao.



PORSCHE-AUDI IN USA / Rekordumsätze

Den Luxusmarkt im Visier

H.-A. SIEBERT, Washington

Während über der Volkswagen of America Inc. weiterhin Schatten liegen, weil sich auch der vergrößerte Golf („Rabbit") kaum als ein Verkaufsschlager erweisen wird, marschiert die Porsche-Audi-Abteilung mit strammem Schritt voran. Ihr zugute kommen drei Faktoren, ohne die eine Autofirma in den USA keine Fortüne haben kann: gute Konjunktur, zielstrebiges Management und die richtigen Modelle.

Die sich abzeichnende Erfolgsstory schreibt Peter Fischer (38), der in Hamburg Betriebswirtschaft studierte und seit Mai 1982 die „Division" mit Sitz in Troy, Michigan, als Vizepräsident leitet. Seine steile Karriere unterstreicht, daß deutsche Niederlassungen in den USA nicht immer von Amerikanern geleitet werden müssen. Die VW of America hat damit bittere Erfahrungen gemacht.

Aus gutem Grund ist Fischer obenauf – „*he is riding high*", wie man in Amerika sagt: Wenn die 100prozentige US-Tochter der Volkswagen AG im vergangenen Jahr nach langer Durststrecke schwarze Zahlen erwirtschaftete, dann war „Porsche-Audi maßgeblich daran beteiligt". 1983 wird seine Abteilung rund 1,2 Milliarden Dollar umsetzen – in amerikanischer Währung ein Rekord.

Das bisher beste Jahr für Porsche-Audi liegt weit zurück: 1974 setzte sie in Amerika 71 000 Wagen ab – 50 000 Audi und 21 000 Porsche. Weiter ging es im Zickzackkurs, wobei die Aufwertungsphase der Mark lange als Bremse wirkte. Im Rezessionsjahr 1982 sackten die Gesamtverkäufe noch einmal von 62 000 auf 59 600 Wagen, davon 45 800 Audi und 13 800 Porsche. Erst jetzt ist das 74er Niveau fast wieder erreicht.

Laut Fischer werden in diesem Jahr 48 000 Audi und 21 500 Porsche, also insgesamt 70 000 Pkw, in den Vereinigten Staaten verkauft. Das Plus geht in der Hauptsache auf das Porsche-Konto; bei den Händlern sind Audi-Modelle knapp. Gut in den USA angekommen ist der Audi 5000 S (Audi 100 CD), 31 500 fanden einen Käufer. Der Rest entfällt auf den 4000 S (Audi 80); abgesetzt wurden außerdem 234 (1982: 285) große Quattro, die in Amerika 35 000 Dollar kosten.

Im kommenden Jahr will Fischer 61 000 Audi und 23 000 Porsche an den Mann bringen. Auf dem US-Markt eingeführt worden ist jetzt der Audi 4000 S Quattro, im Januar folgen der 5000 Waggon und der 5000 Turbo, auf den viele Amerikaner wegen der größeren Beschleunigung warten. Audi bietet mithin ab 1984 in Amerika die gesamte Palette an. Seinen Optimismus stützt Fischer auf die Konzernprognose, wonach im nächsten Jahr in den USA mehr als zehn (1983: 9,1 bis 9,2) Millionen Autos verkauft werden. Die eingeschlossenen Einfuhren – 2,2 Millionen – nehmen etwa im gleichen Tempo zu.

Mit der „full line" kann Audi nun den Vorstoß in die untere Hälfte der amerikanischen Luxusklasse – Autos über 12 000 Dollar zu 82er Preisen, ihre Zahl verdoppelt sich in wenigen Jahren auf 1,8 Millionen – verstärken. Unmittelbare Gegner sind der Volvo, die Dreierreihe von BMW und der kleine Mercedes. Als Käufer hat Fischer auch „Aufsteiger" und „Rückströmer", zum Beispiel von Cadillac, im Visier, die rund 40 Jahre alt sind und im Jahr 40 000 bis 45 000 Dollar verdienen. Bis Mitte 1985 will er ein Prozent dieses Marktes erobern. Das wären dann rund 100 000 Porsche- und Audi-Wagen.

Folgt man Fischer, dann wird sich Porsche nicht von Volkswagen of America trennen. „Wir werden zusammenbleiben", sagte er.

LOGISTIK / Im Lagerbestand stecken oft enorme Rationalisierungs-Reserven

Großer Nachholbedarf im Mittelstand

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Der Untergang von Unternehmen liegt nicht selten in der Vorratswirtschaft begründet", meint Norbert A. Harlander, Professor an der Fachhochschule Koblenz. Zu hohe Lagerbestände, unzulänglich organisierter Materialfluß und als Folge all dessen eine zu hohe Kapitalbindung bedeuten besonders in Zeiten hoher Zinsen eine enorme Belastung für die Unternehmen, die durchaus zur Illiquidität führen kann.

Das Ausmaß wird gern unterschätzt: Im Durchschnitt der Industrie sind etwa 30 Prozent des Umsatzes in Beständen gebunden, schätzt Hans Messer, Frankfurter Handelskammerpräsident. „Da sind dann die Zinsen häufig höher als der Jahresgewinn", hat er beobachtet. Insgesamt geht es, so jedenfalls die Schätzung des für solche Probleme mit zuständigen Bundesverbands Materialwirtschaft und Einkauf (BME), um ein Volumen von 240 Milliarden Mark, das derzeit in deutschen Unternehmenslägern stillgelegt ist.

Diesen Berg wenigstens teilweise abzutragen, würde sich nicht nur volkswirtschaftlich lohnen, sondern auch für den einzelnen Betrieb. Denn die Kosten dafür sind beeindrukkend. „Rund 25 Prozent des Wertes gelagerter Güter müssen pro Jahr im Schnitt für die Lagerhaltung kalkuliert werden", weiß Hermann Stübig (Vorstand Audi/NSU), Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Logistik, die sich ebenfalls mit den Problemen des Materialflusses beschäftigt.

Materialwirte und Logistiker, deren Ziele sich in wesentlichen Bereichen überschneiden, sind sich denn auch völlig einig: In ihrem Arbeitsfeld liegt noch ein gewaltiges Rationalisierungspotential. Mit Hilfe einer integrierten Materialwirtschaft, die vom Einkauf über die Vorratshaltung und die innerbetriebliche Bereitstellung bis hin zur Entsorgung und Auslieferung alle Güterflüsse in den Betrieben synchronisiert, ließe sich der Lagerberg locker um ein Viertel reduzieren, denkt Hans Schaeuffelen, Chef-Materialwirt der Frankfurter Messer-Griesheim GmbH und Beiratsmitglied im BME.

Seine Kollegen von der Deutschen Gesellschaft für Logistik, im Gegensatz zum traditionell einkaufsorientierten BME eher von den Technikern bestimmt, sehen das Problem ähnlich. Zwischen 10 und 30 Prozent ihrer Umsätze geben deutsche Industrie-Unternehmen für die Logistik aus, haben sie ermittelt, einige kommen sogar über die 30-Prozent-Marke.

Zur Definition dieses Kostenblocks: „Logistik sorgt dafür, daß das richtige Material zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort aufgrund richtiger Information in ausreichender Menge vorhanden ist" (Stübig). Bis zu 70 Prozent der Logistik-Kosten ließen sich je nach Branche und Betrieb einsparen, meinen die Logistiker. „Diesen Spielraum zu nutzen, wird künftig zur vorrangigen Aufgabe jeden Unternehmens, das im Wettbewerb überleben will", unterstreicht Stübig. Und: „Wir haben mittlerweile erkannt, daß die vielbeschworene höhere Produktivität japanischer Betriebe zu einem wesentlichen Teil auf der Anwendung logistischer Methoden beruht."

Etliche Großunternehmen haben diese interne Gewinnquelle, die sich auch als Kalkulationsspielraum nutzen läßt, schon entdeckt und „angebohrt". Bezeichnend in diesem Zusammenhang, daß die beiden einschlägigen Verbände von Vorsitzenden aus der Autoindustrie angeführt werden (BME-Präsident Jürgen Cordts kommt von Daimler-Benz).

Den größten Nachholbedarf für den eigentlich gar nicht so neuen Organisationsansatz sehen seine Vordenker im Mittelstand. Ausgesprochene Notstandsgebiete sind die Lagerwirtschaft, die häufig noch nach Großvaters Art geführt wird, und auch das personal- und energieintensive Transportwesen. Freilich: Die Optimierung durch integrierte Planung geht nur mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung, und beides setzt eine straffe innerbetriebliche Organisation voraus.

Hier müßten die mittleren Unternehmen zu stärkerer Kooperation finden, meint Reinhardt Jünemann, Logistik-Professor in Dortmund. Seine Vorschläge: Datenverarbeitungskosten durch Rechnerverbund senken, gemeinsame Warenverteilzentren aufziehen und womöglich auch Gemeinschafts-Verträge mit Transporteuren abschließen. Denn in direkter Kommunikation mit dem Lieferanten-Computer ließen sich noch einige Prozeduren (Bestellung, Abruf usw.) weiter verkürzen.

Die Logistiker und ihre Materialwirtschafts-Kollegen zeigen derweil enormen Expansionsdrang in bezug auf ihre Einflußsphäre. Die Techniker haben nach Japan geschaut: „Wir werden nicht mehr wie früher erst konstruieren und dann Produktion, Vertrieb und Beschaffung organisieren, sondern künftig ein logistisches Konzept voranstellen müssen", konstatiert Stübig. Und „die Materialwirtschaft schickt sich an, die Arbeitsvorbereitung, den innerbetrieblichen Transport und die Logistik mit zu übernehmen", kündigt der Beschaffungsmarktforscher Harlander an.

COGNAC / Steuern beeinträchtigen den Absatz

Mehr Gewicht auf Marketing

JAN BRECH, Hamburg

Mit einiger Besorgnis beobachten die französischen Cognac-Brenner die Absatzentwicklung ihrer Edelspirituose auf dem heimischen Markt. Der französische Markt, der trotz erheblicher Exporterfolge noch immer die größte Bedeutung für die Hersteller hat, ist im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 8.) um 0,9 Prozent auf 14,1 Mill. Flaschen zurückgegangen. Grund hierfür dürfte vornehmlich die Anhebung der Verbrauchssteuern und das Inkrafttreten einer Sondersteuer von 7 FF pro Flasche sein. Diese Zusatzsteuer ist im April dieses Jahres wirksam geworden und hat den Absatz in den Monaten April bis August drastisch eingeengt. An jeder Flasche 3-Sterne-Cognac ist der französische Staat mit 50 bis 70 Prozent beteiligt.

Wie die höheren Abgabepreise den Cognac-Konsum in Frankreich langfristig beeinflussen werden, lasse sich erst in den nächsten Monaten analysieren, erklärt G. Sturm vom Bureau National Interprofessionnel du Cognac (BNIC). Einer erheblichen Reduzierung der Nachfrage in Frankreich müsse aber mit allen Mitteln entgegengewirkt werden. Da der französische Markt als Spiegelmarkt für die übrige Welt gelte, müßten Absatzeinbrüche auf ihm negative Auswirkungen auf das Ansehen und Prestige des Cognac weltweit haben. Dem soll jetzt durch Werbung entgegengewirkt werden.

Enorme Marketing-Anstrengungen, so fügt er hinzu, hätten die Handelsfirmen auf ausländischen Märkten unternommen, um die Positionen zu sichern. Auf dem deutschen Markt hat gerade in diesen Tagen eine massive Verkaufsförderung über den Preis eingesetzt. In Sonderaktionen sind die besten Qualitäten unter 25 DM gerutscht. Welche Bedeutung der Export für die Cognac-Hersteller hat, ergibt sich daraus, daß fast 78 Prozent des Gesamtabsatzes von 139,7 Mill. Flaschen im Geschäftsjahr 1982/83 ausgeführt worden sind.

Die Exportmenge ist dabei um 2,3 Prozent auf 106 Mill. Flaschen zurückgegangen, während der Umsatz um 8,2 Prozent auf 4,1 Mrd. FF stieg. Die größten Abnehmer sind die Vereinigten Staaten und Großbritannien. Der Export nach den USA blieb 1982/83 mit 24,8 Mill. Flaschen nahezu konstant, die Briten nahmen 0,8 Prozent (15 Mill. Flaschen) mehr ab.

Drittwichtigster Markt blieb die Bundesrepublik. Bei den Lieferungen nach Deutschland mußten die Franzosen allerdings den deutlichsten Rückschlag hinnehmen. Im Vergleich zu 1981/82 ging der Export um 12,6 auf 9,4 Mill. Flaschen zurück und sank der Umsatz um 1 Prozent auf 89 Mill. DM.

Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auf den deutschen Märkten und der im April 1982 wirksam gewordenen Branntweinsteuer-Erhöhung gewinnt G. Sturm von BNIC diesem Ergebnis dennoch freundliche Seiten ab. Während der gesamte Spirituosen-Absatz um 15 Prozent abgenommen hat, betrug das Minus beim Cognac-Konsum nur 8,6 Prozent. Positiv bewertet Sturm ferner die Entwicklung bei Premium-Spirituosen generell, deren Marktanteil im ersten Halbjahr 1983 auf 33 Prozent gestiegen sei. Und schließlich sieht er ermutigende Anzeichen darin, daß der Branntweinmarkt insgesamt mit 25 Prozent Anteil am gesamten deutschen Spirituosenverbrauch ziemlich konstant ist.

Rege Marketing-Aktivitäten haben die Franzosen darüber hinaus im Fernen Osten entwickelt, deren Märkte noch die meisten Reserven erwarten lassen. Schwerpunkte sind Hongkong, Japan, Singapur und Malaysia.

Aktien überwiegend erholt

Aber VW wegen Verlustzahlen unter Druck

DW. – Auf der am Vortag kräftig ermäßigten Kursbasis haben sich die Rückkäufe verstärkt. Sie dürften überwiegend auf inländische Rechnung gegangen sein, denn die Ausländer hielten sich wegen der mit der Nachrüstungsdebatte verbundenen innenpolitischen Turbulenzen in der Bundesrepublik merklich zurück. Für eine weitere Belastung sorgte noch der Zwischenbericht des Volkswagenwerks mit seinen hohen Verlusten. Der Kurs der VW-Aktien schloß um 12 DM niedriger als am Vortag. Dagegen haben sich Siemens-Aktien um 4 DM erholt, die Enttäuschung über die ausbleibende Dividendenerhöhung klingt langsam ab.

Ein Lichtblick in der gegenwärtig trüben Börsenszene bildete der BASF-Zwischenbericht mit seiner kräftigen Gewinnzunahme. BASF-Aktien lagen um 2 DM fester und zogen die beiden anderen Großchemietitel mit nach oben. Die Misere bei VW übertrug sich nicht auf die Kurse der übrigen Autowerte. Daimler lag sogar um 4 DM fester. Das Anlageinteresse für RWE-Aktien bestand fort. Wegen der hier herrschenden Marktbreite bewegte sich der Kurs jedoch nur um eine DM nach oben. Bei den Maschinenbauaktien gab es Tagesgewinne bis zu 2 DM. Unverändet blieben allerdings GHH und MAN. Offensichtlich wird abgewartet, wie der GHH-Abschluß im Lichte der MAN-Affäre aussehen wird. Für die Optionsscheine der neuen Veba-Optionsanleihe bestand reges Interesse. Sie wurden zu Kursen um 40 DM gehandelt, was einem Aufschlag auf den gegenwärtigen Veba-Kurs von rund 27 Prozent entspricht.

Düsseldorf: Banning verloren 50 DM auf 950 DM und Kromschröder 3 DM auf 165 DM. Nachgegeben haben auch Leffers (minus 3 DM), Pongs u. Zahn (minus 3 DM) und Sternbräu (minus 3,50 DM). Bilfinger erhöhten um 3 DM auf 188 DM und Dyckerhoff um 4,50 DM auf 224,50 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 8 DM auf 958 DM und Nordstern um 5 DM auf 750 DM. Aachener Rück gaben um 10 DM auf 1300 DM nach.

Frankfurt: Der Aktienmarkt war am Dienstag leicht erholt, bei Gewinnen für die Standardwerte bis zu drei DM pro Aktie. Von Nebenwerten blieben Wibau bei Doppelminus 25 DM minus vier DM, bei 31 500 Stück Umsatz Cassella 485 DM minus 10 DM, Lahmeyer 363 DM minus sieben DM und Chemische Koepp 120 DM minus 10 DM.

Hamburg: HEW gingen zu 102 bis 101 DM (plus 0,90 DM) und NWK-Vorz. zu 169 DM (plus 0,30 DM) um. Phoenix Gummi schwächten sich um 1,70 DM auf 156,30 DM ab.

München: Agrob Vorz. gaben um 3 DM auf 325 DM und Flachglas um 1 DM auf 272 DM nach. Gebe AG erhöhten um 5 DM auf 235 DM und Grünzweig um 6 DM auf 170 DM.

Berlin: Schering wurden um 4,90 DM, DUB-Schultheiss um 4,50 DM, Berthold um 3,50 DM und Herlitz Stämme um 2,50 DM heraufgesetzt.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Wien

Kopenhagen

Hongkong

Brüssel

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 22. 11.: 1037 Optionen – 52 900 (80 850) Aktien, davon 193 Verkaufsoptionen = 9950 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-80/19,60, 1-80/4,30, 1-90/1, 4-60/23, 4-70/16,60, 4-95/6, 7-80/13, Siemens 1-328,05/55, 1-380/13,50, 4-390/20, 4-400/16, 7-400/28, 7-460/5,10, Veba 4-170/9, 7-170/17, 7-190/8, BASF 1-144,30/21, 1-149,30/17, 1-150/17, 1-160/9,80, 1-170/4, 4-150/21,50, 4-160/16,30, 4-170/10, 4-180/5,45, Bayer 1-140/35,80, 1-160/10,20, 4-160/14,90, 4-170/9,50, 4-180/5,50, 7-160/20,70, Hoechst 1-160/24, 4-170/18,30, 4-180/12,50, 7-190/15, BMW 1-440/12, 1-450/56, 4-430/27, 4-450/15, VW 1-180/38, 1-200/24, 4-200/38, 4-210/30, 4-220/18, 4-230/14, 4-240/10, 4-250/4,50, 7-230/23,80, 7-240/15, 7-250/12,40, 7-260/9, Conti Gummi 1-90/39, 1-95/30, 1-110/17, 1-130/4,90, 1-140/1,60, 4-120/13,45, 7-120/23, 7-130/15,80, 7-140/10,85, 7-150/7,50, Commerzbank 1-170/5,40, 4-180/8,90, 4-200/3,30, 7-160/28, 7-170/20,15, 7-180/15,70, 7-190/11, 7-200/7, Dt. Bank 1-320/6, 4-320/20, 4-330/14, 4-370/4,10, Dresdner Bank 1-170/10,50, 1-190/2, 4-170/16,50, 4-180/10, 4-190/7, 7-180/16,60, 7-190/13, 7-200/8,35, Hoesch 1-90/6,20, 1-100/1,60, 4-95/7,80, 4-100/11,40, 7-110/7, Mannesmann 1-130/8, 1-140/1,40, 1-150/1, 4-130/12,40, 4-170/7, 4-150/4, 4-160/2,80, 7-130/19,40, 7-140/14,90, 7-170/4, Preussag 4-270/16, Thyssen 1-85/1,90, 4-70/14,50, 4-75/11,90, 4-80/7, 4-85/4,30, 7-90/5, 7-95/3,30, Bayr. Vereinsbank 7-330/17, Bayr. Hypo 4-370/32, Bekula 4-110/2,15, Daimler 1-670/10, 7-730/30, Kali + Salz 4-220/11, 4-210/7, KHD 7-240/28,20, Klöckner 4-40/4,50, 7-40/5,90, MAN 7-140/15, 7-150/13, Metallgesellschaft 4-210/11, MAN St. 4-170/14, Varta 7-190/18,60, 7-130/8, Alcan 4-100/11, Chrysler 1-60/3,90, 7-80/10,80, IBM 7-340/42, Philips 4-40/4,30, 4-45/2,60, Royal Dutch 1-102,80/16, 1-118,90/7,25, Elf 7-55/8, 7-60/5,40, 7-65/3,50, Norsk Hydro 1-170/8,80. Verkaufsoptionen: AEG 7-75/2,15, 7-80/5, Siemens 1-380/8, 4-350/8, 4-380/16, Veba 1-160/3,60, BASF 4-160/2,50, 7-160/4,50, Bayer 4-170/5,90, 7-160/4,40, BMW 7-410/10, VW 4-210/5, 4-220/15, 7-220/16, Commerzbank 1-170/8, 1-180/18, 4-170/8,30, Dt. Bank 1-310/4,50, 7-310/13,50, Dresdner Bank 1-170/7, 4-170/7,50, 7-170/9, Hoesch 1-902,30, Mannesmann 1-130/3, 4-130/4, 4-140/12,50, 4-150/22,50, 7-130/5,60, 7-140/13, Thyssen 1-90/4,60, Bayr. Hypo 4-380/9,10, Daimler 4-670/12, 7-660/18, Babcock St. 4-170/5, Karstadt 4-280/8, 4-290/9,40, Klöckner 4-40/4,50, 7-40/5,60, Mercedes 1-600/8, Schering 4-380/12,90, Chrysler 4-75/4,80, Litton 4-160/3,40, Philips 4-40/3,50, 7-40/7,60, Elf 1-55/2,30, 7-55/4,80. (1 Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	5⅝–5⅞	3¼–3½
3 Monate	9¾– 9⅞	6 –6¼	4 –4¼
6 Monate	9⅞–10⅛	6 –6¼	4¼–4⅜
12 Monate	10¼–10⅜	6¼–6½	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1390,00	1698,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1128,00	1335,36
5 US-Dollar (Liberty)	430,00	581,40
1 £ Sovereign alt	234,00	289,56
1 £ Sovereign Elizabeth II	229,00	283,86
20 belgische Franken	182,00	224,84
10 Rubel Tscherwonez	244,00	305,52
2 südafrikanische Rand	229,00	282,72
Krüger Rand, neu	1030,00	1214,10
Maple Leaf	1030,00	1214,10
Platin Noble Man	1099,00	1258,56
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	246,00	312,36
20 schweiz. Franken „Vreneli"	196,00	251,94
20 franz. Franken „Napoléon"	189,00	239,40
100 österr. Kronen (Neuprägung)	950,00	1146,84
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	436,00	536,94
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	139,08

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Bei zeitweise hektischem Geschäft verlagerte sich der Dollar-Handel am 22. 11. auf ein niedrigeres Niveau von 2,6925 bis 2,7000. Bewegung kam schon am Vorabend in New York in den Markt nachdem die FED-Liquidität bis zu einem Punkt von 8,9 Prozent zur Verfügung stellte und die FED-Funds-Rate auf 9⅛ bis 9¼ Prozent herunterzog. Gewinnmitnahmen und neuaufkeimende Hoffnungen, daß es doch zu einem geringen Rückgang der Dollar-Zinsen kommen könnte, waren die Folge. Die amtliche Notierung wurde mit 2,6985 ohne Beteiligung der Bundesbank festgestellt. Während die Kursentwickling der anderen Währungen uneinheitlich verlief setzte der Yen seine Aufwärtsbewegungen auf 1,1495 fort. Dollar in: Amserdem 3,0255; Brüssel 54,95; Paris 8,2145; Mailand 1633,75; Wien 1900/,50; Zürich 2,1762; Ir. Pfund/DM 3,112; Pfund/Dollar 1,4708; Pfund/DM 3,969.

Ostmarkkurs am 22. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Deutlich fester gingen Silber und Kupfer aus dem Markt. Leicht befestigt notierte Kaffee. Größere Gewinne verzeichnete dagegen Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 11.	18. 11.
Dez.	332,75	336,75
März	346,50	352,00
Mai	351,50	355,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	21. 11.	18. 11.
St. Lawrence 1 CW	234,00	235,95
Amber Durum	260,10	261,95

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	150,00	151,60
März	155,50	157,40
Mai	159,00	160,20

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	122,00	124,40
März	123,90	125,60
Mai	123,40	124,90

Hafer Chicago (c/bush)	21. 11.	18. 11.
Dez.	177,00	179,50
März	183,25	185,50
Mai	187,00	188,75

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	342,50	346,25
März	342,00	346,00
Mai	341,00	344,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 11.	18. 11.
Dez.	127,70	129,60
März	132,30	133,00
Mai	132,70	134,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	21. 11.	18. 11.
Dez.	149,20	148,75
März	143,80	143,75
Mai	139,40	139,20

Kakao New York ($/t)	21. 11.	18. 11.
Dez.	2170	2115
März	2190	2130
Terminkontr. Mai	2200	2147
Umsatz	3354	1832

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	9,51	8,85
März	10,05	9,32
Mai	10,12	9,62
Juli	10,43	9,91
Sept.	10,84	10,13
Umsatz	14 051	7 595

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	21. 11.	18. 11.
	8,08	7,73

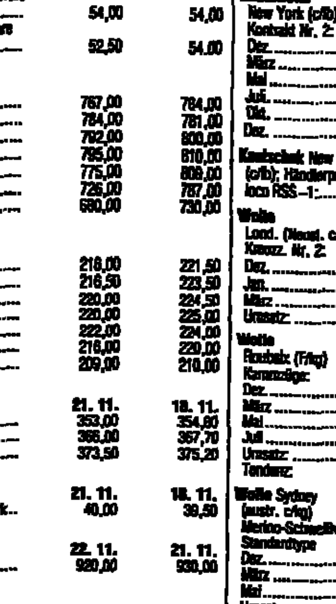
Kaffee London (£/t) Robusta-	21. 11.	18. 11.
Kontrakt Nov.	1923–1925	1892–1895
Jan.	1936–1938	1903–1904
März	1887–1889	1862–1863
Umsatz	3232	2396

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1563–1566	1550–1552
März	1577–1578	1553–1555
Mai	1577–1578	1553–1554
Umsatz	4776	2925

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	–	149,25–150,00
März	–160,50	158,25–158,45
Mai	165,75–166,00	164,05–164,35
Umsatz	2537	4198

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	21. 11.	18. 11.
schw. Sarawak spez.	400,00	355,00
weißer Sarawak	632,50	612,50
weißer Muntok	640,00	620,00

Orangensaft New York (c/lb)	21. 11.	18. 11.
Jan.	122,90	123,00
März	121,00	121,40
Mai	120,40	120,80
Juli	120,00	120,40
Sept.	119,25	119,15
Umsatz	200	200



Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	21. 11.	18. 11.
Südstaaten fob Werk	44,00	44,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,00	27,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	25,40	25,90
Jan.	25,80	26,20
März	26,10	26,60
Mai	26,40	27,00
Juli	26,80	27,30
Aug.	26,50	26,90
Sept.	25,40	25,85

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	27,50	27,50

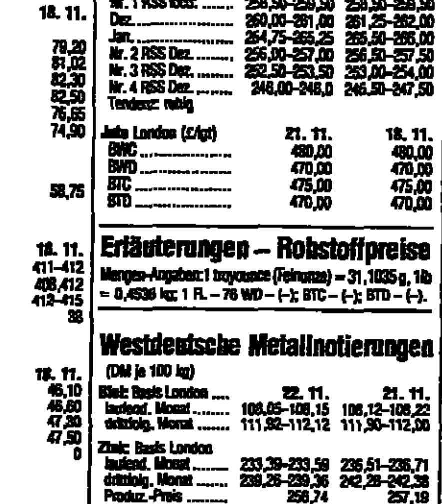
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,00	19,75
Choice white hog 4% fr. F.	18,00	18,00

Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	15,00	15,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	41,90	42,10
Febr.	46,20	46,25
April	45,75	45,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	59,30	58,80
März	59,65	59,25
Mai	61,20	61,20

Häute Chicago (c/lb)	21. 11.	18. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,00	54,00
Kühe einh. schwere River Northern	52,50	54,00



Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	767,00	784,00
März	784,00	781,00
Mai	792,00	800,00
Juli	795,00	810,00
Aug.	775,00	809,00
Sept.	726,00	787,00
Nov.	690,00	730,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	218,00	221,50
Jan.	216,50	223,50
März	220,00	224,50
Mai	220,00	225,00
Juli	222,00	224,00
Aug.	216,00	220,00
Sept.	209,00	210,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	21. 11.	18. 11.
Dez.	353,00	354,80
März	366,00	367,70
Mai	373,50	375,20

Kokosöl New York (c/lb)	21. 11.	18. 11.
Westküste fob Werk	40,00	39,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	22. 11.	21. 11.
jegl. Herk. cif	920,00	930,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	520,00	515,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	675,00	675,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	185,00	189,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	895,00	900,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	292,00	291,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	21. 11.	18. 11.
Dez.	79,00	79,20
März	81,05	81,02
Mai	82,40	82,30
Juli	82,70	82,50
Okt.	77,00	76,65
Dez.	75,10	74,90

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1	58,75	58,75

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	21. 11.	18. 11.
Dez.	409–410	411–412
Jan.	408–410	408,412
März	410–413	412–415
Umsatz	68	38

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	21. 11.	18. 11.
Dez.	geschlossen	46,10
März	geschlossen	46,60
Mai	geschlossen	47,30
Juli	geschlossen	47,50
Umsatz	0	0
Tendenz		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	21. 11.	18. 11.
Dez.	545,0–546,5	545,70–546,00
März	566,5–568,0	564,00–565,00
Mai	584,50–586,00	582,50–583,50
Umsatz	149	75

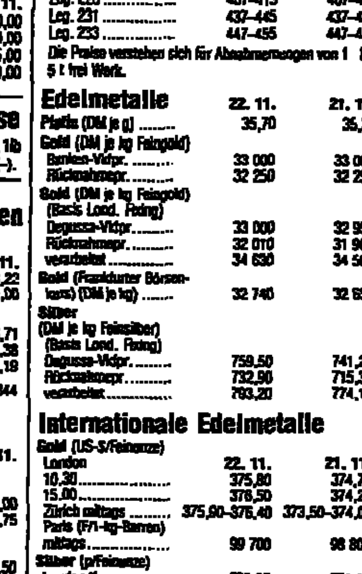
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	21. 11.	18. 11.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	21. 11.	18. 11.
Nov.	13 800	13 758
Dez.	13 830	13 795

Kautschuk London (p/kg)	21. 11.	18. 11.
Nr. 1 RSS loco	81,25–82,50	80,75–81,75
Dez.	81,00–82,00	81,40–81,50
Jan.	81,70–82,50	81,60–81,80
Jan/März	82,00–82,10	81,50–81,60
Tendenz: stetig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	21. 11.	18. 11.
Nr. 1 RSS loco	258,50–259,50	258,50–259,50
Dez.	260,00–261,00	261,25–262,00
Jan.	264,75–265,25	265,50–266,00
Nr. 2 RSS Dez.	256,00–257,00	256,50–257,50
Nr. 3 RSS Dez.	252,50–253,50	253,00–254,00
Nr. 4 RSS Dez.	248,00–248,0	246,50–247,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	21. 11.	18. 11.
BWC	480,00	480,00
BWD	470,00	470,00
BTC	475,00	475,00
BTD	470,00	470,00



Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	22. 11.	21. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,05–108,15	108,12–108,22
drittfolg. Monat	111,92–112,12	111,90–112,00
Zink: Basis London		
laufend. Monat	233,39–233,59	236,51–236,71
drittfolg. Monat	239,26–239,36	242,28–242,38
Produz.-Preis	256,74	257,19
Reinzinn 99,9%	3814–3852	3806–3844

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	22. 11.	21. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	385,07–387,46	379,61–382,00
Blei in Kabeln	115,75–116,75	115,75–116,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	22. 11.	21. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	358–370	355–365
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	403–405	399–402
MS 63	399–403	395–399

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	21. 11.	18. 11.
(Ring./kg)	30,24	30,31

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	22. 11.	21. 11.
Leg. 225	405–413	405–413
Leg. 226	407–415	407–415
Leg. 231	437–445	437–445
Leg. 233	447–455	447–455

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

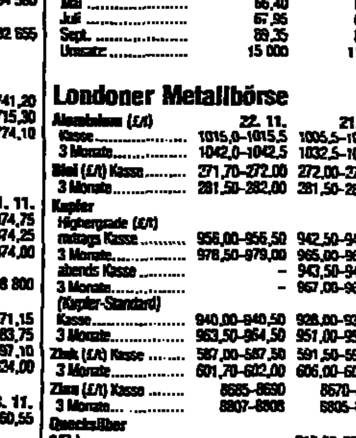
Edelmetalle

	22. 11.	21. 11.
Platin (DM je g)	35,70	35,35
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 000	33 000
Rücknahmepr.	32 250	32 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 000	32 950
Rücknahmepr.	32 010	31 960
verarbeitet	34 630	34 580
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 740	32 655
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	759,50	741,20
Rücknahmepr.	732,90	715,30
verarbeitet	793,20	774,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	22. 11.	21. 11.
10.30	375,80	374,75
15.00	378,50	374,25
Zürich mittags	375,90–376,40	373,50–374,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 700	98 800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	585,25	571,15
3 Monate	598,10	583,75
6 Monate	611,50	597,10
12 Monate	638,55	624,00
Platin (£-Feinunze) London	21. 11.	18. 11.
fr. Markt	269,30	260,55
Palladium (£-Feinunze) London	–	–
£. Händlerpr.	99,00	98,80

New Yorker Preise	21. 11.	18. 11.
Gold H & H Ankauf	374,25	375,25
Silber H & H Ankauf	846,50	852,00
Platin fr. Händlerpr.	392,00–395,00	392,00–395,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	144,00–146,00	146,00–148,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	867,50	852,40
Dez.	863,00	852,00
Jan.	873,30	862,20
März	886,00	874,00
Mai	902,00	890,00
Juli	918,80	907,50
Sept.	934,30	923,00
Umsatz	23 000	18 000



New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	21. 11.	18. 11.
Nov.	63,20	62,00
Dez.	63,15	62,30
Jan.	63,95	62,90
März	65,15	64,10
Mai	66,40	65,50
Juli	67,95	66,90
Sept.	69,35	68,30
Umsatz	15 000	11 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	22. 11.	21. 11.
Kasse	1015,0–1015,5	1005,5–1006,5
3 Monate	1042,0–1042,5	1032,5–1033,0
Blei (£/t) Kasse	271,70–272,00	272,00–272,50
3 Monate	281,50–282,00	281,50–282,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	956,00–956,50	942,50–943,00
3 Monate	978,50–979,00	965,00–965,50
abends Kasse	–	943,50–944,50
3 Monate	–	967,00–967,50
(Kupfer-Standard)		
Kasse	940,00–940,50	928,00–930,00
3 Monate	963,50–964,50	951,00–953,00
Zink (£/t) Kasse	587,00–587,50	591,50–592,50
3 Monate	601,70–602,00	606,00–607,00
Zinn (£/t) Kasse	8685–8690	8670–8680
3 Monate	8807–8808	8805–8806
Quecksilber ($/Fl.)	–	310,00–320,00
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	70,00–75,00

Ein Hamburger Projekt aus der EDV-Forschung

Reden wie mit Kollegen

Der *Mensch, der in naher Zukunft* mit so einem Rechner umgeht, soll nicht länger Programmierer sein, sondern mit dem Ding wie mit einem Kollegen reden können." Bei Prof. Dr. Wilfried Brauer vom Fachbereich Informatik der Hamburger Universität ist dieser Teil der Zukunft bereits Realität geworden. Hier ist man mit dem Genossen Computer bereits auf „du und du". Albrecht *Fölsing* stellt heute abend unter anderem in seinen „Bildern aus der Wissenschaft" das

Bilder aus der Wissenschaft – ARD, 21.15 Uhr

Projekt aus der EDV-Grundlagenforschung vor, das auf den schönen Namen HAM-ANS, was für Hamburger Anwendungssystem steht, vor.

Seit drei Jahren wird daran bereits interdisziplinär geforscht. Die Wissenschaftler versuchen, sprachliche und intellektuelle Fähigkeiten des menschlichen Gehirns auf dem Rechner zu simulieren. „Das ist natürlich nur in kleinen Weltausschnitten möglich", resümiert Prof. Brauer. Doch eingeschränkte Teilbereiche werden von der in den 60er Jahren kreierten Programmiersprache LISP (List Processing) *optimal gemeistert. Diese* funktionale Rechnersprache kommt überall da zum Einsatz, wo man der Simulation von künstlicher Intelligenz auf der Spur ist.

Von der sprachlichen Seite erhielten die Informatiker dabei tatkräftige Untersützung. Die Arbeitsgruppen um Prof. Walter von Hahn vom Germanistischen Seminar hat bei der Erstellung der *Software kräftig* mitgemischt. Und so nimmt es der Computer gar nicht mehr übel, wenn gravierende Fehler und Mängel in der Linguistik auftauchen, seien sie beabsichtigt oder auch nicht. Auch halbe Sätze und orthographische Ausrutscher schluckt das System ungerührt. Bei totaler Sinnentstellung wird allerdings gemeckert. „Das *verstehe ich nicht*", meint dann der elektronische Kollege und bittet um nähere Erläuterungen.

Die (fast) unbeschränkte Dialogfähigkeit ist allerdings verblüffend. Ein Beispiel: Sie stehen auf dem Bahnhofsvorplatz einer fremden Stadt und wollen ins Hotel „Metropol". Nichts einfacher als das. HAM-ANS verrät ihnen nicht nur den schnellsten Weg dorthin, sondern berücksichtigt auch ihre Transportpräferenzen (Taxi, U-Bahn oder den Spaziergang). Wer wissen will, warum sich der Computer *gerade so und nicht anders* entschieden hat, kann den Dingen auch hier auf den Zahn fühlen: „Die Erklärungskomponente ist ein wichtiges Merkmal innerhalb dieser Rechnerstruktur", erläutert Informatiker Brauer. Der Gedankenfluß in den „elektronischen Gehirnwindungen" wird transparent und nachvollziehbar. Eine Fülle von Anwendungsmöglichkeiten bietet sich für die Zukunft. *Ärztliche Diagnose* und Therapie, Erkennen von Fehlern in Maschinenbauteilen und Einsatz in der Steuerberaterpraxis sind Arbeitsbereiche für die neue, künstliche Intelligenz.

DIETER THIERBACH

KRITIK

Kann es so gewesen sein?

Wenn jemand zuvor geglaubt haben sollte, er wüßte nach dem Film über die Ermordung John F. Kennedys ***„Vor den Augen der Welt"*** (ZDF) mehr über die tatsächlichen Hintergründe des Anschlages von Harvy Lee Osswald, so hat er zwei Stunden und 15 Minuten vergeblich vor dem Fernsehschirm verbracht. Die Idee, authentisches Filmmaterial mit einer an Hand von Aussagen zur Collage zusammengefügten Handlung zu zeigen, hat etwas für sich – *wenn es gelingt, sie umzusetzen.*

Aber so trivial, wie der Regisseur Mel Stuart die Aktionsabläufe und die Figuren um das Kennedy-Attentat und den Osswald-Mörder und Nachtclubbesitzer Jack Ruby gezeichnet hat, ist das Leben selbst in Dallas/Texas nicht. Es soll nicht bestritten werden, daß alle Filmszenen, wie der Nachspann reklamiert, auf *beeidigten* Aussagen *aller nur greifbaren* Zeugen beruhen – nur die Facetten ergaben kein überschaubares Bild.

Es ist wohl dieser Mangel an *Kongruenz der Fakten* und Personen einer der Gründe, warum die amerikanische Öffentlichkeit trotz Warren-Report bis heute nicht so recht glauben kann, daß der Tod John F. Kennedys und seine Begleit- und Folgeumstände, so wie es die offizielle Darstellung behauptet, abgelaufen sind.

Der Film – anläßlich des 20. Todestages gesendet – bietet auch keine Fiktion – *etwa nach dem Motto:* „Auch wenn die Fakten nicht belegbar sind, so etwa könnte es gewesen sein". Selbst der amerikanischer Lebensumstände unkundige Betrachter fühlt: „Irgend etwas fehlt, so jedenfalls kann es nicht gewesen sein."

Die Vermutung, der Regisseur habe genau dieses beabsichtigt, etwa um bestehende Zweifel an der offiziellen Version zu bestärken, überschätzt wohl Film und Autor – oder doch nicht? WILHELM ROSTKOW

USA: Zuschauerschwund bei den Networks

Bequem vom Sessel aus

Eine vom Verlag „Readers Digest" vor einiger Zeit in Auftrag gegebene Untersuchung stellte eine „Erosion" bei den Einschaltquoten der herkömmlichen TV-Sendenetze in der abendlichen Hauptsendezeit fest. Die seinerzeit als „alarmierend" angesehenen Zahlen sind im Rahmen einer neuen Marktstudie, ebenfalls von „Readers Digest" in Auftrag gegeben, noch drastischer ausgefallen und zeigen grundlegende Veränderungen im Zuschauerverhalten an. Die neue, sogenannte „Syracuse Study" wurde von einem unabhängigen Marktforschungsunternehmen durchgeführt und nennt „Genschow-Informationsdienst" die folgenden Zahlen: Die zusammengerechneten Einschaltquoten für die drei Networks ABC, CBS und NBC sind in der abendlichen Hauptsendezeit auf einen durchschnittlichen Wert von 89 Prozent *gesunken: In denjenigen* Haushalten, die an ein lokales Kabelnetz angeschlossen sind, sogar auf 51 Prozent.

Die Zahlen belegen, wenn auch in unterschiedlichem Maß, daß das „normale" Fernsehen in massiver Weise *Zuschauer* an andere Programmquellen verliert, sofern sie zur Verfügung stehen. Diese auch von den Sendenetzen mit einigen Abstrichen zugegebene Entwicklung ist eine Tatsache, auch wenn man berücksichtigt, daß, so „Genschow", „Readers Digest" aus Konkurrenzgründen nachweisen will, daß Werbung besser in einer Zeitschrift als beim Fernsehen untergebracht ist.

Eine Überraschung der Studie ist, daß neben dem größeren Angebot der lokalen Kabel-Netze die Fernbedienungseinheiten für TV-Empfänger „mitschuldig" am Trend sind. Die Bequemlichkeit, vom Sessel aus die Kanäle nach passenden Programmen abzusuchen, führt dazu, daß schon bei geringen Unmutszeichen die Kanäle *gewechselt werden – offenbar bevorzugt in Richtung Kabel-Sonder*kanäle.

Die kommerziellen Sender haben die Studie von „Readers Digest", wie schon im ersten Fall, mit eigenen Zahlen zu widerlegen versucht. Dabei ist wenig Substantielles herausgekommen, unter anderem die Angabe, daß sechs Prozent der Besitzer von fernbedienten Empfängern tatsächlich *die Werbespots ausblenden oder* wenigstens den Ton abschalten. (epd)

STUDIO

Der Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR), F.-W. von Sell, hat bei seinen Gesprächen in Moskau einen Durchbruch in der Frage der mangelhaften Kommunika*tionsmöglichkeit zwischen dem* ARD-Hörfunkstudio in Moskau und den ARD-Anstalten erreicht. Der erste stellvertretende sowjetische Postminister, Kudrjawzew, versicherte dem Intendanten, daß binnen Monatsfrist eine Dauer*standleitung zwischen dem* Hörfunkbüro der ARD und dem „Sternpunkt" Frankfurt geschaltet werden könne.

Angesichts der seit dem vergangenen Jahr von den sowjetischen Behörden verfügten Abschaltung des direkten Fernsprechverkehrs zwischen der Sowjetunion und dem westlichen Ausland war die Zusammenarbeit zwischen dem ARD-Hör*funkbüro und den ARD-Anstalten* wesentlich erschwert worden.

*

Eine Gesellschaft für die Produktion und den Vertrieb religiöser Programme (Fernsehen und Video) wurde jetzt im Vatikan gegründet, das **„Centro Televisivo Vaticano"**. Die Verantwortung für das neue Zentrum liegt in den Händen eines *neunköpfigen* Verwaltungsrats, dem unter anderen Pater Pasquale Borgomeo, stellvertretender Direktor und Programmchef von Radio Vatikan, angehört. (epd)







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Sport Aktuell – aus Hamburg
11.25 Café in Takt
12.10 Panorama
13.00 heute

16.10 Tagesschau
16.15 Unter dem Chapiteau
Sechsteilige Sendereihe
1. Der Moskauer Eiszirkus
Regie: Dirk Sanders
17.00 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Rote Erde
Neunteiliger Film von Peter Stripp
8. Für Kaiser und Vaterland
21.15 Bilder aus der Wissenschaft
Mit den Beiträgen: Magnetische Kernresonanz – *ein neuer Blick in* den menschlichen Körper. Kaum hat die Computer-Tomographie die Röntgen-Technologie revolutioniert, wird jetzt ein völlig neuartiges Diagnoseverfahren entwickelt: *die magnetische* Kernspin-Tomographie. Dabei wird der Mensch nicht durchleuchtet, son*dern es werden durch ein kompli*ziertes Zusammenspiel von Magnetfeldern und Radiowellen die Eigenschaften von Atomkernen abgetastet / Können Computer denken? An der *Universität* Hamburg versuchen Wissenschaftler, die sprachlichen und intellektuellen Fähigkeiten des menschlichen Gehirns auf einen Computer nachzuahmen / Wettkampf der Roboter: Am MIT in Boston, Amerikas berühmtester Technischer Hochschule, findet alljährlich ein Wett*kampf der Roboter statt. Ein* intelligenter Spaß mit tiefem Hintergrund.
22.00 Tagesthemen
22.30 Fußball-UEFA-Pokal
Achtelfinale – Hinspiele
24.00 Tagesschau

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 *Betthupferlgeschichten*
Das Geständnis
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Propellerinsel
Trickfilm nach Jules Verne
2. 10 Millionen PS in falschen Händen
Erzählt von Dieter Borsche
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Paola und Udo Jürgens
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Wildes weites Land
Neunteilige australische Serie
1. Die Sträflingskolonie
Regie: Rob Stewart
19.00 heute
19.30 Direkt
Jugendmagazin
Das neue Freizeitvergnügen – Tanzen
20.15 Bilanz
Neue Weichenstellung für die Bahn / Küppersbusch – Aus der Pleite in den Aufwind / Minus beim Einkommen = Plus für Arbeitsplätze? / Vorruhestandsregelung – *Was bringt sie?* / Frostiges Klima zwischen Gewerkschaften und Regierung / Vor dem EG-Gipfel: Frisches Geld für Europa?
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Der ungeliebte Sohn
22.10 *Zukunft ohne Träume?*
Jugendliche in der Bundesrepublik
Bericht von Olaf Buhl
22.55 5 nach 10
Jugend ,83 – eine wehleidige Generation?
Anschl. heute



Friedel (P. von Miserony) läßt sich von ihrem früheren Arbeitgeber (Manfred Kothke) überreden, an ein sogenanntes Frontheater zu gehen – „Rote Erde", ARD, 20.15 Uhr FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Volkswirtschaftslehre (12)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Dortmund
Informationen und Unterhaltung
Gesang: Hanne Haller
21.45 Auslandsreporter
Gerd H. Pelletier aus Tokio: Festung Narita
22.15 Das Licht von 10 000 Familien
Chinesischer Spielfilm, 1947
00.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Deutschlands grüne Inseln
Naturpark Westensee – Laubfrösche und Leberblümchen
19.15 Indien – Land ohne Hoffnung?
19.45 Heimatalbum
Des Kaisers Kanal
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Politik am Mittwoch
Mehr Arbeit durch weniger Arbeit?
22.05 Der Film-Club:
Die Chinesin
Franz. Spielfilm, 1967
23.35 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Schätze unter Wasser (4)
19.30 Norwich now (5)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.15 *drei aktuell*
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Blondinen bevorzugt
US-Spielfilm, 1953

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Pop Stop
20.15 Die heimliche Kommunikation
21.00 Menschen vom Varieté
Deutsch-ungar. Spielfilm, 1939
22.25 Theater-Talk

BAYERN

18.15 Tele-Ski (10)
19.45 Rundschau
19.50 Wagner (2)
20.00 Ich war in der Nervenklinik
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Dr. Jekyll und Mr. Hyde
Amerik. Spielfilm, 1932
23.10 Rundschau
23.15 News of the Week

Ein Hoch auf die Gitarre!

Nea. – Eine Ära geht zu Ende. Die Nachricht kommt aus ökonomischen Gefilden und scheint zuverlässig. Plötzlich, so melden es die Musikfachhändler nicht nur in Deutschland, kauft niemand mehr Gitarren.

Das Zeitalter der Gitarre begann vor 20 Jahren mit den Beatles. Es war fast eine Revolution. Ein Instrument, das man bis dahin der Volksmusik zuordnete, das im Sinfonieorchester gar nicht und im Jazz eigentlich nur in rhythmisch-dienender Funktion zu finden war, erklomm über Nacht das Podium der großen Solisten und trat in der Rock- und Pop-Musik eine zeitweise beinahe absolute Herrschaft an.

Die meisten großen Stars dieser Szene waren (und sind) Gitarristen. Neben ungeheurer technischer und teilweise auch musikalischer Perfektion auf diesem Instrument und deutlich spürbaren Auswirkungen auf die Popularität auch der Konzertgitarre beeinflußte die Gitarre auch das, was man Hausmusik nennt.

Erst kürzlich ergab eine Infas-Untersuchung, daß inzwischen 17 Prozent aller Bewohner der Bundesrepublik selbst ein Instrument spielen. Mehr als ein Viertel gibt dabei die Gitarre an. Erst mit Abstand folgen Klavier, Geige und Blockflöte. Für Hunderttausende von jungen Menschen war die erste preiswerte Gitarre in der Klausur der eigenen vier Wände die goldene Brücke in die Welt des Selbermusizierens. Klimpernd, Stück für Stück und mühsam den Tonkaskaden der großen Idole der Pop-Szene hinterherstolpernd, hat sich eine ganze Generation von Autodidakten den Zugang zu einem neuen Erlebnisbereich geschaffen.

Man mag die Nase rümpfen über diese Gitarrenkultur: Stückwerk, didaktisch falsch, musikalisch der trügerischen Glitzerwelt des elektronischen Kommerzes verhaftet. Aber das wird der Sache nicht gerecht. Am Ende der Gitarren-Ära wird sich zeigen, ob es ein anderes Instrument gibt, das genauso imstande wäre, Unvorgebildeten die Tür zur Musik aufzustoßen. Vielleicht wird man dem Zeitalter der Gitarre eines Tages nachweinen.

Patriarch mexikanischer Wandmalerei – Zu J. C. Orozcos 100. Geburtstag

Bilderbuch des Analphabeten

Heute jährt sich zum hundertsten Male der Geburtstag des mexikanischen Malers José Clemente Orozco. Er gehört zu den drei Begründern einer der folgenreichsten Künstlerbewegungen dieses Jahrhunderts, des „Muralismo Mexicano", der die Wandmalerei, lange vom Tafelbild verdrängt, wiederauferstehen ließ. Die beiden anderen waren seine Landsleute Diego Rivera (1886–1957) und David Alfaro Siqueiros (1896–1974). Orozco, gestorben bereits 1949, war nicht nur der älteste von den dreien. Er war auch – man sieht das aus der Distanz noch deutlicher – der Größte unter ihnen.

Die drei Patriarchen, meint man, könnten heute gut einen Gang über die alte Erde wagen. Als sie 1922 in Mexiko, unterstützt von einem klugen Kultusminister (Vasconcelos), den Muralismo aus dem Boden stampften, war das Wandbild innerhalb der modernen Kunst sozusagen inexistent. Heute würden sie fast in jeder großen Stadt der Welt auf den Häuserwänden Wandbilder finden – von den Kulturbehörden subventioniert, von den Kommunikationsphilosophen mit einer Theorie versehen, von den Politikern und Bürgermeistern als Zeichen von Lebenskraft in angeblich toten Städten stolz vorgeführt. Die drei Wiederkehrer – der joviale Pascha Rivera, der streitbare Gockel Siqueiros und der ganz nach innen gewendete Grübler Orozco – könnten stolz an all diesen Wänden vorbeispazieren und sagen: „Das sind wir! Ohne uns gäbe es das alles nicht . . ." Und den Kunsthistorikern in ihrem Gefolge würde es nicht schwerfallen, selbst in den Wandbildern an einem Kulturhaus in Sibirien oder in den Untergrundbahngewölben einer skandinavischen Hauptstadt noch Anleihen an einen der drei Meister zu entdecken.

In der mexikanischen Stadt Guadalajara steht Orozcos größtes Werk; seine Verehrer sprechen von der „Sistina des 20. Jahrhunderts". Der Maler hat dort nämlich in den Jahren 1938 und 1939 die leerstehende Kirche des Hospicio Cabañas ausgemalt – ein riesiger Raum aus dem Barock, aber von fast klassischer Strenge, ohne churrigueristischen Firlefanz, mit großen leeren Flächen an den Wänden und im Gewölbe. Der darüberhin ausgebreitete, gewaltige Freskenzyklus hat zum Inhalt die Eroberung Mexikos durch die Spanier und den Untergang der altindianischen Kultur, in der großen Kuppel über der Vierung ausmündend in die Vision des „Menschen in Flammen". Wir kennen kein Gesamtkunstwerk aus unserem Jahrhundert, das im blutigen Zusammenprall zweier Kulturen die Paradoxie menschlichen Schicksals so überzeugend zu gestalten weiß – jedermann verständlich und doch ohne jede billige Vulgarisierung, ohne einseitige Schuldzuweisung. Geschichtliches und Zeitloses in seiner Komplexität.

In einem Außenviertel von Guadalajara – nahe seinem in ein Museum umgewandelten Atelierhaus – steht ein eigenartiges Denkmal für Orozco, anscheinend ein Metallguß nach einem Gipsmodell. Der Maler sitzt in Straßenkleidung, etwas in sich zusammengekrümmt, auf dem mitgegossenen Stuhl und schaut abwesend in die Ferne. Der Abend ist weich, niemand weit und breit zu sehen. Da grimmige Leute immer auch ein weiches Herz haben sollen, verneige ich mich vor dem Sockel und wage die Frage: „Meister, sind Sie einmal von Ihrem Stuhl herabgestiegen, um all die Wandbilder zu sehen, die heute überall in der Welt gemalt werden?"

Erst sagt Orozco nichts, nur eine verächtliche Falte in seinem Gesicht versteift sich. Dann meint er trocken: „Ja, ich ging einmal hin, mit Diego Rivera und mit Siqueiros. Haben die beiden geschimpft! Natürlich hat von den vielen, die jetzt die Wände vollpinseln, kaum einer von uns wirklich etwas gelernt – sie haben uns höchstens ein paar Einzelheiten abgeguckt. Nun, ich habe gar nichts anderes erwartet. Ich bin ja kein ‚Sohn aus gutem Hause' wie Rivera und Siqueiros –, die müssen ja an das ‚Gute im Menschen' glauben. Wie sie ja auch an die ‚indianische Renaissance' glauben, wegen der paar Tröpfchen indianischen Bluts, die sie haben. Bei mir ist nichts davon, ich bin Kreole, komme aus dem Volk, mache mir darum keine Illusionen über den Menschen . . ."

Weshalb er denn dann, wie Rivera und Siqueiros, in der KP gewesen sei, frage ich. „Weil ich nicht bei den Unterdrückern sein wollte. Über eines war ich mir aber immer klar: Wäre die mexikanische KP je mehr geworden als die kleine Partei von Künstlern und Intellektuellen, hätte sie gar die Macht errungen, so hätte sie einfach neue Unterdrücker, neue Blutbäder hervorgebracht. Aber was soll's, die Politik! Ich bin Künstler. In der Kunst halte ich die Spannungen aus, suche den Menschen beizubringen, daß es sich nicht lohnt, sich in privaten Beliebigkeiten zu verzetteln oder in Illusionen. Dazu ist das Leben zu kurz, man sollte es in seiner unerbittlichen Härte und Größe zeichnen, malen. Aber gerade dazu sind diese Pseudo-Moralisten von heute zu faul . . ."

„Es gibt", fährt der Meister auf meinen fragenden Blick fort, „nichts Bequemeres als die Illusion und das Private, in die sie sich flüchten. Seine Oma oder seine Freunde überlebensgroß und photographisch getreu auf eine Hauswand zu projizieren, ist ein rein technisches Problem. Auf eine Wand einen Tunnel zu malen, der jäh in die Tiefe führt und sich auf eine ferne Landschaft öffnet – das ist schon etwas schwieriger. Aber was soll die Illusion?"

Da sei ihm, meint Orozco, ein bloßer Dekorateur noch lieber, der einfach eine Wand mit graphischer oder bunter Ornamentik überziehe. Das sei anspruchslos, könne aber manchen Freude bereiten. Zudem zerstöre es die Wand weniger als der perspektivische Illusionismus. „Weshalb haben wir denn überhaupt die vielen Wände in Mexiko bemalt? Gewiß, wir wollten den 90 Prozent Analphabeten in unserem Volk ihre Geschichte vorführen, ihnen die großen Probleme unserer Zeit verständlich machen. Aber vor allem wollten wir doch auch die Wand als geistigen Zwang: als Nötigung zur Wesentlichkeit."

„Auf einem Tafelbild kann man Kunststückchen machen, man kann einen Apfel so raffiniert malen, daß die ‚Kenner' vor Bewunderung schmelzen und gar nicht mehr darauf achten, was der Apfel sagen will – wenn er überhaupt etwas sagt. Das Wandbild mit seinen größeren Dimensionen zwingt zur Raffung des Wesentlichen; es ordnet sich der Architektur ein, bleibt in der Fläche und wird selber zu einer Ordnung. So ist die Wandmalerei die eigentlich geistige Malerei . . ." Doch dann wendet Orozco den Kopf wieder in die Ferne: „Lassen Sie mich jetzt in Ruhe. Ich möchte mir wieder die Wandbilder vorstellen, die ich in meinem kurzen Leben nicht malen konnte."

ARMIN MOHLER



Fresko auf einer Kirchenwand in Guadalajara: „Das Tragische" (1939) von José Clemente Orozco

JOURNAL

Einladungen der Historischen Kommission

dpa, Berlin

Die Historische Kommission zu Berlin, die im kommenden Jahr ihr 25jähriges Bestehen feiert, wird 1984 vierzehn ausländische Wissenschaftler zu meist mehrmonatigen Forschungsaufenthalten einladen. Die meisten Gäste werden wie in den vergangenen Jahren Historiker aus Polen sein, die übrigen kommen aus Frankreich, Schweden, Ungarn und den USA. Besonders enge Beziehungen unterhält die Historische Kommission als Berliner Forschungszentrum für Geschichte zur Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau sowie zu den Universitäten Paris-Nanterre und Stanford/USA.

Der Streit um „Das Gespenst" geht weiter

XHK. Stuttgart

Mit dem umstrittenen Film „Das Gespenst" von Herbert Achternbusch müssen sich in Stuttgart die Gerichte befassen. Nachdem die hiesige Staatsanwaltschaft den Streifen am Montagabend beschlagnahmt hatte, erklärte der Geschäftsführer des Stuttgarter Kinos „Lupe 2", Peter Erasmus, am Dienstag gegenüber der WELT, er werde gerichtliche Schritte gegen die Maßnahme der Justiz einleiten.

Die Stuttgarter Behörde hatte den Film aufgrund der Anzeige einer Bürgerin konfiszieren lassen. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft erfüllt der Film den Straftatbestand der „Beschimpfung von Religionsgesellschaften". Bereits im Spätsommer hatte die Justizbehörde wegen dieses Films gegen den Kinobetreiber ein gleiches Verfahren eingeleitet, das jedoch eingestellt worden war. Damals wurde dem Geschäftsführer des Lichtspieltheaters ein „subjektiver Verbotsirrtum" zugebilligt. Erasmus betonte, er sei sicher, daß der Film letztendlich doch freigegeben werden müsse.

Zeitungen sind in China Mangelware

rst. Peking

Trotz der ständig wachsenden Auflagen sind in Volkschina Zeitungen Mangelware: Nur jeder zehnte Chinese kann eine Zeitung oder Zeitschrift abonnieren. Heute erscheinen in China mehr als 2700 Zeitungen und Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 224 Millionen Exemplaren. Die Gesamtbevölkerung beträgt 1,03 Milliarden. Mehr als 40 Prozent der Zeitungen werden im privaten Abonnement verkauft. Die größte Auflagesteigerung verzeichneten die „Nuannan Nachrichten aus Wissenschaft und Technik": von 450 000 Exemplaren 1982 auf 1,56 Millionen in diesem Jahr. Am populärsten sind Zeitungen aus dem Bereich Kultur, Erziehungswesen, Landwirtschaft und Sport, deren Auflagen im Durchschnitt um 30 Prozent in einem Jahr gestiegen sind.

Wurde Josef Macek in der CSSR rehabilitiert?

rst. Tabor

Der führende, auch in der Bundesrepublik bekannte tschechische Historiker Josef Macek, der 1969 als Befürworter des Prager Frühlings seine Stelle als Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften sowie als Direktor des Historischen Instituts verloren hatte, konnte zum erstenmal wieder öffentlich auftreten. Auf einer Tagung über die Geschichte des Hussitentums im südböhmischen Tabor hielt der bekannte Hussitenkenner Macek ein – wie die Tageszeitung „Svobodné Slovo" berichtet – bemerkenswertes Referat. Macek sprach über den Lebensstil des Menschen zur Zeit der Hussitenbewegung und über Ergebnisse der gemeinsamen Forschung von Archäologen, Ethnographen und Historikern über die Lebensweise in den ersten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts.

Wenn Monika kommt oder Krach über den Kulissen

DW. Wuppertal

In Wuppertal gab es schon vor der Premiere Krach, und wenige Tage danach erneut. Kurz vor dem Uraufführungstermin des Stücks „Ada und Evald" von Monika Maron wurde dem Team Beat Hodel und Michael Simon die Regieverantwortung entzogen, um, wie es aus dem Dramaturgenzimmer tönte, „zu einem künstlerisch vertretbaren Ergebnis zu kommen". Das sei eine „Verfälschung der Tatsachen", tönte es nun zurück. In einem offenen Brief an die Wuppertaler Bühnen legten die Herren Hodel und Simon klar, daß sich die gesamte Leitung des Theaters bei einem provisorischen Durchlauf des Stückes am 13. Oktober „voll hinter" die Regisseure gestellt habe. Doch dann sei Monika Maron gekommen, habe an Kostümen und am Bühnenbild herumgemäkelt – offenbar mit durchschlagendem Erfolg. Die Premiere selbst war ein glatter Mißerfolg (vgl. WELT v. 17. 11.). Die Intendanz wird nun ihre ganzen Rhetorikkünste aufbieten müssen, zu beweisen, daß das Stück unter Hodel/Simon noch miserabler ausgefallen wäre.

Kunst für Solidarnosc

Das Blut auf Polens Straßen

Künstler im Widerspruch zur Obrigkeit: Fünf polnische Künstler und zwei aus der Sowjetunion, die nun alle in der Emigration leben, zeigt eine Ausstellung anläßlich des dritten Jahrestages der Registrierung von Solidarnosc. Ort: Berliner Galerie Kunstetage. Die Arbeiten der sieben Künstler sind in der Qualität recht unterschiedlich. Am eindrucksvollsten sind die Bilder des polnischen Ehepaares Barbara Ur und Andrzej Piwarski. Das Besondere an ihnen allen ist jedoch: Alle Arbeiten erzählen von dem, was die Künstler erlebten: die subtile Handhabung der Macht, wie Ausstellungsverbot, Verhaftung, Knast, Aussiedlung.

Nun leben sie in einem fremden Land, im fremden Sprachraum und ohne den hier gängigen Kunstmarktwert. Gerade linke Intellektuelle stört oft das politische Engagement der exilierten Maler, die es nun erfahren müssen, als Antikommunisten denunziert zu werden. Doch ihre erlebte Geschichte im real existierenden Sozialismus können die vertriebenen Künstler nicht abschütteln.

Der polnische Künstler Andrzej Piwarski hat uns in seinen Bildern das blutige polnische Straßenpflaster in die Kunstetage geholt. Und das ist kein Straßenbelag für Nobelkarossen. Über solch ein Pflaster rollten die sowjetischen Bulldozzer zum Ismailov-Park in Moskau, um Bilder nonkonformistischer Künstler niederzubaggern. Josef Kiblitzki stellte damals dort zum ersten und letzten mal in seiner Heimat aus. Einige seiner frühen Arbeiten sind nun auch in Berlin zu sehen, in der Ausstellung, in der keine artifiziellen Gabelbissen für Kunstfeinschmecker serviert werden, nichts ist für den Salon, keine blasierte Avantgarde.

Guttusos „Bandiera rossa", das glorreiche, vielgeliebte, rote Banner, von ihm oft gemalt, bei Barbara Ur wird es zum geschlitzten Fetzen! Die einst hehren Symbole Hammer und Sichel sind zu gewalttätigen Schlag- und Schlitzwerkzeugen verkommen. Der Lette Walerij Akks, nach eineinhalb Jahren Haft aus der UdSSR ausgesiedelt, zeigt vier Terrakotten, von denen eine den bezeichnenden Titel „Angst" trägt.

Alle diese Bilder, Plastiken, Zeichnungen haben neben formalen Ansprüchen auch einen moralischen. Selbst dort, wo sie allzu pathetisch sind, die große Gebäude zeigen, überzeugen sie durch ihr Engagement. Nichts zu erklären, zu beschönigen, zu interpretieren. (Bis 30. Nov.)

SIEGHARD POHL

Bisher unbekannt: Porträt von Leibniz, 1675/76 gemalt von Jacob Denys (1644–1708) in Paris. Das Bild ist heute im Besitz von Dr. Amir Pakzad in Hannover, der es 1981 bei Sotheby in London ersteigerte. Der Sammler will das Bild der Leibniz-Gedenkstätte im neuen Leibniz-Haus in Hannover als Dauerleihgabe zur Verfügung stellen. FOTO: BRIGITTE STRÄTER

IV. Internationaler Leibniz-Kongreß in Hannover: Die Philosophen entdecken wieder die Metaphysik

Vom merkwürdigen Hang zur Entübelung des Übels

Der IV. Internationale Leibniz-Kongreß, der soeben in Hannover zu Ende ging, stand unter dem Rahmenthema „Leibniz: Werk und Wirkung". Mehr als 250 Wissenschaftler aus aller Welt waren zu dieser von Albert Heinekamp (Leibniz-Archiv, Hannover) ganz hervorragend organisierten Veranstaltung – so lagen etwa sämtliche Akten bei Kongreßbeginn gedruckt vor – angereist. Unter ihnen waren so bekannte Philosophen wie Y. Belaval (Paris), A. Robinet (Paris u. Brüssel), B. Mates (Berkeley/Kalifornien), K. Hammacher (Aachen), H. Krings (München) und O. Marquard (Gießen).

Das Leibnizsche Werk wurde hier endlich einmal in seiner ganzen Breite dargestellt und diskutiert. Bemerkenswert war dabei, daß neben der Logik, Mathematik und Dynamik, drei Themenkreisen, die seit Jahren in der Leibniz-Forschung Konjunktur haben, das Interesse an den Themen der klassischen Metaphysik, besonders der Theodizee, hervortrat. So war etwa der Festvortrag von H. Krings ein entschiedenes Plädoyer für metaphysisches Denken. Während die Einzelwissenschaften die Welt nur als ein Gefüge einander bedingender kausaler Geschehen verstehen könnten, sei es der Vorzug und Nutzen metaphysischen Denkens (das Krings einen „integralen Bestandteil der westlichen Kulturen" nannte), transkategoriale Zusammenhänge erfassen und damit die den Einzelwissenschaften nicht zugänglichen Dimensionen des menschlichen Lebens thematisieren zu können.

Theodizeemotiven in der neuzeitlichen Philosophie ging O. Marquard nach. Er erklärte die Theodizee, die philosophische Rechtfertigung Gottes hinsichtlich des von ihm zugelassenen Übels in der Welt, als ein typisches Produkt neuzeitlichen Denkens. Etwa zur Zeit der Schreckensherrschaft der Französischen Revolution sei dann statt Gott der Mensch vor das Rechtfertigungstribunal gestellt worden, und eines der zentralen Theodizeemotive der neuzeitlichen Philosophie sei seitdem die „Entübelung des Übels", etwa durch Kompensation. Ebenso sei die gegenwärtig überall herrschende Rechtfertigungshysterie selbst ganz eindeutig als Theodizeemotiv zu verstehen.

Dem Theodizeeproblem galt in Hannover die Arbeit einer eigenen Sektion. Hervorgehoben seien hier der ausgezeichnete und historisch glänzende Beitrag von W. Schmidt-Biggemann (Berlin), der die Frage nach dem Rezeptionsrahmen der Theodizee stellte, sowie das Referat von W. Schneiders (Münster), der – nicht ohne aktuelle Bezüge – untersuchte, ob die Alternative zwischen Chaos und Kosmos in der Tat eine Leibnizsche Alternative sei.

Ein anderes Thema, bei dem historisches Interesse und systematische Überlegungen zusammenkamen, war die Erörterung der Monadenlehre. H. Poser (Berlin) untersuchte das Verhältnis moderner Monadologien zu der Leibnizens, um schließlich zu zeigen, daß „eine Konzeption einer neuen Monadologie auch heute noch eine ernstzunehmende Möglichkeit (ist), mit Leibniz eine ‚Hypothese' zu entwerfen, die Subjektivität und Allgemeines, Naturwissenschaft der Gegenwart und Deutung der Phänomene in einem gemeinsamen Ansatz verbindet".

Auf ganz andere Weise unterstrich W. Schirmacher (Frankfurt) die Aktualität Leibnizens. Sein Referat setzte sich mit dem systematischen Optimismus des Leibnizischen Denkens auseinander. Indem Schirmacher die diesbezügliche Schopenhauer-Leibniz-Kontroverse beleuchtete, versuchte er, die heute oft zu sinnleeren Schlagworten verkommenen Begriffe Pessimismus und Optimismus in ihrer begrifflich exakten Bedeutung zu rekonstruieren und sie so für die aktuelle Diskussion fruchtbar zu machen.

H.-C. Lucas und W. Bonsiepen (beide Bochum) entwarfen das faszinierende Bild der Hegelschen Leibniz-Rezeption und eröffneten damit den Reigen jener Referate, die sich bisher vernachlässigten Themen der Leibniz-Forschung widmeten. Bemerkenswert hier vor allem die Beiträge von Fabbri Bertoletti (Florenz) über die Schlegelsche Auseinandersetzung mit Leibniz sowie von B. Boboc (Bukarest) über Leibnizens Einfluß auf die rumänische Aufklärung. B. M. Lippert (Bonn) stellte Leibnizens Vorschläge zum Entziffern von Inschriften in unbekannten Sprachen vor, und U. Horst (Hannover) ging Leibnizens Interesse für die Arzneimittelkunde nach.

Eben weil neben den mathematisch-logischen und genuin philosophischen sowie philosophiehistorischen Aspekten auch über Leibnizens Bedeutung für Sprachwissenschaft, Technik, Medizin, Politik oder Rechtswissenschaft referiert wurde, geriet der Kongreß in Hannover nicht nur zum Überblick über den gegenwärtigen Stand der Leibniz-Forschung, sondern zeigte zugleich sehr eindringlich die erstaunliche Breite und Vielfalt dieser Forschung. Durch die Fülle der Referate wurde nicht zuletzt unterstrichen, daß Leibniz, der letzte bedeutende Universalgelehrte, wieder verstärkt ins Interesse der Wissenschaften gelangt.

REINHARD FINSTER

Murnaus Meisterwerk „Sunrise" wieder im Kino

Der stumme Film spricht

Es ist eine fremde Welt, in die wir hier eintauchen. Ein stummer Film erzählt uns eine melodramatische Geschichte nur in Bildern. Wir erleben große Gefühle, breit und langsam ausgespielt, kontrastiert durch kleine groteske Zwischenspiele mit Witz und Tempo. Da werden Stimmungen mit Licht ausgemalt, mit dem Gegensatz zwischen hellen Schlaglichtern und dumpfen Schatten, mit der ruhigen Atmosphäre eines – leicht expressionistisch verfremdeten – Fischerdorfes und wildzuckenden Leuchtreklamen der Stadt.

Es handelt sich dabei allerdings auch um ein Meisterwerk der Stummfilmzeit, um „Sunrise" von Friedrich Wilhelm Murnau. Nach seinen Erfolgen mit „Nosferatu" (1921), „Der letzte Mann" (1924) und „Faust" (1926) war er von Fox nach Amerika verpflichtet worden. Carl Mayer, seit seinem Skript zum „Kabinett des Dr. Caligari" der berühmteste Autor, schrieb ihm nach Sudermanns Novelle „Die Reise nach Tilsit" das Drehbuch. Und Murnau setzte die Geschichte von der verderblichen Stadt und dem friedlichen Dorf in eine fesselnde Bilderzählung um.

Ursprünglich wollte er – wie schon beim „Letzten Mann" – auf alle Zwischentitel verzichten. Doch das wurde ihm vom Produzenten ausgeredet. Und ob das Happy-End Murnaus Intentionen entsprach oder ebenfalls ein Wunsch Hollywoods war, ist nie geklärt worden. Dem Film hat beides nicht geschadet. Die Zwischentitel sind geschickt in die Dramaturgie und den Schnittrhythmus des Films einbezogen (nur die deutsche Übersetzung, die jetzt bei der Wiederaufführung darübergelegt wurde, stört), und ohne den glücklichen Ausgang kann man sich diesen Film kaum vorstellen. Denn Murnau beherrscht sein Metier so stupend, daß der heutige Zuschauer vergißt, daß er einen stummen Film sieht (allerdings mit der Originalmusik vertont, die 1927 bei der amerikanischen Premiere gespielt wurde).

Murnau setzt hier die frei bewegliche Kamera, die schon im „Faust" allgemeine Bewunderung hervorrief, mit einer Souveränität ein, die ihm minutenlange Einstellungen ohne Zwischenschnitt erlaubt. Die Regisseure der Neuen Welle haben ihm das Jahrzehnte später abgeschaut. Außerdem weiß Murnau durch eine raffinierte Lichtführung die Stimmungen und die Charaktere zu unterstützen, so daß wir ihre Eindimensionalität immer wieder vergessen. Der Film gewinnt dadurch den Reiz von leicht vergilbten Fotos der Jahrhundertwende. Wir sehen sie als Kunstwerk – aber im Bewußtsein ihrer historischen Bedingtheit.

Dabei spendeten die Zeitgenossen dem Film nicht nur einhelliges Lob. „Close up", die wichtige Londoner Filmzeitschrift, schrieb seinerzeit nach der Premiere: „Sie lachten über ‚Sunrise', nicht über die gute Technik, aber über die schlechte Geschichte." Obwohl die Geschichte in den mehr als fünfzig Jahren, die der Film nun alt ist, nicht gewonnen hat, ist uns das Lachen vergangen. Murnau lehrt zu eindrucksvoll, was Film sein sollte – und was uns die Geschwätzigkeit allzu vieler Produktionen, besonders des Fernsehens, vergessen läßt – eine Erzählung in bewegten und bewegenden Bildern.

PETER JOVISHOFF



Der Vamp aus der Stadt: Margaret Livingston in Murnaus Film „Sunrise" FOTO: CONCORDE

Neue Pop-Platten: Unbekannte Unabhängige

Lärmorgie für Teddyboys

Wie schon seit längerem im Jazz, so bringen heutzutage auch viele Popgruppen ihre Platten bei kleinen, industrieunabhängigen Firmen heraus. Teils, weil sie bei den großen Musikkonzernen keine Verträge bekommen, teils aber auch, um eine bessere Kontrolle über ihre Musik zu behalten. Da die „Independents" nur selten über genug Geld und Erfahrung verfügen, bleiben die Verkaufszahlen in der Regel bescheiden.

Eine der wenigen Gruppen, die trotzdem in die Hitparaden kam, war das Elektropopduo „Yazoo". Vince Clarke und Sängerin Alison Moyet haben sich inzwischen getrennt, so daß „You And Me Both" (Mute/Intercord, 146809) ihr letztes gemeinsames Werk ist. Geprägt werden die elf Songs vor allem durch Alison Moyets kräftige Rythm&Blues-Stimme, die Synthesizer begleiten nur. Gerade deshalb wirkt die Musik eigenständig und modern: Sie verzichtet auf die futuristische Pose, die sich bei rein elektronischem Instrumentarium anbietet. Allerdings haben „Yazoo" es auch nicht nötig, ihr Publikum durch den immer gleichen Tanzbeat zu animieren; die besten Songs dieser LP sind die Balladen.

„The Cramps" sind demgegenüber sozusagen eine traditionelle Underground-Gruppe: Die Platten sind kaum erhältlich. Aber sie haben eine treu ergebene Fan-Gemeinde, die ihrerseits wieder Gruppen gründet, um die Musik zu propagieren. Und diese Musik ist Rockabilly. Auf ihrer LP „. . . Off The Bone" (Illegal/ILPO12) sind die frühen Singles versammelt, von der Lärmorgie „Surfin' Bird" bis zu dem zivilisierteren „Goo Goo Mock". Daß dies keine fröhliche Tanzplatte für nostalgische Teddyboys ist, dafür sorgen schon die Texte, denn die „Cramps" entleihen die Themen mit Vorliebe billigen Horrorfilmen – deshalb auch das rot-grüne 3-D-Cover.

„The Monochrome Set", eine dritte Gruppe, hat nie die Bekanntheit von „Yazoo" oder den „Cramps" erreicht. Für Kultisten waren sie zu poppig und für das Hitparaden-Publikum zu verspielt. Ihre Platte „Volume, Contrast, Brilliance . . ." (Cherry red/MRED 47) bietet nun einen Überblick von ihren ersten Aufnahmen 1978 bis zum brillanten „Jet Set Junta" von 1981. Die musikalischen Wurzeln liegen zwar im Gitarrenpop der 60er Jahre, doch damit begnügen sie sich nicht. Sie greifen auf die gesamte Popmusik der letzten fünfzig Jahre zurück, inklusive Swing und Chanson. Ihre Sache ist nicht der Überschwang der Gefühle, sie bleiben lieber lässig und souverän. Daß viele der Songs auf dieser LP schon früher in ähnlichen Versionen erschienen, stört kaum – schließlich hat diese Platten fast niemand gekauft. (Alle LPs erhältlich über: Normal, Bornheimerstr. 31, 5300 Bonn 1)

DANIEL DITTMAR



Polizistenmord löst Großalarm in Paris aus

JOCHEN LEIBEL, Paris

Ein Polizistenmord in Paris hat gestern eine der größten Fahndungsaktionen der französischen Kriminalgeschichte ausgelöst. Mehr als tausend Beamte riegelten den Bois de Boulogne, wo der Täter sich versteckt hielt, ab. Hunderte von Streifenwagen durchkreuzten das Waldgelände.

Der erschossene Polizist, Vater von zwei Kindern, war am Montag bei einer Sportveranstaltung Sieger bei den Polizei-Meisterschaften im Gewichtheben geworden. Am Abend nahm er zusammen mit einem Kollegen seinen Dienst als Motorradstreifenfahrer auf. Die beiden Beamten kontrollierten kurz vor Mitternacht einen Motorradfahrer. Der Mann hatte keine Papiere, sollte deshalb die Polizisten auf die nächste Wache begleiten.

Fünf Schüsse trafen

Plötzlich gab der Unbekannte Gas. Auf den engen Waldstraßen im Bois de Boulogne gelang es ihm, einen der beiden verfolgenden Polizisten abzuhängen. Der zweite blieb dem Flüchtigen jedoch auf den Fersen.

Der Motorradfahrer stürzte schließlich mit seiner schweren Maschine. Der Polizist hielt an und zog seine Pistole. In diesem Moment gab der Mann am Boden fünf Schüsse ab, die den Beamten tödlich verletzten.

Sekunden später war der zweite Kradfahrer vor Ort. Über Funk gab er Großalarm. Eine halbe Stunde später erschien Joseph Francesci am Tatort, der Staatssekretär für öffentliche Sicherheit. Der Fahndungsaufwand wird damit erklärt, daß der Tote vom Bois de Boulogne schon der zweite Motorrad-Polizist ist, der in diesem Jahr von Gangstern erschossen wurde. Bei der Beerdigung seines Kollegen vor einigen Monaten kam es zu schweren Vorwürfen der trauernden Polizisten gegen den französischen Justizminister Robert Badinter. Badinter wird vorgeworfen, Verbrechern gegenüber zu weich zu sein.

Ein gesuchter Verbrecher

Gestern bekam dann auch der jüngste Polizistenmord einen politischen Anstrich. Der überlebende Polizeibeamte erklärte, der Mörder der Nacht sei wahrscheinlich ein seit zwei Wochen wegen eines Doppelmordes in Bordeaux gesuchter Verbrecher. Um Lionel Cardon, der gestern in einem Telefonanruf zugab, den Polizisten erschossen zu haben, hatte es schon vor dem Polizistenmord heftige Diskussionen gegeben. Der Doppelmord in Bordeaux war zu einem Zeitpunkt geschehen, wo Cardon hätte eigentlich im Gefängnis sitzen müssen. Er war wegen Mordversuchs zu fünf Jahren Haft verurteilt worden, wurde jedoch vorzeitig auf freien Fuß gesetzt. (SAD)

Ferngesteuerte Kolosse sollen in Bayern Neuland erobern

Mit Niederaichbach wird zum ersten Mal auf der Welt ein Leistungskernreaktor verschrottet

DIETER THIERBACH, Bonn

Eineinhalb Jahre führte es eher ein Schattendasein – weithin unbeachtet von der Öffentlichkeit. Plötzlich aber steht es im Mittelpunkt internationalen Interesses: das Prototyp- und Demonstrationskraftwerk Niederaichbach bei Landshut in Bayern. Zum ersten Mal auf der Welt soll ein Leistungsreaktor abgerissen und verschrottet werden.

„Forschungsreaktoren und mobile Reaktoren – wie beim Forschungsschiff Otto Hahn – wurden bereits abgewrackt und ausgebaut", berichtet Projektleiter Ulrich Löschhorn von der Karlsruher Kernforschungsanlage. „Was dort jetzt betrieben wird, stellt absolut Neuland dar."

„Wir arbeiten im Team von 15 fachlich geschulten Ingenieuren und Strahlenschutztechnikern einer eigens gegründeten Arbeitsgemeinschaft." Zusammen mit dem Physiker werden sich in Spitzenzeiten 50 Mitarbeiter auf der „Baustelle" tummeln. So „richtig los" geht es im Herbst 1984, denn dann beginnt die heiße Phase des Abrisses. Bereits 1981 wurden die Arbeiten zum Einschluß der radioaktiven Teile beendet. „Der noch vorhandene Rest an Strahlung bedeutet bei Beachtung der Sicherheitsvorschriften kein Risiko für Personal und Umgebung", konstatiert Löschhorn. Er korrigiert auch die weit verbreitete Auffassung, die Arbeit am Reaktor gleiche dem Anpicksen eines gefüllten Luftballons: „Es ist völliger Unsinn zu glauben, daß die Radioaktivität bei unsachgemäßer Handhabung plötzlich schlagartig herausschießt; die kann sich nicht so einfach selbständig machen. Alle radioaktiven Stoffe sind innerhalb fester Strukturen gebunden."

Normalerweise sollen Kernkraftwerke aus betriebswirtschaftlichen Gründen nach 30 bis 40 Jahren Laufzeit stillgelegt werden. In Niederaichbach liegt der Fall jedoch anders. Nachdem man hier mit dem Bau im Jahre 1966 begonnen hatte, nahm man 1972 den Betrieb auf und machte 1974 nach 18 Monaten schon wieder Schluß. Das 100-Megawatt-Kernkraftwerk hatte nach ganzen 18 Volllasttagen wegen immer wieder auftretender Schwierigkeiten an den Wärmetauschern ausgedient. Das „Aus" wurde beschlossen, als man absehen konnte, daß der Prototyp zur Verfahrensdemonstration eines mit Kohlendioxid gekühlten Schwerwasser-Druckröhrenreaktors im Vergleich zu anderen Reaktortypen nicht konkurrenzfähig sein würde. Wirtschaftlich durchgesetzt haben sich dagegen Leichtwasserreaktoren, wie sie seit 15 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten.

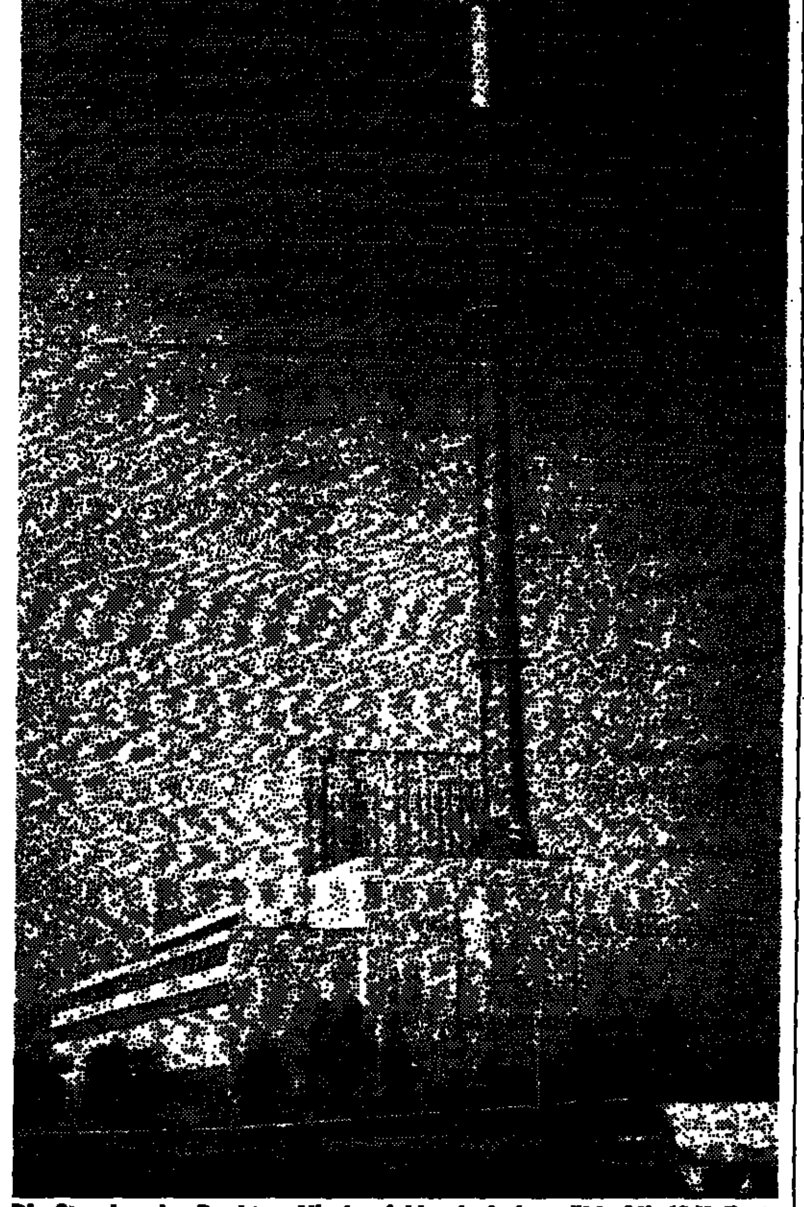
Der Abriß des gesamten Komplexes wird vier bis fünf Jahre dauern und zwischen 80 und 100 Millionen Mark verschlingen. Immerhin kostete seit der Stillegung auch der Unterhalt der Niederaichbacher Ruine jährlich 1,2 Millionen Mark. Den überwiegenden Teil der Abbruchkosten der damals mit öffentlichen Mitteln hochgezogenen Demonstrationsanlage (Gesamtkosten: 230 Millionen Mark) trägt das Bundesforschungsministerium.

Zwei deutsche Spezialfirmen fertigen im Moment die zum Abbruch benötigten „Manipulatoren". „Die mechanischen Sägen und Fräsen unterscheiden sich in ihrer Technik nicht sonderlich von herkömmlichen Typen", meint der Projektleiter. „Das sind eigentlich Trennverfahren, wie sie in jeder Werkstatt angewendet werden. Beachtlich ist die Größe der Geräte. Zwischen fünf und 15 Tonnen bringen die Kolosse schon auf die Waage."

Ein absolutes Novum auf maschinenbautechnischem Sektor wird die Fernbedienungsmimik sein, die für den Abbau im inneren Kernbereich lebensnotwendig ist. „Da können wir so nicht 'rein, da ist die Strahlendosis zu hoch."

Nach seiner Einschätzung können die für den niederbayrischen Meiler entwickelten Methoden und Großgeräte auch für den Abbruch anderer Kernkraftwerke eingesetzt werden. Da sind etwa das mittlerweile stillgelegte Kernkraftwerk Grundremmingen, der 16-Megawatt-Reaktor Kahl am Main und das Lingener Werk. Weltweit dämmern an die 30 „schlafende Riesen" dahin. Man hofft, das erworbene technische Know-how auch an andere Länder weitergeben zu können. Die Mammut-Verschrottungsaktion wird deshalb penibel in Foto, Film und Schrift dokumentiert.

In Niederaichbach sind rund 2700 Tonnen radioaktives, davon rund 500 Tonnen durch den Einfluß von Neutronenstrahlen während des Betriebes aktiviertes Material abzufahren. 1700 Tonnen kontaminierter „Müll", also an der Oberfläche haftende, radioaktiv verunreinigte Masse, kommen dazu. Allein 130 000 Tonnen normaler Bauschutt sind – so ganz nebenbei – zu beseitigen.



Die Stunden des Reaktors Niederaichbach sind gezählt: Mit 18 Vollasttagen keine ausgesprochene Zierde der Branche, wird der Komplex im nächsten Jahr abgerissen und verschrottet. FOTO: DW

Vater eines Angeklagten im Gericht verprügelt

AP, Köln

Zu einem schweren Zwischenfall ist es gestern bei einem Doppelmordprozeß gegen den 24jährigen Stefan Butzan vor dem Kölner Landgericht gekommen: Vor dem 12. Verhandlungstag schlugen der Vater eines der beiden getöteten Mädchen, der 50jährige Radomir Tomic, zusammen mit zwei Begleitern auf dem Gerichtsflur den Vater des Angeklagten nieder und verletzten ihn durch Fußtritte erheblich. Das Opfer wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die beiden Begleiter Tomics konnten nicht identifiziert werden, weil sie flüchteten, als Justizwachtmeister eingriffen. Der 50jährige hatte schon an einem früheren Sitzungstag versucht, den Angeklagten im Gerichtssaal zu verprügeln. Der Vorsitzende Richter der Elften Großen Strafkammer, Dietmar Herss, hatte dem jugoslawischen Bauunternehmer daraufhin für gestern Hausverbot erteilt. Die Kriminalpolizei ermittelt jetzt gegen ihn wegen schwerer Körperverletzung.

Butzan wird beschuldigt, im Juni vergangenen Jahres die beiden Mädchen Gabriele Tomic (16), mit der er ein Verhältnis hatte, und Ursula Kamella (15) im Keller der Köln-Mülheimer Stadthalle ermordet zu haben, wo er als Geschäftsführer tätig war. Der Angeklagte ist bereits weitgehend geständig. Das Urteil wird für den 2. Dezember erwartet.

Seltener Fund

AP, New Orleans

In der Bibliothek einer Dominikaner-Oberschule in St. Marien bei New Orleans im US-Bundesstaat Louisiana, ist ein Buch aus dem Jahre 1497 entdeckt worden. Es handelt sich um die Nürnberger Weltchronik, eine Art mittelalterliches Lexikon, in dem unter anderem 2000 Holzschnitte aus der Schule Dürers abgedruckt worden sind. Experten schätzen den Preis auf mindestens 135 000 Mark.

Meuterei niedergeschlagen

AP, Brisbane

Im Hauptgefängnis der australischen Stadt Brisbane ist es in der Nacht zu gestern zu einer Meuterei von hungerstreikenden Gefangenen gekommen. Die Aufständischen bewaffneten sich mit Knüppeln und legten Brände. Dabei erlitten 16 Meuterer schwere Verletzungen. Nach einer stundenlangen Schlacht wurde der Aufstand von mehr als 1000 Polizisten niedergeschlagen.

Geldfälscher festgenommen

dpa, Rom

Die Polizei in Rom hat in Zusammenarbeit mit deutschen Behörden acht Mitglieder einer Bande von Geldfälschern verhaftet, die 100-Dollar-Noten herstellten und in Deutschland in Umlauf brachten. In Hannover wurde zur gleichen Zeit ein 26jähriger Kurier der Bande festgenommen. Er habe Falschgeld im Wert von 50 000 US-Dollar bei sich gehabt.

LEUTE HEUTE

Schocker-Familie

Auf Rollen in Grusel- und Schockerfilmen wie „Halloween" und „The Fog" scheint **Jamie Lee Curtis** (25) festgelegt zu sein. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm: Vater **Tony Curtis** (58) war der Würger in „The Boston Strangler" und Mutter **Janet Leigh** (56) spielte in Hitchcocks „Psycho" das Opfer in der berühmten Dusch-Szene.

Dritter Versuch

Audrey Hepburn will zum dritten Mal heiraten. Der Auserwählte ist der holländische Schauspieler **Robert Walders**, der in erster Ehe mit der Kollegin **Merle Oberon** verheiratet war. Audrey Hepburns verflossene Ehemänner waren der Filmschauspieler **Mel Ferrer** und der italienische Psychiater **Carlo Dotti**.

Auch in Oberpfaffenhofen läuft der Countdown

US-Raumflug wird auch außerhalb der USA kontrolliert

PETER SCHMALZ, München

In München wird am Montag eine neue Phase der US-Raumfahrt eingeläutet. Wenn die amerikanische Raumfähre „Columbia" um 17 Uhr mit dem deutschen Astronauten Ulf Merbold und dem europäischen Weltraumlabor „Spacelab" startet, werden rund 40 Wissenschaftler und 30 Techniker im neuen Kontrollzentrum Oberpfaffenhofen westlich von München Teile des Weltraumflugs eigenständig überwachen und steuern.

Damit werden erstmals in der Geschichte der amerikanischen Raumfahrt Kontrollaufgaben außerhalb der Vereinigten Staaten wahrgenommen. Insgesamt 37 Versuche überwachen die Experten in dem abgedunkelten Raum der „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt" (DFVLR), an dessen Stirnseite auf drei raumhohen Leuchttafeln Fluglage und aktuelle Daten aufleuchten.

Die DFVLR ist mit vier Experimentgruppen am Spacelab-Programm beteiligt. Zwei dienen der Erderkundung: Zur besseren Kartierung unterentwickelter Länder wird erstmals eine neue Reihenmeßkamera eingesetzt. Meteorologische und ozeanographische Aufschlüsse soll ein mit Mikrowellen arbeitendes Fernerkundungsexperiment bringen.

Strahlung zerstört Zellen

Der dritte Versuch soll neue Antworten auf die Frage, ob das irdische Leben aus dem Weltall kam, geben. Dafür werden mehrere Millionen Bakterien den extremen Weltall-Einflüssen ausgesetzt.

Im vierten deutschen Experiment schließlich werden lebende Organismen wie Salzkrebseier, Karotten- und Gänsekressesamen sowie Heubazillus- und Pilzsporen den schweren Ionen im All ausgesetzt. Wissenschaftler befürchten, daß diese kosmische Strahlung die Astronauten während des Flugs gefährdet, da sie die Wände der Raumkapseln durchschlägt und lebende Zellen zerstört.

Zentrum in Köln-Porz

Das Münchner Kontrollzentrum hat keinen direkten Kontakt zur Raumfähre, die Funksignale werden vielmehr aus dem All nach Houston gefunkt, wo ein eigens installierter Konverter die für Europa bestimmten Impulse aussondert. Diese Informationen werden über den Satelliten TDRSS, der seit Juni in 36 000 Kilometer Höhe fixiert ist, zur bayerischen Satellitenfunkanlage Raisting und von da nach Oberpfaffenhofen übermittelt. Das Signal legt den Weg vom Shuttle bis zum deutschen Kontrollzentrum in sechs Sekunden zurück.

Bei dem für 1985 vorgesehenen Spacelab-Programm, das unter deutscher Federführung stehen wird, ist eine Direktkommunikation zwischen dem deutschen Kontrollzentrum und den Nutzlastexperten an Bord der Raumfähre geplant.

Die europäischen Reporter werden den neuntägigen Raumflug jedoch nicht in Oberpfaffenhofen verfolgen können. Für sie ist in Köln-Porz ein Informationszentrum eingerichtet, das unter der Schirmherrschaft des Bonner Forschungsministeriums steht. Von hier aus wird Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber am 5. Dezember um 11.45 Uhr über eine Direktschaltung zur Raumfähre mit dem Astronauten Ulf Merbold sprechen.

AIDS: Neue Spuren weisen nach Afrika

Belgische Wissenschaftler wiesen Verbindung mit Zaire nach

HELLA STEINWEG, Brüssel

Die intensive Suche nach den Ursachen für die rätselhafte Krankheit AIDS geht unvermindert weiter. Zuletzt wurden jetzt auf einem von der New Yorker Akademie der Wissenschaften organisierten Kolloquium in Paris eine Reihe neuer Fakten zusammengetragen. Unter dem Strich aber, so gaben die Mediziner aus der ganzen Welt zu, fehlten immer noch die Erkenntnisse, die den Wissenschaftlern die Hilflosigkeit gegenüber dieser heimtückischen Krankheit nehmen könnten. Es scheint sich allerdings herauszustellen, daß die Ursachen nicht nur in den medizinischen Labors gesucht werden, sondern auch durch die Erforschung der Herkunft aufgespürt werden muß.

Nachdem amerikanische Forscher die Wurzel des Übels auf der Karibikinsel Haiti ausgegemacht hatten, berichteten belgische und französische Kollegen jetzt von Verbindungen zum schwarzafrikanischen Kontinent. So fand Jan Desmyter vom Rega Institut im belgischen Leuven heraus, daß alle 40 in Belgien registrierten Fälle von AIDS entweder aus Zaire stammende Afrikaner, Belgier die lange in Zaire, dem früheren Belgisch Kongo, gelebt hatten oder aber Partner dieser beiden Kategorien von Patienten betrafen.

Keine Homosexualität

Bestätigt wurden diese Erkenntnisse von David Klatzman, Arzt am Pariser Salpetrière Krankenhaus. Er hatte bei 18 von 100 Patienten eine Beziehung zu Zaire oder dem Kongo ausgemacht. Jean Brunet vom französischen Gesundheitsministerium ergänzte, daß darüber hinaus eine große Zahl von Erkrankten aus anderen afrikanischen Ländern wie Gabun, Kamerun, Mali und Tschad stammten.

Weiter fiel auf, daß im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, wo etwa 70 Prozent der AIDS-Kranken Homosexuellen-Kreisen zugerechnet werden, keiner der Kranken mit einer Verbindung nach Afrika homosexuelle Neigungen habe. Außerdem sei fast die Hälfte der in Belgien Erkrankten, etwa 40 Prozent, weiblichen Geschlechts. Als weitere Überraschung wurde gewertet, daß sich auch keiner dieser AIDS-Kranken der Gruppe der Bluter oder der „spritzenden" Drogenabhängigen zurechnen läßt. Beide gelten in den USA ebenfalls als besonders gefährdet.

Bindeglied Schweinepest?

Schon länger bekannt ist, daß in jenen Gegenden Afrikas das Krankheitsbild des „Karposi Sarkoms" relativ häufig auftritt. Diese in den USA und Europa sehr selten vorkommende Art des Hautkrebses führte bei vielen AIDS-Kranken zum Tode. Der von der „erworbenen Immunschwäche" (Aquired immune deficiency syndrome = AIDS) ausgezehrte Körper hat aber selbst harmloseren Infektionen keinerlei Abwehrkräfte mehr entgegenzusetzen.

Ein Bindeglied für die Thesen der europäischen Wissenschaftler und den Erkenntnissen der Amerikaner, daß die Seuche wahrscheinlich von haitianischen und kubanischen Flüchtlingen in die Staaten eingeschleppt wurde, will Jane Teas, Anthropologin an der Universität Harvard gefunden haben – eine Art Schweinepest, die gleichzeitig in Zaire und Haiti grassierte.

Diese Sammlung von Daten und Fakten bei dem Pariser Treffen führte schließlich zu der einzig vernünftigen Forderung, die der französische Professor Guy de Thè formulierte: „Wollen wir mehr über AIDS wissen, müssen wir wohl auch mit einer großen epidemiologischen Studie in Afrika selbst ansetzen."

WETTER: Neblig-trüb

Wetterlage: Eine Hochdruckzone erstreckt sich von England über Süddeutschland nach Jugoslawien. Atlantische Tiefausläufer streifen den Norden Deutschlands.



Vorhersage für Mittwoch:

Norddeutschland und Raum Berlin: Meist stark bewölkt, im Berliner Raum anfangs leichter Schneefall, sonst gelegentlich leichter Regen. Höchsttemperaturen um 4 Grad, Temperaturen nachts um 1 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus West.

Übriges Gebiet: Zum Teil neblig-trüb, zum Teil heiter bis wolkig und weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 2 bis 5 Grad.

Weitere Aussichten:

Allgemein trocken, etwas wärmer.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	1°	Kairo	24°
Bonn	2°	Kopenh.	1°
Dresden	0°	Las Palmas	20°
Essen	1°	London	3°
Frankfurt	3°	Madrid	13°
Hamburg	3°	Mailand	4°
List/Sylt	5°	Mallorca	17°
München	1°	Moskau	–3°
Stuttgart	1°	Nizza	16°
Algier	21°	Oslo	–3°
Amsterdam	5°	Paris	3°
Athen	18°	Prag	1°
Barcelona	15°	Rom	14°
Brüssel	4°	Stockholm	–7°
Budapest	2°	Tel Aviv	23°
Bukarest	4°	Tunis	18°
Helsinki	–9°	Wien	3°
Istanbul	10°	Zürich	1°

• **Sonnenaufgang am Donnerstag:** 7.53 Uhr, Untergang: 16.24 Uhr, **Mondaufgang:** 19.52 Uhr, Untergang 12.08 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel



Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Weltbild-Bücherdienst GmbH, Augsburg, bei.

ZU GUTER LETZT

„Sind Sie mit dem Unbekannten weder verwandt noch verschwägert?" fragte ein Münchner Staatsanwalt einen Zeugen bei der Vernehmung zum Lauschangriff eines Unbekannten auf Strauß und Tandler.